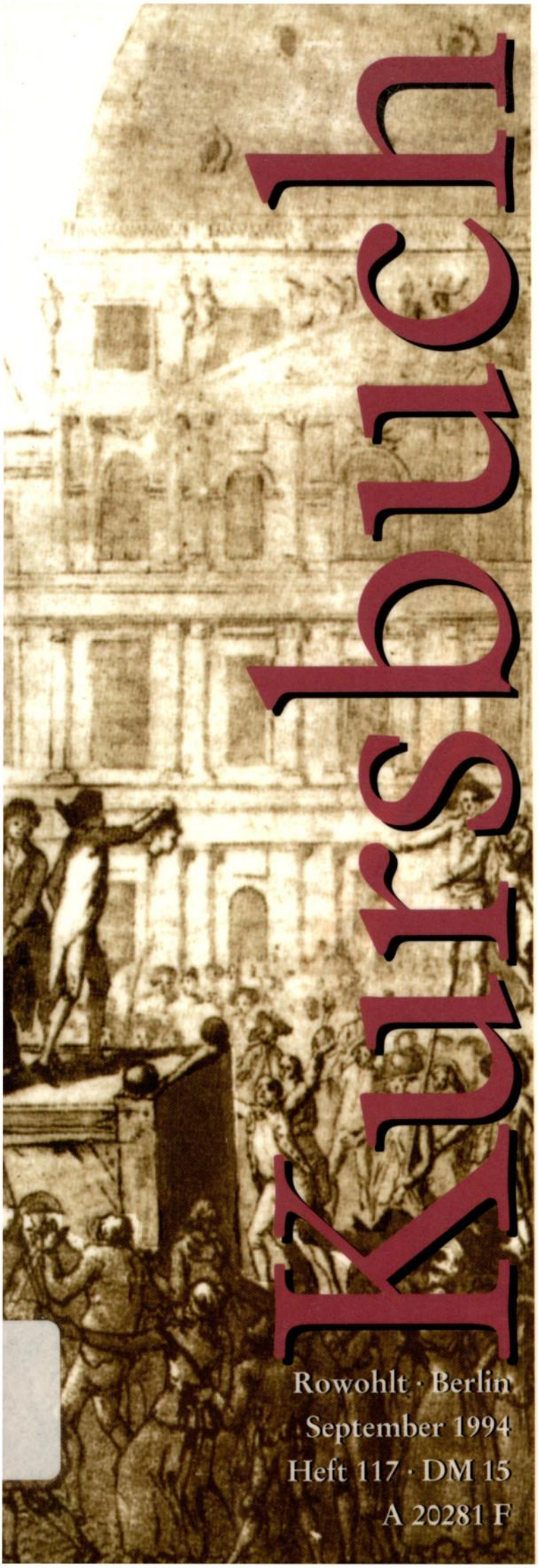


Kursbuch

Rowohlt · Berlin
September 1994
Heft 117 · DM 15
A 20281 F

Das Volk, der Souverän

György Dalos,
Kleine Volksseelenkunde
Michael Jeismann,
Das souveräne Volk
Thomas Schmid,
Entmachtung der Massen
Karl Markus Michel,
Volk im Raum
Sibylle Tönnies,
Eine gute Idee
Ulrich Enzensberger,
Dem Volke dienen
Jonas Maron,
Mitglieder
Volker Ronge,
Volkes Wille
Udo Tietz,
Ein Volk - kein Volk
Frank Sieren,
Dem Volk trauen?
Cora Stephan,
Unsere Gerontokratie
Asmus Petersen,
Eine Abrechnung
Harald Schumann,
Europas Souverän
Christian Bommarius,
Die globale Schimäre

Kursbuch 117
Das Volk, der Souverän
September 1994

94-600
Goethe Institut e.V. Bibliothek
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

György Dalos,
Kleine Volksseelenkunde **1**
Michael Jeismann,
Das souveräne Volk.
Eine Geschichtsrevue **6**
Thomas Schmid,
Desouveränität.Plädoyer für die
Entmachtung der Massen **15**
Karl Markus Michel,
Volk im Raum.
Ausblicke auf eine Topographie **29**
Sibylle Tönnies, Volkssouveränität.
Der schwere Abschied von einer
guten Idee **51**
Ulrich Enzensberger,
Dem Volke dienen. Ein Nachruf **67**
Jonas Maron, Mitglieder **71**
Volker Ronge,
Volkes Wille und Volkes Stimme **82**
Udo Tietz,
Das Volk – ein Volk – kein Volk.
Rückblick auf eine Metamorphose **95**
Frank Sieren,
Dem Volk trauen? Über die Urteilskraft
ganz gewöhnlicher Jugendlicher **111**
Cora Stephan,
Deutsche gerontokratische Republik **123**
Asmus Petersen,
«Schon eure Zahl ist Frevel».
Eine Abrechnung **137**
Harald Schumann,
Europas Souverän **149**
Christian Bommarius,
Die globale Schimäre.
Vom Dilemma des Völkerrechts **162**

Begründet von
Hans Magnus Enzensberger
Herausgegeben von
Karl Markus Michel und
Tilman Spengler
Redaktion: Ingrid Karsunke

Das KURSBUCH erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 12.-, im Einzelverkauf DM 15.-
VERLAG:
Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Einsteinufer 63a, 1000 Berlin 10, Telefon 030-342 00 11.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann.
VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT:
Karl Markus Michel und
Ingrid Karsunke.
ANZEIGENVERWALTUNG:
Runze & Casper Verlagsservice OHG, Schöneberger Ufer 65, 1000 Berlin 30, Telefon 030-250 08 41, Fax: 030-250 08 349.
COPYRIGHT: © 1994
Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin
Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung und der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen und alle elektronischen Übermittlungen vorbehalten.
GESAMTHERSTELLUNG:
Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen

ISBN 3-87134-117-7
ISSN 0023-5652

BEILAGEN:
EVA/Rotbuch Verlag
»Kirschkern« Buchversand (Teilbeilage)
Neues Deutschland
Wissenschaftliche Buchgesellschaft

György Dalos
Kleine Volksseelenkunde

Der Nationaldichter Sándor Petöfi beschreibt in seinem poetischen Märchen »Held János« (1846) unter anderem die abenteuerliche Reise der ungarischen Husaren nach Frankreich, wo sie dem französischen König helfen wollen, den Angriff der Türken abzuwehren. Der Weg führt über das Tatarenland mit seinem hundeköpfigen Volk, von dort kommen sie nach Italien, wo ewiger Winter herrscht. Darauf folgt »das wunderschöne, sonnige Polenland«, und: »Nur ein Katzensprung noch ist's nach Indien dann. Nachbarlich an Indien schließt sich Frankreich an.« (Deutsch von Martin Remane.)

In der entscheidenden Schlacht entreißt der Bauernbursche János die Tochter des französischen Königs dem türkischen Sultan. Die Prinzessin verliebt sich daraufhin in ihren Retter, der jedoch der Dorfschönheit Juliska treu bleiben will. Fazit: Die Ungarn sind großzügig, selbstlos, hilfsbereit, mutig und ausgezeichnete Kämpfer.

Der Dichter rekonstruiert hier eine naive Volksgeographie und -mythologie. Bei aller romantischen Verklärung basiert die Märchenwelt auf realen historischen Erfahrungen. Das Feindbild Türke rührt aus der Zeit her, als das Osmanische Reich sich Ungarn für hundertfünfzig Jahre einverleibt hatte. Die hundeköpfigen Tataren erinnern an den verheerenden Mongolenfeldzug des Jahres 1241. Die Hilfe für die Franzosen ist nichts anderes als die Versinnbildlichung der nicht ganz unwahren Legende, wonach Ungarn das christliche Europa vor barbarischen Angriffen aus dem Orient schützte. Selbst noch in der Annahme, Ungarn habe 1989 durch Öffnung seiner Westgrenze für die DDR-Flüchtlinge die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht, läßt Held János grüßen.

Allerdings haben die Magyaren als Schutzschild Europas eine ziemlich starke Konkurrenz. Allein die Bulgaren hielten vierhundert Jahre lang die Türken auf ihrem Territorium, womit sie verhinderten, daß diese das Königtum Frankreich angriffen. Die Russen fingen den Stoß der Mongolen auf, die Polen wiederum bewahrten den Kontinent vor den Russen. Das sind wohlgemerkt keine bewußten Propagandaslogans oder böse

Ideologien, sondern einfache Mythologeme und Bestandteile des Selbstverständnisses der Völker. Erst später wurden sie zu politischen Zwecken mobilisiert und ebneten Europas Weg von Sarajewo 1914 bis Sarajewo 1994 mit.

Das Gemeinsame aller Volksmythologien ist, daß sie die Einzigartigkeit und Ausschließlichkeit des Volkes verkünden. Jedes Reich, selbst das kleinste, träumt sich als Reich der Mitte. »Extra Hungariam non est vita – si est vita, non est ita.« (Außer Ungarn gibt's kein Leben, oder wenn, dann nicht soeben.) Dieser Satz gehört zu den ältesten pannonischen Weisheiten. Jemand hat ihn im 15. Jahrhundert von ungarischen Studenten in Padua vernommen. Allerdings existierte der Spruch in mehreren Varianten bei der europäischen Studentenschaft der frühen Neuzeit; wir kennen ihn mit Anfängen wie »Extra Lipsiam«, »Extra Göttingam« und »Extra Pragam«. Der Literaturwissenschaftler József Túróczi-Trostler meinte sogar, daß er auf den Spruch »Extra ecclesiam nulla salus« (Kein Heil außerhalb der Kirche) zurückzuführen sei. Im philologischen Sinne ist dies nur eine Hypothese. Inhaltlich jedoch geht es bei den Völkern, die an ihre Einzigartigkeit glauben, tatsächlich um so etwas wie Heil.

Serben und Kroaten brauchen keinen Dolmetscher für diplomatische Verhandlungen. Die kroatische Minderheitensendung im ungarischen Rundfunk heißt »Na materinjem jazyku«, die serbische »Na maternjem jazyku« (In der Muttersprache). Beim Aussprechen ist von dieser Differenz nichts zu merken. Historisch und kulturell aber sind die beiden Länder so unterschiedlich wie Athen und Sparta, Rom und Byzanz. Seit dem Zusammenbruch des Tito-Staats arbeiten Linguisten auf beiden Seiten an der Vertiefung der sprachlichen Unterschiede. Und obwohl dieses Unterfangen für jeden Rationalisten an Wahn grenzt, wurzelt es durchaus im »normalen« Selbstverständnis der Serben und Kroaten.

Im vorigen November war ich in Spanien und schrieb aus eigener Passion von einem Wandkalender den Monatsnamen in allen Sprachen des Landes ab: *Noviembre* (spanisch-kastilisch), *Novembre* (katalanisch), *Azaroa* (baskisch), *Novembre* (galizisch), *Payares* (bable), *Nobiambre* (altoaragonés) und *Noviembri* (extramadurisch). In der Stadt Alicante (katalanisch »Alacant«) hieß die Straße auf einer Seite »calle«, auf der anderen »carrer«. Dies scheint niemanden zu stören, selbst die deutschsprachige Touristenzeitung *Wochenpost*, eine »Lokalzeitung zwischen Denia und Benidorm«, akzeptiert diese innere Zweisprachigkeit.

Und doch verstecken sich hinter den verschiedenen Monatsbezeichnungen und Straßennamen Völker mit unterschiedlicher Geschichte und Erinnerung, mit eigenen Traditionen und Ressentiments. Was für das eine

Volk der Himmel war, blieb in der Erinnerung des anderen die Hölle. Die einen greifen zur Bombe im Namen der staatlichen Unabhängigkeit, die anderen fordern völlig unaggressiv einen bescheidenen Lehrstuhl oder ein Fernsehprogramm. Jede aktuelle politische oder ökonomische Krise aktualisiert die Differenzen.

Der Zusammenbruch des Ostblocks und die Herausbildung neuer Staaten in Mittel- und Osteuropa trug zur nationalen Renaissance in Spanien maßgeblich bei. An einer Hauswand in Madrid las ich: »Die Katalanen sind die Kroaten Spaniens«, und in Bilbao wird um das geheime erfolgversprechende Vorbild geworben: »Euskadi = Lithuania!!!« Ein Völkerfrühling ist im Ausbrechen – passen wir auf, daß es nicht zu blutig wird.

Daß der Schotte geizig ist, kann nur jemand behaupten, der sich für großzügig hält. Um die Russen als unverbesserliche Säufer zu verurteilen, darf man zumindest kein erklärter Alkoholiker sein. Wer die deutsche Gründlichkeit zum Gegenstand seines Spottes macht, muß sein eigenes Volk als besonders locker und ausgelassen sehen. Die sinnlichen Franzosen, die wortreichen Italiener, die frommen und/oder arbeitsfaulen Polen, die schlauen Juden, die ameisenfleißigen Chinesen, die genialen, aber etwas dümmlichen Japaner dienen allesamt als Spiegelbilder, äußere Stützen der eigenen Identität. Der spanische Torero, der türkische Pascha, der Zigeunermusiker und nicht zuletzt der ungarische Husar sind zum Beruf verdichtete Schablonen der einzelnen Völker. Man baut ein Universum auf, um die Einsamkeit im eigenen stillen Kämmerlein zu genießen.

Die sogenannten großen europäischen Kulturvölker erlebten die Identitätsbildung als Wettbewerb und Teilung der Welt. Selbst der Sarkasmus eines Heinrich Heine sollte uns über die Ernsthaftigkeit dieser Vorstellung nicht hinwegtäuschen:

Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Britten,
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.

Hier üben wir die Hegemonie,
Hier sind wir unzerstückelt,
Die anderen Völker haben sich
Auf platter Erde entwickelt.

Im Grunde war es eine Kolonialisierung der vorhandenen materiellen und geistigen Freiräume, die Europas Völker seinerzeit trotz gegenseiti-

gem Haß und Kriegen zusammenhielt. Nehmen wir Heine nicht übel, was er kaum ahnen konnte: Seine verträumten Deutschen warfen sich in der Gründerzeit wie Geier auf alles in der Welt, was ihnen die Rivalen übriggelassen.

Insofern hatte der historische Materialismus recht, wenn er die Völkerbildung mit realen ökonomischen Interessen verband. Seine Abneigung gegenüber anderen, zum Beispiel massenpsychologischen oder kulturhistorischen Erklärungen zeigt jedoch, wie fern ihm die uneuropäische, ich würde fast sagen: ursprüngliche, vorsintflutliche Prägung jeder Volksseele blieb.

Nur die Parias unter den Völkern – die Kurden im Nahen Osten, die Gagausen in Moldavia, die Kalmüken am Ural, die Ketschua-Indianer in Bolivien oder die Zulus in Afrika – wissen, was hier eigentlich auf dem Spiel steht. Sinkt die Zahl eines kleinen Volkes unter fünftausend – etwa wie bei den ugrofinnischen Vogulen in Rußland –, so reduziert sich die Frage nach Sein oder Nichtsein auf die individuelle Ebene. Erst dann wird sichtbar, daß die Zugehörigkeit zu einem Volk der Rettungsring für einen in die Welt geworfenen Menschen ist, der in keinem Grünen Buch des Artenschutzes aufgelistet wird.

Einfach Mensch zu sein, bietet nämlich keine Sicherheit gegen Brand, Überschwemmung, Erdbeben und Außenfeind. Mitgliedschaft in der Partei der Menschheit ist ein Luxus für Intellektuelle. Völker, die kein Mandat im Europäischen Parlament besitzen, flüchten in die eigene Innerlichkeit. So suchen die Roma ihr Heil nicht in der UNO-Charta, sondern in ihrem ungeschriebenen Gesetzbuch »romani cris«. Um zu überleben, werden sie, sogar gegen den Willen der Einzelnen, zum Volk.

Der Kathedermarxismus der fünfziger Jahre definierte das Volk als »Gesamtheit der werktätigen Klassen«. Ob dies eine Ausgrenzung der Faulenzer bedeuten sollte, sei dahingestellt. Jedenfalls wurde hier die nationale Komponente ausgeschlossen, und dies entsprach der Doktrin, nach der sich im Kommunismus eine langsame Verschmelzung der Nationen und sogar der Sprachen vollzieht. Der fleißige Usbeke sollte also mit dem arbeitsliebenden Letten russisch sprechen. Verständigungsschwierigkeiten dürfte es zwischen ihnen nicht geben. Schließlich gehörten sie beide – mit anderen Millionen – dem einheitlichen sowjetischen Volk an.

Es wäre billig, hier darauf hinzuweisen, was aus diesem Versprechen eingelöst wurde. Wir sollten lieber danach forschen, woran der Sozialismus in der nationalen Frage gescheitert ist. Wenn wir die sozialistische Theorie als falsche Antwort auf eine richtige Frage betrachten, können

wir ihr vor allem vorwerfen, der Ungleichheit Gleichmacherei, dem Individualismus Kollektivismus gegenübergestellt zu haben. In einem zentralisierten Vielvölkerstaat wie der ehemaligen UdSSR führte diese Konstruktion automatisch dazu, daß statt der Gleichberechtigung der Völker ihre Ähnlichkeit forciert wurde.

Die Völker sind jedoch alles andere als ähnlich. Die Schweden wären in keinem Fall zu Zehntausenden für einen Stierkampf zu gewinnen, und die Berber hätten sich schwerlich mit der Institution der Beichte abgefunden. Es ist sicher kein Zufall, daß die Musik von Mussorgskij nicht in einem Wiener Heurigenlokal entstand, und ich kann es mir kaum vorstellen, daß der brave Soldat Schwejk in der Schweizerischen Armee gedient hätte.

Noch komplizierter macht das Thema, daß selbst die einzelnen Völker manchmal sich selbst nicht ähnlich sind. Die Ungarn während der Pfeilkreuzlerherrschaft 1944, unter dem Stalinismus 1950 und in den Tagen des Volksaufstands 1956 – das sind, was menschliche Würde, bürgerliches Bewußtsein und historische Kreativität anbelangt, drei völlig unterschiedliche Typen. Das Halbvolk der DDR, das in seiner Wut über eine ordinäre Normenerhöhung 1953 fast das ganze System hinwegfegte, ließ 1961 die Schande der Mauer über sich ergehen. 1989 konstituierte es sich für einige Wochen als in Osteuropa einzig dastehende permanente Straßenversammlung und skandierte citoyenhaft: »Wir sind das Volk«, um ein Jahr später in der Bevölkerung der Bundesrepublik unterzutauchen.

Die Völker – das ist ihnen vielleicht gemeinsam – tauchen auf und unter. Sie erleben ihre historischen Augenblicke und ziehen sich dann zurück – auf den Schwarzmarkt, vor das Fernsehgerät, in die Fußballstadien und in die Kneipen. Sie lassen Politiker agieren, Diktatoren kommen, Korruption aufblühen und Haß auf Unschuldige abladen. Unterdessen sammeln sie jedoch Erfahrungen. Vielleicht schlagen sie zufällig einmal ein altes Buch auf und entdecken unter dem Stichwort »Demokratie«, mit einer gewissen Verblüffung, daß dieses Wort eigentlich ihre Macht bedeutet. Sie schütteln ungläubig den Kopf, akzeptieren die Massenarbeitslosigkeit, folgen dem nächstbesten Demagogen, aber der Ohrwurm läßt ihnen keine Ruhe und treibt sie immer wieder auf die Straße, wo sie auf den Trümmern ihres Staates ein großes Happening feiern.

Michael Jeismann
Das souveräne Volk

Eine Geschichtsrevue

»Die Democratie muß betrogen werden, um eine Regierung zu haben, denn der Demagog darf nie als Herrscher erscheinen«, so lautet das skeptische Fazit eines zeitgenössischen Lexikons zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Für jeden einzelnen zwar sei die Demokratie »durch die Hoffnung zu herrschen« fruchtbar, indem es seine Talente wecke und seinen Ehrgeiz ansporne. Diese Talente und dieser Ehrgeiz, aus einer »democratischen Idee« geboren, richteten sich aber auf ihr genaues Gegenteil. Das sich selbst regierende Volk, die »reine Democratie«, ohne repräsentative Mittler, stehe immer an der Schwelle zur Tyrannei, da sie sich »jedem bloßgibt, der etwas Kraft haben möchte«, das Volk »zu gouvernieren«.

Unschwer zu erkennen, in welchem Maß hier die Erfahrungen der Französischen Revolution, der Zeit der »Schreckensherrschaft« und des napoleonischen Regimes eingegangen sind. Freilich hatte die Revolution nur mit praktischer Vehemenz die Frage gestellt, die schon mit der attischen Demokratie gegeben war: wie nämlich Herrschaft die größtmögliche Legitimation erlangen kann, wie »Freiheit« und »Gleichheit« sich zueinander zu verhalten haben. Wenn Demokratie die »Herrschaft der vielen«, »Volksherrschaft« bedeutet, dann handelt es sich dabei im neuzeitlichen Europa um eine Begriffskombination, die alles andere als selbstverständlich ist und mehr Spannungen enthält, als sie auf den ersten Blick zu erkennen gibt.

Denn »das Volk« meint nicht immer die Summe der Staatsbürger. Es ist vielmehr ein historisches Subjekt mit eigenen Qualitäten. Für die einen ist es gerade nicht zur Herrschaft befähigt, für die anderen steht es zu hoch, um Herrschaft ausüben zu müssen. Einmal ist es der »Pöbel«, dem man die Angelegenheiten der Allgemeinheit niemals anvertrauen dürfe; ein andermal ist es sozusagen eine metaphysische Gewalt, ist es der Begriff einer unumstößlichen Einheit, welche die Gleichheit a priori garantiere, unabhängig von der staatsrechtlichen Verfassung, in welcher »das Volk« lebe.

Das Volk als Souverän hatte es also immer schwer, mit seinen Veräch-

tern wie mit seinen Bewunderern. Nicht zuletzt deshalb gerät die Rede vom »Volk« leicht in die Nähe des Martialischen; überall, im Innern wie im Äußeren, lauern Feinde, die Despotie steht immer bereit, die Unzufriedenheit des Volkes mit der Selbstregierung auszunutzen. Die Demokratie hat nichts Säbelrasselndes, und doch ist ihre Geschichte geprägt durch die Gewalt der Waffen und durch »Opferfreudigkeit«, durch die sie die Selbstherrschaft erlangen und erhalten muß. In seiner *Geschichte des Altertums* hob Leopold von Ranke deshalb hervor, daß die »Demokratie in Athen« in engem Zusammenhang mit der Volksbewaffnung unter Klisthenes und den Perserkriegen zu sehen sei: »Das Volk hatte die Freiheit gekostet und für sie geblutet; ohne Gewaltsamkeit und Gefahr hätten sich die alten Zustände nicht aufrechterhalten lassen. Die Abschaffung der Vorrechte der vornehmen und reichen Geschlechter gehörte dazu, um die Demokratie zu voller Erscheinung zu bringen.« Dieses »Volk« aber ist ein Souverän, der sich selbst mißtraut. Es war deshalb ohne Zweifel eine weise Entscheidung im demokratischen Athen, daß ein Teil der Ratsherren immer auf dem Marktplatz anwesend sein mußte, nachts sogar dort zu schlafen hatte. Gegenwärtigkeit und Wachsamkeit waren erste Bürgerpflichten. Das Mißtrauen war und bleibt begründet.

Der Verdacht, daß die »Herrschaft der vielen« dem Wohl aller entgegenlaufen könne, gehört zur Chronik des »souveränen Volkes«. Die Geschichte dieses Verdachts wird so lange fortgeschrieben, wie es den Anspruch auf Demokratie gibt. Dabei verhält es sich so, daß beide Geschichten nicht nur parallel zueinander verlaufen, sondern mal die eine, dann die andere ein Kapitel voraus ist. Heute muß man den Eindruck gewinnen, als ob besonders rasch die Seiten der Verdachtsgeschichte beschrieben würden. Die Stichworte reichen von »Parteienverdrossenheit« über »Politikmüdigkeit« bis zum »schwachen Staat«, der seine Bürger nicht mehr zu schützen vermag und nach und nach von seinen hoheitlichen Aufgaben sich zurückzieht oder sie einer undurchschaubaren, unsichtbaren supranationalen Bürokratie anvertraut. Und in der Regel stammen alle Argumente, die solche Kritik stützen sollen, aus dem Fundus demokratischer Vorstellungen selbst. Der Anti-Demokrat wird stets im Namen einer »wahreren« oder einer »wirklichen« Volksherrschaft auftreten. Denn »das Volk« oder »die Allgemeinheit« sind mit den beiden großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, der amerikanischen und der französischen, zur höchsten legitimatorischen Instanz jeder Herrschaft aufgestiegen. Da das politische Handeln im Namen des Volkes erfolgt, muß dieses »Volk« die Papiere prüfen, für die es das Siegel gibt. Es könnte sonst seine eigene Entmachtung unterzeichnen.

Will die Demokratie nicht betrogen sein, so muß sie ihre eigenen Schwächen besser kennen, als es ihre Gegner tun. Sie muß den Verdacht

kennen, um ihm widerstehen zu können. Dazu aber bedarf es eines Eingeständnisses. Denn das »souveräne Volk« war nicht nur souverän im Hinblick auf sich selbst. Seine Souveränität wurde zugleich auch formuliert gegen andere, die »Volkssouveränität« war mithin eine Kategorie des Ausschlusses. »Demos« bezeichnete eben nicht die Sklaven in den griechischen Städten und auch nicht die Fremden, die »Barbaren«. Gleiches gilt für die Nachfolgebegriffe: den römischen »populus«, die frühneuzeitliche »Adelsnation« und schließlich, im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, das »Volk« schlechthin. Dabei konnten mit ein und demselben Begriff ganz unterschiedliche, ja entgegengesetzte Ausschlüsse gemeint sein. Aus der Perspektive des absoluten Fürsten bedeutete das »Volk« die Summe der Untertanen, aus der Sicht der Kirche lag der Akzent auf dem »Kirchenvolk«, und die Kritiker der Demokratie schließlich nahmen die negativ besetzten Konnotationen des Begriffs »populus« auf und identifizierten das »Volk« mit der willenlosen »Masse« und dem zügellosen »Pöbel«. Da der Begriff also auf die größtmögliche Allgemeinheit als politisches Handlungsobjekt zielt, entzünden sich die Konflikte um die »Volkssouveränität« gerade an den Ausschließungen. Diese konnten ständisch-sozialer Art sein, sie waren noch das ganze 19. Jahrhundert über geschlechtsspezifisch durch den Ausschluß der Frauen, sie konnten aber ebenso biologistisch-ethnisch ausfallen.

Die Ausschlüsse sind der Ernstfall der Demokratie, wie die jüngsten Debatten über die doppelte Staatsbürgerschaft belegen. Hierbei kommt es aber weniger auf den Ausschluß selbst an, der jeder Handlungseinheit ohnehin mitgegeben ist. Wichtiger für die Funktionsfähigkeit der Demokratie ist die Art, sind die Kriterien, mit deren Hilfe ausgeschlossen wird. Der auf Unveränderlichkeiten zielende Ausschluß, der eine persönlich-individuelle oder kollektive Nicht-Anerkennung des »Anderen« bedeutet, muß die von der Beweglichkeit und Offenheit lebende Demokratie ruinieren. »Turbulenz« und »Fluktuation«, meinte im 18. Jahrhundert schon der englische Philosoph und Schriftsteller William Godwin, seien weniger bedrohlich als die Erstarrung sich abschließender Gemeinwesen. Die Praxis war freilich bis ins 19. Jahrhundert hinein eine Abschottung vor allem gegenüber wandernden Armen. Die Städte versuchten in Krisenzeiten sogar, die städtischen Armen, die kein volles Bürgerrecht besaßen, gleichwohl aber Mitglieder der Stadtgemeinde waren, am Erhalt ihrer Mitgliedschaft zu hindern, um Ansprüchen auf Unterstützung möglichst entgegenzutreten. Der »Betrugsverdacht«, der die Demokratie begleitet, tritt in jedem Fall eher bei einer rigiden Abgrenzung auf als bei einer variablen. Eine Gefahr für das Gemeinwesen geht tatsächlich weniger von größtmöglicher Partizipation als von einer restriktiven Selbstbestimmung »des Volkes« aus.

Der größte »Betrug« aber ist wahrscheinlich die Leugnung des Ausschlusses, den die »Demokratie« bedeutet. Als Betrugsvorwurf kann diese Leugnung sowohl von den de facto gleichwohl Ausgeschlossenen als auch von denen erhoben werden, die sich als Inbegriffene doch nicht genügend einbezogen fühlen. Der Idealfall freilich kannte solche Ausgrenzungen nicht, und als verzeitlichte Fortschrittsvorstellung zielt »Demokratie« seit dem 19. Jahrhundert auf die Minimierung des Ausschlusses.

Wenn Regierende und Regierte in eins fallen, wenn der heute Regierende mit seiner eigenen Zustimmung morgen der Regierte ist, dann, so sollte man meinen, ist niemand ausgeschlossen. Die »Herrschaft« kennt nur noch sich selbst als Subjekt, eine »Knechtschaft« gibt es nicht. So konnte Friedrich Engels 1844 im »Fest der Nationen« schreiben: »Die Demokratie, das ist heutzutage der Kommunismus.« Zu dieser Demokratie aber fehlten stets, wen wundert's, die richtigen Demokraten. Die Demokraten der Revolution von 1848 waren eben nur »kleinbürgerliche Demokraten«, und das Ineinssetzen von »Kommunismus« und »Demokratie« bedeutete nichts anderes als eine Vertagung. Die »wahre« Demokratie ist nie erreicht, stets liegt sie in der Ferne der Utopie. Oder in der fernen Vergangenheit: der Historiker August von Schlözer glaubte noch, die Demokratie könne nur gedeihen »bei einem kleinen unverdorbenen unkultivierten Volke, das keine andere Gemeindegeschäfte betreibt, als zu denen schlichter Menschenverstand gehört«. Die Demokratie bei einem »verfeinerten, d. i. verdorbenen Volke« müsse aber unweigerlich die »despotischste aller Regierungsformen« sein. In der Mitte des 19. Jahrhunderts freilich war die Fixierung auf die antike Tradition der »absoluten Demokratie« aufgegeben. Warum sollte es nicht eine moderne Demokratie geben, die den Verhältnissen in den Großstaaten angepaßt wäre? Amerika hatte schließlich das Vorbild gegeben. Die Übersetzung von Tocquevilles Werk *Über die Demokratie in Amerika* im Jahr 1836 gab dieser Richtung in Deutschland die Argumente. Die moderne Demokratie müsse eine wesentlich andere sein als die ideale althellenische mit ihren Volksversammlungen und ausgelosten Ämtern. Die repräsentative Demokratie solle die Vorteile der älteren »absoluten« und »direkten« Demokratie wahren und dabei gleichzeitig ihre Nachteile, ihre Unmöglichkeit im Praktischen meiden.

Auch wenn man also das ideale Bild der Demokratie aufzugeben bereit war, um nur wenigstens überhaupt eine Demokratie zu erlangen, blieb die antike Tradition der Demokratie-Kritik doch weiterhin lebendig. Mit ihr ließen sich treffend jene Topoi münzen, welche die »moderne Demokratie« bloßstellen sollten. Das ist kein Zufall, denn die Theorie der antiken Demokratie haben uns in erster Linie ihre Gegner vermittelt.

Platon etwa sah »die Freiheit«, welche die Grundbedingung der Demokratie ist, als Ursprung des Willkürlichen und Ordnungslosen an. Ironisch meinte er: »Nicht wahr, an erster Stelle steht doch dies, daß sie freie Menschen sind und daß der Staat förmlich überquillt von Freiheit und Schrankenlosigkeit im Reden und daß jeder in ihm die volle Möglichkeit hat zu tun, was er will.« Für Aristoteles war im Kanon der drei Regierungsformen Aristokratie, Monarchie und Demokratie das Mischungsverhältnis bestimmend, die »reine Demokratie« aber eine instabile Regierung mit der Neigung zu »Entartungsformen«. Rousseau wiederum stellte die Demokratie so hoch, daß erst die Menschen sich ändern müßten, bevor sie für sie bereit seien. Wenn es ein Volk von Göttern gäbe, sagt er im *Contrat social*, würde es sich demokratisch regieren. Dem Menschen aber komme eine so vollendete Regierungsform nicht zu. In letzter Konsequenz setzt damit Demokratiefähigkeit einen dynamischen anthropologischen Erziehungsentwurf voraus, der gleichermaßen pessimistisch wie optimistisch zu lesen ist. Die »wahre«, unvermittelte Demokratie erfordert den »neuen Menschen«. Es blieb ansonsten bei der klassischen Kritik des Anspruchs der reinen Demokratie, den Kant in seiner Schrift vom *Ewigen Frieden* so formulierte: »... mithin alle, die doch nicht alle sind, beschließen; welches ein Widerspruch des allgemeinen Willens mit sich selbst und mit der Freiheit ist.«

Auch als die Demokratie-Vorstellung sich von der griechischen Staatslehre löste und der Begriff selbst die Sphäre der gelehrten Abhandlungen mit dem 19. Jahrhundert definitiv verließ, bezog die Demokratie-Kritik immer noch von dorther ihre Argumente und ihre Legitimation.

Wir überspringen damit schon die römische Zeit, Mittelalter und frühe Neuzeit, deren Gesellschaftsvorstellungen freilich im rückblickenden 19. Jahrhundert im Zusammenhang der »Demokratie« von Bedeutung werden sollten. Das gilt insbesondere für die Idee der »altgermanischen Genossenschaft«, der »germanischen Freiheit« sowie für den Protestantismus und die Vorstellung der »Gotteskindschaft«, die in der säkularen Interpretation als Modell der radikalen, direkten Demokratie gelten konnte. Und wir verlassen den allgemeinen Volks- und Demokratiebegriff, um seine Lösung von der politisch-staatsrechtlichen Ordnung als Bezeichnung einer Regierungsform zu verfolgen. Denn zum einen erhielt der Begriff eine ganz neuartige Virulenz, indem er eine soziale Komponente in den Vordergrund schob und schließlich zur Selbstbezeichnung politischer Parteien dienen konnte; zum anderen erschloß der spezifizierende Topos vom »deutschen Volk«, zusammen mit dem Nationbegriff, ganz neuartige Bedeutungsvarianten und Möglichkeiten des politischen Handelns.

Das »deutsche Volk« taucht erst in der Zeit der Französischen Revo-

lution, vor allem aber in der napoleonischen Ära und den Befreiungskriegen auf – und zwar als Desiderat. Hatten die Aufklärer schon den mangelnden Gemeingeist beklagt, so sahen die Fürsprecher der deutschen Nation und des deutschen Volkes in der napoleonischen Ära in diesem neuen Handlungssubjekt, das die deutschen Fürstenstaaten überstieg und aufhob, das einzige Instrument zur Befreiung. Die Befreiung sollte dann zugleich das Ende der »Vielherrschaft« der deutschen Partikularstaaten mit sich bringen. Indem man also während der Befreiungskriege den Begriff des deutschen Volkes einführte, nahm man eine Einheit vorweg, die es realiter noch gar nicht gab. Weil das »deutsche Volk« ein antizipatorischer Begriff war, verlangte er im besonderen Maß nach Anschauung, nach Bestätigung seines hohen Wertes. Vor allem aber, darauf wiesen der schwedische Untertan Arndt, der »Turner« Jahn und Johann Gottlieb Fichte immer wieder hin, bedurfte es des »festen Willens«, des »Entschlusses«, Deutscher sein zu wollen. Es galt in dieser Phase auch auf der deutschen Seite noch nicht die ethnische Nationalitätsbestimmung. Deutscher war, wer es sein wollte, und zwar unabhängig von seinem Stand, unabhängig auch von dem partikularen Untertanenverband, dem er angehörte. Dies war ebenso revolutionär und gegen das politische Verständnis des Fürstenstaates gewandt wie die propagierte Idee der Volksbewaffnung. Arndt wurde denn auch nach den Karlsbader Beschlüssen als »Jakobiner« verfolgt.

In dieser Zeit besaß die Berufung auf das »Volk« eine demokratische Sprengkraft, unabhängig von den näheren verfassungspolitischen Vorstellungen der nationalen Propagandisten. Denn natürlich schwebte ihnen nicht die »französische Freiheit« oder die »Freiheit« schlechthin vor, sondern eine »deutsche Freiheit«. Diese »deutsche Freiheit«, die mit einer Mischung aus vermeintlich germanischer Überlieferung und protestantischem Unmittelbarkeitsdenken definiert wurde, bestand im wesentlichen aus der Übereinstimmung des Individuums mit dem »Volksgeist«. Der »Volksgeist« aber sollte geprägt sein von der dauerhaften Feindschaft gegen die Franzosen. Friedrich Ludwig Jahn schlug in seinem Buch über »Volksthum« deshalb vor, eine Mauer um Deutschland zu bauen. Einreisen solle nur dürfen, wer einen triftigen Grund habe und ein Gesundheitszeugnis vorlegen könne. Ausreisen hingegen solle nur, wer sich beruflich ins Ausland begeben müsse. Dafür aber solle es »vaterländische Wanderungen« geben, in der Vorstellung nicht ganz unähnlich den nationalsozialistischen KdF-Unternehmungen, damit »das Volk als Volk sich kennenlerne«. Die Freiheit war also vollständig darin aufgehoben, Deutscher zu sein. Deutsch zu sein bedeutete aber auch, sich als Feind der Franzosen zu verstehen.

Die Souveränität des Volkes sollte sich, übrigens nicht nur in Deutsch-

land, zuerst und am nachhaltigsten im »Volkskrieg« erweisen. Die staatliche Verfaßtheit blieb dabei weitgehend offen, da mit der Berufung auf »das Volk« ein »demokratisches Prinzip« vorgegeben war, das sich verschiedenen Regierungsformen einpassen konnte.

In den Jahrzehnten bis zur Revolution von 1848 gewann die soziale Komponente der Volks-Souveränität erhebliche Bedeutung. Deutsch im nationalen Sinn und demokratisch wurden Synonyme. Aber auch hier blieb die Feindbestimmung konstitutiv. Ob es die Franzosen oder die inneren »Volksfeinde« waren – die Feindbestimmung als Instrument der Selbstbestimmung war einer der Grundzüge der modernen europäischen Nation seit der Französischen Revolution.

Im deutschen Reich von 1871 blieb dann einerseits die Spannung zwischen Volkssouveränität und dynastischer Legitimität mehr oder weniger latent erhalten. Die Inschrift am Giebel des Reichstags: »Dem Deutschen Volk«, verweist deutlich genug auf die herrschaftliche Geste Wilhelms II., der die Souveränität des Reichs monarchisch auslegte. Das »Volk« selbst aber wurde nun allgemein ethnisch verstanden, der voluntative Akt aus der Zeit der Befreiungskriege trat völlig zurück. Nach dem Krieg gegen Frankreich war die Annexion des Elsaß – gegen den Willen der Elsässer – hierfür der deutlichste Beleg. Der Publizist und Historiker Heinrich von Treitschke meinte in diesem Zusammenhang, daß die Elsässer infolge französischer Einflüsse ihre wahrhaftige Zugehörigkeit verleugnen würden. Sie seien aber deutsch, auch wenn sie sich dagegen sträubten, auch wenn sie diese Abstammungsverwandtschaft nicht wahrhaben wollten. Der völkisch gefärbte Volksbegriff sah im Volk nicht das souveräne Handlungssubjekt, sondern eine zu erlösende, schutzbedürftige Einheit. Hier trat der Verdacht wieder auf, das Volk müsse zum allgemeinen Besten betrogen werden. Dieser Verdacht wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verwissenschaftlicht in der sogenannten »Massenpsychologie« im Stil eines Gustave Le Bon. Nicht die politische, die soziale oder die staatsrechtliche Grundierung der Volkssouveränität war hier das Thema, sondern die Manipulierbarkeit der Affekte und Emotionen der Masse, deren Souveränität als schieres Gewaltpotential erschien. Dieser Volksbegriff stand schon in deutlicher Nähe zu biologistischen Ableitungen, wenn er auch noch nicht deckungsgleich mit der »Rasse« war.

Andererseits blieb nicht nur die Spannung zwischen »monarchisch« und »national« erhalten, es traten nun auch »demokratisch« und »national« auseinander, mit einer Fülle an sprachlichen Ausdifferenzierungen. Die weitere Geschichte des souveränen Volkes ist die Geschichte eines inflationären Gebrauchs, einer Überbietung im Stil von Max Webers »Herrenvolk« und einer rassischen Aushöhlung des politischen Begriffs.

Vom Souverän blieb nur der Name, nachdem er sich selbst erfolgreich den Mißtrauensantrag gestellt hatte. Insofern war es ein mutiges Unterfangen, diesen unsicheren und diskreditierten Souverän in den Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik aufzunehmen. Solange aber die Feststellung, daß alle Gewalt im Staat vom Volk ausgeht, eine beruhigende Versicherung ist und keine Drohung, hat der Souverän Gelegenheit, dem anti-demokratischen Verdacht immer ein Kapitel voraus zu sein.

»Riese im Unruhestand.«

Frankfurter Allgemeine Zeitung

»An raschem Blick, gründlicher Analyse, besonnenem Urteil übertrifft keiner ihn, der wahrscheinlich als der bedeutendste amerikanische Außenminister dieses Jahrhunderts in die Geschichte eingehen wird. Eine spannende, lehrreiche Lektüre.«
Marion Gräfin Dönhoff

»Kissinger ist als Historiker und als Staatsmann gleichermaßen faszinierend. Sein Buch muß jeder lesen, der über das 20. Jahrhundert mitreden will.«
Helmut Schmidt

Henry A. Kissinger

Die Vernunft der Nationen

Über das Wesen der Außenpolitik

Siedler

1008 Seiten,
Abbildungen, Leinen,
DM 78,–

Wolfgang Schäuble

Und der Zukunft zugewandt

»Wolfgang Schäuble denkt mitunter unbequem – auch für seine eigene Partei. Aber er zählt zu den interessantesten politischen Köpfen der letzten zehn Jahre.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung

» Bücher werden viele geschrieben von Politikern. Wenn aber Wolfgang Schäuble ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl mit einem neuen Titel auf den Markt kommt, dann läßt das aufhorchen...
Er schreibt gegen Larmoyanz und falsche Tabus, analysiert die schwerfällige und müde Wohlstandsgesellschaft im Westen und die überzogenen Erwartungen im Osten des Landes. Schäuble gibt Auskunft, welche Zukunft er den Volksparteien gibt, wie er es mit dem Nationalen hält, und welche außenpolitischen Rezepte er dem Land verschreiben möchte.«
Süddeutsche Zeitung

256 Seiten,
Leinen,
DM 39,80

Siedler

Thomas Schmid
Desouveränität

Plädoyer für die Entmachtung der Massen

So viel Wahl war nie, doch von Begeisterung keine Spur. Mühsam quälen sich Wahlvolk, Parteien, Kandidaten und die Öffentlichkeit durch das nicht enden wollende Superjahr 1994: überall nur Pflicht, keine Spur von Kür. Man kann das offenkundige Desinteresse mit der Vielzahl der Wahlen, also mit demokratischer Überfütterung, erklären. Und man kann die Gründe für diese Verdrossenheit am entgegengesetzten Ende suchen: das Angebot ist nun mal – personell wie programmatisch – ziemlich mager. Nichts löst Begeisterung, nichts Interesse, nichts aber auch Empörung und Ablehnung aus: keine Kälte, keine Hitze, nur Lauheit. Kaum mehr als Varianten des »Weiter so« stehen zur Abstimmung, und so kann es nicht wundernehmen, daß sich der Souverän Mal um Mal wie ein müdes Tier zur Urne schleppt. Er bringt eine lästige Pflicht hinter sich. Niemand, so scheint es, erwartet noch viel von der Politik. Selbst der Zorn, der eben noch die bedrohlich erscheinende Anti-Partei der offensiven Nichtwähler ins Gerede gebracht hat, scheint verflogen, und auch die so volksnah sich gebenden Statt-Parteien haben, wie es aussieht, ihre Zukunft schon hinter sich: selbst ihr Programm – das Volk ist das Volk ist das Volk – vermag nicht mehr zu mobilisieren. Noch stets waren aus dem Ressentiment gegen »die da oben« politische Funken zu schlagen; doch auch das will, der Niedergang der »Republikaner« belegt es, nicht mehr recht funktionieren.

Wir leben seit ein paar Jahren in politisch aufregenden Zeiten, es steht einiges auf dem Spiel, die Probleme wie der politische Handlungsbedarf sind beträchtlich. Das scheint jedoch den Souverän, der ja in vieler Hinsicht betroffen und auch bedroht ist, nicht weiter zu sorgen. Als ginge ihn das alles im Grunde nichts an, hat er sich ins Private, in eine nebelhafte innere Emigration zurückgezogen, und selbst der immer-schlauen Frau Noelle-Neumann fällt es inzwischen sichtlich schwer, bei ihrem Patienten Reste jener Intensität der politischen Gefühle auszumachen, die vor zwei Jahrzehnten noch fast die Regel war. Daß der Souverän politisch weitgehend verstummt ist, ist sicher auch eine Reaktion auf die

Tatsache, *daß* die Zeiten politisch so aufregend geworden sind: die große Unübersichtlichkeit wirkt nicht beflügelnd, sondern ängstigend, zumindest aber verunsichernd. Das Politische ist zu groß geworden. So kommt es zu dem Paradox, daß in dem Moment, wo ungeheuer viel zu verändern wäre, fast nichts verändert wird und der Souverän in die politische Indifferenz verfällt. Und sicher drückt dieses politische Verstummen auch etwas von jener Enttäuschung aus, die – so Albert O. Hirschman[1] – stets auf Phasen intensiveren Engagements und leidenschaftlicher Politisierung folgt.

Doch diesmal könnte es noch etwas anderes sein – zugleich mehr und weniger als Enttäuschung. Die Demokratie, so hieß es 1989 ein paar Momente lang, habe triumphal gesiegt, und nun würden sich die lichten Weiten der zivilen Gesellschaft öffnen. Diese Zuversicht war etwas voreilig. Denn auf den Osten Europas bezogen, zeigte sich sehr schnell, daß der Zusammenbruch von Diktaturen eben nur dies ist, ein Zusammenbruch, eine Implosion, ein Ende – mehr nicht: Es war ein heilsgeschichtlich motivierter Irrtum, wenn in diesem Ende zugleich ein Anfang, ein Neubeginn mit klarem Ziel gesehen wurde. Die Demokratie, so sieht es aus, hat nicht gewonnen, sondern ist übriggeblieben.

Die Etymologie ist meistens beides zugleich: hilfreich und irreführend. Demokratie, so kann man in jedem beliebigen Wörterbuch nachlesen, sei die Herrschaft des Volkes. Zwar gebe es verschiedene Formen von Demokratie, allen gemeinsam aber sei der Umstand, daß hier das Volk, der *demos*, sich selbst regiere. Das ist, genau besehen, nicht mehr als eine Zauberformel: es klingt überzeugend, besagt aber noch fast nichts. Wo regiert wird, lehren Erfahrung und Anschauung, gibt es Regierende und Regierte. Beide sind offensichtlich nicht identisch; denn wären sie es, würde es keinen Sinn machen, von Regierung zu sprechen. Demokratie als Herrschaft des Volkes über das Volk muß also, wenn es sich nicht um schlichte Irreführung handeln soll, etwas anderes meinen. Das Volk, das sich selbst regiert: das kann nur eine auf Eingängigkeit hin angelegte Abbreviatur sein – ein Kürzel, das nur dann sinnvoll ist, wenn es *nicht* wörtlich genommen wird.

Mit der Kunst, die Demokratie zwar ernst, eben deswegen aber nicht wörtlich zu nehmen, ist es freilich nicht sonderlich gut bestellt. Denn noch immer gehen, zwei Jahrhunderte nach Jean-Jacques Rousseau, die tieferen, die intensiveren Wünsche in die entgegengesetzte Richtung. Noch immer gilt das Direkte und Unvermittelte im Zweifelsfall als besser, das Indirekte, Vermittelte und Hergestellte als schlechter, als dekadent. Jede real vorhandene Demokratie erscheint so als zweite Wahl, als schwacher Abglanz der eigentlichen Idee, bestenfalls als Kompromiß. Ernst Fraenkel

schrieb in seiner Studie *Deutschland und die westlichen Demokratien*: »Eines der folgenschwersten Dogmen der revolutionären Bewegungen der vergangenen zwei Jahrhunderte ist darin zu erblicken, daß deren Wegbereiter von der optimistisch-utopischen Prämisse ausgingen, der ›wahre‹ Volkswille sei lediglich durch die undemokratischen Kräfte der Vergangenheit: Kirche, Monarchie, Feudalismus, Kapitalismus, Militarismus, Imperialismus an seiner freien Entfaltung gehindert.«[2] Alles, was den Volkswillen an seiner direkten Artikulation hindert, erscheint in dieser Logik als dessen Verbiegung und Verfälschung.

Das hat auch damit zu tun, daß in Deutschland (wie in fast allen Ländern des europäischen Kontinents) das französische Modell von Demokratie prägend geworden ist – und nicht das sehr viel ältere englische. In England hat die Demokratie immer etwas Evolutionäres gehabt: nie wurde geleugnet, daß sie *allmählich* aus dem Ständestaat (dessen Reste bis heute sichtbar sind) hervorgegangen ist. Es wurde nicht *gegründet*, sondern *verbessert*. Diese pragmatische Haltung galt in so fundamentalistisch ausgerichteten Ländern wie Frankreich oder Deutschland nicht viel. Man hat oft auf die Unterschiedlichkeit der Entwicklung in Frankreich und Deutschland hingewiesen: dort eine republikbegründende Revolution, hier nur die Kontinuität von Kleinstaaterei, Partikularismus und Furcht vor dem Souverän. Nimmt man jedoch einen anderen Blickwinkel ein, so rücken Ähnlichkeiten zwischen Frankreich und Deutschland in den Vordergrund. In den politisch einflußreichen Theorietraditionen beider Länder überwiegen die Verachtung gegenüber dem Vorgefundenen und der Hang zum großen, zum radikalen Wurf.

Im Falle Frankreichs liegt das auf der Hand. Hier ist der Rousseausche Volksfundamentalismus prägend geworden: die Skepsis gegenüber jeder Vermittlung, hinter der Jean-Jacques stets ein betrügerisches Manöver der Enteignung vermutete. Möglichst rein müsse der Wille des Volkes, dieses edlen Kollektiv-Wilden, zum Ausdruck kommen – Unmittelbarkeit als Antidot gegen die Wunden, die die Entfremdung schlägt. Damit nistet sich tief in der modernen Gesellschaft, die notwendigerweise unübersichtlich bleibt und ohne Vermittlung nicht auskommt, der Geist eines allgegenwärtigen Mißtrauens ein: Stets wird der Souverän, nie souverän genug, betrogen, hinters Licht geführt, über den Tisch gezogen. Und stets gilt es, sich in einer Art existentieller Revolte dagegen aufzulehnen und die schädlichen Schleier der Vermittlung wegzureißen – im Grunde ein tragisches Unterfangen, da es doch zum Scheitern verurteilt ist, zumindest aber nie zu einem endgültigen Erfolg führen wird. Das macht den gequält-ultimativen Ton in Rousseaus Argumentation aus – ein Ton, der dann in der Französischen Revolution nicht mehr zu überhören war. Dem Haß auf das Alte, die Monarchie, war vielleicht in nicht

unbeträchtlichem Maße ein anderer Haß beigemengt: der Haß auf die neue Unübersichtlichkeit einer am Beginn der Modernisierung stehenden Gesellschaft, der Haß über die Mühen der Vermittlung, der Zorn darüber, daß – allem Radikalismus zum Trotz – die Zukunft nicht nach dem Bild der Vergangenheit geformt sein und nicht das paradiesische Ideal der wiederhergestellten Einheit verwirklicht werden wird. In der Französischen Revolution brach sich, im Namen des Neuen daherkommend, ein sehr alter Wunsch nach Stillstand und Entdifferenzierung Bahn. Das Demos-Ideal, das die Französische Revolution beflügelt hat, war zu guten Teilen ein vormodernes Ideal.

Weniger vertraut ist der Gedanke, auch in Deutschland könne eine Form des Volksfundamentalismus überwogen haben. Schließlich gilt es ja als ausgemacht, daß Deutschland in politischer Hinsicht immer das Land des Stillstands, der Konservierung, der Zersplitterung und die herrschenden Kräfte sich stets in einem einig gewesen waren – in der Überzeugung, dem Volk, dem großen Lümmel, sei nicht über den Weg zu trauen. In Deutschland, so die weithin geteilte Überzeugung, hat immer der Staatsautoritarismus überwogen; erst sehr spät und nur widerwillig wurden dem Volk – dazu noch von oben – Möglichkeiten der Partizipation eröffnet. Kurz, der Gedanke, das Volk sei der Souverän, habe in Deutschland immer ein Schattendasein geführt. Auch hier ist freilich eine andere Deutung möglich. Gerade in der Tradition eines organizistischen Staatsverständnisses, das die deutschen Konservativen des 19. Jahrhunderts auszeichnete, kam dem Volk als einer besonderen Wesenheit große Bedeutung zu. Dieses Volk wurde – und hier gibt es zumindest eine Parallele zum Denken Rousseaus – als ein Kollektivwesen gesehen: nicht ausdifferenziert, sondern einheitlich, von den Wurzeln bis zu den Blättern *ein* Wesen. Die politische Philosophie der deutschen Konservativen war von Grund auf paternalistisch angelegt. Das schließt jedoch auch ein, daß sie dazu neigte, im Volk ein unentfremdetes Wesen des Eigentlichen zu sehen, tief verankert in den ungeschichtlichen Strömen einer vielfältigen und dennoch immergleichen Kultur. Auch hier galt die Vermittlung – *die* Fortbewegungsart der Moderne – als ein Greuel.

Das hatte politische Konsequenzen. Alle Repräsentation stand im Ruch des Verrats, stand unter dem Verdacht, dem Willen oder auch dem Wesen des Volkes (wie umgekehrt auch des Monarchen) Gewalt anzutun. Und darin waren sich dann in gewisser Weise Rechte und Linke, Konservative und Fortschrittliche einig. Rechts war man der Überzeugung, die komplizierten Verfahren der Repräsentation würden – Stufe um Stufe, Schritt um Schritt – dem Volk seinen Charakter, seine Ursprünglichkeit rauben: die politische Zivilisation der Repräsentation müßte die nichtpolitische Natur des Volkes zerstören – ein Gedanke, der so unplausibel

nicht ist, denn schließlich sind die Verfahren der Repräsentation Produktionen. Um im Bild zu bleiben: aus dem Rohstoff des Volkswillens, den sie im übrigen erst einmal zu deuten haben, produzieren sie etwas Neues, sie filtern. Das, was das Volk womöglich will, wird nie, einem Staffellauf gleich, durch die institutionellen Abschnitte weitergereicht, um unversehrt beim politischen Endgestalter, dem Staat (der zugleich nur Vollzugsorgan wäre), anzukommen. Der Weg der Repräsentation, so argwöhnte die Rechte mit gutem Grund, wiederholt in gewisser Weise den Weg von der Natur in die Zivilisation. Er stellt Einheit nicht her, sondern zerstört sie. Und er entfremdet: er macht einen Unterschied zwischen Regierenden und Regierten, sogar (und vor allem) zwischen Volk und Volk. Er schafft Differenzierungen und Differenzen, er produziert ohne Unterlaß Streitpunkte und Klärungsbedarf.

Repräsentation galt daher als etwas, das dem Wesen des Volkes fremd ist. Während für das politische Denken in England die Reflexion über das Wie der Repräsentation bestimmend war, wurde diese in Deutschland allenfalls als zweitbeste Lösung erörtert. In seiner *Philosophie der Geschichte* sah Hegel in der Repräsentation nur eine spezifische Modifikation der direkten Demokratie. Er nahm damit einen alten Gedanken auf, der in der neuzeitlichen Diskussion über die attische Polis stets eine Rolle gespielt hat (insbesondere bei Montesquieu). Wenn schon Demokratie, so der Gedanke, dann konsequent – und das heißt: so direkt wie irgend möglich. Alle sollen alles entscheiden. Wo von diesem Prinzip abgewichen wird, geschieht das nicht, weil es eine bessere Alternative zum ständigen Plebiszit gibt. Es geschieht lediglich notgedrungen: denn die pure Größe moderner Flächenstaaten macht das Dauerplebiszit schlicht unmöglich. In dieser Perspektive – die insbesondere für die Linke prägend geworden ist – erscheint die repräsentative Demokratie als zweite Wahl, als Schwundform der »eigentlichen« Demokratie. Der Gedanke, es könne eine *Kunst der Repräsentation* geben, hatte es in Deutschland schwer. Das Ausbalancieren von plebiszitären und repräsentativen Elementen galt als eine Übung minderer Art: als jener Kompromiß, der in Deutschland zumeist als fauler gilt. Die Massen waren in Deutschland, rechts wie links, stets beliebter als das komplizierte Gebilde der Repräsentation.

Und dieser Affekt gegen die Repräsentation fand auch dann kein Ende, als allmählich Einigkeit darüber entstand, daß Deutschland ein demokratisch regiertes Land werden soll. Der Affekt gegen die Repräsentation wanderte in die demokratische Verfassung ein. Als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Monarchie in Deutschland zusammenbrach, war das mit einem Frontalangriff auf das Repräsentativsystem verbunden. Nicht der englische Weg der Evolution, sondern der revolu-

tionäre Weg sollte beschritten werden: Räte-, nicht parlamentarische Demokratie. Und noch in der Verfassung der Weimarer Republik ist – auf verhängnisvolle Weise, wie sich zeigen sollte – der Vorbehalt gegenüber der Repräsentation wirksam geworden. Ausgehend von der Idee, daß die direktere Demokratie im Prinzip die bessere sei und die repräsentative Demokratie Gefahr laufe, in einen Absolutismus des Parlaments zu münden, waren die Väter der Weimarer Verfassung (vor allem Hugo Preuß) bemüht, die plebiszitäre Komponente des Regierungssystems zu stärken. Der Reichspräsident, vom Volk gewählt, war als unmittelbare Emanation des Volkswillens gedacht, und er sollte Macht genug besitzen, um die »nur« indirekt das Volk vertretenden Parlamentarier zur Ordnung rufen zu können. Man sieht, es ist sehr wohl die Koexistenz von plebiszitärer Philosophie und Resten monarchisch-autoritärer Orientierung möglich.

Die Repräsentation war in der Weimarer Verfassung nicht als politisches Produktionsverfahren gedacht. Ernst Fraenkel: »Indem Preuß Repräsentation des Volkes mit Reflexion der Volksstimmung identifizierte, sprach er dem Parlament das Recht ab, auch gegen das Volk recht zu haben. Im echten Parlamentarismus Preußscher Observanz ist der Parlamentarier nicht *Volksrepräsentant*, sondern *Volksbote*.«[3] Seine Aufgabe kann daher weder darin bestehen, Interessen (die ja immer partikular sind) zu vertreten, noch darin, aus dem Rohstoff des Volkswillens in einem eigenständigen Akt einen politischen Wurf zu formen. Der Parlamentarier ist vielmehr so etwas wie ein unselbständiges, den Volkswillen exekutierendes Organ – eine Figur also, der stets mit Mißtrauen (und möglichst mit imperativem Mandat) zu begegnen ist. Auch hier erscheint das Parlament als ein Organ zweiter Ordnung und zweiter Wahl. Noch einmal Ernst Fraenkel: »Im Denken der Väter der Weimarer Verfassung spukt noch die Vorstellung, daß das Haupt der Exekutive dazu berufen sei, das Volksganze zu symbolisieren und das Gesamtinteresse wahrzunehmen. Dank ihres Unverständnisses für die repräsentativen Aufgaben eines Parlaments schufen sie eine plebiszitär-autoritäre Verfassung. Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an einem demokratischen Minderwertigkeitskomplex.«[4] Und gerade in ihrem Versuch, das Parlament zu mehr als einem Ort zu machen, an dem partikulare Interessen geordnet aufeinandertreffen, ist die Weimarer Verfassung dramatisch gescheitert. Denn sie machte es möglich, daß die Demokratie auf plebiszitärem wie autoritärem Wege zerstört wurde. Kommt der Volksfundamentalismus zum Zuge, ist die Gefahr zumindest groß, daß die Demokratie – also die Herrschaft des Volkes – auf der Strecke bleiben wird.

Daß das Volk recht habe und von ihm die Wahrheit ausgehe, gehört in der einen oder anderen Form zu den Grundüberzeugungen der Moderne. Man hat, insbesondere in diesem Jahrhundert, Erfahrungen gemacht, die diesen Glauben Lügen strafen. Dennoch hat er – gewissermaßen strikt parallel zu den Einsichten in den Charakter totalitärer Bewegungen – fast unbeschadet überlebt. Noch immer wird, wenn es – wie heute – im Getriebe demokratischer Gesellschaften knirscht, zumeist nur in eine Richtung gedacht: nicht die Verbesserung der Repräsentation, sondern mehr Kompetenz für das Volk *sans phrase* wird gefordert. Und dabei steht auch nicht der Gedanke im Vordergrund, mehr Partizipation von mehr Bürgern verbreitere die Basis der Demokratie und mache sie – für viele als nützlich erfahrbar geworden – stabiler und widerstandsfähiger. Viel häufiger steht hinter dem Ruf nach dem Plebiszit die Überzeugung, »unten«, also im Volk, sei das Wahre aufgehoben, während »oben« stets die Gefahr des unverantwortlichen Abhebens, der Verfälschung, der Entstellung, des Partikularen lauere. Wo immer das aufkommt (oder genauer: einmal mehr zurückkehrt), was Parteienverdrossenheit genannt wird, scheint sich genaueres Hinsehen zu erübrigen: Jedes Kind weiß, getreulich unserem Altpräsidenten folgend, augenblicklich, daß der Fehler bei den Parteien liegt. Noch immer ist – in fortschrittlichem oder weniger fortschrittlichem Gewand – die Aversion gegen die Parteien, gegen das Parteienwesen, gegen die »bloßen Parteiungen« leicht zu mobilisieren. Und geradezu leichtsinnig wird dabei unterstellt, der darob erzürnte Souverän sei – ließe man ihn nur tun – willens und bereit, in die Bresche zu springen und der Demokratie wie dem Gemeinsinn zu neuer Blüte zu verhelfen.

Gewiß, die Geschichte der »alten« Bundesrepublik enthält Episoden zuhauf, die dieser fröhlichen Vermutung recht geben. Die Demokratie, zuerst nur wenig beliebt, ist im Laufe der Jahrzehnte angenommen und mit Leben erfüllt worden. Es war auch der Wohlstand der Republik, der in einem zweiten Schritt dem Gemeinsinn, der sozialen Aufmerksamkeit und dem Wunsch nach Partizipation Auftrieb gab. Einiges davon erweist sich, genau besehen, nicht unbedingt als Ausdruck von Bürgertugenden; denn oft genug war, insbesondere in Umweltdingen, das Sankt-Florians-Prinzip am Werk. Doch ganz abgesehen davon, daß der Verfolg partikularer Interessen nichts Illegitimes ist: es war nicht alles. Immer wieder verbreiteten die Institute, die dem Souverän und seinen Meinungen oder Empfindungen auf der Spur sind, die Kunde, daß dieser durchaus *etwas* mehr Partizipation, *etwas* mehr Räume wünscht, in denen der Gemeinsinn zum Zug kommen könnte. Dieser Wunsch schien keine rabiate Parteienkritik und keinen rabiaten Haß auf die »da oben« zu enthalten. Es lag ihm eher die Idee einer universellen, die ganze Gesellschaft durch-

ziehenden Komplizenschaft oder Mittäterschaft zugrunde. Sie verbot es denen, die mehr Partizipation wünschten, als Opfer und als die besseren Menschen aufzutreten. Zwar hat es – in Bürgerinitiativen und vor allem bei den »Grünen« – nicht an Versuchen gefehlt, dem Ruf nach mehr Partizipation eine fundamentalistische Wendung zu geben. Jenseits dieser hochpolitisierten Zitadellen überwog aber die Überzeugung, daß es gerade nicht um den altbekannten Kampf gegen oben, sondern vor allem auch um mehr *Eigenverantwortlichkeit* geht. Nicht der Ruf nach dem Staat, sondern der Griff an die eigene Nase wurde eingeübt: Partizipation als etwas, das man nicht nur fordern, sondern auch tun soll.

Über dieser ebenso erfreulichen wie unspektakulären Entwicklung – in der manche heute wieder einen unstatthaften Sonderweg sehen – geriet ein wenig in Vergessenheit, daß sie alles andere als selbstverständlich war. Starke Institutionen *und* ein vergleichsweise starker Wunsch nach Partizipation: nur wenn beides gegeben ist, vertragen Staat und Gesellschaft die Intensität politischer Gefühle, die der Souverän entwickelt. Daß diese Gefühle auch destabilisieren können, darüber sind wir in den letzten fünf Jahren nachhaltig belehrt worden. Je souveräner sich der Souverän in Ost- und Südosteuropa aufführt, um so ungemütlicher wird es, und schmerzhaft wird das Fehlen starker Institutionen und der Mangel an gesellschaftlicher Strukturiertheit deutlich. Man muß den Souverän, der sich in seiner potentiellen Machtfülle sonnt, nicht als Monster beschreiben. Doch hat – wie die neueren Erfahrungen ja beweisen – Hobbes insofern schon recht, als der jäh und unvermittelt sich zur Stelle meldende Volkswille zwar nicht unbedingt zur Zerstörung, wohl aber zur Schaffung anomischer Zustände neigt. Wird die Macht, die auf der Straße liegt, nicht schnell von derselben wieder weggeräumt, entsteht alles andere, nur keine neue Ordnung – schon gar nicht eine demokratische.

In *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft* schreibt Hannah Arendt: »Totalitäre Bewegungen sind Massenbewegungen, und sie sind bis heute die einzige Organisationsform, welche die modernen Massen gefunden haben und die ihnen adäquat scheint.« Und etwas später: »Potentiell existieren die Massen in jedem Lande und zu jeder Zeit; sie bilden sogar zumeist die Mehrheit der Bevölkerung auch sehr zivilisierter Länder, nur daß sie eben in normalen Zeiten politisch neutral bleiben.«[5] Das ist, zumal wir auch heute in wenig normalen Zeiten leben, kein beruhigender Befund. Die Massen, sagt Hannah Arendt, seien aus der Zersetzung einer bereits atomisierten Gesellschaft entstanden: War zuvor ihre Verlassenheit dadurch in Grenzen gehalten, daß die einzelnen wenigstens einer Klasse angehörten, die ihnen eine Heimat bot, so verlieren sie mit dieser Zugehörigkeit den letzten Halt und sinken in die Entwurzelung.

Das klingt, hält man die durchschnittliche Wirklichkeit westeuropäischer Länder von heute dagegen, übertrieben und schrill. Auch jenseits der Klassen, so scheint es, haben sich in den Konsumgesellschaften Heimaten erhalten und entwickelt, und die Massen huldigen in ihrer großen Mehrheit weder dem Furor, noch scheinen sie einer vorrevolutionären Apathie hingegeben. Es ist wohl etwas Drittes entstanden, und die Mobilisierung einer seelischen Lumpengesellschaft scheint nicht auf der Tagesordnung zu stehen. Die zumindest passive Einbindung – etwas mehr also als die von Hannah Arendt diagnostizierte Neutralität – in das System repräsentativer Demokratien scheint die, halbwegs stabile, Regel geworden zu sein. Nirgendwo in Westeuropa ist heute das »Fehlen jeder gesellschaftlichen Strukturiertheit« zu beklagen, die Hannah Arendt bei der »ungeheuren russischen Landbevölkerung« ausmachte[6] und in der sie den Grund dafür sah, daß diese so leicht dem totalitären Zugriff Stalins erlegen ist. Hannah Arendts Analyse klingt wie eine Stimme aus einer schlimmen Vergangenheit.

Aber sind wir wirklich über den Berg? Die Ereignisse in Ost- und Südosteuropa sprechen eine andere Sprache. Der Haß auf alles Vermittelte, auf alles, was den Volkswillen bremsen könnte, ist dort durchaus virulent, und so mancher sieht aufs erste nur eine Lösung: aufgeklärt-autoritäre Regimes, deren Aufgabe es wäre, jene Strukturiertheit zu schaffen, die später dann den *zivilen* Zugriff des Souveräns ermöglichen soll. Und auch in Westeuropa herrscht nicht jene Eindeutigkeit, die auf den ersten Blick so beruhigend wirkt. Die Demokratie, die sich auf das Prinzip der Repräsentation gründet und von starken Institutionen geprägt ist, hat sich zwar konkurrenzlos durchgesetzt, gilt aber oft genug immer noch als Ersatz, als Surrogat für die »wirkliche«, die vermittlungslose Demokratie. Ihre Bewährungsprobe in schwierigeren Zeiten hat sie noch nicht bestanden. Denn bei der Apathie, mit der heute nicht wenige auf die komplizierten Zeitläufte und die Ratlosigkeit der Politik reagieren, muß es – wie die Geschichte dieses Jahrhunderts lehrt – nicht bleiben.

Das ist nicht alarmistisch gemeint und soll dem Souverän auch nicht das Schlimmste unterstellen. Wird dieser unter Quarantäne gestellt, nützt das am Ende ja doch nichts. Einiges spricht für den Vorrang des Vertrauens vor der Kontrolle, und es ist sicher der bessere Weg, dem *common man* bis auf Widerruf die Fähigkeit zu dem zuzutrauen, wofür es keine Entsprechung im Deutschen gibt: *intelligent social action*. Und einiges spricht auch dafür, das Bemühen fortzusetzen, den Demokratien zur demokratischen Öffnung zu verhelfen, also den partizipatorischen Strang weiterzuverfolgen. Der Ausgangspunkt sollte jedoch lieber nicht die – von Rousseau inspirierte, die Vorbehalte von Hobbes und Burke

mißachtende – Überzeugung sein, jede vorfindliche Demokratie sei im Grunde ein Schwindelunternehmen, weil sie den Souverän in ein Schleierwerk der Repräsentation verstricke und ihn damit letztlich entmachte. Demokratie ist den Rousseauisten immer *zu wenig* Demokratie, und diese Haltung nährt jenes Ungenügen, das die Demokratie auf Dauer als etwas Verachtenswertes erscheinen läßt. Dagegen wäre ein anderes Verständnis von Demokratie stark zu machen. Sicher wird man nicht auf die liebgewordene Traditionslinie verzichten können, für die die attische Polis steht: Von ihr wären aber nicht das Plebiszitäre und das Direkte zu lernen, sondern der Wille zur Bürgerlichkeit und zu einem stabilen Regelsystem. Demokratie hat nichts mit Massen und nicht übertrieben viel mit Volk, einiges aber mit Form und Gestalt zu tun. Den Volkswillen als authentisches Orakel, als originären Kraftquell kennt sie nicht – der Volkswille kann in ihr nur etwas sein, das durch Verfahren nicht nur ermittelt, sondern geradezu hergestellt wird. Der Glaube an die Unfehlbarkeit des Volkes vermag zwar, wie Ernst Fraenkel angemerkt hat, Berge zu versetzen, Fluten jedoch nicht einzudämmen.[7] Deswegen ist die Demokratie *auch* ein Unternehmen zum Schutz der zivilen Gesellschaft vor dem direkten Zugriff des Volkes. Der Witz der Demokratie liegt darin, daß in ihr der Souverän alles andere als souverän ist. Ernst Fraenkel, kurz und schnörkellos: »Nur als repräsentiertes Volk weiß ein Volk, was es will.«[8] Auch hier gilt: die Natur des Menschen ist die Kultur.

Demokratie wäre, so gesehen, ein Unternehmen, das den Souverän einerseits entmachtet, ihm andrerseits aber zur Artikulation verhilft. Das ist ein Balanceunternehmen, und es liegt auf der Hand, daß das Gleichgewicht immer ein prekäres ist. Eine der größeren Gefahren besteht darin, daß die Entmachtung den Souverän in die Gleichgültigkeit, in die Apathie treiben könnte. Das ist, seit den Tagen Tocquevilles, in der einen oder anderen Form immer wieder geargwöhnt worden. Daß es zu dieser Apathie, die etwa in strikte Enthaltsamkeit gegenüber Wahlen münden könnte, bisher nicht gekommen ist, hat wohl vor allem damit zu tun, daß es auch in Demokratien bisher gelungen ist, das Politische *agonal* abzubilden. Wahlkämpfe wurden als finale Entscheidungsschlachten inszeniert, und der Souverän, an spannender Unterhaltung interessiert, ließ es sich gefallen. Die politischen Alternativen waren, dem Muster von rechts und links folgend, vergleichsweise klar zu formulieren: mehr oder weniger Staat, mehr oder weniger Steuern, mehr Ökonomie oder mehr Sozialstaat usw. Bei dieser Polarität wird es, Jürgen Busche hat darauf hingewiesen[9], auch in Zukunft bleiben; doch sie wird ihren fast eschatologischen Glanz einbüßen, wird etwas Alltägliches und Pragmatisches werden, und bei Lösungen wird es nicht länger um Fundamentales, son-

dern um Graduelles gehen. Die ganz großen Schlachten sind, hierin hat Francis Fukuyama recht, geschlagen (was natürlich nicht ausschließt, daß auch die kleinen mörderisch werden können). Und gerade deswegen kann die Demokratie, konkurrenzlos geworden, scheitern: an mangelnder Zustimmung, an Desinteresse, an Lustlosigkeit des Souveräns gegenüber dem Politischen.

Eben deswegen kommt es darauf an, daß das Verhältnis zwischen Repräsentierten und Repräsentanten ein spannungsreiches und lebendiges ist. Hier aber scheint heute die größte Schwäche der Demokratie in Deutschland zu liegen. Selbst dort, wo er seinen Parteivorsitzenden mitwählen darf, ahnt der Souverän, daß das im Grunde eine unernste Übung ist. Schon vor dreißig Jahren formulierte Ernst Fraenkel das Problem: »Die neu-deutsche Parlamentsverdrossenheit kann nur überwunden werden, wenn die Parteien und Gruppen von innen belebt werden, wenn die Vorurteile gegen Parteien und Gruppen restlos verschwinden ...«[10] Parteien aber, die als Kampfverbände und Kampfmaschinen organisiert sind, nähren – auch nach der Einführung plebiszitärer Vorstandswahlen – das Ressentiment gegen die Politik. Demokratie soll ja nicht die Herrschaft des Mittelmaßes, sondern ein Stück weit auch die Herrschaft zwar nicht der Besten, aber doch der Besseren sein: im Politruk erschöpft sich der demokratische Traum *nicht*. Heute aber betreiben die Parteien eine Rekrutierung, die eben auf die Vorherrschaft der Gesichtslosen hinausläuft. Das vor allem scheint mir der Grund dafür zu sein, daß Regierung und Opposition kaum mehr voneinander zu unterscheiden sind. Bei Lichte besehen, hat die Hoffnung, die demokratischen Auswahlverfahren würden das Emporkommen der Richtigen begünstigen, ja durchaus magischen Charakter. Buchstäblich nichts hält den Kandidaten davon ab, *vor* der Wahl mit dem Füllhorn zu winken, um *nach* der Wahl eine Politik zu favorisieren, die mit dem zuvor in Aussicht Gestellten nichts mehr zu tun hat. Genau das hat, mit erschreckender Präzision, der Aufstieg der »Grünen« bewiesen.

Solche Politik produziert jenen Verdruß, der in Italien soeben Silvio Berlusconi den Weg zur politischen Macht geebnet hat. Paul Virilio nannte – ratlos staunend vor der Realität dessen, was er selbst immer wieder an die Wand projiziert hatte – Berlusconis »Forza Italia« die erste postpolitische Partei, deren Chef Produkt *und* Produzent seines Multimediakonzerns sei.[11] Das ist nett gesagt, trifft aber das Problem nicht. Berlusconi, so scheint es, hat erkannt, daß nach dem Ende der großen Schlachten das Agonale dann am sichersten überleben wird, wenn es gar nicht mehr vorgibt, sich in der Wirklichkeit zu bewegen, wenn es sich also auf den medialen Budenzauber und dessen Theatralik verlegt. Vor dem Hintergrund der personell und gedanklich ausgezehrten Parteiende-

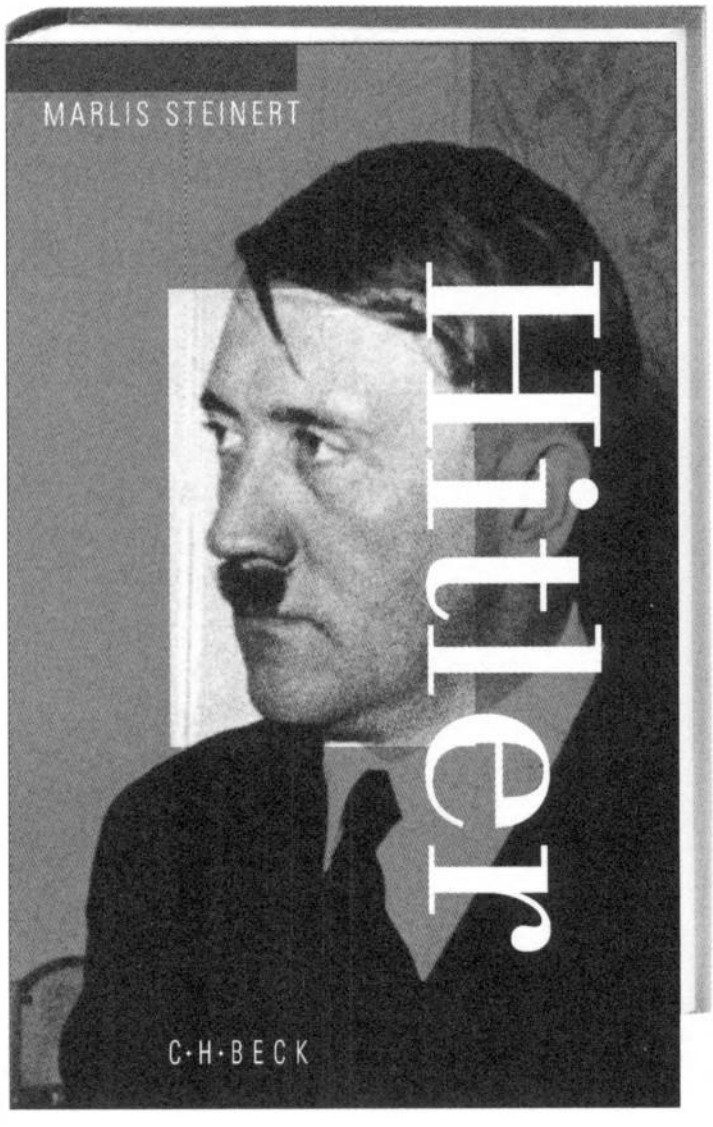
mokratie muß die Verlegung des Streits ins Studio als die rationellere, unaufwendigere und zugleich glamourösere Lösung erscheinen.

Ratlos und verbittert hat die Mehrheit der italienischen Linken auf den politischen Aufstieg des Bastards Berlusconi reagiert. Einer jedoch hat etwas anderes als Klage und Rechthaberei vorgeschlagen: Massimo Cacciari, kryptisch schreibender Philosoph und seit Dezember 1993 Bürgermeister von Venedig. Verloren habe die Linke – teilte er erstaunlich schnörkellos mit – auch deswegen, weil sie der Person Berlusconis kein vergleichbares Pendant entgegengestellt habe. Man müsse, so Cacciari, mit dem bisher üblichen Linksproporz brechen und jenseits der bisherigen Parteilager eine *Persönlichkeit* präsentieren, die für einen Neuanfang stehe. Das mag ein etwas schematischer Versuch sein, aus der Wagenburg herauszukommen. Es weist aber wohl eine Richtung: Nur dann wird die Demokratie der multimedialen Verlockung standhalten können, wenn sie der modernen Bilderwelt nicht die altbackene Welt der Politphrasen entgegenstellt, sondern Profis der Diesseitigkeit und eine lebendige Kultur der vorletzten Schlachten, in denen es nicht um Symbole, sondern um praktische Erfolge geht.

Anmerkungen

1 Albert O. Hirschman, *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken des Bürgers zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*, aus dem Amerikanischen von Sabine Offe, Frankfurt a. M. 1984.
2 Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, 7. Auflage, Stuttgart 1979, S. 158.
3 Ernst Fraenkel, a. a. O., S. 147 (Hervorhebung von mir).
4 Ernst Fraenkel, a. a. O., ebd.
5 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, Band 3: Totale Herrschaft, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1975, S. 33 und S. 36.
6 Hannah Arendt, a. a. O., S. 39.
7 Ernst Fraenkel, a. a. O., S. 116.
8 Ernst Fraenkel, a. a. O., S. 119.
9 Jürgen Busche, »Die große Wende gibt es nicht«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28./29. 5. 1994.
10 Ernst Fraenkel, a. a. O., S. 110.
11 Paul Virilio, »Der Medienputsch«, in: *Lettre international*, Heft 25, 1994, S. 30f.

Die neue Biographie



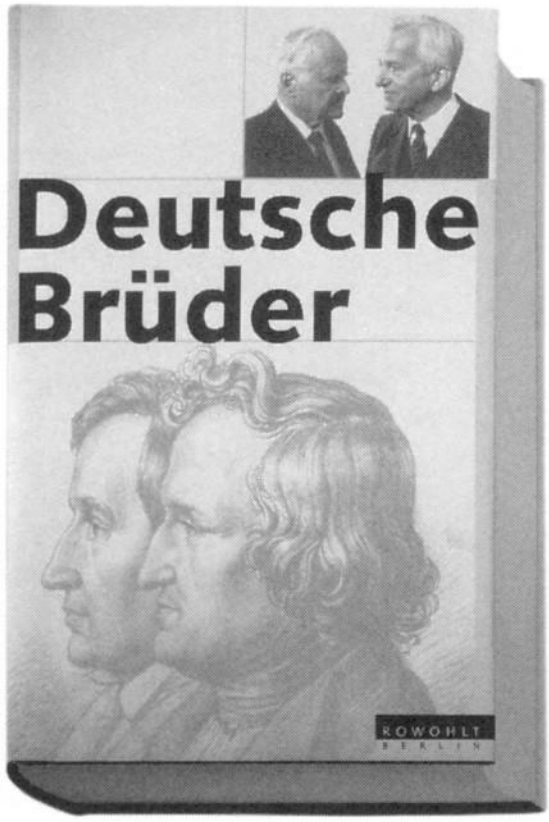
Die Genfer Historikerin Marlis Steinert legt hier nach jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem Dritten Reich eine große Hitler-Biographie vor, die auf dem neuesten Stand der Forschung beruht und auch die jüngsten Quellenfunde, vor allem die Tagebücher Joseph Goebbels, in die Darstellung mit einbezieht. In einer klaren und unprätentiösen Sprache erzählt sie, woher Hitler kam, wie er aufwuchs und wie er wurde, der er war. Neue Einsichten in die Persönlichkeit des Diktators und in die Geschichte des Nationalsozialismus werden durch dieses Buch möglich.

Ca. 800 S. mit 74 Abb., Ln.
DM / sFr 68,– / öS 531,–

Verlag C.H.Beck

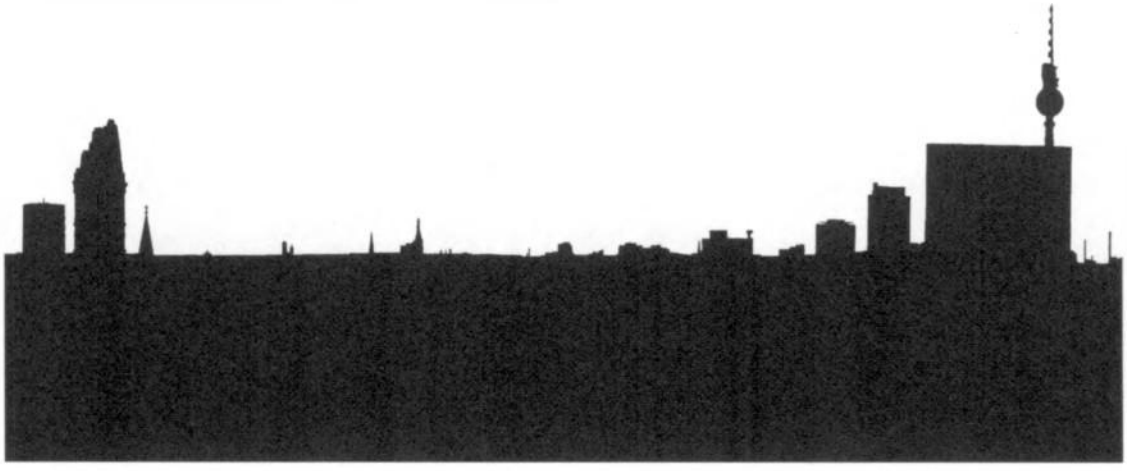
ROWOHLT
BERLIN

Soll ich meines Bruders Hüter sein?



Dreizehn Autoren porträtieren dreizehn klassische deutsche Brüderpaare. Von den Bach-Brüdern über die Gebrüder Grimm bis zu Carl Friedrich und Richard von Weizsäcker. Ein überfälliges Buch über ein vernachlässigtes Verhältnis: Mythos und Alltag der Bruderbeziehung.

400 Seiten inkl. 40 Abbildungen.
Gebunden. DM 45,–/öS 351,–/sFr 45,–



Karl Markus Michel
Volk im Raum

Ausblicke auf eine Topographie

1.

Es war ein hehrer, aber kurzer Traum, damals, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, der Traum vom freien, mündigen, souveränen Volk. Ihn träumte – nach so vielen Philosophen und Literaten – auch Hölderlins Hyperion, der, durch »das schöne Phantom des alten Athen« geblendet, seine Utopie einer Vereinigung des Volks – »nicht wie ein Markttag, wo das Volk zusammenläuft und lärmt und auseinandergeht. Nein!«, wie ein heiliger Bund – in Griechenland verankert, als könnte Griechenland, vom türkischen Joch befreit, wieder Hellas werden. »Traure nicht! Spare dich, unversehrt von Gram, den künftigen Vaterlandsfesten! Diotima! dem glühenden Festtag der Natur, dem spare dich auf«, denn Vaterland und Natur werden eins sein, *ein* Fest. »Siehest du Griechenland nicht schon?« Doch er selbst sieht es bald nicht mehr, sieht in dem Volk, das dort lebt, nicht länger den »Stoff«, der »bildsam« ist, sondern nur noch Gesindel. »Durch eine Räuberbande mein Elysium pflanzen« – welch hirnrissiges Projekt!

2.

Paris, am Vorabend der Revolution. Hier leben rund 700 000 Menschen, schätzt Louis-Sébastien Mercier, der in seinem großen Reportagenwerk *Tableau de Paris* (1782/83) der Stadt und ihren Bürgern bis zum letzten, dem Henker, ein Denkmal setzt. »An bestimmten Tagen«, berichtet er, »strömen aus den Toren der Hauptstadt in dichten Kolonnen bis zu 300 000 Menschen ins Grüne hinaus, 60 000 davon per Karosse oder zu Pferd, angelockt durch eine Lustbarkeit, eine Parade oder ein Fest. Sechs Stunden später verläuft sich alles wieder, löst sich die Menge in ungezählte Einzelwesen auf, von denen ein jedes seine Bleibe, seinen Schlupfwinkel hat, während der Platz, der den Zustrom kaum zu fassen vermochte und dessen Abschrankungen unter dem riesigen Gedränge schreiender Menschenmassen barsten, leer und öde zurückbleibt.« Nicht immer ist's nur ein Schreien und Drängen; vor einigen Jahren, erzählt Mercier, wurden auf der Place Louis XV. (der späteren Place de la Concorde) »anläßlich eines

unglückseligen Feuerwerks 1500 Menschen zu Tode gequetscht und getrampelt«. Das war 1770, man feierte die Hochzeit des Thronfolgers mit Marie-Antoinette. Seitdem ist die Polizei auf der Hut. Tatsächlich ist sie immer dabei, wenn es zu Ansammlungen kommt. Bei offiziellen Anlässen, wenn das Volk als Publikum erwünscht ist, heuert sie sogar Jubler an und schickt sie auf die Straßen, »damit sie dort die anderen in Fahrt bringen«; oder sie finanziert allerhand Trubel, »doch mit zweifelhaftem Erfolg«. Mehr Erfolg hat sie, wenn es gilt, unerlaubte Ansammlungen aufzulösen. »Oft genügt schon eine einzige Schwadron der Wache, um Trupps von fünf-, sechshundert Männern auseinanderzutreiben.« So gab es in den letzten fünfzig Jahren in Paris nur zwei Revolten, und beide wurden schnell erstickt. »Freilich«, fügt Mercier hinzu, »ließe man dem Volk von Paris die Zügel schießen, spürte es nicht dauernd hinter seinem Rücken die berittene Wache und die Marschpatrouillen, das Heer der Spitzel und Kommissare, dann würde es bald jedes Maß verlieren; einmal der gewohnten Aufsicht ledig, verlöre sich der Pöbel in maßlos wilder Ausschreitung ...« (Dieser Text erschien immerhin 1976 in Leipzig.)

3.

Auf seiner Reise nach Italien kommt Goethe am 16. September 1786 nach Verona und sieht dort, als erstes antikes Monument – »und so gut erhalten!« – das Amphitheater. Es ist ganz leer und will doch, meint Goethe, »ganz voll von Menschen« gesehen sein, wie man es für Joseph II. arrangiert hatte. (Das war vor 15 Jahren, die Stadt gab dem durchreisenden Kaiser zu Ehren ein Fest, mit Stierkämpfen, und als er in das Amphitheater eintrat, erblickte er das Oval mit seinen 22 000 Plätzen von oben bis unten mit Menschen angefüllt, »die sich sogleich erhoben und ihn mit Händeklatschen empfingen; ein Anblick, der den Kaiser ganz außer sich setzte«, wie es ein Zeuge beschrieb.) Doch Goethe, obschon er sich den gefüllten »Krater« mehr mit den Augen des Kaisers als des Volkes vorzustellen scheint, erkennt, wer da in Wahrheit bejubelt wird: »Denn eigentlich ist so ein Amphitheater recht gemacht, dem Volk mit sich selbst zu imponieren, das Volk mit sich selbst zum besten zu haben« – jedenfalls früher, »da das Volk noch mehr Volk war, als es jetzt ist«. Meint er, das jetzige Volk sei zu bürgerlich, zu individualistisch, um derart sich selbst zu spielen und zu feiern? Gleichviel. »Wenn es sich so beisammen sah, mußte es über sich selbst erstaunen, denn da es sonst nur gewohnt, sich durcheinanderlaufen zu sehen, sich in einem Gewühle ohne Ordnung und sonderliche Zucht zu finden, so sieht das vielköpfige, vielsinnige, schwankende, hin und her irrende Tier sich [im Amphitheater] zu einem edlen Körper vereinigt, zu einer Einheit bestimmt, in eine Masse verbunden und befestigt, als eine Gestalt, von einem Geiste belebt.«

Eine bemerkenswerte Imagination: Sie gilt der Vergangenheit und trifft die Zukunft. Goethes Bild vom Volk entspricht weitgehend dem, das hundert Jahre später Tarde und Le Bon von der Masse zeichnen (und das sowohl Freud als auch Hitler fast unbesehen übernehmen). Nur daß »Masse« bei Goethe noch nicht der Rohstoff ist, das »zu bearbeitende Menschenmaterial« (Hitler), vielmehr das Ergebnis solcher Bearbeitung: ein edler Körper, eine Gestalt, von Geist belebt – eine Plastik in Winckelmanns Sinn. Und das allein dank der Architektur!

4.

Acht Jahre später hat jemand eine ähnliche Vision, diesmal nicht aus nostalgischem, sondern aus utopischem Impuls. »Versammelt die Menschen, ihr macht sie damit besser; denn die versammelten Menschen trachten danach, sich gegenseitig zu gefallen, und sie können sich nur durch solche Eigenschaften gefallen, die sie achtbar machen. Verschafft ihrem Treffen ein großes moralisches und politisches Motiv ... Das erhabenste Schauspiel ist das eines versammelten großen Volkes. Von den nationalen Festen Griechenlands spricht man euch immer nur mit großer Begeisterung; dennoch wurden bei diesen Festen nur Spiele veranstaltet ... Aber ganz Griechenland versammelte sich; man sah ein Schauspiel, das viel größer war als die Spiele, nämlich die Zuschauer selbst ...«

So pries Robespierre am 7. Mai 1794 in seiner Konventsrede, die den Kult des Höchsten Wesens begründete, die künftigen nationalen Feste an; sie sollen »die edlen Gefühle wecken«: Begeisterung für die Freiheit, Liebe zum Vaterland, Achtung vor den Gesetzen. Als »wohlverstandenes System« (anstelle des Kirchenjahrs) wären sie zugleich »ein zartes Band der Brüderlichkeit«, meint Robespierre, fast hölderlinisch fromm inmitten der Grande Terreur.

Man weiß, woher diese Inbrunst kommt: vom großen Lehrmeister der Revolution, Jean-Jacques Rousseau. Der hatte 1758 in seinem *Brief an d'Alembert* gegen das Theater gewettert, weil es die Menschen isoliere, anstatt sie zu vereinen. »Nein, glückliche Völker, nicht dies sind eure Feste! In frischer Luft und unter freiem Himmel sollt ihr euch versammeln und dem Gefühl eures Glücks euch überlassen.« Und was dann? Rousseau erinnert an die Griechen, nennt gymnastische Übungen und sportliche Wettkämpfe, vom Armbrustschießen bis zur Segelregatta, aber das alles sei nebensächlich für diese neue Art von Volkserbauung. »Was wird man zeigen? Nichts, wenn man will.« Keine Repräsentation mehr, nur noch die Selbstdarstellung! Das Volk ist »das würdigste Schauspiel, auf das die Sonne scheinen kann«. Es folgt der zukunftsträchtige Rat: »Pflanzt in der Mitte eines Platzes einen mit Blumen bekränzten Baum auf, versammelt dort das Volk, und ihr werdet ein Fest haben. Oder noch

besser: stellt die Zuschauer zur Schau, macht sie selbst zu Darstellern, sorgt dafür, daß ein jeder sich im andern erkennt und liebt, damit alle besser miteinander verbunden sind.«

Das Volk als Schauspiel seiner selbst. In Goethes Veroneser Vision geht das ganz ohne Liebe. Dafür gibt es dort eine das Volk gleichsam umarmende Architektur. Daran mangelte es den revolutionären Festen in Paris, die meistens auf dem riesigen Marsfeld stattfanden oder, nach einem längeren Umzug, dort endeten, sich förmlich verloren. Zwar hatten schon für das erste dieser Feste, die *Fête de la Fédération* am 14. Juli 1790, zum Jahrestag der Erstürmung der Bastille, 12 000 Arbeiter und 180 000 freiwillige Helfer (andere Quellen sagen: *alle* Pariser) in der Mitte des ovalen Platzes einen Erdhügel aufgeschüttet und rundum Zuschauertribünen mit 30 Sitzreihen errichtet, dazu an der Schmalseite zur Seine hin einen Triumphbogen aus Holz, 25 Meter hoch, durch den dann die Mitglieder der Nationalversammlung und die 50 000 Abgesandten aus allen Departements einzogen, von Böllerschüssen, Fanfaren und 600 000 Bürgern begrüßt, es mögen nur 400 000 gewesen sein, egal: Was sahen, hörten, verstanden sie von der Zeremonie, die sich nunmehr vor dem Altar des Vaterlandes abspielte? Talleyrand zelebrierte, von 200 Priestern und 600 Musikern unterstützt, eine Messe »der Einheit, der Brüderlichkeit, des Friedens und der Freiheit«; dann sprach La Fayette stellvertretend für König und Königin, die Nationalversammlung und die anderen Abgesandten den Eid auf die Verfassung, und alle 50 000 sprachen »wie mit einer Stimme« die Worte »Je le jure«. Diese Verfassung war kaum demokratisch zu nennen, weil sie den vierten Stand, also auch die Mehrzahl der hier Anwesenden, politisch ausschloß. Und trotzdem: bei dem Ruf der 50 000 geschah das Wunder der Wandlung – »alle Zuschauer hoben, von einer unsichtbaren Kraft veranlaßt, gleichfalls ihre rechte Hand und sprachen ›Ich schwöre es‹. Man kann es mit Worten nicht ausdrücken, welche tiefen Empfindungen dieser Schwur in der Seele eines jeden auslöste: Es war unmöglich, kaltblütig einem Augenblick beizuwohnen, in dem der Funken des Patriotismus alle Herzen entzündet hatte.« So berichtet es Bailli de Virieu, ein ausländischer Diplomat.

Ähnlich beschrieben Teilnehmer, auch solche aus dem Ausland, das Erlebnis späterer Volksschauspiele, zum Beispiel der Nürnberger Parteitage in den dreißiger Jahren. Der Topos lautet: »Niemand, der nicht dabei war, vermag zu verstehen, daß« – daß man gar nicht anders konnte, als hingerissen, als fanatisiert zu sein ...

5.

Es gibt immer Nörgler und Besserwisser. »Das Föderationsfest von 1790 war das Werk einer listigen Politik, die unter dem Vorwande, die Revo-

lution zu festigen, sie in Wahrheit rückgängig machen und das sich bildende öffentliche Bewußtsein schwächen wollte ... Die ganze Zeremonie diente nur dazu, die Nation zu demütigen und zu täuschen.« Das schrieb Robespierre zwei Jahre danach. Ähnlich sagte es auch Jacob Burckhardt, obschon aus ganz anderem Geist: Er sah im ersten Fest auf dem Marsfeld nicht den Beginn einer neuen Tradition nationaler Veranstaltungen, vielmehr den »letzten glänzenden Moment« in der »Periode der Feste und Fahnen«, nämlich des Ancien régime. (Er hätte sich auf Babeuf berufen können, der 1794 in seinem *Tribun du peuple* schrieb: »Ich erinnere mich sehr gut, wie der Hof, der wohl wußte, daß Korruption Sklaven hervorbringt, sich bei dem Föderationsfest im Jahre 1790 die Mühe machte, zum Gebrauch der Abgesandten aus den Departements ein Verzeichnis aller Kurtisanen von Paris in einer immensen Auflage verteilen zu lassen.«) Im folgenden Jahr gab es auf dem Marsfeld kein Fest zum 14. Juli, sondern ein Blutbad. Nach dem Fluchtversuch des Königs im Frühjahr hatte sich die politische Situation verschärft, am 17. Juli versammelten sich mindestens 50 000 Pariser Bürger (»das allerschlimmste Volk«, laut Burckhardt) auf dem Marsfeld, um für die Einführung der Republik zu demonstrieren – sie wurden von der Nationalgarde unter La Fayette auseinandergetrieben. Seit dem Frühjahr 1792 ergriff dann das »Volk« die politische Initiative – auch bei den Festen, meinte Robespierre: »Das Föderationsfest von 1792 bot das bewegende Schauspiel der Vereinigung aller Bürger ... Bilder der Freiheit wurden triumphal zur Schau getragen, und die Freunde des Volkes waren offen und natürlich; alles, selbst die mit diesem Volksfest verbundene Unordnung bezeugte, daß der Genius der Freiheit es bereitet hatte.«

Der *Père Duchesne*, also Jacques René Hébert, der wahre Anwalt des Volks, lachte wohl nur über diese kleinbürgerliche Inszenierung mit herumgetragenen Bildern der Freiheit – so wie er über ein späteres Fest spottete, die *Fête de la Raison* in Notre-Dame, dem neuen »Tempel der Vernunft« (10. November 1793): Auf dem Altar, pardon: dem »Thron der Freiheit« stand nicht etwa eine tote Statue, sondern ein lebendes Bild: »Eine anmutige Frau, schön wie die Gottheit, die sie darstellte ..., eine rote Mütze auf dem Kopf und eine Pike in der Hand; sie war umgeben von all den hübschen Sünderinnen der Oper, die ... schöner als Engel patriotische Hymnen sangen.«

Es geht also doch um Bilder, Embleme, Repräsentationen und nicht um einen Bruch mit dieser Tradition, wie Rousseau ihn forderte, als er den *corps politique* gleichsam als nackten Körper dachte, der sich selbst befriedigt. Die Bilder, die Robespierre gefielen, stammten zum großen Teil vom Maler David, dem Choreographen, besser gesagt: dem Designer der meisten Revolutionsfeste, angefangen mit der *Fête de la Fédération*

am 14. Juli 1790 und endend mit der letzten und exaltiertesten Veranstaltung dieser Art, der *Fête de l'Etre Suprême* am 8. Juni 1794. Gleich nach Robespierres Rede zur Begründung des Kultes hatte David vor der Nationalversammlung das Wort ergriffen, um den Festablauf zu schildern, wieder einmal »en délire«, so als wäre er nicht der kühle Planer, sondern der begeisterte Reporter des Ereignisses: Schon am frühen Morgen erhebt man sich in vaterländischer Verzückung, alle Familienmitglieder »beeilen sich um die Wette, das Fest der Gottheit zu schmücken und zu feiern«. Man strömt hinaus, »das Volk füllt die Straßen und die öffentlichen Plätze; Freude und Brüderlichkeit entzünden es. Diese mannigfaltigen Gruppen, mit Frühlingsblumen geschmückt, bilden ein belebtes Gartenbeet, dessen Düfte die Seelen zu dieser rührenden Szene stimmen ...« Das Beet bewegt sich zu den Tuilerien, wo ein großes Monument des Atheismus errichtet worden ist. Nach mancherlei Sermonen entzündet der Oberpriester der neuen Staatsreligion das Atheismus-Phantom mit einer Fackel, es brennt lichterloh, und darunter erscheint eine Statue: die Göttin der Weisheit – »aus aller Augen quillen die Tränen der Freude und der Dankbarkeit« – wunderbar! So will es das Szenario Davids (denn ein jeder hat seine eigenen Bilder, sein eigenes Volk im Kopf).

Aber beim Vollzug des Plans muß etwas schiefgegangen sein. Das »Volk« hatte sich von diesem Fest, für das sogar die Guillotine fortgeräumt worden war, etwas anderes erwartet, das Ende der Terreur. Doch als dann der Oberpriester (natürlich Robespierre) seine Predigt hielt – man verstand wieder einmal fast nichts, aber doch soviel, daß von Versöhnung nicht die Rede war –, entschwand die von David vorgesehene Brunst. Jetzt bildete sich ein Zug, man machte sich auf den Weg zum Marsfeld, und Robespierre, in dem himmelblauen Rock, den er sich eigens für diesen Tag hatte schneidern lassen, ging ein paar Schritte vor den anderen her. Blieben sie absichtlich zurück? Witzelten sie über ihn? Voller Argwohn betrat er den Festhügel – allein. Er brachte das Programm Davids zu Ende, vergaß aber, seinen Kornblumenstrauß, gleich den anderen, in die Luft zu werfen, trug ihn verkrampft nach Hause, schloß sich dort ein. Die Pariser, die nach dem heißen und anstrengenden Festtag einen Abendspaziergang machten, bekamen von Straßenhändlern Spielzeug-Guillotinen angeboten. Man tat gut daran, sie nicht zurückzuweisen, denn Paris war voller Denunzianten. Aber die Macht des Schreckens war gebrochen, obwohl sich in den kommenden Wochen die Hinrichtungen häuften. Nach dem 9. Thermidor (27. Juli 1794), so berichtet es Georges Duval in seinen *Souvenirs thermidoriens* (1844), »brach ganz plötzlich, ungestüm und schrecklich die Tanzwut aus. Das Schafott war noch kaum demontiert ... Überall lockten die lustigen Klänge von Kla-

rinette, Geige, Tamburin und Spielmannsflöte die Überlebenden der Terreur, und man drängte in hellen Scharen herbei.«

Das Volk hatte vergessen, was ihm noch unlängst gefallen. (Oder ist es ein anderes »Volk«, von dem zum Beispiel im März 1794, nach der Verhaftung der Hébertisten, ein Mitglied des *Club des Cordeliers*, also der »Freunde der Menschenrechte«, zu berichten wußte: »Die ständigen Tribünenbesucherinnen ... freuten sich schon auf den Moment, wo man ihre Köpfe würde rollen sehen. Diese Freudenbezeugungen sind dem ganzen Volk von Paris gemeinsam; auf den Märkten, an den Straßenecken, überall hört man das gleiche. Dieser Wunsch, die Verschwörer bestraft zu sehen, beweist, wie sehr das Volk an der Freiheit hängt. Man bedauert, daß es keine härtere Strafe als die Guillotine gibt. Man sagt, es müsse eine erfunden werden, die sie lange leiden läßt ...«)

6.

Die revolutionären Feste, wurde gesagt, seien konterrevolutionär gewesen; sie hätten das Volk, anstatt seine Spontaneität und Kreativität freizusetzen, auf eine passive Zuschauerrolle festgelegt. Aber was tut ein Volk, wenn es spontan ist? Die Vorschläge zur Gestaltung von Festen und Feiern, die aus den Pariser Sektionen oder den Volksgesellschaften, also von der sogenannten Basis kamen, sind in so hohem Maße (obschon auf banalster Ebene) ›davidesk‹, daß man den Meister selbst der Anbiederung ans Volk bezichtigen könnte. Oder hat sich das Volk zu ihm hinaufgereckt? Waren die soeben erwähnten Tribünenbesucherinnen angesichts der Guillotine nur Publikum? Und war zum Beispiel die Sektion »Gravilliers« kreativ, als sie auf der Höhe der Entchristianisierungskampagne von 1793 eine makabre, mit Kirchenschmuck drapierte Springprozession zum Nationalkonvent veranstaltete? Man muß das zitieren: »Die Volksmassen [*le peuple immense*] der Sektion ›Gravilliers‹, denen ein Licht aufgegangen ist über die Priester und die Heiligen, haben eine Waise gewählt, Euch ihren Willen kundzutun. Die Ohren dieses Kindes haben noch keine Lügen gehört, es hat nur eins gelernt: die Erklärung seiner Rechte. Das Volk hat gedacht, die erhabenen Worte der Vernunft würden im reinen Mund der Unschuld am klarsten erklingen.« Jetzt ergreift der siebenjährige Paulin das pathetische Wort: die Sektion habe alle Kirchen, diese Höhlen der Niedertracht, schließen lassen, ihr Inneres sei nun »für ewig der Wahrheit geweiht ..., den Stimmen des Patriotismus, die der Vernunft die Ehre geben«, das Volk habe damit »einen großen Sieg über sich selbst« errungen und dürfe sich jetzt *souverän* nennen ...

Genug davon. Trotz allem: »die *erhabenen* Worte der Vernunft« (*les sublimes accens de la raison*) – das läßt sich nicht einfach abtun. Der Begriff des Erhabenen steht für die Erfahrung der Revolution, die alle

bekannten Formen des Politischen sprengte. Daher die Hilflosigkeit beim Ausdruck dieser Erfahrung, das falsche Pathos, das gekünstelte Zeremoniell, die Scharaden um die Göttin der Vernunft und das Höchste Wesen, kurz, der ganze revolutionäre Kitsch und Mumpitz fürs Volk, das schon bald nichts mehr davon wissen wollte. Es verstand ja fast nichts, allein schon akustisch: das Marsfeld, auf dem auch die *porte-voix du peuple* (Lautsprechermaschine) nichts half, war für propagandistische Veranstaltungen denkbar ungeeignet. Nach dem 9. Thermidor gab es dort fast nur noch Wettkämpfe und Pferderennen und, natürlich, die seit dem Ancien régime unverzichtbare Hauptattraktion aller Feste, das Feuerwerk, das bis heute »des Volkes wahrer Himmel« blieb.

Dieser Rückkehr des Volkes zu seiner angestammten ›Spontaneität‹ des »Ah!« und »Oh!« entspricht ein Bruch in der revolutionären Philosophie, den als erster Babeuf bezeugt. In einem unveröffentlichten Manuskript von 1790/91 widerruft er die Gleichsetzung von Natur und Vernunft, jedenfalls insofern sie im Volk verkörpert sein soll. Das Volk verharre im »allgemeinen und damit natürlichen Schlaf der Vernunft«. Babeuf zieht es sogar vor, statt vom Volk von der Menge, den Massen zu sprechen. »Die Massen beurteilen nie etwas, sie unterwerfen sich den erhaltenen Antrieben.« Deshalb seien all die röhrenden Worte über das »unveräußerliche« Recht der Volkssouveränität »ohne Sinn, das größte Absurdum«. Nicht durch Vernunft lasse das Volk sich leiten, sondern durch Gewohnheit. Und durch Gewalt.

7.

»Das Bild des Großen hat eine solche Macht über unsere Sinne, daß sogar die Vorstellung, es sei schrecklich, in uns noch ein Gefühl der Bewunderung hervorruft.« Mit diesen Worten beweist Etienne-Louis Boullée 1793, daß er nicht nur ästhetisch, sondern auch politisch auf der Höhe seiner Zeit steht. Er spricht (in seiner Abhandlung *Über die Kunst*) vom Erhabenen, also von dem, was »schlechthin groß«, »über alle Vergleiche groß« ist, wie Kant drei Jahre zuvor, in der *Kritik der Urteilskraft*, das Erhabene bestimmt hatte, für dessen Wahrnehmung »die Verwunderung, die an Schreck grenzt, das Grausen und der heilige Schauer« konstitutiv seien – aber ebenso das Gefühl der Sicherheit, in dem sich der Zuschauer wiege. Auch das revolutionäre Volk wurde als erhaben erlebt. Seit jedoch angesichts wütender Volksmassen das Gefühl der Sicherheit verlorenzugehen drohte, gab es die unterschiedlichsten Bestrebungen, diese Massen zu bändigen. Am prominentesten, am zukunftsweisendsten sind Boullées Entwürfe für öffentliche Bauwerke. Indem sie »die Kunst ins Erhabene heben« (*élever l'art à la sublimité*), heben sie zugleich den intendierten politischen Raum ins Gigantische, ja ins Totalitäre.

Zum Beispiel das Stadionprojekt, mit dem Boullée das Colosseum in Rom überbieten will. Es soll, so scheint es, griechische Feste in römischen Dimensionen ermöglichen. Als ›Gegenbau‹ erwähnt Boullée das Hôtel de Ville, wo im Ancien régime Feste veranstaltet wurden, an denen kaum ein Hundertstel der Einwohner von Paris teilnehmen konnte: eine »Beleidigung des Bürgers«. Doch auch das Marsfeld wird ihm als ›Gegenbau‹ vor Augen gestanden haben; dort fanden auf den flachen Tribünen fast alle Pariser einen Platz, aber was auf der unendlich großen Arena geschah, entzog sich zumeist ihrer Wahrnehmung: das war nicht erhabene, das war schlechte Unendlichkeit. Boullées Stadion dagegen: »Man stelle sich dreihunderttausend Menschen vor, vereint in einem Amphitheater, wo niemand den Blicken der Menge entgehen könnte. Das würde einen einzigartigen Eindruck machen: die Schönheit dieses erstaunlichen Schauspiels nämlich käme durch die Zuschauer selbst und entstünde allein durch sie ...« Man kennt das schon, kennt auch die Moral des Schauspiels: »Vor den Augen aller erhebt und läutert sich die Seele des Bürgers.« Das ist bester Rousseau. Ein Jahr später wird Robespierre Ähnliches sagen über nationale Feste, bei denen das Volk sich selbst spielt und sich dadurch läutert. Aber Boullées Feste unterscheiden sich durch ihren *Ort*: ein grandioses Amphitheater, in dem die Masse der Zuschauer – wie in einem Krater, gemäß Goethes Vision – zu *einem* Corpus vereinigt wird, in diesem Fall aber nicht ›nur‹ 22 000 wie in Verona, auch nicht 50 000 wie im Colosseum, sondern 300 000. (Später wird Hitler sagen: »Wir müssen immer ans Volk denken und Stadien bauen, die 150 000 bis 200 000 Menschen aufnehmen können.« Oder 400 000 wie das »Große Stadion« in Nürnberg. Dann hat man sie im Griff.)

8.

Wenn man in den Dimensionen dieser Utopien und Projekte denkt, kommt man unweigerlich zur Massen-Architektur von Hitler und Stalin. Vielleicht tut man Boullée damit unrecht, aber es fällt schwer, seine Entwürfe ›unschuldig‹ zu sehen. Man sieht sie heute so, als stammten sie von Albert Speer. Man sieht sie sogar – dank ihrem niedrigen Augenpunkt, der den Eindruck der Grandiosität verstärkt – so ähnlich, wie Hitler (laut Speer) das Modell seiner »Prachtstraße«, der geplanten Nord-Süd-Achse zwischen Spreebogen und Tempelhofer Feld, betrachtete: »Er kniete dazu nieder, das Auge einige Millimeter über dem Niveau der Modellstraße, um den richtigen Eindruck zu gewinnen ...«

Das gigantischste Gebäude an dieser 5 Kilometer langen und 120 Meter breiten Magistrale sollte die Große Halle sein, ein runder Kuppelbau von unvergleichlichen Ausmaßen, der dennoch von seinem Architekten Speer gern mit berühmten Bauten wie dem Pantheon oder dem Kongreß

verglichen wird: sie hätten mehrmals darin Platz gefunden. 290 Meter hoch, mit einer Innenweite von 250 Metern und Platz für 150000 bis 180000 Personen, dreimal soviel, wie das Colosseum faßte. Gegenüber dem Eingang, auf den die Prachtstraße zulief, sollte vor einer Nische ein riesiger vergoldeter Reichsadler stehen, ein Hakenkreuz in den Fängen. Irgendwo unter diesem Zeichen, so bemerkt Speer, »befand sich der Platz des Führers der Nation, der von dort seine Botschaften an die Völkerschaften des Zukunftsreiches richten sollte. Ich versuchte, diesen Platz architektonisch herauszuheben; aber hier zeigte sich der Nachteil maßstablos gewordener Architektur: Hitler verschwand in ihr zu einem optischen Nichts.« Ob Hitler selbst das realisierte, wenn er vor dem Modell der Halle im Maßstab 1 : 50 kniete und dabei, laut Speer, »so gelöst« war wie sonst nie? Er realisierte etwas anderes.

Auf dem quadratischen Adolf-Hitler-Platz vor der Großen Halle, an dessen westlicher Seite das Führerpalais vorgesehen war, gegenüber dem Reichstag, sollten später die Kundgebungen zum 1. Mai stattfinden. Schon kurz nach Kriegsbeginn, als das Jubelbedürfnis der Volksgenossen merklich nachließ, entwickelte das Propagandaministerium ein »Durchführungsschema« für Kundgebungen jeglicher Art. Die höchste Stufe, ein »Jubelaufgebot« von einer Million Menschen, wäre bei den Mai-Kundgebungen auf dem Adolf-Hitler-Platz fällig gewesen. Aber wie, wenn sich dort einmal keine Jubler versammelten? »Es ist doch nicht ausgeschlossen«, sagte Hitler mitten im Krieg zu Speer, »daß ich einmal gezwungen bin, unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Vielleicht gibt es dann einen Aufruhr. Für diesen Fall muß vorgesorgt werden.« So verlangte er, daß sich der Zugang zu dem Platz durch ein schweres Eisengitter absperren lasse und daß alle Gebäude, die ihn säumten, durch stählerne Türen und Fensterläden geschützt würden. Auch an der Fassade des Führerpalais war keine Öffnung vorgesehen außer dem stählernen Eingangstor und darüber der kleinen Tür zu dem Balkon, auf dem der Führer sich seinem Volk zu zeigen gedachte – 14 Meter hoch über der Menge. »Was meinen Sie, wenn einmal Unruhen sind!« sagte er, vor dem Modell stehend, zu Speer. Die Kaserne der Leibstandarte sollte ganz nahe an der Prachtstraße liegen, auf die Hitler jetzt deutete: »Wenn sie hier mit ihren gepanzerten Fahrzeugen in voller Breite zu mir heraufrollen – kein Mensch kann da widerstehen.«

9.

Das Volk und der Führer – das ist eine Liebesgeschichte, nicht immer mit glücklichem Ausgang. Die Massenpsychologie spricht seit Tarde und Le Bon von Suggestion, von Hypnose, aber die überkommene Metaphorik tut es auch: Von alters her galt das Volk, die Plebs als Braut oder Kurti-

sane des Herrschers, oder es bestand doch, wie im französischen Königsritual, die Vorstellung von der mystischen Vermählung des Königs mit seinem Reich. (Übrig blieb davon bei Le Bon – und folglich bei Freud wie bei Hitler – die Charakterisierung der Masse als feminin.) Und fast immer gab es Eifersuchtsdramen, denn zwischen den Herrscher und sein Volk drängte sich die Aristokratie, die politische Klasse, die nur ihre eigenen Interessen verfolge. Sagte das Volk. Alles Böse lastete es den Ministern oder Funktionären an, der Leader sollte eine Lichtgestalt bleiben. So mißtraute schon die römische Plebs der Kaste der Senatoren und verehrte gerade jene Kaiser, die dieser Kaste verhaßt waren und bis heute im Ruf der Willkür und Grausamkeit stehen. Nero zum Beispiel, für die Senatoren ein Ungeheuer, war bei der Plebs sehr populär, noch 300 Jahre nach seinem Tod. Wie Paul Veyne in *Brot und Spiele* zeigt, stand im Zentrum des Dreiecks Nero – Volk – Senat der Zirkus. Hier entschied sich, ob der Wunsch des Volkes, geliebt zu werden, und der Wunsch des Kaisers, angebetet zu werden, in Erfüllung gingen oder nicht: von Angesicht zu Angesicht, vor hunderttausend Augen.

Face en face, das ist entscheidend. Es gäbe kein Verhältnis von Herrscher und Volk ohne die beiderseitige Präsenz. Der Herrscher muß sich zeigen. Zeigen muß sich aber auch das Volk. Zumindest muß es in Spitzelberichten und Meinungsumfragen in Erscheinung treten, das ist die heutige Schrumpfform seiner Präsenz. Wenn man aber unter ›Volk‹ nicht nur eine demographische Größe (Population) oder eine politische Fiktion (Souverän) versteht, kann von Volk erst dann die Rede sein, wenn eine Menschenmenge auf Straßen und Plätzen, in Stadien oder Hallen präsent ist: leibhaftig. (Es versteht sich, daß dabei Wind und Wetter eine Rolle spielen, weshalb es südlich der Alpen »mehr Volk« gibt als in unseren Breiten.) Andererseits kann jede Menge, die sich öffentlich zeigt, als Volk auftreten oder so verstanden werden. Denn Volk ist ein Aggregatzustand, in den eine Anzahl Menschen gerät, wenn bestimmte Bedingungen gegeben sind.

Man kann diese Bedingungen künstlich herstellen. Man muß es tun, wenn man ein richtiges Volk haben will. Das sagten die Lehrer und Führer der Revolution. Denn was all die Arrangements von Rousseaus schlichtem Maibaum über Davids pompöse Liturgien bis zu Boullées megalomanen Stadien- und Hallenbauten bezweckten (und was mit Speers Entwürfen für Nürnberg und Berlin oder mit dem Moskauer Projekt des Sowjetpalastes ins Totalitäre mündete), ist die Verwandlung einer Menge Menschen in ein (souveränes/serviles) Volk, die Erzeugung von Einheit, Einmütigkeit, Identität. Oder von Fanatismus.

Man spricht, seit Hitlers *Mein Kampf*, von der Nationalisierung der Massen. Aber schon lange vorher gab es eine fast mystische Aufwertung

der Nation, als wäre sie das Über-Volk. In Deutschland folgte das nach den Befreiungskriegen aus einem politischen Mangel, der sich zum völkischen Bedürfnis blähte. Vielleicht war es dieser Mangel, der viele Deutsche in patriotisch gesinnten Vereinen Zuflucht suchen ließ; sie veranstalteten das Vaterland im Festsaal, sie erturnten sich die Nation auf der Wiese.

10.

Dem Münchner Oktoberfest gelang, was die Pariser Revolutionsfeste vergeblich versuchten: eine Tradition zu begründen, mit der sich ein ganzes Volk identifiziert, auch über den – in diesem Fall gegenrevolutionären – Anlaß hinaus. Bayern war 1806, dank Napoleon, Königreich geworden und hatte viel Volks hinzugewonnen. Die Bindung an die Dynastie war schwach. Da traf es sich, daß im Oktober 1810 die Hochzeit des Thronfolgers, des späteren Ludwig I., zu feiern war. Das geschah mit allem nötigen Prunk: Festzüge, Festschießen, Festbeleuchtung usw. – und einer öffentlicher Ausspeisung der Münchner Bevölkerung. Unmengen von Bier und Fleisch wurden verzehrt. Das war nicht Mildtätigkeit seitens der Wittelsbacher – das Volk war gleichsam amtlich anwesend; es nahm, nach altem Brauch, als Zeuge an einem Rechtsakt teil, der auf nicht weniger abzielte als auf »Laetitia publica«, auf Volksfreude (in der Monarchie).

Neuartig aber war, daß daraus ein jährlich wiederkehrendes Volksfest für ganz Bayern entstand. Sein Keim war tatsächlich eine Art Bürgerinitiative. Auf Wunsch der Nationalgarde wurde am letzten der fünf Festtage vor den Toren Münchens ein Pferderennen veranstaltet. In festlichem Zug bewegte sich ganz München durchs Sendlinger Tor hinaus auf die Wiese (die nach der Braut jetzt Theresienwiese heißt). Dort bildete der Sendlinger Berg eine natürliche Tribüne – für das Volk. Gegenüber, an der Innenseite des Rennbahn-Ovals, war das Königszelt aufgeschlagen. Einzug der königlichen Familie, Huldigungen des Volks mit Chören und Gedichten: »Heil unserm König! Heil! Des Volkes Vater Heil!« usw., man kennt das ja (mit wechselnden Adressaten). Des Volkes Vater grüßt huldvoll zurück. Man sitzt sich, indes die Pferde vorbeirennen, Aug in Auge gegenüber: Tribüne und Pavillon – das Königtum spielt sich selbst, und auch das Volk spielt Volk, wie auf einer Bühne. Kurz, das Fest war ein voller Erfolg. Wiederholung wurde verlangt und damit Ritualisierung. Die Tradition währte ungebrochen bis 1913. Aber das Volksfest überlebte seine royalistische Tradition. Er paßte sich den wechselnden Umständen an, und wenn man das heutige Oktoberfest betrachtet, die großen Festzelte mit ihren 100 000 Plätzen, die das einstige Königszelt zu universalisieren scheinen, dann muß, wer das Volk liebt, und gar das

bayerische, einräumen, daß es Besseres nicht gibt. »Volksfeste«, hatte schon 1810 der Kronprinz gesagt, »freuen mich besonders. Sie sprechen den Nationalcharakter aus, der sich auf Kinder und Kindeskinder vererbt.«

II.

Welche Bedeutung der Ritualisierung zukommt, begriffen im 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht nur die Monarchien, sondern auch jene Volksbewegungen, die mit der Tradition brachen. Berühmt sind Lassalles Versammlungen, die, vom triumphalen Einzug des Arbeiterführers an, jeweils als »Heerschau« gestaltet waren und oft in der Aufforderung zum Schwur gipfelten, der die Gefolgschaft begeistert nachkam: »Die ganze Versammlung erhebt von der höchsten Aufregung ergriffen die Hände. Lang andauernde, sich immer wieder erneuernde Akklamation«, so verzeichnet es das Protokoll der Ronsdorfer Rede vom Mai 1864.

Die Nationalsozialisten eiferten dem nach, sie wollten es überbieten. Hitler hat schon in der frühen Münchener Kampfzeit seine Auftritte ritualisiert. Auch später schenkte er der Liturgie der Massenveranstaltungen, selbst solcher nach dem Endsieg, stets große Aufmerksamkeit. »Sein Ziel war«, Speer zufolge, »noch zu seinen Lebzeiten die endgültige Form zu finden«, denn er nahm an, »daß seine Nachfolger vermutlich nicht über die Faszinationskraft verfügen würden wie er, daß also ein in seinen Augen ›kleiner politischer Wicht‹ immer noch eine Faszination zum Tragen bringen muß«. Die Faszination, heißt das, sollte im »unabänderlichen Ritus« der Massenaufmärsche, Totenfeiern, Sportveranstaltungen etc. noch zu seinen Lebzeiten institutionalisiert werden. »Dann kann später niemand daran rühren«, sagte der Gründer des Tausendjährigen Reichs. Tausendjährig wünschte er sich natürlich auch den architektonischen Rahmen des nationalen Rausches. Er sollte mehr als ein Rahmen sein. Speers Fahnenmeere und Lichtdome der ersten Jahre – »gleichzeitig feierlich und schön, als ob man sich in einer überwältigenden Kathedrale aus Eis befände«, gestand der britische Botschafter Henderson – sollten verewigt werden in gigantischen Arenen und Hallen und Bögen aus Stein: »das Gewaltigste, was es seit den Riesenbauten Ägyptens und Babylons gegeben hat: Wir schaffen die heiligen Bauten und Wahrzeichen einer neuen Hochkultur«, sagte Hitler in den dreißiger Jahren zu Rauschning. »Mit ihnen präge ich meinem Volk und meiner Zeit den unverwechselbaren geistigen Stempel auf« – als wäre das Volk sein Baumaterial. In derselben Zeit sagte Anatolij Lunatscharskij über die Sowjetarchitektur, insbesondere das Projekt des Palasts der Sowjets (das Hitler eifersüchtig verfolgte, weil der Palast höher zu werden drohte als seine Große Halle): die Kolossalität selbst sei der Stil dieser Idealarchitektur

für das Sowjetvolk. In Hitlers Bauten hätte sich erfüllt, was Goebbels schon 1933 seinem Tagebuch versprochen hatte: »Wir werden ... zum ersten Mal das ganze deutsche Volk in einer einzigen Demonstration zusammenfassen.«

12.

Die nationalsozialistische Vorstellung vom Volk als einer gleichsam stillgestellten Massenbewegung scheint die Reaktion auf eine andere Vorstellung vom Volk zu sein, die im 19. Jahrhundert wie ein Gespenst umging, aber immer öfter leibhaftig in Erscheinung trat, obschon nur in den großen Städten. Benannt wurde es nach dem Ort, wo das geschah: »Straßenvolk«. Auch diese Menge gewann eine fast mystische Qualität: der national gesinnte Kleinbürger, der in seinen Turn-, Gesangs- und Schützenvereinen weste, fürchtete sie wie das Chaos. Auch die Gebildeten gingen auf Distanz. »Das Aggregat der Privaten«, schrieb Hegel in Paragraph 544 der *Enzyklopädie* von 1830, »pflegt nämlich häufig das *Volk* genannt zu werden; als solches Aggregat ist es aber *vulgus*, nicht *populus* ... Solcher Zustand eines Volks ist der Zustand der Unrechtlichkeit, Unsittlichkeit, der Unvernunft überhaupt; das Volk wäre in demselben nur als eine unförmliche, wüste, blinde Gewalt, wie die des aufgeregten, elementarischen Meeres ...«

Mit diesem Bild vom »aufgeregten, elementarischen Meer« intoniert Hegel eine Metaphorik, die sich im 19. Jahrhundert in Konkurrenz zur national gesalbten Rede vom Volk herausbildet. Die neue Metaphorik verdankt sich einer neuen Erfahrung: das Gewühl auf den Straßen der großen Städte. Edgar Allan Poe blickte in den vierziger Jahren fasziniert auf die dichten »Menschenströme« Londons, das »brausende Meer der Köpfe« (*The man of the crowd*). Zur selben Zeit notierte Georg Weerth in London den »Strudel«, »das Gebrause dieses unheimlich großen Chaos« – »alles stürzt und rennt und lacht und weint und flucht und betet und boxt sich in ein und derselben Minute an dir vorüber und reißt dich fort und stößt dich vorwärts ... Aber wie einsam fühlte sich meine Seele in diesem Gewirr!« Die Vereinzelung in der Menge ist das zweite Motiv der neuen Rede vom Volk. Friedrich Engels verschärfte Weerths Klage zwei Jahre später im Vorwort zur *Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845): Nirgendwo trete »die brutale Gleichgültigkeit, die gefühllose Isolierung jedes Einzelnen auf seine Privatinteressen« so schamlos unverhüllt auf wie »in dem Gewühl der großen Stadt«.

Wenn nun dieses Gewühl zum Strom wird, der alles mit sich reißt, als hätte die Straße nur eine Richtung, die Masse nur ein Begehr: wachsen dann nicht die Vereinzelten wieder zusammen, verlieren ihre Berührungsangst, fühlen sich in der Herde geborgen? So erleben wir es, Canetti

zufolge, in der *dichten Masse*, »in der Körper an Körper drängt, dicht auch in ihrer seelischen Verfassung, nämlich so, daß man nicht darauf achtet, wer es ist, der einen ›bedrängt‹ ... In ihrem idealen Falle sind alle gleich.« Aber welche Masse ist in diesem Sinne dicht? Vielleicht die Jubel- und die Trauer-Masse, die einander sehr ähnlich sind? Ein Zeugnis aus jener Zeit, wiederum aus London, weckt Zweifel.

Am 18. November 1852 fand in London das Begräbnis Wellingtons statt. Wilhelm Liebknecht, obwohl vor dem zu erwartenden Gewühl gewarnt, ging zusammen mit Marx' Kindern hin. In seinen *Erinnerungen* berichtet er: »Ein fernes, wachsendes Getöse, wie das Tosen des Ozeans, näher und näher ... Ich stemme mich mit aller Gewalt, suche die Kinder zu decken, so daß der Strom vorbeistürzt, ohne sie zu berühren. Gegen die Elementarkraft der Massen reicht keine menschliche Kraft aus ... Wir sind in den Strand gewälzt, und die Tausende und Hunderttausende, die an dieser großen Straßen-Pulsader sich angesammelt hatten, wollen dem Zug nachstürzen ... Der Wirbel reißt uns fort, und auf einmal fühle ich, daß eine Kraft sich einschiebt zwischen mich und die Kinder ... Ich arbeite wie ein Rasender mit Brust und Ellenbogen. Doch in solchem Gewühl ist der Einzelne ein Strohhalm, der im Strudel schwimmt ...«

Geborgenheit bietet erst recht nicht die Panik-Masse. In Artikel VI der *Französischen Zustände* berichtet Heine über die Cholera-Epidemie, die 1832 Paris heimsuchte. Als das Gerücht aufkam, die vielen Menschen stürben nicht an der Seuche, sondern durch Gift, verbreitete sich Panik, »ganz Paris geriet in die grauenhafteste Todesbestürzung ... Die armen Leute wagten weder zu essen noch zu trinken und rangen die Hände vor Schmerz und Wut.« An den Straßenecken sammelten sich erregte Gruppen, und wehe, ein Passant weckte ihren Verdacht! »Wie wilde Tiere, wie Rasende fiel dann das Volk über sie her ...; sechs Menschen wurden aufs unbarmherzigste ermordet. Es gibt keinen gräßlicheren Anblick als solchen Volkszorn, wenn er nach Blut lechzt und seine wehrlosen Opfer hinwürgt. Dann wälzt sich durch die Straßen ein dunkles Menschenmeer, worin hie und da die Ouvriers in Hemdärmeln wie weiße Sturzwellen hervorschäumen, und das heult und braust, gnadenlos, heidnisch, dämonisch ...«

Nur *eine* Masse, so scheint es, bot ihren Gliedern ein Gefühl der Geborgenheit und zugleich der Erhebung, des Rauschs: die Demonstrations-Masse. Auf der Straße zu demonstrieren, bedeutete im 19. Jahrhundert soviel wie revoltieren; man lief praktisch in das Feuer der Kartätschen. Vielleicht kam daher das Hochgefühl, das so manchen Revolutionär des 19. Jahrhunderts bewog, seine kurze, berauschende Barrikadenerfahrung im Spiritus einer Utopie zu verewigen. Zum Beispiel Bakunin. Oder, bescheidener, der Student Paul Boerner, der im März

1848 an dem Aufstand in Berlin teilgenommen hatte. In seinen *Erinnerungen* (1851) schwärmt er von dem »tiefen innerlichen Murren eines Volkes« und seiner »tiefen, grandiosen Poesie«. Dank solcher Tiefe »war das Volk zur Herrschaft gekommen. Wie ein tosendes Meer wälzten sich seine Fluten durch die weiten Straßen ...« Die Illusion währte nicht lange, aber für einen Tag konnte das aufständische Volk sich einreden, es sei zur Herrschaft gelangt – weil es die Straße beherrschte.

Die Überzeugung, daß es im Ernstfall, mit Jolys Machiavelli zu reden, »nur eine einzige Macht gibt: das Volk«, dieser von der Französischen Revolution überkommene Quasi-Mythos beeinflußte im 19. Jahrhundert nicht nur die Staatswissenschaft, sondern auch das Staatshandeln im Falle sozialer Unruhen, ja schon bei friedfertigen, einzig von vaterländischer Brunft erregten Versammlungen wie dem Wartburgfest und dem Hambacher Fest. Selbst die Stadtplanung zeugt von dem Respekt der Regierungen vor der potentiellen Macht, als deren Ort die Straße galt. Manche sahen in der Straße sogar das Subjekt dieser Macht; man sprach (und spricht noch heute) vom Druck der Straße, von der Diktatur der Straße, oder man sagt, wie Hitler: »vor der Straße kapitulieren«. Noch 1910 verweigerte der Berliner Polizeipräsident Traugott von Jagow, als er die geplante Wahlrechtsdemonstration der Sozialdemokraten verbot, dem Volk »das Recht auf die Straße«, wie er es trefflich nannte. Die Linksparteien haben sich dieses Recht bald »zurückerobert«, was die Rechten in den zwanziger Jahren bewog, »auch für sich das Recht auf die Straße in Anspruch zu nehmen«, wie Hitler es ausdrückte. Doch es gab immer auch Zweifel an der Macht der Straße. So dachte ein junger Artillerieleutnant namens Bonaparte, als er am 10. August 1792 einen schlecht bewaffneten Volkshaufen die Tuilerien stürmen sah: »Man müßte nur vier- oder fünfhundert mit der Kanone zusammenschießen, und der Rest würde noch laufen.« Ähnlich dachte ein Junker namens Bismarck 1848 in Berlin; wenn es nach ihm gegangen wäre, dann hätte der »revolutionäre Schwindel« nicht lange gedauert.

Tatsächlich haben sich Kanonen und Bajonette gegen Volksaufstände oft bewährt, zum Beispiel bei der Niederschlagung des Pariser Arbeiteraufstands im Juni 1848; die Zahl der Toten wird auf drei- bis zehntausend geschätzt. Friedrich Engels kam nach dem Juni-Gemetzel zu dem Schluß, »daß die Unbesiegbarkeit einer Volkserhebung in einer Großstadt eine Täuschung sei«. Auch Theodor Fontane, der am 18. März 1848 im Zentrum Berlins – nicht weit entfernt vom Studenten Boerner – an den fast possenhaften Barrikadenkämpfen teilgenommen hatte, zunächst mit »fieberhafter Erregung«, bald nur noch mit einem »elenden Gefühl«, blieb dann 40 Jahre bei der »Überzeugung von der absoluten Unbesiegbarkeit einer wohldisziplinierten Truppe jedem Volkshaufen, auch dem

tapfersten gegenüber. Volkswille war nichts, königliche Macht alles.« Erst 1891, als die *Denkwürdigkeiten* des Generals von Gerlach Aufschluß darüber gaben, warum die Truppen in der Nacht vom 18. auf den 19. März, nachdem sie praktisch schon gesiegt hatten, plötzlich zurückgezogen worden waren, änderte Fontane seine Meinung: Solche Volkserhebungen »müssen – vorausgesetzt, daß ein großes und allgemeines Fühlen in dem Aufstande zum Ausdruck kommt – jedesmal mit dem Siege der Revolution enden, weil ein aufständisches Volk, und wenn es nichts hat als seine nackten Hände, schließlich doch notwendig stärker ist als die wehrhafteste geordnete Macht«. Denn das Volk, meint Fontane, habe von Moment zu Moment das Spiel in der Hand, es könne auftauchen oder untertauchen, kämpfen oder ruhen. Er hätte hinzufügen sollen, daß es immer wieder auftauchen *muß* – sonst ist es nicht mehr existent. Aber die Berliner Revolutionäre gingen, nachdem sie im Schloßhof zusammen mit dem König einen Choral gesungen, fromm nach Hause. Die Revolution endete *nicht* mit einem Sieg.

13.

Wenn das Volk auf die Straße geht, können Schlagwörter plötzlich eine »halb unerklärliche Macht« gewinnen, sagt Fontane im Rückblick auf die Märztage. »So weiß ich ..., daß für bestimmte kleinere Truppenteile mit einemmal der Schreckensruf da war: ›Die Bürger kommen.‹ ... Jetzt erscheint uns der Schrei ›Die Bürger kommen‹ als der Inbegriff des Komischen; damals, auf knappe vierundzwanzig Stunden, umschloß er eine Macht.«

»Die Bürger kommen« – »Wir sind das Volk«: nur in der Macht des Schlagworts scheinen sich die Ereignisse von 1848 und 1989 zu gleichen. Im letzteren Fall verlief fast alles umgekehrt. Es endete nicht mit einem Choral, es begann mit Chorälen, Gebeten, Predigten. Der Keim des Aufruhrs war, um Canettis Begriffe aus *Masse und Macht* zu verwenden, nicht die *offene*, sondern die *geschlossene* Masse. Diese setzt sich fest, sagen wir: in der Nikolai-Kirche in Leipzig. Ihre Stärke ist ihr Bestand, ihr Potential ist die Wiederholung des Rituals. Aber es kann zum Ausbruch kommen; das ist so, sagt Canetti, »als ob eine Masse überfließe, aus einem Raum, in dem sie wohlbehütet war, auf den Platz und auf die Straßen einer Stadt, wo sie, alles an sich ziehend und allem ausgesetzt, sich frei ergeht«. So war es in Leipzig. Die geschlossene Masse wurde zur offenen Masse, die den Drang hat, zu wachsen, sich alles einzuverleiben, und die, wenn sie aufhört zu wachsen, schon zerfällt.

Das Besondere an den Leipziger Ereignissen vom Herbst 1989 war nun aber, daß dieser Ausbruch sich *wiederholte*: das Überfließen war nicht das Ende, sondern wurde zu einem Teil des Rituals. Von Montag zu

Montag, von Andacht zu Andacht, von Umzug zu Umzug schwoll die Volksmenge an. Am 2. Oktober gingen 15 000 auf die Straße, am 9. Oktober, als ein Blutbad drohte, waren es 50 000. Dieser Tag brachte die Wende. Am folgenden Montag war die Schwelle zur »Revolution« überschritten: es kamen 150 000, und drei Wochen später, am 6. November, waren es fast so viele wie zwei Tage zuvor in Berlin auf dem Alexanderplatz: eine halbe Million. Dann brach die Mauer. Und das Volksmeer auf der Straße flutete hinüber in den Westen, in den Supermarkt. Da gab es »das Volk« nicht mehr.

14.

Was im Herbst 1989 in den sozialistischen Ländern Europas geschah, erteilt uns zwei politische Lehren. Erstens: Wenn »das Volk«, das in den Verfassungen (auch dieser Länder) als Souverän gilt, leibhaftig und massenhaft in Erscheinung tritt, bricht das System zusammen. Zweitens: Wenn das Volk einmal leibhaftig und mehrheitlich in Erscheinung getreten ist, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als zu verschwinden: sein Begehr – Volk zu sein – ist erfüllt, die Intentionalität erlischt oder verliert sich im Pluralismus partieller Interessen, die in Sonderräumen ihre mehr oder weniger ritualisierte Befriedigung finden. In den kapitalistischen Ländern gibt es Volk heute nur noch ausdifferenziert, zum Beispiel im Fußballstadion oder bei Rockkonzerten, seltener auf politischen Demonstrationen, bei denen die Teilnahme gemeinhin durch »Betroffenheit« motiviert ist, nicht durch Not.

Wie aber steht es mit dem Bedürfnis nach Volk, nach einem Gemeinschaftserlebnis in der Herde? Dieses Bedürfnis wurde so oft artikuliert, seit es die Klage über Entfremdung und Vereinzelung gab, daß es fast wie ein menschliches Grundbedürfnis anmutete, jedenfalls in der »Kälte der Massengesellschaft«. Es scheint verschwunden zu sein. War es nur eine Mode des Übergangs von der guten alten zur modernen Zeit?

Erinnern wir uns: »Fast zwei Stunden lang stand ich so da und betrachtete mit angehaltenem Atem den ungeheuren menschlichen Drachenwurm, der sich da langsam vorbeiwälzte.« Es war eine Massendemonstration Wiener Arbeiter, kurz vor dem Ersten Weltkrieg, die den Jüngling so faszinierte, daß er später immer wieder an diesen Wurm denken mußte, »diese Hunderttausend-Mann-Aufzüge, die dem kleinen, armseligen Menschen die stolze Überzeugung einbrannten, als kleiner Wurm dennoch Glied eines großen Drachens zu sein, unter dessen glühendem Atem die verhaßte bürgerliche Welt dereinst . . .« Ja, es war der Neid auf diesen linken »Atem«, der an Hitler zehrte, bis er selbst den Drachen ritt. Und wiederum geschah es, daß junge Menschen am Straßenrand standen, noch Ausgeschlossene oder für immer Ausgestoßene,

und darauf brannten, zum großen Drachen zu gehören. Zum Beispiel eine höhere Tochter (Melita Maschmann), die fasziniert war von der proletarischen Parole der »Volksgemeinschaft«, und dann kam der Abend des 30. Januar 1933, der Fackelzug der Nationalsozialisten, stundenlang zogen die Kolonnen vorbei, darunter viele gleichaltrige Jungen und Mädchen, aber sie stand nur am Straßenrand und gehörte nicht dazu. »Und ich brannte doch darauf, mich in diesen Strom zu werfen, in ihm unterzugehen und mitgetragen zu werden.« Oder ein kleiner Judenjunge (André Gorz), der beschlossen hatte, Nazi zu werden, um sich stark zu fühlen, und dann erlebte er 1938 in Wien »den triumphalen Einzug Hitlers, vom Fieber einer rasenden Menge gepackt, in die ich gern eingeschlossen gewesen wäre«. Er drängt sich vor in die erste Reihe, hebt den Arm und ruft Heil!, »überglücklich, mitten in der Menge zu sein«.

Dieses Bedürfnis nach Glück in der Volksmenge, das von deren Richtung, dem Motiv oder Ziel ihrer Leidenschaft, ganz unabhängig zu sein scheint, wo ist es geblieben? Erstickt im privaten Wohlstand? Stranguliert vom sozialen Netz? Oder wird es, wofür manches spricht, durch die Allgegenwart der multimedialen »Erlebnisgesellschaft« befriedigt? Unsere neue Volkskultur, die das Öffentliche privatisiert, holt auch das Volk »heim« – in effigie, als ästhetisches Phänomen. Die Teilhabe daran wäre nicht die schlechteste Art, Volk zu sein. Sie stünde jedenfalls in einer Tradition, die mit dem Chor der antiken Tragödie beginnt und bis zur Avantgarde unseres Jahrhunderts reicht.

15.

In seinem Buch über die Französische Revolution (1837) erwähnt Thomas Carlyle eine Äußerung von Christoph Willibald Gluck, deren Herkunft äußerst zweifelhaft ist. Aber selbst wenn sie erfunden sein sollte, bliebe sie signifikant für unser Konzept. Carlyle schreibt:

»Ritter Gluck gestand, daß der Grundton der schönsten Stelle in einer seiner schönsten Opern die Stimme des Volkes sei, die er in Wien zum Kaiser um Brot schreien hörte. Ja, groß und machtvoll ist die vereinte Stimme der Menschen, die Äußerung ihrer *Instinkte*, die wahrer sind als ihre *Gedanken*!«

Doch fast im selben Atemzug spricht Carlyle von der »schreienden Canaille«, der »ohrenbetäubenden Orchestermusik«, dem »heißen Wahnsinn des Triumphs« beim entfesselten Volk. Auch das sind Etiketten des Erhabenen, dessen Anblick, laut Kant, desto anziehender wird, je furchtbarer er ist – »wenn wir uns nur in Sicherheit befinden«.

VOLK UND FEST IN DER REVOLUTIONSZEIT: Mercier, *Mein Bild von Paris*, Üb. Jean Villain, Leipzig 1976 (Auswahl, trotzdem unerschöpflich) / Rousseau, »Brief an d'Alembert ...«, in: *Schriften*, Hg. H. Ritter, Bd. 1, München 1978 / Robespierre, *Ausgewählte Texte*, Hamburg 1971 / Walter Markov u. Albert Soboul (Hg.), *Die Sansculotten von Paris. Dokumente*, Berlin 1957 (eine Fundgrube) / V. M. Dalin (Hg.), *Babeuf-Studien*, Berlin 1961 / Mona Ozouf, *La fête révolutionnaire, 1789-1799*, Paris 1976 / Jean Starobinski, *Die Erfindung der Freiheit 1700-1789*, Frankfurt a. M. 1988 / Johannes Willms, *Paris. Hauptstadt Europas 1789-1914*, München 1988 (im 2. Buch werden u. a. Bailli de Virieu und Georges Duval zitiert) / Anita Brookner, *Jacques-Louis David*, New York 1980 / Etienne-Louis Boullée, *Architektur. Abhandlung über die Kunst*, Zürich, München 1987.

FEST- UND STADIONARCHITEKTUR: Werner Oechslin u. Anja Buschow, *Festarchitektur*, Stuttgart 1984 (wegen der Abbildungen) / Franz Joachim Verspohl, *Stadionbauten von der Antike bis zur Gegenwart. Regie und Selbsterfahrung der Massen*, Gießen 1976 (reiches Material, enge Deutung).

HERRSCHER UND VOLK: Paul Veyne, *Brot und Spiele. Gesellschaftliche Macht und politische Herrschaft in der Antike*, Frankfurt, New York 1988 (grundlegend) / Peter Burke, *Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs*, Berlin 1993 / Georg Kohler (Hg.), *Die schöne Kunst der Verschwendung. Fest und Feuerwerk in der europäischen Geschichte*, Zürich, München 1988 / Arlette Farge, *Lauffeuer in Paris. Die Stimme des Volkes im 18. Jahrhundert*, Stuttgart 1993 / Maurice Joly, *Machiavelli contra Montesquieu. Gespräche in der Unterwelt* (1864), Hamburg 1979.

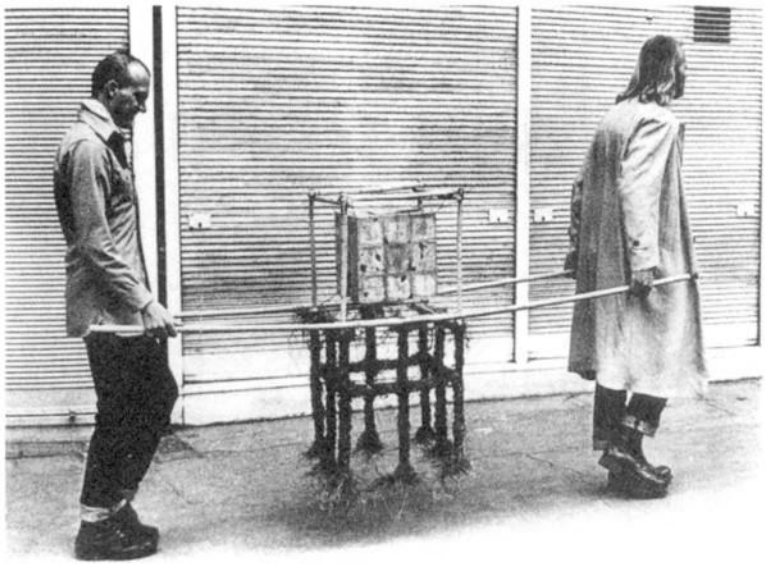
VOLKSFESTE: Werner A. Blessing, »Fest und Vergnügen der ›kleinen Leute‹«, in: Richard van Dülmen u. Norbert Schindler (Hg.), *Volkskultur*, Frankfurt a. M. 1984 / *Das Oktoberfest*, Katalog zur Ausstellung München 1985 / George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen zum Dritten Reich*, Frankfurt, New York 1993 (material- und einfallsreich).

DAS VOLK AUF DER STRASSE: Elias Canetti, *Masse und Macht*, Hamburg 1960 / George F. Rudé, *The Crowd in History. A Study of Popular Disturbances in France and England, 1730-1848*, New York 1964 / Heiner Schulz, »Angst – Gewühl – Versicherung«, *Kursbuch 61*, 1980 / Georg Weerth, »London«, in: *Sämtliche Werke*, 3. Bd., Berlin 1957 / Wilhelm Liebknecht, *Erinnerungen eines Soldaten der Revolution*, Berlin 1976 / Theodor Fontane, *Von zwanzig bis dreißig. Autobiographisches*, München 1973, und *Von dreißig bis achtzig. Sein Leben in seinen Briefen*, München 1975.

NATIONALSOZIALISMUS UND STALINISMUS: Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt, Berlin 1969 / *Albert Speer spricht über Architektur und Dramaturgie der nationalsozialistischen Selbstdarstellung*, Manuskript, Göttingen 1970 (ausführliche Zitate in: Mosse, *Nationalisierung der Massen*, a. a. O.) /Peter Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, München 1991 / Dieter Bartetzko, »Zwischen Todesschwärmerei und Empfindelei«, *Merkur 487/488*, Stuttgart 1989 / Hans J. Reichhardt u. Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania*, Ausstellungskatalog, Berlin 1984 / Jan Tabor (Hg.), *Kunst und Diktatur*, Ausstellungskatalog, Wien 1994 / Karl Markus Michel, »Liebknechts Balkon«, *Kursbuch 112*, 1993 (Massen-Visionen von Speer, Scharoun, Ulbricht u. a. – zur Ergänzung des hier Dargestellten).

DAIDALOS

Architektur Kunst Kultur



Heft 53 erscheint am 15. 9. 1994:

Schatzhäuser
Ausnahmeorte und Behausungen für seltene,
mit Wertschätzung betrachtete Dinge.
Weshalb Reliquien, Kleinodien
nach Einfassung verlangen.
Antike Schatzhäuser
Pyramiden-Legenden
Apotheose der Sicherheitstechnik
Norman Fosters Tresor in Aspik
Kieslers Rollendom
Nationalheiligtümer
Wunderkammern
Die Maschine als Pretiose
Sakralisierung von Kunstwerken
Walter Pichlers Einhausungen
Sammelleidenschaft und Lebensstil
Museumsinseln und Sanktuarien

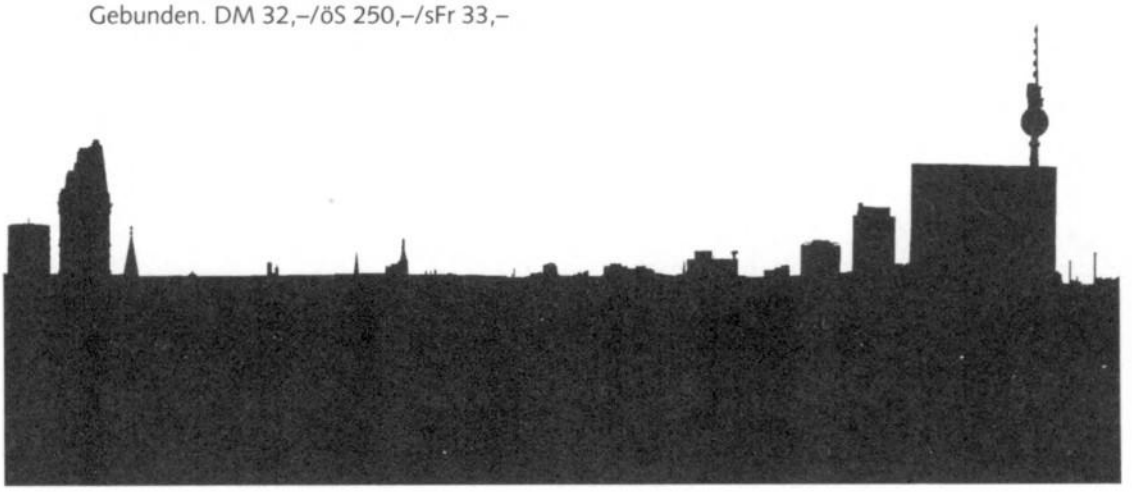
DAIDALOS: Etwa 150 Seiten pro Ausgabe.
Alle Texte in Deutsch und Englisch.
Etwa 150, häufig farbige Abbildungen. Format 245 x 297 mm.
DAIDALOS im Jahresabonnement (4 Ausgaben) 170 DM,
Sonderpreis für Studenten 130 DM einschließlich Versandkosten.
Einzelheft 49 DM.
Für Leseproben, Einzelhefte, Liste der lieferbaren Titel und Abos:
Leserservice Bertelsmann Verlag, Carl-Bertelsmann-Straße 270,
Postfach 120, D-33311 Gütersloh, Tel: (0 52 41) 80-2165, Fax: (0 52 41) 7 30 55
Redaktion: Schlüterstraße 42, 10707 Berlin, Tel: (030) 88 41 06-34/35, Fax: (0 30) 8 83 51 67

ROWOHLT
BERLIN

Lenin – ein Mythos zerfällt

Das Drama der Sterbegeschichte Lenins, hier erstmalig anhand bisher geheimgehaltener Protokolle rekonstruiert, zeigt den Führer der Weltrevolution schon vor seinem Tod als lebloses Symbol, das er als Mumie noch ein Menschenalter lang bleiben sollte. Tilman Spengler beschreibt den Zerfall eines Mythos.

160 Seiten. inkl. Abbildungen.
Gebunden. DM 32,–/öS 250,–/sFr 33,–



Sibylle Tönnies
Volkssouveränität

Der schwere Abschied von einer guten Idee

1. Die Intellektuellen und das Volk

Das Verhältnis der Intellektuellen zum Volk ist wetterwendisch. Aber: wer ist »das Volk«, wenn man es von den Intellektuellen absetzt und nicht einfach »alle« damit meint? Es ist eine relativ junge, moderne Erscheinung, nicht nur als Träger politischer Macht, sondern als soziologische Gruppierung überhaupt – man muß nur einen genügend großen Zeitraum ins Auge fassen. Voraussetzung für sein Hervortreten war, daß neben den in Stämmen gegliederten und dort in die Hierarchie eingefügten Menschen »lose Massen« auftraten. In Rom waren es die (zunächst so genannten) »Klienten«, Menschen, die Fremde waren und sich in den Schutz der großen Familien begaben, wo sie deren Patron unterstanden. Sie waren nicht unfrei wie die Sklaven und nicht frei wie die römischen Bürger; sie befanden sich in einer Zwitterstellung. Mit der Zeit allerdings ging die Unterordnung unter einen Patron verloren; es entwickelten sich staatliche Institutionen, die eine unabhängige Existenz ermöglichten, und aus den Klienten wurde die Plebs. So unbedeutend sie auch politisch war, so stark wuchs sie doch: Rom war eine offene Gesellschaft, die den Zustrom von Massen zuließ; die Plebejer vermehrten sich, während die römische Bürgerschaft mit ihrer exklusiven Anzahl von »Häusern« zahlenmäßig immer weiter zurückging. Man nahm die neue Situation dadurch zur Kenntnis, daß man die Plebejer steuer- und wehrpflichtig machte, jedoch ohne ihnen, die bald die überwältigende Mehrheit darstellten, irgendwelche politischen Rechte zuzubilligen. Das änderte sich im Jahre 494 v. Chr., als die Plebejer, die untereinander in keinem formalen Zusammenhang standen, plötzlich als politisches Kollektiv auftraten und ihre Rechte einforderten. Begünstigt war die Kollektivierung dadurch, daß sie, gerade von einem Feldzug heimgekehrt, noch in militärischer Formation vor den Toren der Stadt standen. Dort erreichte sie die Nachricht, daß die Schuldknechtschaft, in der sich viele von ihnen befanden und die man ihnen, um sie für den Kriegsdienst freizusetzen, erlassen hatte, nach ihrer siegreichen Heimkehr intra muros wieder aufgenommen werden sollte. Statt in die Stadt zu gehen, zogen die plebeji-

schen Soldaten auf einen Berg, den man später, aus Anlaß dieses Ereignisses, den heiligen nannte; dort wollten sie eine autonome Siedlung gründen.

Ein römischer Intellektueller bewahrte Rom vor diesem Unglück. Menenius Agrippa erzählte den Aufständischen die Fabel vom Magen und den Gliedern: wie die Glieder gegen den faulen, lediglich genießenden Magen, dem sie in saurer Arbeit seine Lebensmittel zutrugen, rebellierten; das patrizische Rom sei zwar ein solcher Magen, jedoch bedürften in einem Organismus die Glieder des Magens nicht weniger, als er ihrer bedürfe. Die Plebejer gingen wieder in die Stadt und nahmen ihre Arbeit auf; sie erzwangen aber eine Verfassungsänderung: Die Institution der Volkstribunen wurde geschaffen, deren Macht derjenigen der Konsuln gleichkam. Unter diesen Tribunen hat sich das edle Bruderpaar der Gracchen hervorgetan, dessen Engagement bis heute für die Zuwendung, die gebildete Privilegierte dem ausgebeuteten, leidenden Volk entgegenbringen, exemplarisch ist – bewahrt in Gaius Gracchus schönen Worten:

»Die Tiere in Italien haben ihr Lager, und jedes von ihnen weiß, wo es sein Haupt hinlegen kann, diejenigen jedoch, die für Italien kämpfen und sterben, diesen läßt man wohl Licht und Luft, aber sonst nichts, sondern ohne Dach und Behausung irren sie mit ihren Kindern und Frauen umher, und die Feldherrn sprechen eine Lüge aus, wenn sie die Soldaten aufrufen, für die Gräber und Heiligtümer gegen die Feinde zu kämpfen, denn sie haben keinen väterlichen Altar noch ein Grabmal, sondern sterben für fremden Luxus oder Reichtum, angeblich die Herren der Welt, in Wirklichkeit ohne eine einzige eigene Erdscholle.«

Mit der aus Griechenland eindringenden Stoa entstand eine Philosophie, in der die Wahrheit dämmerte, daß alle Menschen, auch die Plebejer und selbst die Sklaven, gleichwertig sind. Diese Lehre floß mit dem Christentum zusammen, das dann die Haltung des Mittelalters prägte: Zwar dachte man weder auf der Seite des Volkes noch auf der Seite der Privilegierten daran, gleiche Rechte zu schaffen; vor Gott jedenfalls, das wußte man, gab es keine Standesunterschiede. Im Gegenteil waren vor ihm »die ersten die letzten und die letzten die ersten«, und Achtung und Barmherzigkeit gegenüber den unteren, notleidenden Schichten war geboten. Die ideale Haltung der Privilegierten fand Gestalt in Elisabeth von Thüringen, der Heiligen, der Gott zur Deckung ihrer Mildtätigkeit das »Rosenwunder« zukommen ließ.

In der Aufklärung lebte die stoische Philosophie wieder auf, und mit ihr die Gleichheitsidee, die jetzt auch gleiche politische Rechte forderte – und Volkssouveränität. Diese Forderungen bildeten die Zielsetzung der Französischen Revolution, die alle Intellektuellen begeisterte, auch und gerade in Deutschland. Goethe erinnerte sich in »Hermann und Dorothea«:

»Denn wer leugnet es wohl, daß hoch sich das Herz ihm erhoben,
Ihm die freiere Brust mit reineren Pulsen geschlagen,
Als sich der erste Glanz der neuen Sonne heranhob,
Als man hörte vom Rechte der Menschen, das allen gemein sei,
Von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit!«

Doch mit dem Umschlag dieser Revolution in Terror riß die Kluft zwischen den Gebildeten und den ungebildeten Massen furchtbar auf. Prototyp des Volkes war jetzt eine Frau: das *Pariser Fischweib*, das den Kopf eines Guillotinierten aufspießt; und Schiller, der über die Revolution noch kurz vorher gesagt hatte, daß das große Schicksal der Menschheit zur Frage gebracht sei und man nicht neutral bleiben könne, ohne sich der strafbarsten Gleichgültigkeit gegen das, was dem Menschen das Heiligste sein muß, schuldig zu machen, sprach (in der »Glocke«) den Fluch aus:

»Weh denen, die dem Ewigblinden
Des Lichtes Himmelsfackel leihn!
Sie strahlt ihm nicht, sie kann nur zünden,
Und äschert Städt' und Länder ein.«

Je mehr man sich von den modernen Massen distanzierte, desto mehr wuchs die Liebe zum »alten Volk«, das sich noch in Schönheit in die (jetzt wieder als natürlich und gottgegeben angesehene) Hierarchie fügte. Es war die Romantik, die diese Wende vorgenommen und ein sentimentalisches Verhältnis zum Volk geprägt hat; man wandte sich seinen Liedern und Märchen zu, und bis heute besteht eine nationale Eigenheit der Deutschen in der Weise, wie sie sich mit ihren Märchen identifizieren. Vox populi, vox dei: in den Grimmschen Märchen erfährt man Gültiges über Gut und Böse, Schuld und Sühne, Erstarrung und Erlösung, weil das Volk selbst in ihnen spricht. Die späte Nationbildung in Deutschland, der Mangel an gemeinsamer politischer Herrschaft macht es den Deutschen unmöglich, ihre Identität aus einer ruhmreichen geschichtlichen Vergangenheit zu ziehen; was sie verbindet, sind die Sprache, die Märchen, die Lieder. Wenn die Romantiker zum »Deutschen« zurückfinden wollten, mußten sie zum Volkstümlichen gehen, in die Welt derer, die im Sommer barfuß laufen. Sie imitierten den Volkston und auch Teile der einfachen Lebensweise: Sie fingen an, zu Fuß zu gehen, und lernten die Freuden des Wanderns kennen. Der *wandernde Müllerbursche* wurde zum Idol der Zeit. Das war etwas völlig anderes als die im Rokoko betriebene französische Schein-Bukolerie – das war eine echte Verneigung vor der Volkskultur.

Diese Kultur ist vorindustriell, und mit der Industrialisierung entstand ein neues Volk: das Proletariat. Auf dieses ließ sich die romantisch-liebevolle Haltung nicht übertragen. Es hütete ja nicht mehr am Wegrand die

Ziegen, sondern schob sich massenhaft durch Fabriktore. Die Liebe zum Volk scheiterte an diesem Adressaten. Soweit man sich im Kaiserreich von oben nach unten neigte, überließ man diese Aufgabe gern mildtätigen Damen, die sie um Christi willen erfüllten; in seinem Namen sind allerdings auch großartige soziale Leistungen (z. B. von Bodelschwingh) erbracht worden.

In die große Tradition der Volkstribunen gehören Karl Marx und seinesgleichen. Sie nahmen nicht teil an der folgenlosen Verliebtheit in das Volk, sondern erkannten, daß die Industriegesellschaft ihm den Boden seiner Existenz entzog und es durch hemmungslose Ausbeutung ins Elend trieb. Sie gaben dem Aufstand der Massen Mut und Antrieb durch eine Theorie, die ihre Bewegung nicht als willkürliche Rebellion, sondern als die Wende zu einer historisch notwendigen nächsten Phase in Erscheinung treten ließ. In ihrem neuen Selbstbewußtsein, im Gefühl der Kraft nach ihrem Zusammenschluß in Gewerkschaften fanden die Massen zu einer eigenen proletarischen Identität, die nichts mehr zu tun hatte mit dem, was die Romantik als Volk vorgefunden hatte. Diese neue Identität, von Künstlern und Intellektuellen stilisiert, fand nach dem Ersten Weltkrieg auch bei großen Teilen der Oberklasse Anklang. Teils ethisch, teils ästhetisch motiviert, entwickelte sich eine besondere Form des Linksseins von Leuten, die es eigentlich nicht nötig hatten, die nicht die Interessen ihrer eigenen Gruppe vertraten – und manchmal gehässig Salonbolschewisten genannt wurden. Diese Kultur wurde in der Nazizeit vernichtet. Die Massen ließen sich ihre Identität umformen in ein nicht mehr proletarisch, sondern rassisch-vorindustriell geprägtes Selbstgefühl. Sie wurden aber, mehr als ihnen die Oberklasse je hatte geben können, in ihrem plebejischen Charakter akzeptiert. Man verlieh jedem – da er ja Angehöriger der Rasse war – die Anerkennung als Herrenmensch, und seiner Herkunft brauchte sich in dieser Epoche niemand zu schämen. Menschen bekamen Aufstiegschancen, denen es nicht an der Wiege gesungen war; eine ungeheure Mobilität von unten nach oben begann.

Die Teile der Intellektuellenschicht, die den Weg in diese Ideologie nicht mitgingen, sind verfolgt worden, viele von ihnen sind emigriert und haben von außen das Fähnlein aufrechtgehalten: die Solidarität mit dem Fabrikarbeiter gleich welcher Rasse und Nation. Die Verknüpfung der deutschen Intellektuellenschicht mit diesem im Ausland bewahrten kommunistischen Geist gelang – im Westen – erst 1968. Mittlerweile hatte sich das Proletariat aber sehr verändert. Es war mit anderen Bevölkerungsteilen vermischt und homogenisiert, es war entproletarisiert und bezog sein Selbstbewußtsein weder aus der Industriearbeit noch aus der Rasse, sondern aus seiner Aufbauleistung und seinem Aufstieg in das

Kleinbürgertum. Die Weiße-Kragen-Arbeit hatte inzwischen so zugenommen, daß das *rußige Kumpelgesicht* für die Massen nicht mehr repräsentativ war. Mit dem jetzt massenhaft auftretenden Typus der unteren Mittelschicht konnte sich der Oberschichtsintellektuelle aber nicht anfreunden; er sympathisierte mit einem anachronistischen Arbeiterbild, in das sich der neue Mensch der Masse nicht hineindrängen ließ. Vergebens zogen die jungen Intellektuellen laut singend durch die Straßen: »Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets zum Hunger man noch zwingt!« – man ließ sich beim Würstchengrillen auf dem Balkon gar nicht stören und winkte bestenfalls amüsiert hinunter. Die Linken begannen übelzunehmen, sie geißelten den Konsumfetischismus, an dem sie zwar den Kapitalisten die Schuld gaben, von dessen Desavouierung aber die Massen sich mit Recht angegriffen fühlten. Sie wurden auf diese Weise ja im Kern ihres Wesens schlechtgemacht, und sie wußten doch zu gut, daß nicht etwa die bösen Kapitalisten sie so geformt hatten, sondern daß sie sich aus ihrem eigenen natürlichen Antrieb so verhielten. Es ist natürlich, daß man so viel materielle Werte wie möglich an sich ziehen will. Diesem Antrieb folgt auch der Bauer, der so würdig in der Ackerfurche das Korn sät; und auch der barfüßige Junge, der die Ziegen hütete, tat das um des Käses willen. Die bäuerliche Wirklichkeit erzeugt nur eine schönere Bilderwelt als der einerseits entfremdet schuftende, andererseits hinter Sonderangeboten herjagende moderne Massenmensch. Ansprechender als dieses Bild ist für den heutigen intellektuellen Betrachter noch immer das des mageren, hohläugigen Ausgebeuteten. Die Körperlichkeit vieler junger, durch Arbeitslosigkeit und Fast food übergewichtiger Unterschichtsangehöriger stößt ab und erweckt – ganz zu Unrecht – kein Mitleid. So wie die Mutterliebe durch das sogenannte Kindchenschema angeregt wird, braucht auch die liebevolle Zuwendung zu den Nöten der Massen gewisse stimulierende Reize, die jetzt fehlen. Die Massen nehmen sehr wohl wahr, daß nicht nur das Kapital, dem sie lästig sind, sondern auch die linke Intellektuellenschicht sie im Stich gelassen hat; sie driften nach rechts und verhindern auf diese Weise endgültig, daß man sich ihrer Nöte, speziell der Arbeitslosigkeit, mit der erforderlichen Energie annimmt.

Das Ideal der Volkssouveränität mußte unter diesen Veränderungen leiden, setzt es doch eine Haltung zum Volk voraus, die zustimmend und vertrauensvoll ist. Mit der Angst der Gebildeten vor den Ungebildeten ist es unverträglich. Dennoch wird es nicht prinzipiell fallengelassen. Die linke Gesellschaftstheorie (Habermas, Preuß, Offe), gerade nachdem sie die ökonomischen Forderungen des Sozialismus aufgegeben hat, bedarf zur Aufrechterhaltung ihrer Identität weiter der Orientierung von unten nach oben: sie hält dem Volk scheinbar die Stange und fordert ungeachtet

der bedenklichen Tendenzen, die sich im Volk breitmachen, eine Verstärkung seines Einflusses; sie verweigert dem Volk dabei allerdings die ihm zukommende, sorgende Sicht von oben nach unten, bei der sie erkennen würde, daß es sich in einer gefährlichen Krise befindet, aus der nur aktive, einschneidende Sozialpolitik herausführen kann.

2. Repräsentation oder Identität

Macht ist nach moderner Auffassung nur dann legitim, wenn sie vom Volk kommt; im Unterschied zu dem Begriff der Demokratie aber, der ebenfalls die Herrschaft des Volkes zum Ausdruck bringt, hat der Begriff der Volkssouveränität einen problematischen und rhetorisch-demagogischen Charakter:

Er enthält einen inneren Widerspruch, eine contradictio in adiecto: Einerseits soll die Macht nicht verteilt, sondern gebündelt und den gesellschaftlichen Kräften übergeordnet sein (das drückt das Wort »souverän« aus), andererseits soll sie in der Hand der Allgemeinheit, des Volkes, liegen – und also doch wieder verteilt sein. Das Wort »Volkssouveränität« ist aus zwei Teilen zusammengesetzt, die in Spannung zueinander stehen. Die widersprüchliche Begriffsbildung ist dadurch zustande gekommen, daß *Souveränität*, lange bevor man von *Volkssouveränität* sprach, ein erfolgreiches politisches Programm war, dessen Prestige man für die demokratische Umwälzung nutzen wollte, obwohl es in die Gegenrichtung weist. Souveränität bedeutet, daß man der Gesellschaft alle Macht *entreißt* und einem Zentrum, dem Staat, überträgt. Der Begriff stammt von Jean Bodin, der während der Religionskriege des 16. Jahrhunderts, unter dem Eindruck der Bartholomäusnacht, zu der Auffassung kam, daß die Macht zentral in der Hand des Königs zusammenzufassen sei – zu dem Zweck, daß dieser religiöse Toleranz gebieten und durchsetzen könne. Bodin forderte, daß es in allen politischen Gemeinwesen möglich sein müsse, zu einer Potenz aufzusteigen, über welcher es keine höhere mehr gibt. Diese Potenz nannte er Souveränität; sie muß absolut und unteilbar sein. Diese Auffassung deckt sich in wesentlichen Zügen mit der etwas später in England von Hobbes entworfenen Konzeption eines Leviathan: eines Staates, der das Gewaltmonopol ausübt. Sie kennzeichnet den Absolutismus, der uns nur deshalb so abstoßend erscheint, weil wir uns keinen Begriff von einer sozialen Realität machen, in der die Macht unter Fürsten, Raubrittern, Bischöfen und Städten aufgeteilt ist, die sich gewaltsam bekämpfen. In den Glaubenskämpfen der Zeit erwies sich das absolutistische Konzept zunächst als erfolgreich: In Henri IV. fand sich die geeignete Person, die die auf sie konzentrierte Machtfülle richtig ein-

setzen konnte. In seinem Edikt von Nantes wurde religiöse Toleranz befohlen, und dieser von keiner Seite aus mehr in Frage zu stellende Befehl tat fast hundert Jahre seine segensreiche Wirkung – bis ein anderer absolut agierender König das Toleranzedikt »zurückrief«: Ludwig XIV. erließ das Revokationsedikt von Fontainebleau, das die grausame, jetzt staatlich betriebene Verfolgung der Hugenotten anordnete.[1] Im Zuge solcher und anderer souverän getroffener Fehlentscheidungen kam im 18. Jahrhundert – bei Rousseau – der Gedanke auf, dem König die Souveränität zu entziehen und sie auf eine andere Instanz zu übertragen: das Volk. Herrscher und Beherrschte sollten identisch sein. Diese Konstruktion, die auf den ersten Blick so überzeugend demokratisch ist, trägt die Wurzel des Totalitarismus in sich. Rousseau sagte:

»Da nun der Souverän nur aus den Einzelnen besteht, aus denen er sich zusammensetzt, hat er kein und kann auch kein dem ihren widersprechendes Interesse haben; folglich braucht sich die souveräne Macht gegenüber den Untertanen nicht zu verbürgen, weil es unmöglich ist, daß die Körperschaft allen ihren Gliedern schaden will, und wir werden im folgenden sehen, daß sie auch niemandem im besonderen schaden kann. Der Souverän ist, allein weil er ist, immer alles, was er sein soll.«[2]

Wenn der Staat nicht als eine vom Volk getrennte, ihm gegenüberstehende und übergeordnete Institution angesehen wird, sondern als mit ihm identisch gilt, ist kein Raum für die durch Menschenrechte und andere rechtsstaatliche Sicherungen bewirkte Zügelung der Macht. Die Idee der Volkssouveränität ist deshalb im westlichen Rationalismus nur mit einer starken Modifikation weitergeführt worden: das Volk gibt seine Souveränität an gewählte Repräsentanten ab. Das Konzept hat sich an seinem inneren Widerspruch aufgespalten in zwei Richtungen, von denen die eine das Volk unmittelbar, ohne Repräsentation, souverän wissen will, während die andere ihm ein gewähltes Staatsorgan gegenüberstellt, das vom Volk nur durch Wahlen Weisungen erhält.

Die erste Auffassung, die unmittelbar an Rousseau anknüpft und die politischen Entscheidungen durch das Volk selbst und nicht durch Repräsentanten getroffen sehen will, ist diejenige des Sozialismus ebenso wie des Faschismus. In dieser Frage stimmen die beiden totalitären Schwestern überein – genauer gesagt: diese Gemeinsamkeit ist der Grund dafür, daß man beide als totalitär bezeichnet. Die zweite Auffassung bestimmt den westlichen Verfassungsstaat. Auch sie verzichtet nicht auf die Idee der Volkssouveränität, nimmt aber an, daß das Volk die Hoheit nur in dem Moment hat, wo es eine Verfassung in Kraft setzt; in dieser Verfassung gibt es seine Souveränität an gewählte Vertreter ab. Von da ab wird die Souveränität repräsentiert und ist als Volkssouveränität erloschen. Der Gesellschaftsvertrag wird so interpretiert, daß das Volk nach Vertragsabschluß nicht weiterlebt, sondern im Vertragsabschluß »stirbt«.

Es handelt sich bei dieser Richtung um die offizielle, gegenwärtig herrschende, okzidental-liberale Staatslehre – was für die linke Gesellschaftstheorie kein Grund ist, sie anzuerkennen; es ist aber auch die Auffassung, die unermüdlich von den großen deutschen Emigranten gepredigt wurde, um die ideologische Grundlage des Totalitarismus anzugreifen. Bei allem Einscheren auf den westlich-demokratischen Kurs hat die linke Theorie die staatstheoretischen Konsequenzen ihres Schwenks noch nicht wirklich durchdacht; sie hängt weiter Ideen nach, die nur innerhalb der totalitären Konzeption einen Platz haben, und ließ sich von den Emigranten, die sie oberflächlich werthält, nicht belehren: von Franz Neumann, Ernst Fraenkel, Hannah Arendt, Thomas Mann, Alexander Rüstow.

Die westlich-demokratische Auffassung, nach der das Volk nicht unmittelbar regiert, sondern sich repräsentieren läßt, war den Marxisten von jeher unsympathisch. Haben sie auch mittlerweile eingesehen, daß die sozialistische Utopie nicht zu verwirklichen ist, so haben sie sich doch bewußt nur von deren ökonomischen, marktfeindlichen Elementen getrennt und schleppen ihre aus dem Sozialismus kommende Repräsentationsabneigung weiter mit. Sie lehnen die Aufteilung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten und damit gleichzeitig die Aufteilung zwischen Staat und Gesellschaft ab. Ihre Zielsetzung ist nach wie vor, dem Volk unmittelbaren, nicht-mediatisierten Einfluß zu geben, sei es durch zivilgesellschaftliche »Politik in den Küchen und Wohnzimmern«, sei es durch Plebiszite.

Dabei sind sie durch das Scheitern der ökonomischen Zielsetzung in die peinliche Lage gekommen, daß der wesentliche Unterschied zwischen der faschistischen und der sozialistischen Gesellschaftsauffassung weggefallen ist und die Gemeinsamkeit offen in der Repräsentationsabneigung hervortritt. So wenig auf beiden Seiten die Idee der Volksherrschaft (die ja tatsächlich unmöglich ist) praktisch wurde, so bedeutend war sie doch in beiden Fällen für die theoretische Legitimation der jeweiligen Machtstruktur. Auf beiden Seiten wurde die Verderbtheit der Weimarer Republik als Folge der Tatsache angesehen, daß das Volk seine Geschicke nicht selbst führte, sondern durch eine in sich zerstrittene politische Klasse vertreten wurde, die sich in fruchtloser Diskussion aufrieb und nur Partikularinteressen zur Geltung brachte.[3] Rechts wie links wollte man diesem Zustand ein Ende machen: Carl Schmitt setzte gegen die Repräsentation die Idee der *Identität*, und in seinen frühen Schriften verstand er sich dabei als gemeinsames Sprachrohr für »Bolschewismus und Faschismus«, die »wie jede Diktatur zwar antiliberal, aber nicht notwendig antidemokratisch« sind.[4] Die Vorstellung von Volkssouveränität, die von Identität und nicht von Repräsentation ausgeht, ist ein Mythos.

Souveränität besteht ihrem Charakter nach in *einem* Willen, und die Behauptung, daß das Volk zu *einem* Willen zusammengeschlossen sein kann, ist der Mythos des Totalitarismus. Zwar kann es die Unmittelbarkeit der Volksherrschaft tatsächlich geben: sie kennzeichnet die Situation der Revolution, den (von Carl Schmitt so verehrten) Ausnahmezustand. Alle Versuche, sie zu perpetuieren, sind in Zwangsherrschaft ausgeartet. Die Revolution läßt sich nicht institutionalisieren[5], Identität ist ein glücklicher (oder auch, wie in der persischen Revolution, weniger glücklicher) Augenblick.

Repräsentation setzt voraus, daß Staat und Gesellschaft getrennt sind, und dieses okzidentale Modell wurde von der sozialistischen und der nationalsozialistischen Rechtstheorie bekämpft. Karl Marx und Carl Schmitt lehnten die Aufteilung in eine egoistische Gesellschaft und einen das Allgemeinwohl vertretenden Staat ab. Die Pariser Kommune wurde von Marx mit den Worten begrüßt:

»Die Kommune war eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Wiederbelebung durch das Volk und des eignen gesellschaftlichen Lebens des Volkes. Sie war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andre zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen. Sie war keiner jener zwerghaften Kämpfe zwischen der Klassenherrschaft in Form der vollziehenden Gewalt und den parlamentarischen Formen der Klassenherrschaft, sondern eine Revolte gegen beide dieser Formen, die einander ergänzen, und von denen die parlamentarische Form nur das betrügerische Anhängsel der vollziehenden Gewalt war... Die Kommune – das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigene Gewalt schaffen.«[6]

Carl Schmitt, der NS-Rechtstheoretiker, der viel vom Marxismus gelernt hat und zunächst ja gemeinsam für »Bolschewismus und Fascismus« stritt, lehnte die Wahl von Repräsentanten ab:

»Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch acclamatio, durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein ebenso gut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch den statistischen Apparat... Vor einer, nicht nur im technischen, sondern auch im vitalen Sinne *unmittelbaren* Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine künstliche Maschinerie, während diktatorische und zäsaristische Methoden nicht nur von der acclamatio des Volkes getragen, sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können.«[7]

Heute wird die totalitäre Konzeption im russischen Eurasismus vertreten: »Die organische Einheit von Person und Staat sowie das orthodox-religiöse Gemeinschaftsprinzip sollen der westeuropäischen Demokratie und den individuellen Menschenrechten entgegengestellt werden« (wie sich ein russischer Regisseur in einem *Spiegel*-Interview ausdrückte).

Die Naziherrschaft erscheint von der theoretisch behaupteten Identität zwischen Volk und Staat denkbar weit entfernt. Jedoch handelt es sich, wie Hannah Arendt nachgewiesen hat, bei dieser Behauptung keineswegs um leere Propaganda. Die Akklamation des Volkes im Sportpalast, das »Ja!« auf die Frage: »Wollt ihr den totalen Krieg?«, war keine Farce, sondern tatsächlich tragender Bestandteil der Politik. Die Massen waren wirklich mobilisiert und das erste Mal in ihrer Geschichte (es waren nicht nur, wie in der Oktober-Revolution, die Industriearbeiter, sondern »alle«) unmittelbar gefragt; sie hatten ihre Potenzen nicht an gewählte Vertreter abgegeben, sie waren die volonté générale, die vom Führer nicht stellvertretend wahrgenommen wurde, sondern in ihm inkarniert, Fleisch geworden war. »Über Partei, Wehrmacht und Staat steht der Führer, und dieser spricht und handelt nicht für das Volk, sondern als Volk.«[8] Das war nicht nur Propaganda, sondern ein pseudoreligiöser Zustand, der vom Volk auch so erlebt wurde. Das Volk stand nicht antagonistisch einem Herrscher gegenüber, sondern trug seinen Führer auf den Schultern. Soweit das Volk überhaupt souverän sein kann, war es das im Faschismus. Die Angst der Gebildeten vor der Herrschaft der ungebildeten Massen hatte die Flucht nach vorn angetreten; Carl Schmitt sprach von dieser Angst nur, um sich von ihr zu distanzieren.[9] Er pries, mit Sorel, »die schöpferische Gewalt, wie sie aus der Spontaneität enthusiasmierter Massen bricht«, diese Gewalt, die etwas ganz anderes ist als Diktatur. »Die Diktatur ist nichts als eine aus rationalistischem Geist geborene militärisch-bürokratisch-polizeiliche Maschine, die revolutionäre Gewaltanwendung der Massen dagegen ein Ausdruck unmittelbaren Lebens, oft wild und barbarisch, aber niemals systematisch grausam und unmenschlich.«[10]

Dieser Sachverhalt ist von der linken Gesellschaftstheorie nicht aufgenommen worden. Man hat es sich leicht gemacht und Hitler-Deutschland als eine vom Kapitalismus inszenierte Diktatur aufgefaßt, in der die Massen in ihrem wahren Willen unterdrückt oder manipuliert wurden, statt der Tatsache ins Gesicht zu sehen, daß sich ihr Wille in der Gestalt von Adolf Hitler bündelte. Die emigrierten Juden, die die Anfänge des Totalitarismus miterlebt haben, hatten da ein anderes, realistischeres Bild: sie haben zunächst nicht die Regierungserlasse, sondern die von »jedermann« begangenen Gemeinheiten des Alltags fürchten gelernt und erfahren, daß die Regierungserlasse nur den Impulsen Rechtsform gaben, die die Nachbarn, die Lehrer, die Arbeitskollegen schon vorher in sich getragen hatten.

Die Erfahrung zeigt, daß Volkssouveränität da, wo sie kein leeres Wort bleibt, demokratieauflösend wirkt. Die Massen neigen dazu, ihren Einfluß in einem Führer zusammenzufassen, der losgelöst von verfassungs-

mäßigen Einschränkungen regiert. In Rom haben sich die Gracchen – in ihrem berechtigten Kampf für eine Bodenreform – verfassungsauflösend betätigt, und der Umschlag von der Demokratie in die Monarchie erfolgte Jahre später in der Gestalt des Volkstribunen.

Gegenüber den im Volk vorhandenen Tendenzen zur Formlosigkeit erwartet man von der Repräsentation eine »Verbesserung«. Repräsentation anstelle von Unmittelbarkeit hat nicht nur den praktischen Vorteil, daß die Vielen zu Wenigen reduziert werden, die in überschaubare Kommunikation treten können; sie bringt den zusätzlichen Gewinn – so ist jedenfalls die Hoffnung, auf der das Konzept basiert –, daß die Meinungen der Wenigen besser sind als die der Vielen. Unter dem Stichwort der »bessernden Funktion der Repräsentation« wird dieses Phänomen in der traditionellen Staatslehre abgehandelt: danach hat die Repräsentation den Sinn, »den natürlichen Willen aufzubereiten und zu vergüten«.[11] Schiller hat das in die Worte gefaßt, daß »der Staat der reinen und objektiven Menschheit in der Brust seiner Bürger zum Repräsentanten dient«[12]. Die Todesstrafe ist ein Beispiel: die Repräsentierten möchten sie mehrheitlich eingeführt wissen, die Repräsentanten lassen sie vor den Toren. Auch in der Ausländerfrage zeigt es sich, daß die gewählten Vertreter eine humanere, liberalere Haltung einnehmen als das Volk. Zwar machen die Repräsentanten des Volkes den »Verbesserungseffekt« gegenwärtig wenig plausibel, doch darf das nicht zu prinzipieller Repräsentationsabneigung führen, sondern muß andere Konsequenzen haben: die Rekrutierung der Politiker muß außerhalb des Parteiensystems möglich werden.

Die guten Wirkungen der Repräsentation werden von plebiszitären Elementen verdorben. Hugo Preuß befürchtete von Volksabstimmungen eine Gefährdung des in Deutschland noch jungen parlamentarischen Systems und wies den Verfassungsausschuß auf die erzieherische Funktion des Parlamentarismus hin: »Sie machen deren Wirkung illusorisch, wenn Sie über dieses parlamentarische System das Damokles-Schwert der reinen Demokratie hängen.«[13] Bei einer konsequent durchgeführten Repräsentationsidee ist es unzulässig, »von der Repräsentation auf die Unmittelbarkeit zurückzugreifen und womöglich die zweite gegen die erste auszuspielen. Es ist daher unbedingt repräsentationswidrig und wohl nur aus dem ... ›Repräsentationsschwund‹ zu erklären, wenn sich ein Parlament in irgendeiner Weise über die Meinung des Volkes unterrichtet und seine Entschließungen hiernach bestimmt oder wenn der Parlamentswillen durch den Volkswillen verdrängt werden darf.«[14] Die Auffassung erscheint überspitzt; tatsächlich aber ergeben sich viele Probleme der gegenwärtigen Politik aus der Verletzung dieses Prinzips. Diese Probleme kommen nämlich nicht daher, daß die Regierung nicht

tut, was das Volk will, sondern im Gegenteil daher, daß sie tut, was das Volk (in seiner demoskopisch ermittelten Mehrheit) will: schnell fahren, billig fahren, wegwerfen, Wasser vergeuden, viel arbeiten und viel verdienen, statt die Arbeit zu teilen usw.

3. Die Schwelle zum okzidentalen Denken

Wir haben gesehen: die Frage nach der Volkssouveränität läßt sich nicht zwischen den Polen rechts und links diskutieren, sondern in dem Gegensatzpaar »westlich-liberal« und »totalitär«. »Rechts« und »links« müssen unter ihren Oberbegriff »totalitär« gebracht werden, was ein bitterer Vorgang für unsere Generation ist, die ja meinte, sich mit Hilfe einer Linkswendung aus der Verbindung zur Eltern-Generation lösen zu können. Das Thema »Volkssouveränität« zeigt aber, daß diese Verbindung in einer entscheidenden Frage erhalten bleibt, wenn nicht der wirkliche Gegenpol, der okzidentale Liberalismus, eingenommen wird. Die entscheidende Bifurkation in der politischen Orientierung ist nicht diejenige von rechts und links, von konservativ und sozialistisch, von reaktionär und progressiv, sondern diejenige von Identität und Repräsentation, Unmittelbarkeit und Mediatisierung, Monismus und Dualismus in Betrachtung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Angesichts des ideologischen Drucks durch die »Neue Rechte« ist es wichtig, sich diese veränderte Frontstellung bewußt zu machen; denn artikuliert sich diese Strömung bisher auch überwiegend außenpolitisch, so kann der Angriff auf »Liberalismus und Parlamentarismus« doch nicht lange ausbleiben.

Die Rückkehr der linken Staatslehre zum liberal-okzidentalen Denken ist, wenn sie nicht nur oberflächlich vorgenommen wird, ein schmerzhafter Prozeß, bei dem sehr viele liebgewonnene und in ihrem Anti-Egoismus tatsächlich schöne Ideen aufgegeben werden müssen. Die auf die Individualität – und nicht das Kollektiv – abzielenden Menschenrechte – speziell die bürgerliche Freiheit – wurden ja geringgeachtet, die Trennung zwischen einer den Egoismus zulassenden Gesellschaft und einem diese neutralisierenden, sie überschwebenden Staat wurde als Übel angesehen. »Freiheit ist das Signum einer spezifischen, besitzindividualistischen Vergesellschaftung«, sagte U. K. Preuß 1973, und noch 1979 erklärte er, das Formprinzip der Repräsentation, die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie, öffentlich und privat, Citoyen und Bourgeois – alle diese Polaritäten seien Ausdruck der gewaltsamen Voraussetzungen des Tauschverkehrs und dienten der hemmungslosen Entfaltung der kapitalistisch-egoistischen Triebkräfte.[15] Bevor eine solche Auffassung, der man sich als Jugendillusion nicht zu schämen

braucht, nicht ausdrücklich revidiert ist, kann man auf der linken Seite keinen fundierten Okzidentalismus erwarten. Der allzu wendige Übergang zum »Verfassungspatriotismus« hätte eine gründliche Auseinandersetzung mit der Denkwelt, in der dieser Begriff entstanden ist, erfordert. Dolf Sternberger nämlich, von dem er stammt[16], nahm gegenüber der Volkssouveränität eine extrem unfreundliche Haltung ein, die tatsächlich brüskierend ist; sie steht in so krassem Gegensatz zu jedem basisdemokratischen Ansatz, daß man sich die Verwendung des Begriffs bei Habermas, der an einem solchen Ansatz ja rhetorisch festhält, nicht gefallen lassen kann. Die Anhänger Habermas' bezeichnen sich nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie als »radikaldemokratisch-aufgeklärt«. Versucht man die Besonderheit einer radikal- gegenüber einer einfach-demokratischen Auffassung herauszufinden, so zeigt sich, daß sie nach wie vor die volksdemokratische, zu Identität neigende und repräsentationsskeptische Einfärbung ausdrückt. Nur in Parenthese sagt Claus Offe vom staatlichen Gewaltmonopol: »Eine sehr humane Einrichtung, was die Linke zum Teil noch nachzulernen hat«. »System« und »Lebenswelt« werden einander so gegenübergestellt, als ob es darauf ankäme, die Lebenswelt gegen das System durchzusetzen und »Kolonialisierung« zu verhindern, während doch das System tatsächlich nicht einmal imstande ist, auch nur das Tempo-130-Limit in der Lebenswelt der Autobahn durchzusetzen.

Die linke Theorie steht unter dem Einfluß nicht nur der Diskurs-, sondern auch der Systemtheorie. Die Systemtheorie hat gegen die Vorstellung von einem von der Gesellschaft abgehobenen, »ausdifferenzierten« Staat nichts einzuwenden; sie setzt sogar viel Energie darein, den Charakter der Ausdifferenzierung zu beschreiben. Diese führt jedoch nicht zu dem Dualismus von Staat und Gesellschaft, wie ihn das okzidentale Denken kennt. Der Staat ist vielmehr ein relativ ohnmächtiges Teilsystem unter vielen, ausgezeichnet nur durch eine spezifische Funktion (die Herstellung verbindlicher Entscheidungen), aber nicht mit einer übergeordneten, etwa auf das Allgemeinwohl gerichteten Zielsetzung versehen. Luhmanns Botschaft ist die Vorstellung von einem reibungslosen Zusammenfließen der gesellschaftlichen Systeme, deren immanenter Tendenz zur Heilheit jede zentrale Steuerung unterlegen ist. Damit wird die Idee eines unabhängigen, superioren Staates diskreditiert; dessen Verwaltungstätigkeit wird degradiert zu einer von vielen Systemaktivitäten, die alle letzten Endes nur ihrer Selbsterhaltung dienen. Der Souveränitätsgedanke ist ganz aufgegeben. Dieses Modell tut seine Wirkung nicht nur unter Luhmanns Anhängern, sondern in allen Kreisen.

In der Diskurstheorie findet sich allerdings ein Aspekt, der repräsentations*freundlich* ist: sie betont die Regeln der Prozedur, in der eine

Entscheidung entsteht, und nimmt an, daß die Einhaltung dieser Regeln auch zu inhaltlich richtigen Ergebnissen führt. Sie stützt die gegenwärtige, repräsentative Verfassungsstruktur insofern ab, als Repräsentation mit der formalisierten Prozedur der Diskussion einhergeht, dem Austausch von Argumenten im Parlament. (Habermas bezeichnet sein Schwanken zwischen den Polen Unmittelbarkeit und Repräsentation treffend als »die Suche nach dem *ortlosen* Ort in den Interaktionen zwischen rechtsstaatlich institutionalisierter Willensbildung und kulturell mobilisierten Öffentlichkeiten«[17], macht aber die mit diesem Orientierungsmangel verbundenen Inkonsistenzen nicht zum Thema.) Das repräsentationsfreundliche Element in Habermas' Werk, das Bekenntnis zur Kraft der freien Rede und Gegenrede, macht die gute pädagogische Wirkung seines Werkes aus, da es der deutschen Deliberationsabneigung, der traditionellen Ablehnung des Parlaments als »Quasselbude«, das nötige Gegengewicht gibt. Denn tatsächlich hebt die nach rationalen Regeln durchgeführte Diskussion das moralische Niveau der inhaltlichen Positionen (wenn die Regelbefolgung auch nicht, wie Habermas meint, externe, materiale Kriterien ersetzt); und wenn wir hier die mit der Repräsentation verbundene »Verbesserungsidee« vorgestellt haben, so beruht sie zu einem guten Teil auf diesem Effekt. Der wachsende Einfluß Carl Schmitts, der für »die diskutierende, transigierende, parlamentierende Verhandlung«, die ihm als ein »Verrat am Mythus«[18] erschien, nur Verachtung übrig hatte, findet in der Popularität von Habermas' Diskursfreundlichkeit ein wirksames Hindernis.

Kehren wir zurück zum »radikal-demokratischen«, die Basis betonenden Element. In zwei Fragen macht es sich praktisch bemerkbar: Das Volk wird erstens gegenüber dem Vorwurf verteidigt, originär rechtsradikal zu sein, und zweitens zur plebiszitären Entscheidung ermutigt: So wenig Verständnis man auch zeigt für die Nöte, in die die unteren Schichten bei zunehmendem Ausländeranteil kommen – man gibt nicht ihnen, sondern ihren Repräsentanten die Schuld an der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit. Man hält dem Volk (und seiner eigenen linken Identität) dadurch die Stange, daß man behauptet, daß es nicht aus eigener Triebkraft nach rechts schwenke, sondern von »denen da oben« dazu animiert werde. »Es sind anzuklagen: Politiker, Richter, Publizisten und Polizisten«, heißt es in der *Frankfurter Rundschau*. Man verkennt dabei die viel schwerwiegendere und viel schwerer zu behebende Tatsache, daß der Rechtsradikalismus der Aufstand der Massen ist, deren Vitalsituation durch die wirtschaftliche Lage bedroht ist. Die Wurzel des Rechtsradikalismus liegt in der berechtigten Unzufriedenheit der Massen, in einer gesellschaftlichen Stagnation, die der jungen Generation das Heraufkommen un-

möglich macht; Rechtsradikalismus ist die Mentalität, zu der die Massen, wenn sie ihr normalerweise aus der Arbeit bezogenes Selbstbewußtsein verloren haben, auch ohne die Hilfe von Politikern, Richtern, Publizisten und Polizisten neigen – diese hängen nur ihr Mäntelchen in den Wind. Es handelt sich beim Rechtsradikalismus um eine originäre Massenbewegung; das Volk kann, bei aller Sympathie, nicht von dieser Urheberschaft freigesprochen werden.

Dem Volk wird weiter die Stange gehalten dadurch, daß man es zum Plebiszit bittet – aber nicht etwa bei der Frage, ob die Bundeswehr eingesetzt werden soll oder ob Ausländer abgeschoben werden sollen, sondern nur für ausgewählte Fragestellungen, derzeit für eine Akklamation zur Verfassung nach Art. 146 des Grundgesetzes. Man verlangt die Abstimmung über eine (in Kleinigkeiten revidierte) Verfassung, weil man sich des Ergebnisses sicher ist; man will das Volk fragen, weil man seine Antwort schon weiß. Die alte Wunde der mangelnden demokratischen Legitimation des Grundgesetzes soll geheilt werden. Die Idee ist gut – nur: das Volk interessiert sich nicht im geringsten für diese Chance zu einem Akklamationsakt, und das Bedenken ist: das Volk könnte Blut riechen und nächstens über wirklich lebenswichtige Fragen selbst abstimmen wollen.

Die beiden Weisen, auf die das Volk von intellektueller Seite her Unterstützung erhält, vertragen sich schlecht miteinander. In der ersten Frage – der des Rechtsradikalismus – wird gern der Populismusvorwurf gegen jeden erhoben, der sich um der Wählerstimmen willen den Vielen anpassen will; damit verträgt sich nicht die Tendenz zum Plebiszit, das ja nichts anderes tut als die Stimmen der Vielen unmittelbar zu zählen und als maßgebend anzuerkennen. Diese unklare Mentalität prägt die SPD. Man täuscht sich gern über die Ursache der Rechtsneigung der Massen, weil man nicht die Kraft hat, sich ihrer Nöte anzunehmen. Die Sozialdemokratie bringt genauso wenig Interesse für die sozialpolitischen Aufgaben der Zeit auf wie die konservativen Kräfte, von denen man es ohnehin nicht erwartet. Die Massen sind von keiner seriösen politischen Macht vertreten, und man kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie sich Hoffnung und Selbstvertrauen von denen geben lassen, die sie mit dem Stolz versehen, »Deutscher zu sein«. Weder die Gewerkschaften noch die Kirchen noch irgend jemand sonst kümmert sich um die jungen Männer mit oder ohne Hauptschulabschluß, die nicht einmal mehr von der Bundeswehr gebraucht werden, sondern, offensichtlich unnütz, eine Last für die Gesellschaft und sich selbst darstellen.

Der Übergang von der totalitären zur westlich-liberalen Auffassung darf nicht müde infolge Volksverdrusses erfolgen, denn mit diesem Übergang stellt sich eine ungewohnte Aufgabe: Man muß sich um die »Volks-

wohlfahrt« kümmern, man muß sich mit Ansätzen befassen, die unter der sozialistischen Illusion von einem Hauptwiderspruch, mit dem alle sozialen Probleme als Nebenwidersprüche mitgelöst würden, verschüttet waren; es wird nicht leichter, sondern anstrengender, *für* das Volk zu sein; es ist nicht mehr chiliastischer Hoffnungsträger, dem man sich scheinbar unterwirft, nicht mehr revolutionäres Subjekt, sondern Gegenstand von Sozialpolitik.

Anmerkungen

1 Vgl. Martin Kriele, *Einführung in die Staatslehre*, 4. Aufl. 1990, S. 53 ff.
2 *Der Gesellschaftsvertrag*, 1. Buch 7. Kapitel. Als Begründer des totalitären Denkens tritt Rousseau in Erscheinung u. a. bei Bertrand Russell, *History of Western Philosophy*, 6. Aufl. London 1971, S. 660; J. L. Talmon, *Die Ursprünge der totalen Demokratie*, Köln und Opladen 1961; ders., *Politischer Messianismus*, Köln und Opladen 1963; Alexander Rüstow, *Ortsbestimmung der Gegenwart*, Bd. 3, Erlenbach – Zürich 1954, S. 254 ff.
3 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München – Zürich 1986, S. 510.
4 Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, 2. Aufl. München und Leipzig 1926, S. 22.
5 Demgegenüber läßt U. K. Preuß nicht nach zu fragen: »Wie kann der Geist der Revolution institutionalisiert werden?« (so im Titel eines Vortrags auf dem Kongreß »Gemeinschaft und Gerechtigkeit«, Frankfurt a. M. 1992).
6 Karl Marx, »Der Bürgerkrieg in Frankreich«, Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, Erster Entwurf 1871.
7 Carl Schmitt, a. a. O., S. 22.
8 Gottfried Neesse, *Führergewalt*, Tübingen 1940. Demgegenüber tritt die Nazi-Herrschaft bei der Neuen Rechten als eine diktatorische Clique in Erscheinung, vgl. z. B. Erwin und Ute Scheuch, »Die Deutschen und der Westen«, in: R. Zitelmann, *Westbindung*, Frankfurt 1993, S. 297 ff.
9 Carl Schmitt, a. a. O., S. 29.
10 Carl Schmitt, unter Berufung auf Sorel, a. a. O., S. 84.
11 Vgl. Herbert Krüger, *Allgemeine Staatslehre*, Stuttgart 1966, S. 239.
12 *Über die ästhetische Erziehung des Menschen*.
13 *Protokolle*, S. 309, zitiert bei Carl Schmitt a. a. O.
14 Herbert Krüger, a. a. O., S. 243.
15 U. K. Preuß, *Legalität und Pluralismus*, Frankfurt a. M. 1973, S. 30; ders., »Politische Ordnungskonzepte für die Massengesellschaft«, in: *Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«* (Hrsg. J. Habermas), Frankfurt a. M. 1979, S. 347.
16 Dolf Sternberger, *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt a. M. 1990, S. 24 ff.
17 Jürgen Habermas, »Die nachholende Revolution«, *Kleine politische Schriften VII*, Frankfurt 1990 (Hervorhebung von mir); zu Habermas' »Ambivalenz« vgl. Sibylle Tönnies, »Der Kater des Dionysos«, in: *Hundert Jahre »Gemeinschaft und Gesellschaft«* (Hrsg. L. Clausen u. C. Schlüter), Opladen 1991, S. 238 ff.
18 Carl Schmitt, a. a. O., S. 81.

Ulrich Enzensberger
Dem Volke dienen

Ein Nachruf

Willi Dickhut ist tot.

Der tapfere, unermüdliche Vorkämpfer für die Sache des Proletariats ist tot. Die deutsche Arbeiterklasse betrauert einen ihrer Besten.

Wer war Willi Dickhut?

Eisern, unbeirrbar hielt er an der großen Sache fest. Bis zu seinem letzten Atemzug hat er ihr gedient. Wir verneigen uns vor seinem Grab.

Des einen Tod ist gewichtiger als der Taiberg, des anderen Tod ist leichter als Schwanenflaum. Willi Dickhuts Tod ist gewichtiger als der Taiberg, weil er im Dienst des Volkes starb.

Willi Dickhut ist tot.

In seinem Buch *So wars damals*, Tatsachenbericht eines Solinger Arbeiters 1926-1948, hat er bescheiden die Anfänge seiner revolutionären Tätigkeit festgehalten, die politische Arbeit im Betrieb, die bittere Erfahrung mit der Bürokratie beim freiwilligen Einsatz in der UdSSR, die Widerstandsarbeit in der Illegalität und im KZ, das Ringen um ein demokratisches Deutschland nach 45. Und in seinem Buch *Was geschah danach?* schildert er mit einfachen, allen begreiflichen Worten, wie seelenlose Bürokraten in der DDR den Sozialismus verrieten, stellt er packend und spannend die erfolgreiche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit dar nach dem Verbot der KPD, das harte Ringen um eine neue revolutionäre Partei nach der revisionistischen Entartung der KPD.

Wer eine Vorstellung vom Privatleben Willi Dickhuts gewinnen will, sollte zu Luise Dickhuts Buch *Die Horbachs – Erinnerungen an die Zukunft* greifen, in dem die Weg- und Kampfgefährtin über ihr Zusammenleben mit Willi Bericht erstattet.

Wir trauern um den Menschen Willi Dickhut. Und wir trauern um den Genossen. Er bleibt uns unvergessen. Wir wollen sein Leben breit bekanntmachen.

Es wurde dem Sohn eines Fuhrunternehmers, der so früh seinen Vater verlor, nicht an der Wiege gesungen, daß er einer der wegbereitenden Theoretiker des Marxismus-Leninismus werden sollte.

Nach achtjährigem Besuch der Volksschule trat er 1918 seine dreijährige Lehre als Schlosser und Dreher an. Bald gewann er in den historischen Kämpfen des deutschen Proletariats wichtige praktische Erfahrungen. Beim Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, im Deutschen Metallarbeiter-Verband, im Kampf für den Achtstundentag, in der Internationalen Roten Hilfe, bei der Massenarbeit im Touristenverein »Die Naturfreunde«, in der KPD, im Ural als Spezialist zur Einrichtung der Haarschneidemaschinen-Produktion, dann nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Kampf gegen die rechte Brandler-Clique, dann als Unterbezirks-Org.Leiter.

1933 wurde Willi bei der Terrorwahl zum Stadtverordneten gewählt. Die Faschisten haßten ihn. Sperrten ihn in sogenannte Schutzhaft in Solingen, Anrath, im KZ Börgermoor, Düsseldorf, im KZ Esterwegen. Die Gestapo mißhandelte ihn schwer. 1935 mußten sie ihn wieder freilassen. 1938 wurde er erneut verhaftet. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Nach neun Monaten freigelassen. 1944 wieder verhaftet, aber Willi Dickhut konnte flüchten, während eines schweren Bombenangriffs. In all dieser Zeit arbeitete er illegal, widmete sich der theoretischen Arbeit. In seinem tiefschürfenden Werk *Materialistische Dialektik und bürgerliche Naturwissenschaft*, das in diesen Jahren entstand, bewies er praktisch, daß die Naturwissenschaft kein Geheimwissen bürgerlicher Spezialisten sein muß, daß jeder Werktätige sie verstehen kann. Neuere Erkenntnisse der Physik und Astronomie werden verständlich dargestellt und die Schlußfolgerungen der bürgerlichen Wissenschaftler einer kritischen Analyse unterzogen. Willi Dickhut legte hier die Grundlage zur Kritik der durch und durch bürgerlichen Urknall-Theorie. In einem Redebeitrag auf dem II. Parteitag der MLPD hat Genosse Willi Dickhut festgestellt: »Das Wesen des Marxismus-Leninismus liegt in der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis begründet, beide Seiten stehen in Wechselwirkung zueinander. Gewisse Leute predigen ›Hauptseite Theorie‹ oder ›neue Hauptseite Theorie‹, was auf ›nur Theorie‹ hinausläuft. Sie haben das Wesen des Marxismus-Leninismus nicht begriffen und können daher keine Theoretiker der Arbeiterklasse sein.«

Willi Dickhut hat die theoretische Arbeit nie vernachlässigt. Besonders wertvoll ist auch sein Werk *Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis*. Je mehr wir die Gesetzmäßigkeiten begreifen, umso mehr können wir sie nutzen, für den Klassenkampf, aber auch für den Umgang mit der Natur.

Willi Dickhut hat sich nie unterkriegen lassen. Auch nach dem Krieg nicht, in der schlechten Zeit. Er arbeitete sehr hart in der Halblegalität. Schließlich war er so erschöpft, daß ihm Genossen einen Ferienurlaub auf dem Land vermittelten.

»Aber was tat Willi? Er packte seinen Urlaubskoffer mit Büchern so voll, daß wir ihn kaum tragen konnten«, erzählt Luise Dickhut. »Im Nu waren der Zug, die Trittbretter, die Puffer mit Menschen besetzt, die auf Hamsterfahrt gingen. Und wir? Wir wurden mit unserem schweren Koffer auf dem Bahnsteig einfach überrannt. Der Zug fuhr ohne uns ab, und wir gingen wieder nach Hause. Dort hat Willi die Bücher ausgepackt und mit seinem Studium begonnen. Wirklich ein Urlaub, den ich nie vergessen werde.«

In unermüdlicher Kleinarbeit, oft unspektakulärer Praxis, hielt Willi Dickhut das Banner der proletarischen Linie hoch, als Leiter der Wirtschaftsabteilung der KPD in Remscheid, als Kreissekretär, als stellvertretender Leiter der Kader-Abteilung im Parteivorstand von Nordrhein-Westfalen, in der Gewerkschaftsarbeit. Nach dem KPD-Verbot wurde er 1961 von der bürgerlichen Klassenjustiz zu acht Monaten ohne Bewährung verurteilt. Folge: Aberkennung der Rechte als Verfolgter des Naziregimes.

Frühzeitig nahm Willi Dickhut den Kampf gegen die revisionistische Entartung der KPD auf. In seinem Buch *Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion* analysierte er allumfassend von einem durch und durch prinzipienfesten Standpunkt aus den Verrat der Moskauer Renegaten und zog mit seiner Lehre vom Kampf um die Denkweise tiefgehende Schlußfolgerungen. Er studierte die Lehren der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China unter der Leitung des gewaltigen Marxisten-Leninisten Mao Tse Tung und wurde 1966 aus der KPD ausgeschlossen. Es ist bekannt, daß die Arbeiterbetrüger um Steigerwald und Müller später unseren Genossen mit Kübeln schmutzigster und stinkendster Verleumdungen übergossen. Sie haben sich dadurch nur selbst geschadet. Es ist, wie Mao Tse Tung sagt: Der Stein, den sie erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen!

Mit der Gründung der verräterischen D»K«P wurde der Aufbau einer neuen revolutionären Partei des deutschen Proletariats zur brennendsten Aufgabe. Ungeheures war zu leisten, theoretisch und praktisch. Willi Dickhut erkannte und ergriff das Hauptkettenglied und gründete das theoretische Organ *Der revolutionäre Weg*, dessen Leitung er 22 Jahre innehaben sollte. Über die Spaltung der KPD/ML hinweg scharte er die entschlossensten Streiter für die Sache des Sozialismus um sich, führte die besten Kräfte der KPD/ML (Revolutionärer Weg) und des KAB/ML zur Vereinigung im KABD, vernichtete 1976 die parteifeindlichen Jacob-Liquidatoren und verteidigte mit bolschewistischem Humor und amerikanischer Sachlichkeit die Mao-Tse-Tung-Ideen gegen Deng Hsiao-Ping und Enver Hodscha. Schließlich durfte er 1982 die Gründung der MLPD miterleben. An entscheidender Stelle, mit richtungsweisenden Beiträgen

und geduldiger marxistisch-leninistischer Erziehungsarbeit, prägte er den Stil der Partei neuen Typs, wobei er immer wieder die außerordentliche Bedeutung der unabhängigen Stellung der Zentralen Parteikontrollkommission hervorhob: »Auch für die Zukunft gilt: Wenn die Parteikontrollkommission nicht ein selbständiges Organ ist und nicht im Interesse der Gesamtorganisation hart gegen Abweichungen von der Linie den Kampf führt, dann wird es gefährlich . . .«

Es ist schon, wie das Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands in seiner Erklärung zum Tod von Willi Dickhut sagt: »Willi Dickhut hat uns in einer Situation verlassen, in der sich immer eindringlicher die Frage stellt: Gibt es einen Ausweg aus Massenarbeitslosigkeit und sozialer Demontage in den hochindustrialisierten Ländern, aus Verschuldung und wirtschaftlicher Zerrüttung in den Entwicklungsländern, aus Umweltzerstörung und nationalistischen Kriegen im Osten?«

Die Antwort auf diese Frage ist das Vermächtnis Willi Dickhuts: »Der Sozialismus ist keineswegs am Ende . . . Vorwärts zum Sozialismus – trotz alledem!«

Zusammen mit der Marxistisch-Leninistischen Organisation Afghanistans, der Revolutionären Kommunistischen Partei Argentiniens, der Kommunistischen Partei Griechenlands Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Organisation Luxemburg, der Gruppe Marxisten-Leninisten/Rode Morgen Niederlande und dem Zentralkomitee der EKIM werden wir Willi Dickhut immer in unserem Herzen tragen.

Es lebe Marx-Engels-Lenin-Stalin und Mao Tse Tung!

Sozialismus, aber echt!

Vorwärts im Geiste von Willi Dickhut!

Volker Ronge
Volkes Wille und Volkes Stimme

> »Oft steht zwischen Palazzo und Piazza eine so dichte Nebelwand, daß das Volk, dessen Auge nicht hindurchdringen kann, von dem, was der Herrscher tut, oder von den Beweggründen seiner Taten und Entschlüsse genausoviel weiß wie von den Ereignissen in Indien.«[1]

1.

Natürlich besteht ein etymologischer Zusammenhang zwischen Demokratie und Demoskopie, es fragt sich nur, wie weit er sachlich trägt. Mehr oder weniger lyrisch läßt sich das Begriffspaar ins Deutsche übersetzen mit: Volks-Herrschaft und Volks-Abbildung (oder -Beobachtung); Volkes Wille und Volkes Stimme (= Meinung). Das »Volk« kommt in beiden Begriffen vor, allerdings in unterschiedlicher, ja zum Teil geradezu gegensätzlicher Weise.

Demokratie bedeutet – jedenfalls idealiter – Herrschaft *des Volkes*; das Volk erscheint als *Subjekt* (genitivus subjectivus), genauer: als Subjekt und Objekt zugleich (Herrschaft des Volkes über das Volk)[2], aber stets unter Betonung des Subjekt-Aspekts.

Anders die Demoskopie: sie bezeichnet, betreibt die Beobachtung *des Volkes*; das Volk erscheint hier nur als *Objekt* (genitivus objectivus). Das Subjekt demoskopischen Tuns bleibt offen, jedenfalls ist es nicht das Volk. Insofern Demoskopie ein Unternehmen der Forschung darstellt, wie die Eindeutschungen »Umfrageforschung«, »Meinungsforschung« oder der Spezialfall der »Wahlforschung« auch deutlich machen, bilden zunächst einmal die entsprechenden – vorwiegend privatwirtschaftlichen – Forschungsinstitute das »Subjekt«. Aber die demoskopische Forschung erfolgt durchgängig im Auftrag; Auftraggeber – und somit die eigentlichen Subjekte (Interessenten, Finanziers und Nutznießer) – sind Institutionen der Politik (Parteien, Regierungsstellen) oder der »öffentlichen Meinung« (publizistische Medien).

Aus diesem Zusammenhang heraus folgt die Notwendigkeit einer wichtigen, folgenreichen Unterscheidung: Mit der Unterschiedlichkeit ihrer beiden Kategorien von Auftraggebern – Politikinstitutionen und Massenmedien – verbindet sich eine durchaus unterschiedliche Beziehung der Demoskopie zur Demokratie. Denn die beiden Kategorien von Auftraggebern haben unterschiedliche Interessen und erfüllen verschiedene Funktionen in der Gesellschaft. Die Politikinstitutionen üben – demokratisch erzeugte und legitimierte – Herrschaft aus: aktuell (Regie-

rung) oder potentiell (Opposition), direkt (staatliche Instanzen) oder indirekt (Parteien). Dies ist eine notwendige Folge der Massengesellschaft: sie zieht Volk (demos) und Staat (kratos) sozusagen auseinander (und führt zur Vermittlung – zur »politischen Willensbildung« – Parteien ein), verbindet sie aber zugleich durch Modalitäten der Repräsentation, Delegation und Legitimation.

Funktion und Rolle der Medien – des »Systems« der Publizistik[3] – sind deutlich anders bestimmt als die Politik mit ihrem staatlichen Kern: Ähnlich wie der Staat die *Herrschaftsverdichtung*, bilden die Medien die *Reflexionsverdichtung* des Volkes, für das sich die Namen der – als Institutionen zu verstehenden – »Öffentlichkeit« oder der »öffentlichen Meinung« entwickelt haben. Anders als im Politischen System, wo Staat und Volk jedenfalls durch Wahlen aneinander gekoppelt sind, reduziert sich allerdings der Bezug der Medien zur Öffentlichkeit auf einen bloß normativen – und empirisch durchaus fragwürdigen – Anspruch der Vertretung.

Der Theorie zufolge geben die Medien dem Volk seine Stimme(n), sie sind Volkes Stimme. Demoskopie im Auftrag von Medien stellt dann nur ein Hilfsmittel zur einigermaßen verläßlichen Sammlung von Volkes Stimme(n) in der »natürlichen Unübersichtlichkeit« einer Massengesellschaft dar.

2.

Die Demoskopie fungiert (wie gesagt: unter anderem) als Hilfsmittel der – demokratischen – Politik. Wie das? Das Volk beobachtet sich, um zu herrschen? Nein, der Zusammenhang läßt sich erst verstehen, wenn man den – wie der Politologe es nennt – doppelten Machtkreislauf der Demokratie zugrunde legt. Das Volk herrscht, indem es seine Macht (»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«; Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG) an (seine) »Repräsentanten« delegiert, also abgibt. Das Volk, so wird die Sache der Demokratie operationalisiert, übt seine Herrschaft nicht unmittelbar, sondern »durch Organe« aus, die es – auf Zeit – wählt (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG). Das tut es – in der Regel mit Gültigkeit und Bindung für die Dauer einer Wahlperiode von mehreren Jahren – durch den Wahlakt. *Normalerweise* herrscht in der Demokratie also nicht das Volk, sondern herrschen des Volkes Repräsentanten. Über wen herrschen diese? Über das Volk, natürlich. Das ergibt den doppelten Machtkreislauf: Das Volk ermächtigt seine Repräsentanten, um dann im Gegenzug von ihnen beherrscht zu werden. Und dies immerfort: von Wahl zu Wahl.

Die Demoskopie kommt nun u. a. deshalb hier ins Spiel, weil Volkes Repräsentanten (Parteien und Abgeordnete) meistens so große Freude an ihrer Herrschaftsrolle haben, daß es sie nach einer Verlängerung des

Mandats über den nächsten Wahltermin hinaus drängt. Im Hinblick auf die erstrebte Wiederwahl interessieren sich die »Herrschenden« – und natürlich auch die auf eine Herrschaftsrolle erst noch Hoffenden – dafür, was das (Wahl-)Volk will oder nicht will, was es meint und empfindet, weil es das vermutlich bei der nächsten anstehenden Wahl als Wählerwillen ausdrücken wird. Die Demoskopie betreibt, gestützt auf wissenschaftliche Methoden, die eine gewisse Aussagensicherheit verbürgen, die diesem Zweck dienende Beobachtung des Volkes.

Was bringt die Volksbeobachtung der so konstruierten und verstandenen Demokratie? Welche Erkenntnisse liefert die Demoskopie den – aktuell oder potentiell – demokratisch Herrschenden? Wie nützlich sind sie ihnen?

Die Wahl- und Wählerdemoskopie findet ihren Kern, ja, man könnte sagen, ihr Wesen, in der bekannten Sonntagsfrage: »Wenn am nächsten Sonntag Wahlen (zum Bundes-, Landtag, Gemeinderat, Europäischen Parlament oder was auch immer) wären, wem (welcher Partei) würden Sie dann Ihre Stimme geben?« Egal, in welchem zeitlichen Abstand zu einer Wahl diese Frage gestellt wird: sie stiftet, das ist ihr Sinn und Wesen, in der Sache einen Bezug zur Wahl.

Es scheint, als ob den Demoskopen selbst dieser Bezug zu Wahlen nicht ganz geheuer wäre. »Wegen der vielen bevorstehenden Wahlen im Jahr 1994 und der damit zu erwartenden Flut sogenannter ›Wahlprognosen‹« hat sich der »Arbeitskreis Deutscher Marktforschungsinstitute e. V.« (ADM), der Branchenverband der Demoskopie, kürzlich zu einer Stellungnahme veranlaßt gesehen, in der außer der Aufzählung einer Reihe von formalen Qualitätsmerkmalen für veröffentlichte Umfrageergebnisse deutlich gesagt wird, daß es sich bei demoskopischen Ergebnissen immer nur um (methodenabhängige und zeitlich begrenzt gültige) »Stimmungsbilder« der Bevölkerung (bzw. der jeweils befragten sozialen Einheit) handele – nicht mehr (z. B. Wahlprognosen) und nicht weniger (als repräsentativ).

Über die Sonntagsfrage hinaus erhebt die Demoskopie Sympathie- und Kompetenzwerte von Parteien und Politikern. Beschränken wir uns auf die Sympathiewerte von Politikern. Das Volk wird z. B. danach gefragt – und daraufhin beobachtet –, wie sehr es bestimmte Politiker, die es kennt, mag (oder nicht mag). Üblicherweise wird dafür eine Benotungsskala von minus 5 bis plus 5 vorgegeben. Aus den Ergebnissen läßt sich dann eine Rangskala der Beliebtheit bestimmter Politiker im Volk (oder bei bestimmten Volks-Segmenten, z. B. unter den Sympathisanten bestimmter Parteien) aufstellen. Aufschlußreich ist diese Politiker-Hitliste allerdings erst dadurch, daß sie sich wie eine Fieberkurve von Befragung zu Befragung verändert, d. h. wenn dem Volk seine Sympathieverteilung

regelmäßig abgefragt wird. So kann man als Politiker – wie in der Fußball-Bundesliga jede Woche – in der Tabelle klettern oder fallen. Es gibt sogar so etwas wie Auf- und Abstieg: In die begrenzte Zahl der »erstklassigen« Politiker, deren Sympathiewerte überhaupt erfragt werden, muß man ja zuerst einmal – durch Bekanntheit – »aufsteigen«. Und man kann natürlich aus dieser »ersten Liga« auch wieder »absteigen«, was weh tut.

Was dieses Demoskopenspiel für einen Wert hat? Nun, es befriedigt die Eitelkeit der demokratischen Elitekicker. Es ist unglaublich, wie geil die Politiker auf ihre Sympathiewerte sind. Man könnte meinen, demoskopisch mehr oder weniger befriedigte Politikereitelkeit habe mit Demokratenherrschaft nichts zu tun. Vielleicht doch, und zwar so: In dem Maße, in dem der Wahlakt nicht rational, sondern emotional – durch Sym- oder Antipathie gegenüber dem politischen Personal – gesteuert wird, allgemeiner: in dem Maße, in dem Politik personalisiert ist, läßt sich aus den demoskopischen Sympathiewerten durchaus auf die Chancen bei der nächsten Wahl schließen.

Drei mehr oder weniger »kritische« Punkte zum Nutzen demoskopischer Ergebnisse für die Politik im Kontext von Wahlen:

Erstens: Für die auftraggebende Politik dient Demoskopie, insbesondere im Vor- und Umfeld von Wahlen, dem Wahlkampf. Je nach dem demoskopischen »Stimmungsbild« im Wahl-Volk werden von der Politik (insbesondere von den Parteien, aber auch von der jeweiligen Regierung unter Nutzung des Staatsapparats) bestimmte Wahlkampf-Strategien zwecks Optimierung bestimmter Parteien- und/oder Kandidatenwerbung verfolgt.

Systematische Fehlinformationen ergeben sich, wenn das Volk in Befragungen anders spricht/antwortet, als es – später – bei der nächsten Wahl handelt/stimmt. Woher kommt ein möglicher Unterschied?

Ob jemand zur Wahl geht oder nicht, bleibt normalerweise ebenso geheim wie die Stimmabgabe selbst. Anders die Befragung: Hier schlägt möglicherweise »soziale Erwünschtheit« (social desirability) – unmittelbar ausgedrückt gegenüber dem demoskopischen Frager – ins Antwortverhalten der Befragten durch. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang das Phänomen »Politikverdrossenheit«, jedenfalls solange das Volk nicht »zu ihr steht«. In der Befragung kann die Absicht, nicht wählen zu gehen – ein politisch natürlich ungeheuer bedeutsames Datum –, hinter einer falschen Wahlabsichtsantwort oder im »k. A.« (keine Antwort/Angabe) versteckt werden. Dabei werden, weil »k. A.« nicht recht interpretierbar ist, die Interviewer sogar Druck auf die Befragten ausüben, diese Kategorie zu meiden. So wird dann auch der

spätere Nichtwähler demoskopisch zum Sympathisanten einer bestimmten Partei, zum potentiellen Wähler (gemacht), mit dem zu rechnen ist. Demoskopie, die Erhebung von »Volkes Stimme«, steht also in der Gefahr, späteres Wahlverhalten, »Volkes Willen«, fehlzudeuten. Politikverdrossenheit in Gestalt des Nichtwählens drückt sich demoskopisch wohl nicht richtig aus.

Der *zweite* Punkt betrifft die Demokratie-bezogene Weisheit der Demoskopie in einem besonders sensiblen Bereich. Das Thema ist eigentlich den Eingeweihten vorbehalten (und unter ihnen heftig umstritten): es geht um die sogenannte Gewichtung der empirisch beobachteten, »gemessenen« Daten.

Man muß sich das etwa so vorstellen: Die Demoskopen trauen dem Volk nicht völlig. Zu ihrem Mißtrauen sind sie durch die folgende empirische Beobachtung gekommen: Fragt man das Volk – in repräsentativer Auswahl – nach einer Wahl (deren »richtige« Ergebnisse amtlich bekannt sind), auf welche Parteien es seine Stimmen verteilt hat, so weicht die Antwortverteilung nicht unerheblich vom amtlich festgestellten Wahlergebnis ab. Die Erklärung dafür wird in dem Wunsch zumindest eines Teils des Volkes gesehen, mit seinem Verhalten im Einklang mit »den anderen« zu sein bzw. zu erscheinen. Dieses Konformitätsbedürfnis schlägt zugunsten des tatsächlichen Wahlergebnisses aus. Das demoskopisch befragte/beobachtete Volk »lügt« also, zumindest teilweise – wobei es sich durchaus auch um Selbstbetrug handeln kann. Weil die Demoskopen aber mit Blick auf die nächste Wahl natürlich auf das wirkliche Wollen und Meinen des Volkes aus sind und nicht auf ein verlogenes Trugbild, korrigieren sie routinemäßig – in »informierter Willkür« – ihre Politumfragen um einen mehr oder weniger großen Teil des Faktors der Abweichung der Sonntagsfrage-Verteilung vom letzten »wirklichen« Wahlverhalten. Das ist, etwas vereinfacht, die »politische Gewichtung«.

Das Verfahren wird zum Erkenntnis-Problem, wenn das Volk in der Zwischenzeit *wirklich* seine Parteipräferenzen gegenüber der letzten Wahl grundlegend verändert hat und dementsprechend bei der nächsten Wahl tatsächlich verändert abstimmen wird. Insoweit wäre die – im Prinzip »konservative«, keine allzu großen Umschwünge unterstellende – Gewichtungskorrektur im Sinne der Verhältnisse bei der letzten Wahl dann ein folgenschwerer Fehler. Die Demoskopie hat also Schwierigkeiten mit tiefgreifenden Veränderungen im Volkswillen bzw. Wahlverhalten; die – gewichtete – demoskopische Stimme verzerrt in solchen Fällen Volkes erwartbaren Willen und verschätzt sich in ihren Prognosen.

Mein *dritter* Punkt zum Erkenntniswert der Demoskopie ist aktuell bedingt. 1994 ist in Deutschland ein »Superwahljahr« mit im Durchschnitt rund 1,5 Wahlen pro Monat. Was bedeutet diese ungewöhnliche

zeitliche Ballung von Wahlen zu ganz unterschiedlichen demokratischen Körperschaften für die Prognostik der Demoskopie? Jedes Wahlergebnis beeinflußt in kaum vorhersehbarer Weise das nächste. Ein Journalist hat das Billardbeispiel bemüht: der Lauf der ersten gestoßenen Kugel beeinflußt die nächste usw. Die Infas-Wahlforscherin Ursula Feist formulierte die Hypothese für diese Konstellation bündig so: Wahlen bewegen Wahlen. Dieser Auto-Mechanismus konterkariert die Demoskopie.

Nehmen wir etwa die über alle Wahlen hinweg interessante Frage der zu erwartenden Nichtwählerquote. Im Februar 1994 in einem Interview danach gefragt, befürchtete – oder prognostizierte – ein renommierter Institutsgeschäftsführer eine zunehmende Wahlmüdigkeit des Wahlvolks im Superwahljahr. Auf die Frage des Journalisten, ob es nicht auch so sein könnte, daß die Wähler auf die Wahlergebnisse einer früheren Wahl mit verändertem Verhalten bei der folgenden Wahl reagierten, sah der Demoskop – an sich völlig zu Recht – auch das als möglich an.[4] Aber was soll dann noch Demoskopie?

3.

Nimmt die Publikation demoskopischer Ergebnisse Einfluß auf das Wahlverhalten, kann mit Demoskopie auch strategisch berechenbare Politik gemacht werden? Wäre dem so, dann läge die bewußte Publikation falscher Daten zu strategischen Wahlzwecken nahe. Demoskopie geriete zum alles andere als unschuldigen Werkzeug der Wahlwerbung und in einen gefährlichen Gegensatz zur Demokratie.

Hier wie in anderen Feldern der Wirkungsforschung gibt es keine eindeutigen Erkenntnisse – sowohl was das »ob« als auch was das »wie« von Wirkungen betrifft. Die soziale Wirklichkeit ist einfach zu komplex, als daß sie sich auf einzelne Kausalrelationen reduzieren ließe. Zudem stellt das Individuum eine »black box« dar, deren Überraschungspotential nicht abzuschätzen ist.

Das Demokratie-ethische Problem entschärft sich freilich erheblich durch die Komplexität des demoskopischen Geschäfts selbst. Worauf auch immer die Unterschiedlichkeit demoskopischer Ergebnisse zurückzuführen ist – auf die Konkurrenz der Institute, ihre Affinität zu unterschiedlich interessierten politischen Auftraggebern, die Unsicherheiten der Methodik, die verschiedenen Zeitpunkte der Erhebungen –, auf jeden Fall sind immer viele demoskopische Ergebnisse »im Verkehr«, die nicht übereinstimmen. Diese »Pluralität« verwässert den demoskopischen Einfluß auf die Demokratie, wenn er denn bestehen sollte. Es ist kein bestimmter, gerichteter, sondern höchstens ein diffuser Einfluß.

4.

Die Demoskopie leidet noch immer, wenngleich wohl abnehmend, unter einem eher negativen Image. Dafür ist ihre politische Funktionalisierung – also die mangelnde Distanz zu ihren Auftraggebern – ebenso verantwortlich wie eine gewisse Arroganz und Abwertung von seiten der Sozialwissenschaft. Um fair zu urteilen, muß man jedoch die Alternativen ins Auge fassen. So wie die Demokratie nach einem geflügelten Wort das beste aller schlechten Regierungssysteme darstellt, so könnte Demoskopie den besten aller schlechten Ansätze zur zusammenfassenden Information der vielen und pluralen »Stimmen« des Volkes abgeben. Betrachten wir also einen – in Deutschland und heute naheliegenden – Alternativfall: die Volksbeobachtung der ehemaligen DDR.

Das Verhältnis von Demokratie und Demoskopie ist im Westen strukturell eines der Trennung, des Abstands. Es sind getrennte Institutionen, unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen zugehörig, die miteinander kooperieren: in Gestalt von durch die Politik beauftragten demoskopischen (Forschungs-)Dienstleistungen gegen Honorar. Wir kannten bis vor kurzem »auf deutschem Boden« auch eine ganz andere Version der Volksbeobachtung: als endogene Veranstaltung der Volksherrschaft, als eine staatliche »Gewalt« (im Sinne der Gewaltenteilungskonzeption, allerdings ohne die Wohltat der Teilung).

Den Bedarf an Volksinformation, den im Westen die Demoskopie zu decken versucht, gab es in der DDR natürlich ebenso. Schließlich war auch die DDR eine unübersichtliche Massengesellschaft mit hohem Steuerungsbedarf. Durch den zentralistischen Gesellschaftsaufbau (»demokratischer Zentralismus« hieß die weltanschauliche Formel, »Zentralverwaltungs-« oder auch »Planwirtschaft« der ökonomische Systemtypus) war der Steuerungsbedarf dort sogar noch erheblich höher als im marktwirtschaftlichen Westen.

Die DDR kannte keine Demoskopie. Es gab zwar Umfragen, sie erfolgten aber relativ selten, und ihre Ergebnisse blieben weitgehend geheim. Die DDR-Gesellschaft, d. h. ihre politische Führung, deckte ihren Informationsbedarf hinsichtlich des Volks in der Hauptsache auf andere Weise. Zwei Modalitäten der Volksbeobachtung in der »DDR-Demokratie« sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert: das »Berichtswesen« der Parteien und die Überwachung durch die Staatssicherheit. Hierzu ein bezeichnendes Zitat aus einer Stasi-Besprechung, und zwar aus der Zeit kurz vor der Wende 1989:

Genosse Minister (für Staatssicherheit): Und wie ist es in den Betrieben, wie sieht es in den Betrieben aus, wie ist die Stimmung?

Genosse Generalmajor Hähnel (Bezirksverwaltung Berlin des MfS): Das ist natürlich eine ganz komplizierte Frage, Genosse Minister, im Augenblick.

Genosse Minister: Das ist eine sehr einfache Frage. Das ist eine Frage der Macht, weiter nichts.[5]

Die Durchdringung der DDR-Gesellschaft durch die Organisation der Staatssicherheit ist inzwischen einigermaßen bekannt. Die Staatssicherheit war aber nur eine von mehreren derartigen Strukturen zur Volksbeobachtung. Eine vergleichbare Funktion hatte die gesellschaftliche Durchdringung durch Parteien (formal wurde ja ein plurales Parteiensystem aufrechterhalten) und andere Massenorganisationen. Insbesondere die Parteien fungierten als gesellschaftliche Berichtssysteme.[6] Dabei wurden ohne jeglichen Personendatenschutz »auf breiter Front« personenbezogene Informationen über Stimmungen im Volk und Wirkungen der Politik »von unten nach oben« gemeldet.

Das »funktionale Äquivalent« zur westlichen Demoskopie war also im real existierenden Sozialismus eine systematische Volksbeobachtung, die mit der staatlichen Herrschaft total verflochten war. Die *Volksbeobachtung* geriet in der DDR zur *Volksüberwachung*. Sich zwischen diesen beiden Möglichkeiten zu entscheiden, kann nicht schwerfallen. Im Lichte dieser »real existiert habenden« Alternative sieht unsere westliche Demoskopie so schlecht nicht aus.

5.

Insofern die Demoskopie auf demokratische Wahlen bezogen ist, steht sie in einem Zusammenhang mit – demokratisch ausgeübter – staatlicher Herrschaft. Regierungsinstanzen und Parteien machen allerdings nur einen Teil der »Kundschaft« demoskopischer Institute aus, insgesamt sogar eher den geringeren Teil. Der andere Umsatzanteil stammt von Medien. Ein bekanntes und regelrecht etabliertes Beispiel dafür ist das monatliche Politbarometer des ZDF, dessen Ergebnisse überdies von vielen Tageszeitungen publiziert werden.

Dieser Bezug der Demoskopie zu den Massenmedien führt zur Institution der »Öffentlichkeit«, die man im Hinblick auf ihre historische Herausbildung auch als »bürgerliche Öffentlichkeit« bezeichnet. Unter Rekurs auf die Funktion der Öffentlichkeit und den »Stoff«, der in dieser Institution »prozessiert« wird, spricht man auch von der »öffentlichen Meinung«. Zum Verständnis dieses zweiten Aspektes der Demoskopie muß ich auf das Verhältnis von *Herrschaft und Öffentlichkeit* eingehen. Beide haben, wenngleich in unterschiedlicher Weise, mit Demokratie zu tun.

Im westlichen Verständnis bildet die »öffentliche Meinung« – oder »Öffentlichkeit« – so etwas wie das Vor- und Umfeld von Demokratie (diese im engeren, auf Herrschaft und Entscheidungsproduktion abstellenden Sinne verstanden). Vor allem zwei Funktionen lassen sich nennen

und zugleich trennen: In der Öffentlichkeit werden gesellschaftliche Probleme und Problemlösungen in Auseinandersetzungen »deliberiert«, verhandelt, wird der vorpolitische mit dem politischen Raum verknüpft, wird politische »Willensbildung« betrieben, werden politische Entscheidungen »vorbereitet«. Umgekehrt sind getroffene politische Entscheidungen in der Öffentlichkeit zu legitimieren, sie werden sozusagen »nachbereitet«.

Zur Demokratie als – staatlichem – Herrschaftssystem gehört die Öffentlichkeit genuin dazu: Demokratische Herrschaft erfolgt idealiter auf der Basis von »diskursiver« Willensbildung im Volk und unter dem Zwang, sich – also die getroffenen Entscheidungen – zu legitimieren.

Die Demokratie erweist sich somit als systemisch verdoppelt, einerseits zur (staatlichen) Herrschaft und andererseits zur Öffentlichkeit. Wir haben es demnach mit einem Dreiecksverhältnis zu tun: Die Demoskopie integriert sich mit ihren Ergebnissen in diese Öffentlichkeit, in den »Markt« der Meinungen, der Willensbildung, der Legitimation. Sie leistet einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung, indem sie Ergebnisse der Erforschung der Meinungen im Volk in die öffentliche Agenda einbringt.

Die Öffentlichkeit hat geradezu den Charakter einer Institution. Ihre ideale Funktion und Struktur hat vor Jahrzehnten Habermas beschrieben[7] – insbesondere mit dem Ziel darzustellen, daß die moderne soziale Realität sich weit von ihrem bürgerlichen Aufklärungsideal entfernt, daß ein Funktionswandel stattgefunden hat. Dieser hängt damit zusammen, daß heutzutage die Öffentlichkeit jenseits der unmittelbaren »Lebenswelt« nurmehr »medialisiert« existiert, in Gestalt von publizistischen Massenmedien. Aus der öffentlichen ist die veröffentlichte Meinung – beides im Plural – geworden.

Demoskopische Ergebnisse gelangen dementsprechend heute nur in Ausnahmefällen direkt an die Öffentlichkeit, sie werden öffentlich (erst) dadurch, daß sie in Medien veröffentlicht werden (in deren Auftrag sie zumeist auch produziert werden).

6.

In dem vorstehend entwickelten Dreiecksverhältnis ist also noch auf das Verhältnis von *Politik und Medien* einzugehen. Staat und Medien – als »Subjekte« bzw. Auftraggeber der Demoskopie – müssen nicht nur unterschieden werden: sie beziehen sich auf der Grundlage ihrer Unterscheidung aufeinander. Beide sind Institutionen der Demokratie. Konzentrieren (und abstrahieren) wir staatliche Politik auf die »Produktion« gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen, so bildet, entsprechend konzentriert, die Publizistik dazu das Pendant der Reflexion (unter

Einschluß von Kritik). Die Abhängigkeit der Politik von Wahlen, insbesondere das Interesse von Parteien und Abgeordneten/Repräsentanten an Wiederwahl, zusammen mit dem Einfluß der »veröffentlichten« auf die »öffentliche« Meinung, der Medien-Reflexion auf das Wahl-Volk, hat die Denkfigur der Medien als vierter politischer Gewalt hervorgebracht, als Gewalt, die vielleicht sogar noch über die Politik »herrscht«.

Jenseits dieser allgemeinen Bestimmung bildet das Verhältnis zwischen Medien und Politik eher ein Tabu-Thema in unserer Gesellschaft; jedenfalls steckt eine darauf bezogene Debatte höchstens in den Anfängen, ja, sie bleibt regelmäßig frühzeitig stecken. Ein Grund dafür liegt nicht zuletzt darin, daß eine Debatte zu diesem Thema ihrerseits auf die Medien, d. h. die von diesen gewährte Publizität, angewiesen ist.

Wie groß auch immer der Einfluß – die Herrschaft – der Medien faktisch wird, die Medien leugnen ihn. Sie stilisieren ihre Rolle als gegenüber der Politik nachgeordnete. Handelten die Medien nämlich wirklich als »vierte« Gewalt – oder gar als primäre Supergewalt – in der Gesellschaft, dann würde sich mit aller Schärfe die unangenehme Frage ihrer »demokratischen« Kontrolle stellen.

Eine erfreulich radikale Position dazu hat bereits vor einem Jahrzehnt Helmut Schelsky eingenommen. Er fand es an der Zeit, in Reaktion auf die veränderte Bedeutung der Medien die Begriffsbestimmung der Politik grundlegend zu verändern. Das Verhältnis von Politik und Medien im Bezug auf Herrschaft habe sich fundamental verändert: die »Reihenfolge der Herrschaftsausübung« habe sich umgedreht. Heute dominierten die Medien über die Politik, d. h. die Gesetzlichkeit der Medien über diejenige der Politik. »›Das Politische‹ muß heute«, so Schelsky, »allenthalben als Machtgewinn durch ›Publizität‹ begriffen werden ...«[8]

Was folgt daraus für das Verhältnis von Demokratie und Demoskopie? In dem Maße, in dem sich in der Demokratie die Verhältnisse zwischen Politik und Medien zugunsten der Medien umgedreht haben, müßten in der Betrachtung der Demoskopie deren Medien-Auftraggeber gegenüber deren Politik-Auftraggebern in den Vordergrund gerückt werden.

Anders als im Verhältnis zwischen Politik und Demoskopie – wo eine für unzulässig erachtete Beeinflussung von Wahlen durch publizierte demoskopische Ergebnisse befürchtet wird – kommt allerdings niemand auf die Idee, daß zwischen Medien und Demoskopie ein vergleichbares kritisches Spannungsverhältnis existiere. Hier sind die Verhältnisse klar – Demoskopie erfolgt im Auftrag der Medien, die mit den Ergebnissen autonom umgehen –, und normative Probleme stehen in diesem Zusammenhang nicht zur Diskussion.

7.

Ebenso wie die Medien – in funktionaler Vertretung der »Öffentlichkeit« – eine Vermittlungsfunktion zwischen dem Volk und seiner »Regierung« (soziologisch gesprochen: zwischen dem politisch-administrativen Institutionensystem und dem politischen »Publikum«) erfüllen, zumindest zu erfüllen beanspruchen, so ist auch die Demoskopie mit einer Vermittlungsidee verbunden: sie macht – durch Erhebung und ordnende Analyse – eine unübersichtliche Meinungswelt des Volkes sichtbar und vermittelt diese Information an die Politik sowie an die Medien, die sie ihrerseits an das Volk zurückvermitteln. Erst dadurch soll auch das Volk ein Meinungs-Bild seiner selbst erhalten.

Diese Idee der Vermittlung könnte allerdings eine Schimäre darstellen, einen »frommen Wunsch«: dann nämlich, wenn Niklas Luhmann recht hat mit seiner Behauptung, die moderne Gesellschaft habe sich insgesamt »auf den Modus der Beobachtung zweiter Ordnung eingestellt«[9], d. h. auf einen Zustand, in dem Beobachter Beobachter beobachten. Im Zusammenhang der Politik heißt das: Die medial veröffentlichte »öffentliche Meinung«, das publizistische System, tritt zwischen die Herrschenden und das Volk – und zwar nicht als Vermittlung, sondern mit der Wirkung eines Unterbrechers. Das System der Massenmedien fungiert zwischen Politik und »Volk« nach Luhmann *wie ein undurchsichtiger Spiegel*. Die Zuschauer sehen nicht die Herrschenden, sondern (nur oder statt dessen) das, was ihnen die Massenmedien von diesen und über diese zeigen – und das ist zum Medienzweck »inszeniert«. Auch sein eigenes – demoskopisches – »Abbild« erfährt das medienrezipierende Volk nur in solch medialer Inszenierung.

Die umgekehrte Perspektive ist für unseren Zusammenhang noch wichtiger, weil sie dem eigentlichen Anspruch der Demoskopie, die Herrschenden über das Volk »aufzuklären«, so etwas wie eine wissenschaftlich-rationale Verbindung zwischen beiden herzustellen, widerstreitet: »Die Politiker sehen gerade nicht durch diesen Spiegel hindurch auf das, was wirkliche Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt wirklich denken. Sie sehen nur sich selbst und andere Politiker sich vor dem Spiegel für den Spiegel bewegen.«[10]

Was also ändert die Demoskopie an der Demokratie? Siehe das Motto am Anfang, und übersieh nicht dessen Autor und Datierung!

Anmerkungen

1 Francesco Guicciardini (1483–1540), zit. nach Herfried Münkler, »Politische Partizipation oder bürgerliche Sekurität: Der Rückzug des Bürgers aus der Politik in der italienischen Renaissance«, in: Jochen Schmidt (Hrsg.), *Aufklärung und Gegenaufklärung in der Europäischen Literatur, Philosophie und Politik von der Antike bis zur Gegenwart*, Darmstadt 1989, S. 182.

2 Vgl. Giovanni Sartori, *Demokratietheorie*, Darmstadt 1992, S. 40.

3 Vgl. Frank Marcinkowski, *Publizistik als autopoietisches System*, Opladen 1993.

4 Vgl. *Die Zeit* v. 25. 2. 94, S. 6.

5 Armin Mitter/Stefan Wolle, *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989*, Berlin 1990, S. 116.

6 Vgl. Christian Boss, »War die CDU die Abteilung Kirche der SED?«, in: *Neue Zeit* (Berlin) v. 26. 2. 94, S. 27.

7 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt/Neuwied 1962.

8 Helmut Schelsky, *Politik und Publizität*, Stuttgart-Degerloch 1983, S. 53 und 61. Vgl. dazu auch das Projekt der Bertelsmann Stiftung: Wolfgang Donsbach et al., *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*, Gütersloh 1993.

9 Niklas Luhmann, »Die Beobachtung der Beobachter im politischen System: Zur Theorie der Öffentlichen Meinung«, in: J. Wilke (Hrsg.), *Öffentliche Meinung – Theorie, Methoden, Befunde*. Festschrift für E. Noelle-Neumann, Freiburg/München 1992, S. 77 ff.

10 Ebd., S. 84.

Eine Regierung kommt ins Gerede

Was sagt das Volk? Wenn die Herrschenden darauf keine Antwort mehr finden, sind ihre Tage gezählt. Arlette Farges Buch ist ein glänzendes Lehrstück über die befreiende Macht des Wortes.

336 Seiten, Linson mit Schutzumschlag,
DM 48,–/öS 374,–/sFr 48,50*

»Farge schreibt auf der Basis einer profunden Kenntnis der Archive des achtzehnten Jahrhunderts, aber ihr Text verliert sich weder im Detail noch in zünftiger Gelehrsamkeit, sondern präsentiert oft überraschende Einsichten mit der Leichtigkeit einer literarisch durchgebildeten Sprache.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung

»Die französische Historikerin Arlette Farge hat in *Lauffeuer in Paris* den erfolgreichen Versuch angestellt, etwas Amorphem, scheinbar Ungreifbarem Gestalt zu geben. Gerüchte, Straßengeschwätz im vorrevolutionären Frankreich: Diese flüchtige Materie – und Jürgen Habermas' Klassiker *Strukturwandel der Öffentlichkeit* – hat Farge zu einer historischen Studie inspiriert, die in ihrer Frische und erzählerischen Qualität eine auch für den Nichthistoriker empfehlenswerte Lektüre darstellt.« *Der Standard*

»Der Sprung in die Gegenwart scheint in jeder Hinsicht gewagt, doch sollten wir zumindest darüber nachdenken dürfen – und damit sind wir wieder in Leipzig und Hoyerswerda –, wie wichtig es ist, die Stimme des Volkes ernst zu nehmen: so oder so.«
Frankfurter Rundschau

* Preise freibleibend

Klett-Cotta

Udo Tietz
Das Volk – ein Volk – kein Volk

Rückblick auf eine Metamorphose

Das Volk als Souverän ist eine moderne Erfindung, eine Erfindung der kulturellen und politischen Moderne. Wir verbinden diese Idee mit der Französischen Revolution und mit den Namen von Rousseau, Kant und Fichte. Sie alle erklärten das Volk zum eigentlichen Träger der Souveränität, dessen Macht unübertragbar, unteilbar, unbeschränkbar und unverjährbar sei. So heißt es im Artikel 3 der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* von 1789: »Der Ursprung aller Souveränität liegt seinem Wesen nach beim Volk[1] keine Körperschaft und kein einzelner darf eine Autorität ausüben, die nicht ausdrücklich hiervon ausgeht.«

Auch im Realsozialismus galt das Volk als Souverän, denn auch hier sollte die gesetzgebende Gewalt allein vom Volke ausgehen, als dessen einzig legitimer Repräsentant sich die Regierung der DDR unter Führung der SED betrachtete. Der »erste sozialistische Staat auf deutschem Boden« sollte der Staat des »ganzen deutschen Volkes« sein, ein Staat, in dem der Ursprung aller Souveränität beim »werktätigen Volk« liegt. Dieses werktätige Volk war definiert als ein Gebilde, welches »alle jene Klassen und sozialen Schichten der Gesellschaft (umfaßt), die daran interessiert und objektiv dazu fähig sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu verwirklichen. Die anderen Klassen oder Schichten oder Teile von diesen, deren Interessen gegen den historischen Fortschritt gerichtet sind, gehören in diesem Sinne nicht zum Volk, sondern zur Kategorie der Volksfeinde.«[2]

Klarerweise hängt die Antwort auf die Frage *who is who* davon ab, was genau unter gesellschaftlichem Fortschritt zu verstehen ist und woran er sich bemißt. Der Marxismus-Leninismus gibt auf diese Frage eine unmißverständliche Antwort: Unter gesellschaftlichem Fortschritt haben wir die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse als einen objektiven Prozeß zu verstehen, der in Gestalt einer gesetzmäßigen Entwicklung historisch bestimmter Gesellschaftsformationen vor sich geht, wobei die Entwicklung der Produktivkräfte zugleich »das Hauptkriterium der gesellschaftlichen Entwicklung« ist.[3] Wichtig ist in

unserem Zusammenhang nicht, daß das Kriterium des Fortschritts mit seiner Definition übereinstimmt, sondern die Tatsache, daß der Begriff des gesellschaftlichen Fortschritts ausschließlich in Kategorien der Produktivkraftentwicklung bzw. der Naturbeherrschung, nicht aber in den Kategorien einer gewaltlos erzielten Intersubjektivität der Verständigung expliziert wird.

Dies ist nun insofern nicht verwunderlich, als der Marxismus-Leninismus in romantischer Verklärung der sozialistischen Gemeinschaftlichkeit das »wahre menschliche Gemeinwesen« resp. die Persönlichkeit des Menschen nicht nur jenseits des Marktes und des Austauschs – der nur »unter der Form der Entfremdung« wahrgenommen wurde –, sondern auch jenseits einer demokratischen Öffentlichkeit ideell angesiedelt hatte. Auf unser Problem angewendet, bedeutet dies, daß die Frage, welche »Klassen oder Schichten oder Teile von diesen« zur Kategorie des Volkes und welche zu der der Volksfeinde gehören, mit Bezug auf ein Kriterium entschieden wurde, das den Begriff der Volkssouveränität selbst auflöst. Der damit verbundenen faktischen Subsumtion der Individuen unter das sozialistische Gemeinwesen, repräsentiert durch die kommunistische Partei- und Staatsführung, entsprach die Auffassung, die Gesellschaft sei wie eine Maschine zu organisieren, wodurch das innerindustrielle Planungsregime auf die Gesellschaft als ganze übertragen wurde.

Das Problematische an dieser Definition ist also nicht allein, daß nur die »Klassen oder Schichten oder Teile von diesen« zum Volk gehören, die dazu fähig und in der Lage sind, den »gesellschaftlichen Fortschritt zu verwirklichen«, bzw. daß der Arbeiterklasse unter Führung der SED die »entscheidende, wichtigste und schließlich führende Kraft des Volkes gemäß seiner historischen Mission« zugesprochen wurde. Problematisch ist auch, daß darüber, wer zum Volk und wer zur »Kategorie der Volksfeinde« gehört, mit Bezug auf ein Kriterium entschieden wurde, das einer dogmatischen Geschichtsmetaphysik entstammt, die ihre Plausibilität der romantischen Verklärung der sozialistischen Gemeinschaftlichkeit und ineins damit der Denunziation des Marktes und der demokratischen Öffentlichkeit verdankt.

So nimmt es nicht wunder, daß es im Realsozialismus überhaupt nicht um Volkssouveränität oder um Menschen- und Bürgerrechte ging. In der Verfassung von 1968, die unter Walter Ulbricht erarbeitet wurde und 1974 unter Erich Honecker eine zusätzliche stalinistische Korrektur erfuhr, heißt es zwar im Artikel 47 Absatz 2: »Die Souveränität des werktätigen Volkes ist das tragende Prinzip des Staatsaufbaus« – im übrigen die einzige Stelle innerhalb der Verfassung, wo der Begriff der Volkssouveränität eine Rolle spielt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich

jedoch, daß es hier überhaupt nicht um Volkssouveränität geht, die lediglich als das *tragende Prinzip des Staatsaufbaus* bestimmt wird, sondern um den »demokratischen Zentralismus«. Dieser bildet das »Organisationsprinzip des bewußten und organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse – der *marxistisch-leninistischen Partei*« zum Zweck einer »straffen einheitlichen Planung und Leitung der Gesellschaft und die Konzentration aller gesellschaftlichen Kräfte auf die Lösung der sich aus den Volkswirtschaftsplänen ergebenden Hauptaufgaben«.[4] Die *Grundlage* der sozialistischen Gesellschaft war also nicht die Volkssouveränität, was ja die Gleichheit aller Menschen als Rechtspersonen unterstellt und daher die Instrumentalisierung des Rechts im Dienst einer Partei ausschließt, sondern ein »Zentralismus«, der nun zwar beständig als demokratisch apostrophiert wurde, realiter aber im Namen einer autoritären, jeder tatsächlichen Verständigung vorausliegenden Vernunft die Legitimation in Eigenregie übernahm.

Damit ist schon innerhalb der Verfassung selbst ausgesprochen, daß die Souveränität nicht vom Volk ausgeht, sondern von einem administrativ-bürokratischen System, das sich zur einzig legitimen Vertretung des Volkes erklärte und damit Macht ausübte ohne Vollmacht. Der demokratische Grundgedanke, daß der Legitimationsanspruch der sozialistischen Gesellschaft nur durch die sozialintegrative Kraft des »übereinstimmenden und vereinigten Willens aller« freien und gleichen Staatsbürger eingelöst werden kann, war in sein diametrales Gegenteil verkehrt. Nicht der legitime Wille aller, sondern der kontingente Wille weniger wurde zum tragenden Prinzip des Staates. Das Volk als Souverän konnte in die Produktion entlassen werden. Und so trat denn auch in der DDR das Volk selten souverän in Erscheinung. Genaugenommen war es sein eigener Feind und demzufolge nicht dem Volk zugehörig. So kann man getrost von einer Omnipotenz des Volkes sprechen, dem jenseits der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung schlechthin nichts entsprach. Denn dieses Volk gab es außer in den Köpfen der Politiker gar nicht. Es kann demzufolge auch nicht als der Adressat, sondern allenfalls als die Projektion von politischen und intellektuellen Wünschen betrachtet werden, die jene hatten, die, ohnehin dem Volk entwöhnt, in Wandlitz vom Sieg des Sozialismus träumten.

Nur einmal trat in der ehemaligen DDR »das Volk« wirklich souverän in Erscheinung. Und das war am 17. Juni 1953. Diesmal aber nicht als platonische Idee, sondern in sinnlich-gegenständlicher Form. Dieser Aufstand erschütterte die DDR bis in ihre Grundfeste. Er machte erstmals deutlich, daß Legitimität nicht durch pseudodemokratische Verfahren zu sichern ist. Die Forderungen nach besseren Lebensbedingungen, nach politischen Freiheiten und der Wiederherstellung der Deutschen

Einheit durch freie Wahlen zeigten deutlich, daß weite Kreise der Bevölkerung dem ersten Arbeiter-und-Bauernstaat auf deutschem Boden die Legitimation entzogen hatten. Allein der Einsatz sowjetischer Panzer konnte das Volk wieder in die Pflicht und zur Ordnung rufen. Für die politische Führung jedoch war klar: diesem Volk wird künftig nicht zu trauen sein. Den »gute(n) Kinder(n)«, die in den folgenden Jahren »sehr viel und sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln« mußten, hatte man »diese Schmach« nicht vergessen.[5] Bezugnehmend auf diese Worte und auf die Ereignisse des 17. Juni, schrieb Brecht das Gedicht *Die Lösung*.

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?[6]

Brechts Frage hat die Regierung bekanntlich nicht weiter bedacht. Und sie hat auch nicht die »große Aussprache mit den Massen« eröffnet, wie es sich viele Intellektuelle wünschten, die wie Brecht in der DDR das »bessere Deutschland« sahen. Denn was Brecht nicht wahrhaben wollte, war hier spätestens seit dem 17. Juni zur Gewißheit geworden: wirkliche Volkssouveränität bedeutet das Ende des Experiments »Große Ordnung«, die keine »Große Produktion« wurde. Wenigstens in dieser Hinsicht war die Partei- und Staatsführung klarsichtiger als all jene, die dem Sozialismus ein menschliches Antlitz verschaffen wollten, ohne daß dieser gleichzeitig durch das Volk zur Disposition gestellt werden sollte. Zwar ist auch Brecht nicht entgangen: »was nun an maßnahmen ... ins werk gesetzt wurde, geschah für den großteil der bevölkerung, aber nicht durch ihn.« Die Zumutung jedoch, die eigene Bevölkerung mit Verweis auf die These von einem sich ständig verschärfenden Klassenkampf in politischer Unmündigkeit zu halten, teilte Brecht mit den Herrschenden.[7] In ihr drückt sich der Standpunkt eines politischen Populismus aus, der einerseits vorgab, die Ansprüche des Volkes als deren Anwalt zu vertreten, andererseits aber die Entmächtigung der praktischen Vernunft durch die Zerstörung ihrer rechtlichen und politischen Realisierungsbedingungen effektiv vorantrieb. Der Staat erhebt sich in die Rolle des Souveräns und verwandelt Legislative und Exekutive in ein präventives

Instrument zum Schutze der »inneren Sicherheit«. Das Resultat ist bekannt: Statt einen Staat des Volkes erhielt die DDR-Bevölkerung einen wohlwollend für seine Bürger vorsorgenden Staat, der selbst in die Rolle des Souveräns schlüpfte und – getreu dem Motto »Alles für das Wohl des Volkes« – die Bürger in die Rolle »unmündiger Kinder« abdrängte. Mit Kant gesprochen, ist dies nichts anderes als eine antidemokratische und totalitäre Staatsauffassung, die dem Staat mit seiner Entscheidungsgewalt auch die Legitimationsgrundlage verfügbar macht. In Form beschlossener Einsichten offerierte eine politische Führungsclique der nicht »räsonierenden Öffentlichkeit« (Kant), was diese zu tun gezwungen sein wird, wenn sie in Übereinstimmung mit der die Geschichte vorantreibenden Dialektik handeln will.

Wie die Liquidation des Marktes die ökonomisch souveräne Person als Vertragspartner negierte, genauso negierte die Liquidation einer demokratischen Öffentlichkeit die politisch souveräne Person als Voraussetzung der Volkssouveränität. Das Resultat war hier wie dort das gleiche: Die sozialistische Volkswirtschaft wie die sozialistische Gesellschaft insgesamt wurde wie eine Betriebswirtschaft geführt, mit genau einem Generaldirektor an der Spitze – eine bittere sozialistische Realabsurdität, die nicht nur allen ökonomischen, sondern auch allen demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn sprach. Die Geltung praktischer Normen war damit nicht mehr in Wahrheit und Gerechtigkeit fundiert, sondern in den jeweiligen Beschlüssen des Politbüros. Wahrheits- und Gerechtigkeitsfragen wurden unter macht- und organisationsbezogenen Fragestellungen subsumiert, denen kein normatives Prüfungsverfahren, etwa Diskurse, zugeordnet wurde. Daß damit »Wahrheit und Gerechtigkeit« keine Kriterien mehr für die Beurteilung dessen sein können, was dem eigenen Volk zugemutet wird, sondern umgekehrt, daß das, was dem Volk zugemutet wird, zum Kriterium dafür wird, was als wahr und gerecht zu gelten hat, ist evident.

Evident ist aber auch, daß die in Expertenkulturen und politischen Avantgarden produzierten normativen Zielvorgaben, die leitenden Werte und Gerechtigkeitsvorstellungen nur in dem Maß Anerkennung in der Bevölkerung finden, wie diese in einer Gesellschaft verallgemeinert und verankert werden können. Zwar funktioniert ein Gemeinwesen auch ohne diese Verankerung zuweilen recht gut. Aber eben nur so, wie eine Maschine gut läuft. Denn ein solches Gemeinwesen trägt nicht mehr den Sinnforderungen und normativen Erwartungen der in ihm vergesellschafteten Subjekte Rechnung. Der Zweck des Staates ist nicht mehr der Zweck seiner Glieder. So hat denn auch der »real existierende Sozialismus« mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt, wie schwierig eine Legitimationsbeschaffung jenseits der geschichtlichen Wirklichkeit ist.

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Werden die leitenden Werte und normativen Zielvorgaben dem eigenen Volk nur oktroyiert, dann finden sie allenfalls eine pragmatische Akzeptanz. Denn sie erreichen das Volk nur als Phrase.

Dieses Legitimationsdefizit konnte die sozialistische Gesellschaft nur so lange kompensieren, wie der Widerspruch zwischen den proklamierten universalistischen Normen der Menschenwürde, der Freiheit und der Selbstbestimmung einerseits und den Strukturen der totalitären Gesellschaft andererseits latent blieb. Im Herbst 1989 trat eine Situation ein, wo dies nicht mehr der Fall war. Als das Volk nicht mehr so wollte, wie es sollte, und die Regierung nicht mehr so konnte, wie sie wollte, war das der Anfang vom Ende der DDR. Der Staatssozialismus wurde an seinen eigenen normativen Ansprüchen gemessen und für zu leicht befunden. Denn einer Rechtfertigung durch Diskurse hielt das politische System nicht stand. Der Staatssozialismus war in seiner politischen Substanz so fragil, daß Demokratiespiele automatisch zu Spielen mit dem Feuer, letztlich zum Endspiel werden mußten. Als sich dann auch noch Gorbatschow weigerte, das Endspiel mitzuspielen, führte kein Weg mehr zurück zu jenen Zeiten, die einstmals als die sinnerfüllten galten. Gorbatschow lieferte den Staatssozialismus auf deutschem Boden an die Bevölkerung aus, und diese kündigte einseitig die unheilige Sympathieallianz mit einem Staat, der nicht der ihre war. Führerlos und als freie Öffentlichkeit erhob sich das Volk für die Verwirklichung republikanischer Verhältnisse, für rechtliche Gleichheit aller, für Achtung, Würde und Unverletzbarkeit der Person, für die Garantie der Rechtsstaatlichkeit und für aktive politische Gleichheit im Sinn der Volkssouveränität.

Die Herbstdemonstrationen machten aus der DDR nach vierzig Jahren »Volksherrschaft« eine demokratische Republik. Es war die Bewegung der Bürgerinnen und Bürger schlechthin, die die friedliche Revolution einleitete und auch zu Ende brachte. Mit dem Ruf »Wir sind das Volk« wiesen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur den Herrschaftsanspruch der Partei- und Staatsführung zurück. Sie erzwangen durch ihr Handeln republikanische Verhältnisse im Sinn der Menschen- und Bürgerrechte. »Das Volk ist in Deutschland eine Neuerscheinung, die Entdeckung des Jahres 1989, die Mitgift der DDR in den Einigungsvertrag. Denn, so seltsam es klingt, ein Volk, unberechenbar und aufsässig, zürnend und sich begeisternd, seiner selbst sicher und bewußt, gab es in Deutschland ein halbes Jahrhundert lang nicht – ausgenommen im Aufstand am 17. Juni 1953.«[8]

Die Staats- und Parteiführung nahm mit Schrecken wahr, daß eine ähnliche Ausgangslage erreicht war wie 1953, als die Bauarbeiter der Stalinallee auf die Straße gingen – zunächst für höhere Löhne, dann für Freiheit und Demokratie. Nun jedoch mit dem Unterschied, daß diesmal

die russischen Panzer in den Kasernen blieben. Die Massendemonstrationen im Herbst 1989 stellten eindrucksvoll unter Beweis, daß es der SED nicht gelungen war, einen Sozialismus in den Farben der DDR vor der eigenen Bevölkerung verbindlich zu machen. Ende Oktober, Anfang November brach die DDR zusammen. Der 9. Oktober, der Tag der ersten großen Massendemonstration in Leipzig, besiegelte den Untergang des Regimes, und der 9. November, der Tag, an dem die Mauer fiel, besiegelte den Untergang der DDR. Der Ablösung des Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden folgte in kurzen Zeitabständen der Rücktritt der Führungsgremien der Partei und der Regierung. Die Öffnung der Grenzen machte schließlich die unintendierte »Wende« irreversibel.

Hieß es ursprünglich auf den Leipziger Montagsdemonstrationen: »Wir sind das Volk«, so verschaffte sich schon am 13. November, also am Montag nach der Maueröffnung, ein neuer Slogan Gehör: »Wir sind ein Volk«. Im Dezember 1989 und Januar 1990 reagierte die Bevölkerung auf das andauernde Fehlen nachvollziehbarer Perspektiven zur Aufhebung des Status quo mit der Forderung nach Wiedervereinigung. Aus der Sicht der Modrow-Regierung war dies zunächst überhaupt keine erwähnenswerte Option. Die Wende von »Wir sind das Volk« zu »Wir sind ein Volk« wurde nur mit Unverständnis und Hilflosigkeit quittiert. Aber auch die Bürgerbewegungen, deren Selbstverständnis an den DDR-spezifischen Diskurs gebunden blieb, waren mit dem Gang der Ereignisse überfordert. Denn in ihrer Mehrheit vertraten sie demokratisch-sozialistische Perspektiven, deren Konturen zwar vage blieben, die aber den Bestand der DDR zu ihrer Voraussetzung hatten.

Als sich am 4. November 1989 Hunderttausende Ost-Berliner auf dem Alexanderplatz versammelten, glaubte Stefan Heym, daß sie dies nicht nur »aus eigenem freien Willen ... für Freiheit und Demokratie« taten, sondern auch »für einen Sozialismus, der des Namens wert ist«. Selbst Ende November rechneten einige hier noch mit der Chance einer »sozialistischen Alternative zur Bundesrepublik«. Jedoch wenige Tage später, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer, erschraken Intellektuelle wie Heym über jene vom Westen entwürdigte und gedemütigte »Horde von Wütigen, die, Rücken an Bauch gedrängt, Hertie und Bilka zustrebten auf der Jagd nach dem glitzernden Tinnef«. Ein durch politische und ideologische Sinnansprüche zensierter Wirklichkeitsbezug schützte sie vor einer neuen und zugegebenermaßen komplizierten Realität. Überfordert mit einer Wirklichkeit, die sie nicht gewollt hatten, sondern erdulden mußten, appellierten sie wieder und wieder an dieses Volk, dessen »Lobby« sie zu sein glaubten.

Spätestens im Dezember 1989 barst der Konsens zwischen dem Volk und den Bürgerbewegungen als den Transmissionsriemen der Wende.

Aus der Textur des gemeinsamen Einverständnisses brach der Dissens hervor. Die intellektuelle und politische Elite, so sie nicht in den Ruf nach Wiedervereinigung einstimmte, wurde marginalisiert. Was sich schon nach der Berliner Maueröffnung abzeichnete, war nun zur Gewißheit geworden: die Bürgerbewegungen waren weder »das Volk«, noch hatten sie je über eine »breite Basis im Volk« verfügt.[9] Die Bürgerbewegungen verloren schließlich vollends an Einfluß, als die inzwischen avisierte nationale Lösung des sozialen Problems als »Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte« an die »einflußreichen Kreise aus Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik« denunziert wurde.[10] Der Aufruf *Für unser Land* am 28. November, in dem noch einmal eine »sozialistische Alternative zur Bundesrepublik« beschworen wurde, verhallte ohne Echo in der Bevölkerung. Denn das Volk hatte weder Zeit noch Lust, den Traum zu träumen, die »sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße zu stellen«, wie es Christa Wolf noch am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz forderte. Die kurzweilige Sympathieallianz zwischen dem Volk und den Träumern, Heilsbringern und Propheten zerbrach. Denn man wußte: Um den genialen Zaubertrick zustande zu bringen, mit fünf Laiben Brot und ein paar Fischen mehrere tausend Leute satt zu machen, mangelte es ihnen an den technischen Mitteln.

Das Volk lehnte aber nicht nur seine neuen Möchtegern-Tribunen ab, sondern folgte folgsam jenen, die zwar nicht unbedingt klarsichtiger waren als die ostdeutschen Sozialismusbeschwörer, von denen man sich aber zumindest eine Verbesserung des eigenen Lebens versprach. Der Ruf »Wir sind ein Volk«, der sich für die einen als die Konsequenz und unabdingbare Folge des ursprünglichen Postulats darstellte, erschien anderen als bedauerliche Fehlentwicklung: sie rebellierten nunmehr gegen nichts anderes als gegen die friedliche Revolution selbst. Gleichwohl haben die beiden politischen Postulate, bei aller Verschiedenheit des Inhalts, eine gemeinsame Grundlage. All jene, die den Satz »Wir sind das Volk« auf der Leipziger Herbstdemonstration 1989 in Umlauf setzten, beriefen sich damit auf ihr Bürgerrecht gegen eine Obrigkeit, die, ohnehin dem Volk entwöhnt, den falschen Anspruch erhob, vom Willen des Volkes getragen zu sein. Auch der Satz »Wir sind ein Volk« richtete sich gegen diese Obrigkeit. Insofern ist das erste politische Postulat in ihm mit enthalten. Hinzu kommt hier jedoch ein zweites politisches Postulat, welches sich nicht allein gegen die auf unwahren Vorgaben begründete Gewaltherrschaft richtet, sondern in positiver Hinsicht eine nationale Einheit einklagt, die durch die willkürliche Eingrenzung Ostdeutschlands das deutsche Volk in zwei separate Staaten spaltete. Das zweite politische Postulat hat also nicht schlechthin das erste in sein Gegenteil

verkehrt, auch wenn es sich für viele Leipziger Montagsdemonstranten so dargestellt haben mag. Beide sind Forderungen, »die ihrem ursprünglichen Sinn nach mit dem Widerstand gegen alle Herrschaftsmonopole und mit der Überzeugung verbunden sind, daß die Staatsgewalt im Volkswillen begründet sein müsse«.[11]

Die Idee des Sozialismus ist diskreditiert, und es ist in unserem Zusammenhang müßig, darüber zu spekulieren, ob und inwiefern diese Idee noch einmal geschichtsmächtig werden kann. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 in der ehemaligen DDR zeigte mit aller wünschenswerten Klarheit, daß eine Mehrzahl der Wähler »nie wieder Sozialismus« wählte. Das war das Nettoresultat der Herrschaft von Honecker, Mittag und Mielke. Es war freilich nur das negative Resultat von vierzig Jahren »Volksherrschaft«. Was das Ost-Volk positiv wählte, hatte eine Dame auf einer Kundgebung in Leipzig angesichts des Bundeskanzlers mit fröhlicher Naivität plakatiert: »Helmut, nimm uns an die Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland.«

Gewiß. Man kann die Naivität und Einfalt der Dame aus Leipzig belächeln. Und doch drückt sie präzise die Wünsche all jener aus, die nicht mehr »das Volk«, sondern »ein Volk« sein wollten. Ich bin mir nicht sicher, ob der verständliche Wunsch nach einem westlichen Lebensstandard, der den Bürgern der ehemaligen DDR durch die Kontingenz der Zuschlagung zum Ostblock über vier Jahrzehnte vorenthalten wurde, in einen Gegensatz zu der Forderung nach mehr Freiheit und Demokratie gebracht werden kann. Aus der Tatsache, daß die meisten der ehemaligen DDR-Bürger es vorzogen, im »Wirtschaftswunderland« für Lohn in DM zu arbeiten statt für Lohn in DDR-Mark in volkseigenen Betrieben, folgt ja nicht, daß die deutsch-deutsche Vereinigung aus schnödem Egoismus zustande gebracht wurde. Denn der Ruf nach Freiheit, nach Menschen- und Bürgerrechten galt nicht zuerst der Freiheit des DM-Konsumenten, sondern der Freiheit im Sinn der Volkssouveränität. Zudem vergißt diese im Grunde moralisierende Litanei, daß das volkswirtschaftliche Innovationspotential mit der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen steht und fällt. Und diese ökonomische Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen setzt eben den Markt als Medium der Selektion wertbevorteilter Produkte und Leistungen voraus. So wie demokratische Gesellschaften den politisch freien und mündigen Bürger zu ihrer Voraussetzung haben, so haben Volkswirtschaften die ökonomisch souveräne Persönlichkeit als Vertragspartner zu ihrer Voraussetzung. Und für diese ist es nicht das ideologische Versprechen einer besseren Zukunft, sondern die praktische Erfahrung der Verbesserung des Lebensstandards hier und jetzt, die ihr Verhalten beim Angebot der Arbeits- und Produktivkraft bestimmt. Also muß man das Streben nach

Lohn in D-Mark als sozialökonomisches Faktum unterstellen und fragen, wie sich dies mit der Verwirklichung demokratischer und republikanischer Verhältnisse in Einklang bringen läßt.

Daß es sich in Einklang bringen läßt, zeigt die alte Bundesrepublik. Daß die Verbesserung des Lebensstandards hier und jetzt jedoch nicht zum Nulltarif zu haben ist, zeigt die Entwicklung nach der Wende. Hier liegt denn auch der Irrtum der Dame aus Leipzig begründet, die schlicht verkannte, daß der Markt nicht einfach der Ort des Gebens und Nehmens ist, sondern wesentlich das Medium der Selektion wertbevorteilter Produktivkräfte. Und diese waren in der ehemaligen DDR knapp bemessen. Das hätte man nun zwar wissen können. Denn es war ein Gemeinplatz, daß die Wirtschaft der ehemaligen DDR selbst nach den maßgeblichen Kriterien der marxistischen Planwirtschaftler bankrott war. Man hat es aber im Vereinigungstrubel nicht mehr wissen wollen. »Blühende Landschaften« im Osten ohne höhere Steuern im Westen hatte der Kanzler aller Deutschen allen Deutschen versprochen – und das Volk hatte es geglaubt.

Nun ist es in diesem Zusammenhang relativ gleichgültig, ob bei Helmut Kohl die Absicht böswilliger Täuschung leitend war, oder ob einfach der politische und wirtschaftliche Sachverstand fehlte. Zumindest vom Resultat her läuft beides auf das gleiche hinaus. Wer konnte denn im Ernst glauben, daß die Wiedervereinigung zum Nulltarif zu haben sei? »Selbst denken macht schlau«, möchte man da sagen, was natürlich nicht nur jene betrifft, die fürs Denken und Politikmachen bezahlt werden, sondern auch jene, die dafür zu zahlen haben – und zwar im doppelten Sinn des Wortes. In diesem Sinn hat denn auch »jedes Volk . . . die Regierung, die es verdient« (Hegel). Das betraf das alte Ost-Volk und seine selbstverschuldete Regierung genauso wie das neue, nunmehr wiedervereinigte Neu-Volk. Denn Regierungen können sich kein Volk wählen, wohl aber das Volk eine Regierung. Es sind halt nicht immer die anderen gewesen, die Schuld an der eigenen Misere haben. Das »Volk« trägt an dieser mit – und zwar als Souverän.

Heute wissen wir, daß Deutschland aller Voraussicht nach noch viele Jahre – sehr viel länger, als anfänglich vermutet – mit den Problemen der deutschen Vereinigung beschäftigt sein wird. Alle anfänglichen optimistischen Prognosen über die Möglichkeiten, die beiden Volkswirtschaften zu verkoppeln, haben sich als falsch erwiesen. Hinzu kommt, daß die Vereinigung für die Bürger aus den alten und neuen Bundesländern viel von ihrem Glanz verloren hat. Eine nur schwer zu stoppende Rezession, große Strukturprobleme in der Wirtschaft und eine alarmierende Finanzlage verstärken das Gesamtbild der Enttäuschungen. Dies ist freilich nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite hat Ulrich Beck treffend

hervorgehoben: »Noch nie war soviel möglich in diesem Land und selten ist soviel geheult und gejammert worden.« Dabei könnte doch gerade der Sinn fürs Mögliche, der Aufbruch zu neuen Ufern die Menschen in einem Akt projektiver Integration zusammenschweißen.[12] Statt nun aber diese Möglichkeiten auch zu ergreifen, igelt man sich in Ost und West in Aussichtslosigkeit ein.

So hat denn auf der einen Seite die friedliche Revolution von 1989, die die staatliche Einheit der Deutschen brachte, der Nachkriegsrepublik eine Legitimation zuwachsen lassen, die sie in dieser Form nie besaß. Auf der anderen Seite scheint sie jedoch für die Weise, in der das nunmehr vereinigte Volk in diesem Staat sein Leben führt und versteht, keinerlei weiterwirkende Bedeutung zu haben.[13] Das gleiche Volk, welches in Leipzig als »das« Volk in Erscheinung trat, dann als »ein« Volk von sich reden machte, war in dem Moment, als es dann tatsächlich ein Volk war, schon kein Volk mehr. Denn der »Beitritt« der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes kann nicht das erfüllen, was er sein soll – die Vereinigung von zwei Teilen zu einem Ganzen. Offenkundig ist ein Volk mehr als die Summe seiner beiden Teile.

Eine gelingende Identitätsbildung der Deutschen ist allem Anschein nach nicht auf ein gleiches Lohnniveau und egalitäre Arbeitslosenziffern reduzierbar. Genausowenig wie die Universalität eines Volkes in der formellen Gleichheit einander gleich-gültiger Bürger vor dem Gesetz aufgeht. Zu ihr zählt auch, den »Prozeß der staatlichen Vereinigung im klaren politischen Bewußtsein der Konstituierung einer Staatsbürgernation zu vollziehen«.[14] Wie es um dieses klare politische Bewußtsein bestellt ist, ist bekannt. Zunehmend wurden im Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung rechtsstaatliche durch nationalstaatliche Motive überlagert. In den alten und in den neuen Bundesländern wird die staatliche Einheit auf die Einheit einer Herkunfts-, Sprach- oder Kulturgemeinschaft reduziert, da es den Deutschen noch immer schwerfällt, sich als Mitglieder einer Solidar- und Verständigungsgemeinschaft zu begreifen. Dabei böte ein kollektiver Selbstverständigungsprozeß der Deutschen in Ost und West und die Orientierung an universalistischen Verfassungsprinzipien die reale Chance, die Identität einer Staatsbürgernation aus der Praxis von Bürgern zu begründen, die ihre demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte aktiv ausüben.[15] Dieser kollektive Selbstverständigungsprozeß, in dem die Maßstäbe produziert werden, die dem Denken und Handeln der Menschen eine Orientierung geben können, ist auf eine dialogische Kultur angewiesen, die freilich nicht einfach etwas Vorhandenes darstellt, sondern in steter Bildung begriffen ist. Sie ist nur, indem sie es wird, und sobald sie aufhört, es zu werden, hört sie auf, es zu sein. Daher herrscht in dialogischen Kulturen,

auf die eine »räsonierende Öffentlichkeit« angewiesen ist, eine semantische Bewegung, die weit über die dialogische Praxis hinausreicht, welche sie trägt.

Unterstellt also, daß sich in den letzten vierzig Jahren im Osten und Westen Lebenswelten nicht nur mit unterschiedlichem Lebensstandard, sondern auch mit unterschiedlichem Welt- und Selbstverständnis herausgebildet haben, dann kann es heute nicht darum gehen, diese im Rückgang auf einen vermeintlichen oder tatsächlichen gemeinsamen Ursprung abzuarbeiten. In ökonomischer Hinsicht wäre es völlig absurd und in politischer und kultureller Hinsicht zumindest nicht unproblematisch. Vielmehr geht es darum, daß die Deutschen in Ost und West einen kollektiven Selbstverständigungsprozeß über die Selbstdefinition des künftigen deutschen politischen Gemeinwesens in Gang setzen, der sich an demokratischen Verfahren und allgemeinen Prinzipien orientiert. Dies wird in dem Maße gelingen, wie es gelingt, zwei Faktoren miteinander zu verkoppeln. Zum ersten, die Mauer in den Köpfen abzutragen – und zwar auf beiden Seiten –, da andernfalls hinter der staatlichen Einheit die bewußtseinsverändernden Prozesse der kollektiven Selbstverständigung zurückbleiben. Zum zweiten, die ruinöse Lage auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zu verbessern und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen. Allem Anschein nach gibt es ohne egalitäre ökonomische und sozialstaatliche Voraussetzungen keine verläßliche Verfahren für eine Annäherung der Kulturen in Ost und West.

Im Unterschied zur ökonomischen Sanierung der neuen Bundesländer, die parallel geht mit einem Neuaufbau der Verwaltung und des Rechtssystems und als ein asymmetrischer Prozeß erfolgt, ist jedoch die Aufgabe der Verständigung zwischen den Deutschen in Ost und West durchaus symmetrisch zu stellen. Denn alles, was die neue Identität betrifft, werden die Deutschen gemeinsam miteinander ausmachen müssen. Unser neues Welt- und Selbstverständnis wird nämlich nicht in der Sprache von »ihnen« oder von »uns« realisiert, sondern in einer gemeinsamen Sprache, einer Sprache freilich, die es noch nicht gibt, sondern die erst unter der Voraussetzung einer wechselseitigen Anerkennung der Perspektiven und Ansprüche gemeinsam »ausgehandelt« werden muß. Denn im Unterschied zu Gerechtigkeitsfragen, die sich von einem unparteilichen Dritten entscheiden lassen, können ethisch-politische Fragen, die das Selbstverständnis einer kollektiv geteilten Lebensform betreffen, nur aus der Wir-Perspektive der ersten Person Plural beantwortet werden. Daher ist die Frage nach der kollektiven Identität der Deutschen nicht von den Ansprüchen und Perspektiven derer zu trennen, die hier »zusammengehören« sollen.[16]

Denn man mag die auf dem verfassungstechnischen Weg des Beitritts

realisierte Ausweitung des Geltungsbereichs des Grundgesetzes auf die ehemalige DDR als eine elegante und in der Sache auch zu begrüßende Lösung ansehen. Eine rechtsbegründende Willensbildung des Volks als Souverän war sie nicht. Das Grundgesetz hat sich zwar als eine tragfähige Basis für einen demokratischen Rechtsstaat erwiesen, eine Basis, die es zu verteidigen verdient. »Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt«, sollte jedoch nach Schlußartikel 146 an dem Tag seine Gültigkeit verlieren, »an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Obgleich nun mit dem Jahr 1990 eine politische Lage eingetreten ist, in der das deutsche Volk erstmals eine Republik Deutschland aus eigenem Wollen begründen und in freier Entscheidung über seine Verfassung beschließen kann, ist von dieser Beschlußfassung heute keine Rede mehr. Im Gegenteil. Politiker aller Parteien hätten es am liebsten, durch die Streichung des Wortes »Grundgesetz« dieses schlicht zur »Verfassung« zu deklarieren.

Man könnte hier argumentieren, daß das Grundgesetz ja seine Bewährungsprobe bestanden habe und im Volk auch akzeptiert und verwurzelt sei. Und das trifft sogar zu (was natürlich nicht ausschließt, daß es nicht auch verbesserungsbedürftig ist). Es gibt freilich ein Argument, das gegen diese These spricht. Selbst wenn sich das Grundgesetz im großen und ganzen bewährt hat und selbst wenn die freiheitlich-demokratischen Grundrechte und die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaat nicht zur Disposition stehen können, der wirklich springende Punkt ist doch der, ob Artikel 146 von der politischen Klasse exekutiert werden darf oder nicht. Wer diese Frage bejaht, wer Demokratie womöglich als ein »Angebot des Grundgesetzes an das Volk« versteht und sich die Frage verfügbar macht, ob man das Volk über das Grundgesetz abstimmen lassen soll, der macht sich eben das Volk verfügbar. Oder in der Sprache der Einigungspraxis formuliert: er wickelt das Volk ab. Dies ist, wie der ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz bemerkt, die Denkweise der Bevormundung.[17]

Soll also die Verfassung im geeinten Deutschland nicht eine Verfassung für das Volk sein, wie in der verflossenen DDR, sondern die Verfassung des Volkes, dann darf der Artikel 146 nicht den taktischen Varianten von Politikern geopfert werden. Verfassungsgebende Gewalt des Volkes heißt Selbstbestimmung des Volkes. Diese ist unvereinbar mit einer Vormundschaft von politischen Sachwaltern über das Volk, die dadurch, daß sie den Schlußartikel des Grundgesetzes einfach beseite schieben, Macht ausüben ohne Vollmacht. Denn das Grundgesetz ist nicht nur ein Instrument von Politik, sondern deren rechtsverbindlicher Maßstab. Nur so sind Verfassungsgesetzlichkeit und Rechtsstaatlichkeit aufeinander be-

ziehbar und theoretisch begründbar. Wenn nun also die friedliche Revolution in Ostdeutschland der Nachkriegsrepublik eine Legitimation zuwachsen ließ, die sie in dieser Form nie besaß, und wenn das deutsche Volk nach 1945 seine verfassungsgebende Gewalt noch nicht ausgeübt hat, dann wäre es endlich an der Zeit, eine vom Volk legitimierte Verfassung gesamtdeutschen Ursprungs zu schaffen. Denn dies wäre nicht nur ein symbolischer Akt, von denen es auf der politischen Bühne wahrlich genügend gibt, sondern ein wirklicher Schritt zur Identitätsbildung im geeinten Deutschland.

Anmerkungen

1 Im Original: »dans la nation«.
2 *Philosophisches Wörterbuch*, Bd. 2, Hg. G. Klaus und M. Buhr, Leipzig 1975, S. 1269.
3 W. I. Lenin: *Werke*, Bd. 13, Berlin 1982, S. 240 und Bd. 32, Berlin 1982, S. 239.
4 *Philosophisches Wörterbuch*, Bd. 2, a. a. O., S. 1323.
5 Vgl. Kuba: »Wie ich mich schäme«, in: *Neues Deutschland*, 20. Juni 1953.
6 B. Brecht: *Gedichte*, Bd. 7, Berlin und Weimar 1969, S. 9.
7 Vgl. U. Tietz: »Kurze Nachschrift zur ›Großen Ordnung‹ oder: Der hilflose Antistalinismus des Bert Brecht«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 1/2 (1992), S. 145-162.
8 K. O. Hondrich: »Das Volk, die Wut, die Gewalt«, in: *Der Spiegel*, Nr. 1, 4. Januar 1993, S. 30.
9 K. Weiß: »Bürgerbewegung als Erinnerungsverein des Deutschen Herbstes?«, in: *Frankfurter Rundschau*, 2./3. Oktober 1990, S. 26.
10 »Für unser Land«, in: *Neues Deutschland*, 29. November 1989, S. 2.
11 D. Henrich: *Nach dem Ende der Teilung. Über Identitäten und Intellektualität in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1993, S. 75.
12 U. Beck: »Wir leben in einer Phantom-Republik«, in: *Freitag*, Nr. 13, v. 25. 3. 1994, S. 3.
13 Vgl. D. Henrich: *Nach dem Ende der Teilung*, a. a. O., S. 45.
14 J. Habermas: »Der DM-Nationalismus«, in: *Initial. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Heft 4 (1990), S. 351.
15 Vgl. J. Habermas: »Staatsbürgerschaft und nationale Identität«, in: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M., 1992, S. 636.
16 Wenn ich recht sehe, dann liegt dem Protestverhalten der Ostdeutschen, so es nicht einfach durch ideologische Sinnansprüche und die Verklärung der DDR-Wirklichkeit vermittelt ist, eine Verletzung von sozialisatorisch erworbenen Identitäts- und Gerechtigkeitsansprüchen zugrunde, die aus dem Tempo, der Dynamik und der Gestaltung des Vereinigungsprozesses resultiert. Den normativen Kern dieser Identitäts- und Gerechtigkeitsansprüche machen immer wieder Erwartungen aus, die mit der Respektierung der eigenen Würde und Integrität zusammenhängen. Es sind die als moralisches Unrecht wahrgenommenen Verzerrungen und Beschädigungen sozialer Anerkennungsverhältnisse, die jenes Gefühl der sozialen Mißachtung erzeugen, welches heute als »Ostalgie« bezeichnet wird. Vgl. A. Honneth: »Die soziale Dynamik von Mißachtung.

Zur Ortsbestimmung einer kritischen Gesellschaftstheorie.« Antrittsvorlesung am Institut für Grundlagen der Politik der FU Berlin vom 2.11.1993, MS. S. 11f. Eine kritische Zeitdiagnose, die diese Verzerrungen und Beschädigungen sozialer Anerkennungsverhältnisse nicht in den Blick zu bringen vermag und den Ostdeutschen en bloc rückwärtsgewandte Gemeinschaftsorientierungen attestiert, verfehlt daher nicht nur auf der Ebene der Diagnose das Problem.

17 E. G. Mahrenholz: »Das Volk, abgewickelt. Plädoyer für ein Plebiszit über das erneuerte Grundgesetz«, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 4.4.1994, S. 37f.

rowohlts enzyklopädie: Grundlagenwerke für das Studium

538 ★ DM 22,90
öS 179,- / sfr 23,90

Einführung in die Ethik

Unter historischen und systematischen Gesichtspunkten informiert der Grundkurs über Kernfragen der Ethik: Positionen der Tradition und Gegenwart, ethisches Argumentieren, Anwendungen, Berufsfelder und Unterricht.

Leitfaden zur Germanistik

Die Geschichte der Germanistik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart: Neben den Methoden und dem politischen und sozialgeschichtlichen Hintergrund wird auch der institutionsgeschichtliche Rahmen berücksichtigt.

534 ★ DM 22,90
öS 179,- / sfr 23,90

542 ★ DM 34,90
öS 272,- / sfr 35,90

Strukturen aufdecken

Der Band stellt die wichtigsten Teildisziplinen und Forschungsbereiche der speziellen Soziologie dar: Arbeit, Wirtschaft, Technik; Gesellschaft, Staat und Politik; Sozialisation, Alltag und soziale Umwelt; Kultur, Bildung, Religion.

Orientierung in der Vielfalt

Was ist Erziehung und wo findet sie statt? Für wen wird pädagogisch gehandelt und wer wird tätig? In 24 Beiträgen werden die theoretischen Hauptströmungen der Erziehungswissenschaft und der empirische Erkenntnisstand vorgestellt.

531 ★ DM 29,90
öS 233,- / sfr 29,90

rororo

Frank Sieren
Dem Volk trauen?

Über die Urteilskraft ganz gewöhnlicher Jugendlicher

»Wir müssen versuchen, in den Köpfen was zum Rollen zu bringen.« (Mario, 25 Jahre, Berlin[1])

1.

Das deutsche Volk braucht Orientierung. So lautet unverhüllt das Motto, unter dem sich führende Köpfe des Landes auffordern, die Frage nach dem Selbstbewußtsein des Volkes nicht dem gesellschaftlichen Gegner zu überlassen. Mit Einheitsbotschaften im Gepäck besetzten Parteien auf Stimmenfang alte Terrains. Vereinigungen werden gegründet, die sich an historischen Orten treffen und mit »Herz und Hand«[2] über zukünftige Gefühlslagen beraten. Derweil lehnen sich besorgte Nachbarn über den Zaun, wollen erfahren, wohin das Befinden Deutschlands sich neigt. Das macht es nicht einfacher. Vordergründig geht es um die ›Wiederherstellung‹ eines ›normalen‹ nationalen Gefühls, darum, den historischen Rückstand der ›verspäteten Nation‹ aufzuholen, oder konkret darum, rechte Gewalt taktisch zu binden. Manchmal wird auch mit der Angst gespielt, sich vor neuen drohenden äußeren Gefahren schützen zu müssen. Hinter diesem Komplex verbirgt sich jedoch die Frage, woher die Kraft für den anstehenden gesellschaftlichen Wandel kommen soll. Ein Land geht aus dem Ruder. Die ›oben‹ beginnen zu spüren, daß sie ohne die ›unten‹ aufgeschmissen sind, und basteln deshalb an einem inneren Zusammenhalt, der sich auf überkommene Abgrenzungen gegenüber ›außen‹ beruft. Von Ratlosigkeit und Sorge angesichts der heftigen gesellschaftlichen Umbrüche aufgeschreckt, soll das Nationalgefühl bald durch abwägende, bald durch einheizende Parolen noch einmal Aufwind gewinnen: Dem deutschen Volk soll der Nationalstaat »auch noch im nächsten Jahrhundert das Gefühl der Zugehörigkeit und der heimatlichen Geborgenheit vermitteln«.[3] Doch bringt diese Orientierung die Menschen noch zusammen? Taugt das nationale Wir-Gefühl als Motor für gesellschaftliche Reformen? Oder bewegen sich die Etablierten und das Volk hier auseinander?

2.

Mit dem ›gemeinen Volk‹ redet man nicht gern. Auch wenn es sich inzwischen zur »Gesellschaft der Individuen«[4] gemausert hat. Es ist von den Diskussionen der Etablierten weitgehend ausgeschlossen. Nicht nur

die Debatte um das Selbstbewußtsein der Deutschen leidet an einer historischen Gewohnheit. Die Selbstbestimmung des Volkes hat in Deutschland kaum Vorfahren. Das Bismarck-Reich kam von oben, die Demokratie nach 1945, die Einigung '89 wurden nicht durch eine Volksabstimmung bestätigt. Bis heute wird es uns Deutschen verwehrt, per Abstimmung aus dem ›Grundgesetz für das Volk‹ eine ›Verfassung des Volkes‹ werden zu lassen. Das Volk wird nicht gefragt. Vor diesem Hintergrund hat bei Intellektuellen, Künstlern, Wissenschaftlern und Politikern ein altes Gewohnheitsrecht, nämlich das Volk an die Hand zu nehmen, die Jahrhunderte überdauert. Manche wollen, halb warnend, halb resignierend, das Volk vor einem übersteigerten Nationalismus beschützen. Andere konstatieren zu wenig Nationalgefühl, befürchten Verunsicherung. Ihnen ist gemeinsam, daß sie das Volk, die Restgesellschaft, in dieser Frage für nicht souverän halten. Sie sehen, wie mehr oder weniger »sklavisch die größere Masse des Volks an Ketten des Vorurteils und der Meinung gefangenliegt, die seiner Glückseligkeit ewig entgegenarbeiten – daß die reinern Strahlen der Wahrheit nur wenige *einzelne* Köpfe beleuchten«.[5] Nichts Neues seit Schiller, so scheint es. Sich aus historischer Erfahrung klug wähnend, lassen die »Köpfe« das Volk nicht gerne mit einem Feuer spielen, das leicht zu entfachen ist.

3.

Geht es um das deutsche Volk, wuchern die Klischees. Wunschvorstellungen treiben sich herum, Emotionen haben Widerhaken. Sie zerren an uns. Je tiefer man sich verstrickt, desto eher ist man bereit, sich mit allzu einfachen Wahrheiten wie dieser zu begnügen: »Den inneren Zusammenhalt der staatlichen Gemeinschaft dauerhaft zu verbürgen, das vermögen nur die emotionalen Bindekräfte an diese Gemeinschaft – Liebe zur Heimat, Patriotismus und Nationalgefühl« (Wolfgang, 51 Jahre).[6] Dieser Satz eines Etablierten ist zwar verhaltener, erscheint aber ebenso unrealistisch wie der einer Stimme aus dem Volk: »Blödsinn. Für mich gibt es kein deutsches Volk, und wer davon spricht und sich sogar selbst damit bezeichnet, ist ein Idiot« (Tatjana, 18). Als Handlungsanweisung unbrauchbar, erzählen beide Aussagen gleichermaßen unfreiwillig etwas über das sperrige »Innen« des deutschen Volkes, das ein Selbstverständnis schwierig macht. Sie berichten davon, daß es komplizierter ist als bei anderen Völkern, die geschichtliche Vergangenheit zu bewerten und daraus Identität zu gewinnen. Brauchbare Begriffe, die das Volk und dessen Charakter beschreiben, lassen sich schwerer finden. Schon die Worte ›deutsches Volk‹ gehen nicht leicht über die Lippen. »Ich find es schrecklich, den Ausdruck ›deutsches Volk‹, das klingt, als wären keine Deutschen der letzte Dreck« (Diana, 17 Jahre). Noch lange wird dieser Ausdruck mit

der Vergangenheit verklebt bleiben. »Hat einen schlechten Beigeschmack bekommen (Erster und Zweiter Weltkrieg, Nazis, Neonazis). Sonst wäre es ein ganz normaler Begriff« (Claudia, 26).

Doch der Hinweis auf die Geschichte genügt nicht. Worte wie ›Deutsches Volk‹, aber auch schon ›Nation‹ kommen derartig holprig daher, weil sich ihnen neben den spezifisch deutschen Zuständen allgemein gesellschaftliche Veränderungen der westlichen Industriegesellschaften in den Weg stellen. Betrachtet man diese Faktoren genauer, zeigt sich schnell: Das neue Nationalgefühl verläuft entgegen der Richtung des gesellschaftlichen Wandels.

4.

»Sie mißtrauen, lassen sich schnell beeinflussen, denken zu wenig über wichtige Dinge nach, bleiben an Kleinigkeiten hängen, haben wenig Leistungsbereitschaft bei jungen Leuten, aber den Anspruch, Komfort zu halten.«

So beschreibt die 21jährige Berufsschülerin Ruth aus Berlin-Wedding ihr Volk, die Deutschen. Entgegen den ersten Befürchtungen ist nach der Vereinigung der Stolz auf die eigene Nation eher gesunken. Nationalstolz ist sehr viel geringer ausgeprägt als bei den Erwachsenen. Nur ein Drittel der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren sind stolz oder sehr stolz, ein Deutscher zu sein. Bei spontanen Äußerungen zum Stichwort »Deutschland« nimmt der Nationalstolz eine der letzten Positionen ein.[7]

Wirft man einen Blick durch die Ritzen der Demoskopie, werden aus Zahlen Menschen. Die widerstreitenden Gefühlsebenen, in die Jugendliche verstrickt sind, wenn es um das eigene Volk geht, werden sichtbar.

»Ich brauch mal einen Tip«: Anders als ihre europäischen Nachbarn haben deutsche Jugendliche Schwierigkeiten, positive Eigenschaften ihres Volkes zu finden. Sekundärtugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Ordnung werden angeführt, sonst herrscht Ratlosigkeit bezüglich der Wir-Tugenden vor: »keine (aber man muß auch unterscheiden)«, allenfalls ein vorsichtiges »versuchen, gut zu leben« oder »unternehmungslustig?«.

Negative Eigenschaften dagegen kommen im leichten Galopp zu drei, vier Worten. 150 Berufsschülerinnen aus Gesundheitsberufen sammelten ungewollt und trotz vieler Wiederholungen eine erstaunliche Liste von Wir-Lastern zusammen: überheblich, arrogant, unsauber, schmutzig, kompromißlos, streitsüchtig, egoistisch, pöbelhaft, rechtsradikal, ernst, geldgierig, raffgierig, geizig, kaltherzig, hart, stur, störrisch, ausländerfeindlich, mißtrauisch, kinderfeindlich, uneinig, große Klappe, rassistisch, angriffslustig, kapitalistisch, eingebildet, besitzergreifend, selbstmitleidig, selbstherrlich, stressig, feige und dumm. Die vorschnelle

Diagnose scheint einfach: deutscher Selbsthaß. Doch die Warnlampen blinken zu früh. Spricht man sie direkt darauf an, fühlen sie sich dennoch positiv mit ihrem Land verbunden, auch wenn es, wie in diesem Fall, nur für ein fernes ›dort‹ reicht: »Ich bin in Deutschland geboren und möchte dort bleiben. Mir geht es dort gut. Ich stehe zu meiner Nationalität«, meint die 18jährige Sandra, die den Deutschen kurz zuvor noch »übertriebene Konsequenz bis zur Skrupellosigkeit« vorwarf und kaum positive Eigenschaften der Deutschen zu entdecken vermochte. Auf die Frage, ob sie bei einem so negativen Volk lieber die Staatsbürgerschaft wechseln würde, sagt die 23jährige Elke: »Nein. Ich bleibe gerne deutsch. Das hat nichts mit Rassismus zu tun.« Zuvor rügte sie die Deutschen: »Sie lassen sich von der Geschichte negativ beeinflussen, sie sind überheblich, haben keine Kultur, auf die man zurückgreifen kann.« Will man wissen, ob es schwierig ist, solche Widersprüche auszuhalten, lautet die Antwort »Nö«.

Zwar hört man aus den neuen Bundesländern und nicht nur dort Stimmen, die ein Gemeinschaftsgefühl vermissen. Von nachholender und drohender Modernisierung gebeutelt, haben sie das Gefühl, daß »jeder nur noch seins macht«. Doch im großen und ganzen haben sich Jugendliche bequem und wenig hilfsbedürftig in den Widersprüchen ihrer Nationalität eingerichtet, wie der 25jährige Mario, der gerade das Abitur nachmacht:

»Also ich bin schon froh, in Deutschland geboren zu sein.«

Warum?

»Es geht einem doch ganz gut hier. Sozial abgesichert zu sein, ist schon ganz schön.«

Ist es also für dich ein positives Gefühl, Deutscher zu sein?

»Ich bin nicht richtig stolz, doch ich freue mich irgendwie.«

Was freut dich noch daran, abgesehen von der wirtschaftlichen Seite?

»Schwierig. Ich wüßte jetzt nicht. Es gibt negative, aber eben auch positive Charakterzüge an den Deutschen. Die fallen mir jetzt nicht genau ein. Was soll ich dann da sagen? Zum Beispiel: ich kann herumlaufen, wie ich will. Die Leute sind ziemlich offen hier.«

Aber du merkst, daß es eine schwierige Sache mit der Zugehörigkeit zum eigenen Volk oder der Nation ist. Stört dich das?

»Einerseits stört es mich natürlich schon, weil man immer wieder schief angeguckt wird als Deutscher mit der Vergangenheit. In der Schule bekommen wir das immer wieder vorgebraten. Zum Teil so schlecht, daß es einem schon zu den Ohren raus sülzt. Es wird dann langweilig, dieses Wiederkäuen. Das müßte mit mehr Kick gemacht werden. Anderseits, wenn man sich die eigene Vergangenheit immer wieder vor Augen führt, kann man daraus etwas lernen und anderen Leuten was vorleben.«

Statt Selbstmitleid ein positiv gewendeter Selbstzweifel, allen erzieherischen Zumutungen zum Trotz. Die Vergangenheit wird nicht als Last empfunden, die Erneuerungspotentiale dämpft, sondern als Aufforderung, es besser zu machen. Nicht zuletzt, weil dieses Wir-Gefühl nicht mehr so prägend für ihr Fühlen, Denken und Handeln ist, haben die

Jugendlichen ein entspannteres Verhältnis dazu. Das äußert sich auch darin, daß, obwohl vor allem positive Eigenschaften des Volkes nicht präsent sind, kein Bedürfnis nach Hilfestellungen aus allzu berufenem Munde besteht. Demnach wären die Deutschen:

»Friedliebend, freiheitsliebend, leistungsstark, um Gerechtigkeit zumindest bemüht, solidaritätsbereit, tolerant, weltoffen ... unverkrampft.«[8]

»Da ist was dran, aber das gilt auch für andere«, entwindet sich Roger (23) dem Einbindungsversuch.

5.

Im Volk findet sich eine erstaunliche Urteilskraft – Einschätzungen, die keineswegs unqualifizierter erscheinen als jene der intellektuellen und politischen Köpfe. Die Stichproben weisen jedenfalls in diese Richtung, obwohl es um schwierige deutsche Gefühlslagen geht. Aller Orientierungslosigkeit zum Trotz haben manche ganz selbständig ein eigenes Selbstbewußtsein entwickelt, ihren eigenen Weg gewählt. Aber die »Gewalt von rechts«, werden die selbsternannten Volkserzieher einwerfen, eine brandschatzende, entsicherte Jugend und ihr applaudierendes Hinterland zeugen nicht von einem souveränen Volk. Auch das ist eine eigenständige Haltung, gilt es zu erwidern. Aber eben nur eine unter vielen. Die gesamtgesellschaftlichen Proportionen verzerren sich, wenn der Blick allzu fixiert ist auf das Phänomen der »rechten Gewalt«. Zwar dürfen Jugendliche nicht aus den Augen gelassen werden, die auf dem Rücken nationalistischer Tabus, »aus Spaß« sozial schwächeren Außenseitern Gewalt antun. Zumal Symptome an den Rändern der Gesellschaft immer auch auf den Kern verweisen. Doch das ist nur die eine, die selbstzerstörerische Seite. Jeder Umbruch bringt neue zerstörerische *und* innovative Kräfte hervor. Die andere Seite, die innovativen Einstellungen, vor allem bei Jugendlichen, dem zukünftigen Volk, sollten nicht unbeachtet bleiben. Einschätzungen gewöhnlicher Jugendlicher: Krankenpflegerinnen; Bäcker, die umsatteln; Harald, der das Abitur nachmacht. Sehr schnell entdeckt man dabei: Das Volk hat was zu sagen.

6.

Manche kündigen die Verpflichtung aufs Nationale offen auf. Ganz »unverkrampft« weigern sie sich, Zugehörigkeitsgefühle auf das eigene Volk zu beschränken. Ein Monopol wird gesprengt. Ihre Welt ist größer oder kleiner. Sie schlüpfen unter der nationalen Latte durch oder überspringen sie, spiegeln die Individualisierungsschübe der Industriegesellschaft und die Zwänge der Weltgesellschaft wider. Ilona (23) betont den globalen Horizont:

»Ich denke mir, daß Begriffe wie Volk und Nation überholt sind. Die braucht man gar nicht mehr. Ich denke, daß die Begriffe mißbraucht wurden von irgendwelchen politischen Machthabern. Dann wurde gesagt, wir sind eine Nation, ein Volk, um die Menschen für sich einzuspannen, damit die sich abschlachten lassen gegen ein anderes Land. Heute bewegt sich das alles etwas anders, durch die Friedenspolitik. Man arbeitet nicht mehr darauf hin, ein Land zu erobern, sondern man schafft einen Ausgleich zwischen den Ländern ... Außerdem zwingen die Umweltgefahren die Länder, zusammenzuarbeiten ... Trotzdem ist es noch ein Unterschied, ob ich in Deutschland oder Frankreich bin, wo mir bestimmte Lebensgewohnheiten fremd sind. Schon wegen der Sprache. Aber das andere, die Zusammenarbeit ist wichtiger.«

Schutzgemeinschaften, mit denen man sich auf Gedeih und Verderb verbunden fühlte, haben ausgedient. Identifizierungen werden anders gestaffelt. Deutschland hin oder her, das Wir-Gefühl wird schwächer. Der Stolz, zu einer großen Gruppe zu gehören, verblaßt:

»Ich bin in dem Moment stolz, wo ich mich in einer Gruppe befinde, in der ich mich wohl fühle. Aber ich kann mich nicht als stolz bezeichnen darüber, daß ich allgemein deutsch bin. Deutsch wäre mir eine zu große Gruppe. Ich kann mich in einer Gruppe wohlfühlen von vielleicht zehn Mann.«

Aber fühlst du nicht doch Zugehörigkeit zu den Deutschen?

»Tja, man könnte die Gruppe auch größer sehen, eine Gruppe Deutschland, in der sich Deutsche allgemein wohl fühlen. Aber die Eigenschaften der Gruppe auf ein ganzes Land zu beziehen, das fällt mir schwer. Berlin ist schon zu groß, um mich zugehörig zu fühlen. Ich würde nicht einmal sagen, daß ich mich zu Bezirken zugehörig fühle. Ich würde Eigenschaften nicht den Deutschen zuordnen, sondern kleinen Gruppen oder mir selbst. Es gibt Eigenschaften, die mir selbst an mir nicht gefallen. Aber das wird jetzt zu persönlich.«

Die Ich-Wir-Balance von Andreas (22) neigt sich steil zum Ich. Mit seinem Zugehörigkeitsgefühl rutscht er hinab ins Private, in das letzte, unteilbare Ganze: das Individuum. In dieser Gesellschaft der Individuen hat das Volksbewußtsein einen schwachen Stand. Die Bindungen an traditionelle Großgruppen werden vom Eigensinn der Individuen verdrängt. Haltlosigkeit ist zwar ein Umstellungsproblem, aber keine unbedingt dauernde Folge. Die Gesellschaft löst sich nicht auf. Der Individualist ist nicht freischwebend. Die Geschichte seiner sozialen Verflechtungen, in denen er verhaftet ist, sein »Habitus«[9], grenzen ihn ein. Zwar gibt es Überschneidungen, aber letztlich ist der Habitus bei jedem anders, Zugehörigkeitsgefühle sind nur eine labile Konstruktion, Nationalstolz ein Gepäck, mit dem man nicht wendig genug ist als Jongleur seiner Biographie in der »Erlebnisgesellschaft«[10]. Und das, obwohl der Nationalstaat unbestreitbar noch die mächtigste soziale Institution darstellt. Gerade die Tatsache, daß Jugendliche einfach anders fühlen und handeln und somit den Zwängen der einflußreichen Institutionen entwischen, verleiht ihren Äußerungen Gewicht. Sie deuten den sozialen Rahmen an, in dem wir uns künftig bewegen werden. »Ich ordne die Menschen nicht ihren Ländern zu. Ich habe sowieso was gegen Gruppen.

Ich möchte mich nirgendwo einordnen«, bringt die Deutsch-Griechin Hortense (23) ihren Individualismus auf den Punkt.

Einer solchen Gesellschaft ein neues Nationalgefühl aufzudrücken bedeutet, sich der Gefahr auszusetzen, daß sich ein Wir-Gefühl mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum ein weiteres Mal querlegt. Auch wenn emotionale Bindungen der Deutschen noch lange existieren werden: warum sie noch schüren und ohne Not das Risiko eingehen, daß aus der ›verspäteten Nation‹ eine doppelt verspätete wird?

Wirft man zudem einen Blick in die deutsche Geschichte: ein funktionierendes Wir-Gefühl hatten wir nie. Allein der Wunsch danach hat uns vorübergehend in verheerender Weise zusammengeschweißt. Ansonsten sind *Vielfalt* und *Unsicherheit* die Begriffe, mit denen man die Entwicklung der Deutschen beschreiben könnte. Die Tradition der Vielfalt, die immer mangelnde Einheit genannt wurde, läuft nun konform mit den gesellschaftlichen Individualisierungs- und Globalisierungsschüben. Vielleicht ist es für uns deswegen einfacher als für die Nachbarnationen, die europäische Einigung voranzutreiben. Mit der Tradition der Unsicherheit sieht das anders aus: Die Vielfalt hatte ihren Preis: eine kurze demokratische Tradition. Eine stabile Streitkultur hat sich nicht so zuverlässig eingeschliffen wie bei älteren, einheitlicheren Nationen. Unsicherheit entsteht schneller und neigt viel eher dazu, sich gewalttätig zu entladen.

Vielfalt und Unsicherheit, dieses Zwillingspaar der deutschen Geschichte, läßt sich nicht durch ein anachronistisches Nationalgefühl domestizieren. Lenkt man die Entwicklung in diese Richtung, wird der soziale Wandel eher gehemmt. Die Widersprüche der »Etabliertendemokratie«[11] erhöhen wiederum die gesellschaftlichen Spannungen. Gewalt sucht sich ihre nationalistischen Parolen.

Weder auf die konstruktiven noch auf die zerstörerischen Kräfte des Wandels hat es Einfluß, wenn Etablierte wie Richard (74) mit »Goethes Suche nach Erkenntnis« und »Schillers Quellen der Ideale« locken, die der deutschen Nation »Würde und Identität«[12] verleihen. Die Dichter und Denker haben ausgedient, sind mit einem Wort vom Tisch: »Die anderen haben auch Genies.« Heiterkeit gar löst Kurt (64) mit der Feststellung aus, die »Kraft der nationalen Gemeinsamkeit« bestehe darin, daß man nach der Maueröffnung beim Überschreiten der Grenze im gleichen Kulturraum blieb:

»Der Besuch des Merseburger Doms konnte in uns ein ebenso kulturelles und historisches Echo auslösen wie der Besuch des Doms in Aachen oder Speyer.«[13]

»Wieso denn das? Wenn ich auf das Straßburger Münster raufsteige, dann denke ich nicht: was die Franzosen hier Tolles gebaut haben! Sondern ich denke: was konnten die früher schon so riesige Kirchen bauen. Wer das war, ist mir egal.« (Sven, 23)

7.

In dem imaginären Dialog zwischen den Alten und den Jungen glauben die einen für andere zu sprechen, die anderen sprechen nur für sich:

»Wir stehen vor der Aufgabe, das Gedächtnis der Nation zu revitalisieren und zu helfen, daß wir Deutschen die richtigen Lehren aus der Geschichte ziehen.« (Helmut, 75)[14]

»Das ist doch künstlich gemacht worden, dieses Nationalgefühl. Jetzt besinnt man sich zurück und sagt, seht doch, wie schön das alles war, als wir uns zusammengehörig gefühlt haben.« (Manja, 21)

Es muß uns gelingen, »uns wieder auf die Grundlagen unserer nationalen Gemeinschaft zu besinnen, diese nationalen Grundlagen neu mit Leben zu füllen.« (Wolfgang, 51)[15]

»Ich finde das unsinnig. Die Leute da oben müßten von der Bildfläche verschwinden. Was die starten, ist vollkommen am Thema vorbei. Das Nationalgefühl kann ich nicht dadurch erreichen, daß ich in den Schulen andere Dinge lehre. Oder irgendwelche Projekte starte. Da müßten sich ganz andere Sachen ändern.« (Mario, 25)

Der Ton wird ruppiger. Die *Politik der gleichen Urteilskraft* wird eingeklagt. »Ich habe eine eigene Lösung«, lautet ihr Credo. Eine Politik, die darauf baut, daß Menschen in der Lage sind, an ihren jeweiligen gesellschaftlichen Orten Probleme und Entwicklungen realistisch einzuschätzen und unwillkürlich Kursänderungen vorzunehmen. Eine Politik, die Politiker und Institutionen zwingt, sich derartigen Reformen von innen und unten zu öffnen.

Die Urteilskraft ist soziologische Wirklichkeit. Indem man eine alltagssprachliche Möglichkeit findet, existiert sie auch schon, stellt sich gleichberechtigt neben viele andere »Erfindungen des Politischen«.[16] Das Selbstbewußtsein der Menschen muß nur entsprechend verstärkt werden. Was die einen schon als Demokratisierung des Politischen erleben, beklagen die anderen noch als Verfall der Autoritäten.

Die Institutionen und ihre starren Regeln hingegen sind noch widerspenstig. Politikverdrossenheit drückt demnach nicht Verdrossenheit gegenüber dem Politischen aus, sondern Unmut gegenüber Institutionen, die über keine Synapsen verfügen, an denen sich die *gleiche Urteilskraft* zum Austausch andocken könnte.

Sosehr sich die Etablierten gegen die Erfindungen der Do-it-yourself-Politik wehren, es hilft nichts. Wir sind gleicher geworden. Die Autorität der Autoritäten ist im Moder der »Subpolitik«[17] versackt, der Gesellschaftsvertrag aufgekündigt. Die Zuständigkeiten werden neu ausgehandelt. Nicht nur der Spielverlauf, sondern die Spielregeln ändern sich. Die *Politik der gleichen Urteilskraft* kann uns im »Zeitalter des Umbaus« durch die Möglichkeit, etwas gemeinsam zu verändern, sich in wechselnden Koalitionen aneinander zu binden, sinnvolle Orientierung bieten. Während sich die einen ein Nationalgefühl für alle überlegen, hat jeder schon sein eigenes oder eben keins. Mikro-Lösungen werden erfunden, vielschichtige Wir-Gefühle koordiniert. Die Gedanken der redlichen Na-

tionalen dagegen kreisen wie in einem Trichter. Trotz aller europäischen Ausrichtung, aller Abschwächungen werden die Schleifen immer enger, kommt unten ein alter, tiefsitzender, aber unerfüllbarer Wunsch heraus. Helmut (75) spricht von der »seelischen und politischen Notwendigkeit« eines Nationalbewußtseins.[18] Geht es nach Wolfgang (51), »müssen wir zur inneren Einheit finden«. »Wir können nicht darauf verzichten, selbst wenn wir es wollten«, beteuert Richard (74).[19] Hans-Hubert besteht gar auf der »verdammten Pflicht, fürs Vaterland zu kämpfen«.[20] So klingt der ferne Ruf der Zurückgebliebenen den längst Davongezogenen nach, die ein wenig Mitleid hinterlassen: »Das hat so sehr mit ihrer Vergangenheit zu tun. Und jetzt kommen sie nicht davon weg« (Anja, 22). Doch die Kräfte der Veränderungen werden stärker als die Kräfte des Beharrens, neue Koalitionen der Urteilskraft bilden sich:

»Es ist überhaupt die Frage, ob es was bringt, ein Nationalgefühl von oben zu machen. Von oben herab bringt das nichts. Statt dessen müssen sich viele Leute in kleineren Gruppen zusammenschließen. Auch zwischen den Ländern. Wir müssen versuchen, in den Köpfen was zum Rollen zu bringen.« (Mario, 25)

»Es gehört zu unserer ureigensten Natur, Anfangende zu sein und deshalb während unseres ganzen Lebens Anfänge zu schaffen.«[21]

Die *Forderungen der gleichen Urteilskraft* sind nichts Neues in der Geschichte. Sie gehören gewissermaßen zu unserer zivilisatorischen Grundausstattung, auch wenn sie unter manchen kulturellen Bedingungen besser gedeihen als unter anderen. Im Vorfeld einer wichtigen politischen Erfindung, des Nationalstaats, kann man sie bei unseren Nachbarn, den Franzosen entdecken. Es ist ein Blick ›Zurück in die Zukunft‹.

8.

»Er faselt mit einer Geistesgegenwart, die mich erstaunt«[22], bemerkt ein Kommissar, der 1746 einen Mann aus dem Volk, den Zuckerbäcker Pauquet verhört. Noch einige Jahre zuvor war es unvorstellbar, daß ein Untertan überhaupt in der Lage sein könnte, hellsichtig über Belange eines gottgegebenen Königs zu urteilen. Anhand solcher Äußerungen aus dem 18. Jahrhundert hat Arlette Farge eindrucksvoll dargestellt, was passiert, wenn im haltlosen Geschwätz des Volkes plötzlich neue, ganz eigenständige Positionen auftauchen, wenn das Gebrabbel an Urteilskraft gewinnt, wenn Dahergesagtes sich zunehmend behauptet, aus dem Status des Kurzlebigen und Willkürlichen heraustritt und zum Standpunkt wird. Eine zunächst unverständliche, zunehmend bedrohliche Entwicklung für die Etablierten und ihren Staat. Allen historischen Unterschieden zum Trotz sind die Parallelen zu heute bezüglich der *Politik der gleichen Urteilskraft* offensichtlich.

»Die Spitzel sind erstaunt. In ihren Berichten äußern sie Verwunde-

rung und Beunruhigung über ein ›Denken‹, das jedermann zugänglich ist, und über bislang ungewohnte Ausdrucksformen. Verwundert sind sie auf doppelte Weise: es erscheint ihnen außerordentlich, zu hören, wie Leute ›aus dem gemeinsten Volk‹ fortwährend und kühn Partei ergreifen; fassungslos sind sie aber auch über die Hartnäckigkeit der bekundeten Überzeugungen und über die Wohlbegründetheit der Argumente.«[23] Ein Beispiel: Weil das Volk mit einer Maitresse Ludwigs XV. nicht einverstanden ist, gebiert die Gerüchteküche von Paris die unerhörte Idee, den König zu strafen. Man redet darüber, Wahrheit und Lüge sind nicht zu trennen, aber es kommt zu einer diffusen Kollektiventscheidung: Den König ignorieren, wenn er nach Paris kommt! Und wirklich: »Nur aus den Kutschen seines Geleits ... ertönt der Ruf ›Es lebe der König!‹, während sich an den Fenstern kein Mensch blicken läßt, nicht einmal die Lichter sind zu sehen. Um elf Uhr abends schläft Paris, sogar die Tuilerien sind erloschen, ›als wäre der König nicht gewesen‹.«[24]

Heute wie früher versagt das Volk den Regierenden seine Zustimmung. Je weniger sich seine aus Bedürfnissen gewachsenen politischen Erfindungen mit dem Status quo decken lassen, desto mehr macht sich Verdrossenheit breit, werden die Pflichten eines Bürgers beziehungsweise eines Untertans verweigert: Man geht nicht wählen oder bereitet dem König keinen gebührenden Empfang. Heute wie damals ging es um die Lasterhaftigkeit der Herrschenden, damals um die Liebesaffairen, Inzest, Entführungen, heute um unbezahlte Friseurrechnungen, Dienstwagen, zu hohe Gehälter, Verstrickungen mit der Wirtschaft. Hinter den Vorwürfen verbirgt sich das Gefühl, keine Zugriffsmöglichkeit zu haben:

»Das sind so Brüder, wo ich mir auf jeden Fall denke, wenn die sich was ausdenken, das ist mir unangenehm. Das geht in die alte miefige Richtung. Künstlich ein neues deutsches Nationalgefühl zu schaffen, ist glaube ich unmöglich.« (Mario, 25)

»Dieser König ist eine Schande für ... die Nation, und er würde sich selbst als Schande empfinden, wäre er nur dazu fähig.«[25]

Was ist passiert, heute wie damals? Ohne daß dies für die politischen Akteure selbst zunächst erkennbar ist, prallt das Gewöhnliche, das Flüchtige, das Gewirr von Wahrheiten und Gerüchten anders zusammen. In unterschiedlichen sozialen Kontexten, aufgeladen von unzähligen Interessenlagen, bilden sich noch labile, aber schon eigensinnige Koalitionen, verstreute Nester neuer Haltungen, Erfindungen, die sich zunehmend miteinander vernetzen, zu eigenständigen Konstruktionen zusammenfügen und sich schließlich dem politischen System, den Institutionen und seinen Führern offen und selbstbewußt entgegenstellen.

Im 18. Jahrhundert griff dieser Virus der Urteilskraft, intellektuell geschürt, auf die Institutionen über, sprengte sie in der Französischen

Revolution und öffnete unter großen Opfern die Möglichkeit zur Etablierung eines bis dahin ungeahnten Systems, des Nationalstaats.

Woher nehmen wir die Gewißheit, daß wir am Ende des 20. Jahrhunderts gegen einen ähnlichen Verlauf gefeit sind, daß unsere demokratischen Institutionen sich als elastisch genug erweisen, den veränderten Bedürfnissen des Volkes zu genügen? Nicht sehr viel spricht dafür, daß die Errungenschaften der Moderne uns wirkungsvoll vor abrupten Entwicklungsschüben schützen, vor gewalttätigen und unkontrollierbaren Umbrüchen, die uns in eine neue Sphäre des Politischen treiben, mit völlig anderen Institutionen und einer neuen Vorstellung von Volkssouveränität. Doch die »Ambivalenz der Moderne«[26] zeigt uns, daß auch *Erfindungen der gleichen Urteilskraft* keine Allheilmittel dagegen sind. Das Risiko: Jeder hat die Möglichkeit, sich mittels seiner Urteilskraft eines politischen Vakuums zu bemächtigen. Was es bedeuten kann, eine eigene Lösung zu finden, sehen wir gegenwärtig unter dem Stichwort »rechte Gewalt«. Dem Volk trauen, bedeutet immer einen Griff ins Gestrüpp. Doch es winkt die Chance, Taugliches für den gesellschaftlichen Wandel zu finden. Der Umbau der Gesellschaft orientiert sich so eher an den Bedürfnissen der Menschen. Die Widersprüche zwischen den Etablierten und dem Volk, die sich in unkontrollierten Umwälzungen entladen können, werden geringer. Viel mehr ist erst einmal nicht zu machen. Denn neue Antworten stellen neue Fragen.

Anmerkungen

1 Vielen Dank den Schülerinnen des Oberstufenzentrums Gesundheit in Berlin (und Uli Böbel) sowie einer Klasse des Berlin Kolleg (und Veronika Mayer-Langenheim), die meine Fragen beantwortet haben. In beiden Einrichtungen werden ost- und westdeutsche Schüler unterrichtet.

2 So Richard von Weizsäcker bei der ersten Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung im deutschen Nationaltheater in Weimar.

3 Wolfgang Schäuble: »Die innere Einheit der Nation als Aufgabe der Politik«. Vortrag bei einem Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung zur deutschen Einheit, Bonn 15. 4. 1994.

4 Norbert Elias: *Die Gesellschaft der Individuen*, Frankfurt a. M. 1991.

5 Friedrich Schiller, »Was kann eine gute stehende Schaubühne eigentlich wirken?«, in: *Sämtliche Werke*, ed. Fricke/Göpfert, München 1959, Bd. 5, S. 828.

6 Wolfgang Schäuble, a. a. O.

7 Ministerium für Gleichstellung von Mann und Frau des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): *Rechtsextremismus und Gewalt. Affinitäten und Resistenzen von Mädchen und jungen Frauen*. Vorgelegt von Hilde Utzmann-Krumbolz (polis), Düsseldorf 1994, S. 26. Es wurden Männer und Frauen befragt.

8 Roman Herzog: Ansprache nach der Wahl zum Bundespräsidenten, Berlin 24. 5. 1994.

9 Pierre Bourdieu: *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt a. M. 1982.
10 Gerhard Schulze: *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1992.
11 Wolfgang Engler: »Die Etabliertendemokratie«, in: S. Unseld (Hg.): *Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland*, Frankfurt a. M. 1993.
12 Richard von Weizsäcker: Ansprache zur ersten Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung, Weimar 21. 4. 1994.
13 Kurt Biedenkopf: Ansprache zur ersten Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung, Weimar 21. 4. 1994.
14 Helmut Schmidt: Ansprache zur ersten Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung, Weimar 21. 4. 1994.
15 Wolfgang Schäuble, a. a. O.
16 Ulrich Beck: *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a. M. 1993.
17 Ulrich Beck, a. a. O.
18 Helmut Schmidt, a. a. O.
19 Richard von Weizsäcker, a. a. O.
20 Berti Vogts über seine Spieler, *Die Zeit* Nr. 23, 1994, S. 2.
21 Hannah Arendt: *Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie*, München 1982.
22 Arlette Farge: *Lauffeuer in Paris. Die Stimme des Volkes im 18. Jahrhundert*, Stuttgart 1993, S. 310.
23 Ebenda, S. 43.
24 Ebenda, S. 176.
25 Ebenda, S. 256.
26 Zygmunt Bauman: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992.

Cora Stephan
Deutsche gerontokratische Republik

1. Die Deutschen leben

Haben die denn keine Schule mehr? Kein Zuhause? Keine Arbeitsstelle? Keine benevolente Verwahranstalt? Wer so fragt beim Anblick jener Gruppen Jugendlicher, die sich, im öffentlichen Raum strategisch plaziert, mit Bierdosen und kläffenden Kampfhunden bewaffnet dem treuen deutschen Normalbürger in den Dienstweg zu lümmeln pflegen, ist, gottlob, längst jenseits der 30 und kann aufatmen: solche da werden auch mal älter. Und reifer. Und insofern: immer weniger.

Müssen die denn ihre Schrottkisten mit 100 Sachen durch den historischen Dorfkern prügeln? Musik voll aufgedreht? Omas (Frauen über 40) scheuchen? Wer so fragt, verhält sich alterskonform, er gehört nämlich nicht mehr dazu, zur deutschen Jugend – und wird gerade noch ein Achselzucken erübrigen für die Holzkreuze mit Plastikblumen, die Deutschlands Landstraßen säumen. Solche da werden immer weniger, denn sie werden nicht nur aus der demographischen Kurve geschleudert, sondern pflegen sich auch noch gänzlich freiwillig scharenweise mit ihren Kisten (und bei voll aufgedrehter Stereoanlage) um die Chausseebäume zu wikkeln – nach Discobesuch und viel Bier. Und meistens gottlob erst dann, wenn unsereins (43) schon im Bett liegt.

Müssen die denn mit ihren Kinderwagen den ganzen Gehsteig versperren, so daß wir, die wir zu tun haben, in die Hundehaufen tappen? Können die ihre Blagen nicht besser erziehen? Ans Gängelband nehmen? Mit Valium ruhigstellen? Zu Hause lassen? Wer so fragt, hat selber keine und wird auch solche da nicht mehr in die Welt setzen. Er ist mitverantwortlich fürs mähliche Verschwinden der Jugend aus unser aller Gesichts- und Ohrenkreis, fristet als womöglich gar Doppelverdiener ein unverdient unstrapaziöses Leben und zahlt noch nicht einmal Strafsteuer für die Tatsache der Kinderlosigkeit, wie die Advokaten jener Großfamilien zu fordern nicht innehalten, deren Abkömmlinge neuerdings gern porträtiert werden: als großäugig-anklagend in Richtung Linse blickende Vertreter einer aussterbenden Spezies.

Ja, es stimmt. Das deutsche Kind, der deutsche Jugendliche stirbt aus.

Soweit die guten Nachrichten. Die schlechten: Der Deutsche jenseits der 21 will und will nicht ins Gras beißen und wird statt dessen älter und älter und älter. Steht, mit Krückstock und Hund bewaffnet, dem strebsamen Mittelalter im Weg herum. Versperrt als Tortenmutterschiff mit Gleichgesinnten schwatzend den Gehsteig. Brüllt mit äußerster Lautstärke, weil das Hörgerät wieder einmal zu Hause liegengeblieben ist – und schlägt harmlosen Jugendlichen den Gameboy aus der Hand oder den Diskman vom Ohr. Fährt auf der Autobahn mit 80 und links. Und wählt notorisch die falschen Leute in den Bundestag. Die Deutschen sterben aus? Von wegen. Sie leben!

Wer oder was das Volk ist, hängt, das wird jedem mit einem gesunden Schatz an Vorurteilen einleuchten, nicht zuletzt vom Lebensalter derer ab, die kraft Mehrheit oder Macht in diesem Land das Sagen haben oder doch wenigstens das Bild der Gesellschaft dominieren. Ob es die unschuldigen Kindlein sind, die die Öffentlichkeit eines Landes prägen, oder schwärmende Teenager und randalierende Halbwüchsige, arbeitslose Jungakademiker, lernwillige Auszubildende oder saturierter Mittelstand; ob das alte Mütterlein durch das Weichbild der Städte stapft oder der gütige Großvater, der drahtige Endfünfziger oder die verwitwete Karrierefrau unbestimmten Alters – das jeweils muß eine Gesellschaft zeichnen, in der die Mehrzahl ihrer Bürger aller Altersklassen davon überzeugt ist, daß jedem Lebensalter auch bestimmte Charaktereigenschaften zugeschrieben sind. Wie also steht es um die Deutschen?

2. Die Deutschen altern

Wer heute geboren wird – und das geschieht noch, wenn auch mit stetig abnehmender Häufigkeit –, hat eine Lebenserwartung von gut 72 Jahren, wenn er ein Mann, und von 79 Jahren, wenn sie eine Frau ist. Männer, die heute schon 65 Jahre alt sind, können noch mit gut 14 Jahren Lebenszeit kalkulieren, gleichaltrige Frauen sollten bei der Rücklagenbildung auch noch den 82. Geburtstag bedenken. Das ist, was Revolutionen betrifft, eine wirklich welterschütternde Umwälzung: die Lebenserwartung von Menschen in den Industrieländern der Welt, in Europa, in den USA, in Japan, hat sich seit der Jahrhundertwende fast verdoppelt. Auch das hat Anteil an der Explosion der Weltbevölkerung, weshalb man es schon für naturwüchsig waltende Weisheit halten muß, daß in den Industrieländern als Ausgleich seit der Jahrhundertwende die Reproduktionsrate zurückgegangen ist – und seit der Pille weit heftiger noch, als nötig wäre, um die Bevölkerungsgröße konstant zu halten.

Um das zu veranschaulichen, greifen Denker und Deuter gerne zum

Bild der Bevölkerungspyramide, die mittlerweile auf dem Kopf stehe und zum Pilz bzw. zum Baum mit Waldschaden geworden sei: oben, an der Spitze, bei den Alten, dünnt es sich nur zurückhaltend aus, und von unten, bei den Jungen, wächst nichts nach.

Die Zahlen über die sich verändernde Relation zwischen Jungen und Alten in der deutschen Gesellschaft sind in der Tat bizarr. Wer eine Ahnung davon gewinnen will, wie man in Deutschland zur Zeit der Reichsgründung 1871 fühlte, muß berücksichtigen, daß damals 10 alten Menschen über 65 Jahre um die 100 junge Leute unter 20 gegenüberstanden. Der Sturm und Drang der Jugend hat Deutschland und Europa geprägt – im Falle der deutschen Jugend nicht gerade zum besten anderer Völker, weshalb wir aufatmend festhalten, daß von drängender Jugend gerade noch um 1950 die Rede sein konnte, als auf 10 über 60jährige noch 22 unter 21jährige kamen. Zwanzig Jahre später war die Relation 10 zu 16, wieder zwanzig Jahre später 10 zu 11. Heute herrscht Gleichstand. Und im Jahre 2030 werden auf 10 ältere Menschen wohl gerade noch 6 Kinder und Jugendliche kommen. Zu diesem Zeitpunkt wird es auch einen signifikanten Bevölkerungsrückgang geben, sofern er nicht durch kräftige Zuwanderung aufgehalten wird.

Und schon wird uns der Gleichmut plausibel, mit dem Politiker den Mangel an Kinderhorten und an Lehrern oder die aus allen Nähten platzenden Massenuniversitäten betrachten: Warum jetzt investieren, wenn sich die Dinge doch demnächst mangels Masse von selbst regulieren? Denn eines ist gewiß: der Trend ist nicht umkehrbar, höchstens wenn sich alle gebärfähigen Frauen zwischen 15 und 45 zusammenrotteten und mit ihrer geballten Kraft von 12 026 200 Leibern zur Reproduktion schritten – was ziemlich unwahrscheinlich ist, weshalb allerhand Appelle an die egoistischen Doppelverdienerinnen der Republik fehlgehen. Sie verhalten sich nicht nur, was die Wahrung der eigenen Interessen betrifft, rational – sie erwerben Rentenanwartschaften –, sondern auch in bezug auf die Weltbevölkerung, die sich zwar mit abnehmender Rate, aber noch immer auf so hohem Niveau vermehrt, daß sie sich demnächst ein drittes Mal in diesem Jahrhundert verdoppelt haben wird.

3. Das Alter ist ein Weib

Wer also sind diese Deutschen, die immer älter werden und immer weniger Kinder kriegen? Auch hier gibt das *Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland* erstaunliche Informationen preis. Während junge Männer derzeit fürchten müssen, keine gleichaltrige Frau mehr zu finden, zumal ja auch die älteren Männer gerne mit dem Ausweis des

guten Charakters, vulgo der gepflegten Brieftasche, in den Gefilden der jüngeren Generationen zu wildern pflegen, kehrt sich die Sache jenseits der 60 erst leicht, später massiv um. Das Alter ist, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, weiblich: auf 100 Männer über 60 Jahre kommen 163 Frauen. Drastischer noch: zwei Drittel der zwischen 65 und 75 Jahre alten Personen sind Frauen, jenseits der 75 sind es schon drei Viertel. Fünfmal mehr Frauen als Männer erleben ihren 95. Geburtstag.

Die alten Frauen der Republik liegen dabei keineswegs mehrheitlich auf den Intensivstationen oder dämmern in Altenheimen vor sich hin – die alten Männer erst recht nicht, denn sie sterben galanterweise rechtzeitig und unter Inanspruchnahme ihrer Ehefrauen, ohne also der Allgemeinheit groß zur Last zu fallen. Die meisten Pensionärinnen bevölkern allein oder mit Pudel und Kater ihre preisgünstigen, weitläufigen und besonders familienfreundlichen Wohnungen – nur, um mal den Generationenhaß so richtig zu entfachen. Wobei die Forderung »Ausziehen!« nichts nutzt: die alten Damen in den großen Altbauwohnungen der Städte verhalten sich keineswegs starrsinnig, sondern rational. Als Mieterinnen seit Olims Zeiten bezahlen sie nunmal meistens einen Mietzins, der Welten unter jenen Normalmieten liegt, die heute für weit kleinere Wohnungen fällig sind. Warum also ausziehen und auch noch den gewohnten Lebensumkreis verlieren? Das Phänomen, daß in den großen Städten die Zahl der Einpersonenhaushalte bereits bei fast 50 Prozent liegt (bei Gemeinden mit um die 100 000 Einwohnern machen sie ein Drittel aller Privathaushalte aus), verdankt sich also nicht nur der Masse der gutverdienenden männlichen Swinging Singles, sondern vor allem den älteren Frauen, die jenseits der 65 über 80 Prozent der Einpersonenhaushalte dieser Altersklasse darstellen. Sie verzehren dort keineswegs überwiegend karge Sozialhilfe, sondern stehen sich mit selbsterworbenen Renten oder Witwenbezügen mehrheitlich eher gut. Es dürfte noch nie eine Rentnergeneration gegeben haben, die es sich so nett einrichten konnte wie die gegenwärtige – eine Rentnerinnengeneration, die nicht daran denkt, in Sack und Asche zu gehen und sich sozial unsichtbar zu machen, sondern die in knallengen Radlerhosen und grellfarbenem Joggingdress die Küsten klimatisch angenehmer Zonen bevölkert.

Das erzeugt immer wieder ungute Gefühle. Bei allem Verständnis dafür: dieser Altenhaß geht nicht immer die politisch korrekten Wege.

Exkurs: Die Rentnerinnenlüge

Daß es die Jugend sei, die mit ihren Beiträgen in die Solidarkassen der Arbeitnehmer die unnützen und vergnügungssüchtigen Alten durchzu-

füttern hätte – vor allem jene unwürdigen Greisinnen, die sich noch nicht einmal um ein Viertel Mutterkreuz bemüht haben –, ist ein beliebter Aufschrei jener Trendfabrikanten, die uns einen »Krieg der Generationen« prognostizieren. Bevor wir uns den wirklich abscheulichen Seiten *aller* Altersgruppen in gerechter Gleichmäßigkeit zuwenden wollen, sei auf die »Rentenlüge« gesondert eingegangen, die, um es vorwegzunehmen, ebenso durchdacht und vor allem sachdienlich anmutet wie die ominöse »Strafsteuer für Kinderlose«, aber aufs beste geeignet ist, anstelle des uns allen irgendwie fehlenden Klassen- und Geschlechterkampfes den Generationenkampf zu schüren.

Richtig ist: Das deutsche Rentensystem basiert auf dem sogenannten Generationenvertrag, was heißt, daß mit den Beiträgen in die Solidarkasse Rentenversicherung kein dem einzelnen Einzahler zurechenbarer, bestimmter Betrag angespart wird, sondern daß die laufenden Renten unmittelbar aus den laufenden Beiträgen gezahlt werden. Der Gedanke, der hinter diesem Konzept steht, hat den Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Nachkriegsbundesrepublik Deutschland entscheidend bestimmt: er hat die Rentnergenerationen an dem damals noch stetig wachsenden Reichtum der Gesellschaft beteiligt, die Rentenhöhe am aktuellen Lebensstandard orientiert und die Folgen der Wechselfälle des Lebens, wie sie insbesondere die Kriegsgenerationen erlebt hatten, durch Umverteilung auf die Solidargemeinschaft für die Einzelnen gemildert. Ein gewaltiges Frustrations- und Armutspotential ist damit aus der Welt geräumt worden – mit dem Ergebnis, daß bundesrepublikanische Rentner heute, zumal sie im Westen zumeist auch noch privat etwas dazugespart haben, ein überwiegend sorgenfreies Leben führen können, von Arbeit befreit und materiell unabhängig, unabhängig auch von Versorgungsansprüchen an die eigenen Kinder. Im Gegenteil: die und deren Kinder profitieren meist noch von den Ressourcen der sparsamen Älteren.

Das hat es in der Geschichte der Menschheit historisch in diesem Ausmaß noch nicht gegeben, und so wird es sicher auch nicht bleiben. Denn um den künftigen Ansprüchen einer in der Tat wachsenden Zahl von Rentenanwärtern begegnen zu können, zumal all derer, die schon mit 55 in den Vorruhestand geschickt werden, aber eine weitere Lebenserwartung von 20, 25, ja 30 Jahren haben – um diesen »Rentenberg«, wie der technische Terminus mit unnachahmlicher Sensibilität heißt, zu bewältigen, muß es genügend Beitragzahler geben, deren Beiträge möglichst auch noch gehörig groß sein sollen. Das aber hängt nicht von der Zahl der Erwerbs*fähigen* ab – die sinkt in der Tat mit dem Sinken des Anteils der 15- bis 65jährigen –, sondern von der Zahl der tatsächlich auch Erwerbs*tätigen*. Wieviele Menschen in einer gegebenen Gesell-

schaft erwerbstätig sind, hat also nichts mit der Fruchtbarkeit der Frauen zu tun, sondern mit der Anzahl der für die Beiträge relevanten Arbeitsplätze, kurz: mit dem Ausmaß der strukturellen Arbeitslosigkeit und mit dem Wirtschaftswachstum. Kritisch wird die Sache dann, wenn, wie wohl vorauszusetzen ist, kein neuer Wirtschaftsboom ins Haus steht, der Arbeitslosigkeit abzubauen und Beiträge wachsen zu lassen verspricht. Für die Rentenkassen ist egal, ob überwiegend junge Leute in sie einzahlen oder Zuwanderer oder Frauen über 40 oder all jene, die heute in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand geschickt werden.

Daß es die jungen Leute seien, die von den gesellschaftlich schlecht gestellten Familien erzeugten künftigen Arbeitnehmer, die den satten, faulen, egoistischen Rentnerinnen den unnützen Lebensabend erwirtschaften müßten, ist also schlicht gelogen. Daß eine Reform des Rentensystems not tut und individuelle Formen der Alterssicherung wichtiger werden, ist indes richtig. Am wichtigsten aber wäre die unideologische Diskussion einer ja immerhin erstaunlichen Tatsache, daß Menschen heute in ihrer Mehrheit nicht nur sehr alt werden, sondern daß sich auch die Qualität der zusätzlich gewonnenen Lebensjahre unglaublich verbessert hat. Vielleicht sollte man das endlich einmal positiv bilanzieren, ohne vom Jugendwahn gleich ins extreme Gegenteil überzugehen, zur Verkitschung des Älterwerdens à la »Endlich über 80«.

Man weiß heute, daß das höhere Lebensalter keine Einbußen geistiger Funktionen mit sich bringen muß und daß auch ein Abbau physischer Kapazitäten keineswegs unausweichliches Schicksal ist. Lernfähigkeit ist keine Frage des Alters, sondern der Einstellung. Wäre die Personalpolitik unserer Betriebe nicht beherrscht von einem brachialen Jugendlichkeitswahn, der dazu führt, daß die Human Resources in Windeseile ausgenutzt und ersetzt werden, statt sie über Jahrzehnte hinweg zu pflegen, wäre einiges an Luft raus aus der aufgeladenen Debatte um den Krieg der Generationen.

4. Die Jugend, ach! die Jugend

Mal ehrlich: wer will denn, wenn er endlich über 40 ist, schon noch 20 sein? Sich nachts in verräucherten Kneipen den Teint ruinieren und in Discos das Trommelfell? Dauernd Liebeskummer haben oder Prüfungsangst? Sich große Gedanken machen müssen über den Untergang des Globus oder über den bewaffneten Kampf für das Gute in der Welt? Genußgifte in sich hineinschaufeln wie blöd: Rauchen! Saufen! Kaffee trinken und Currywurst essen! Wie geisteskrank Auto fahren! Schweiß-

nasse Hände haben vor Verlegenheit! Das Risiko suchen und die Herausforderung! Maulfaul und unhöflich sein! Beziehungsdiskussionen führen! Sich mit Ausländern prügeln! Von den meisten Dingen keine Ahnung haben! Zur Fremdenlegion gehen! Sich vorm Älterwerden fürchten!

Nein, ihr lieben jungen Menschen: das will man, wenn man Glück hat, schon ab 35 nicht mehr. Und ab 40 schlägt die Vernunft dann gnadenlos zu: mit der ersten Lesebrille wird die letzte Kippe geraucht und der Vertrag mit dem nächstgelegenen Fitneßstudio unterschrieben. Unweigerlich. Und die Weltverbesserung der Jugend überlassen.

Also, wo ist der Sinn oder auch nur der Vorteil des Jungseins? Eben. Weshalb dieser Phase im Leben eines Menschen Nachsicht, aber kein besonderes Privileg gebührt. Es ist, tatsächlich, so, wie man es gerade in jüngeren Jahren nicht wahrhaben will: manche Lebensregung ist alterskonform. Die meisten Menschen über 40 werden unweigerlich abgeklärter, langweiliger und berechenbarer. Manche auch erträglicher. Wild wird das Leben erst wieder jenseits der 70, weshalb sich die älteren mit den jüngeren Generationen meistens ganz prächtig verstehen.

Ist also die Welt eine andere, wenn sie weniger jugenddefiniert ist? Friedlicher, zum Beispiel? Idealistisch gestimmte junge Menschen werden das natürlich nicht glauben, aber ein Beispiel aus den USA ermöglicht einen solchen natürlich perfiden Schluß. Sun City in der Nähe von Phoenix (Arizona) ist eine Stadt der Ruheständler, eine Oase und ein Ghetto der wohlhabenden pensionierten Amerikaner. Die Kriminalitätsrate geht gegen Null. Der Leiter der freiwilligen Schutztruppe erklärt dieses Phänomen wie folgt: »Wenn wir bei Einbruch der Nacht einen jüngeren Menschen sehen, ist es entweder ein Enkel oder ein Einbrecher. Wir fragen dann in der Regel nach, zu welcher Kategorie er gehört.« (Zitiert bei Brauchbar/Heer, S. 216)

Die Jugend also das Reich der Kriminalität, des Drogenmißbrauchs und der Gewalt? Nun, die ausländerfeindlichen Ausschreitungen der letzten Jahre legen auch dieses nahe: die höhere Bereitschaft Jüngerer, Konflikte handgreiflich auszutragen. Die Älteren bewegen ihre Hände nur zum Klatschen ... Eine ebenso unzulässige Verallgemeinerung? Natürlich. Indes: unsere heutigen Alten haben eine nachgewiesen höhere Neigung, Asylbewerber für ein besonders großes Problem zu halten, als der Rest der Bevölkerung (*Die Älteren*, S. 61). Vielleicht wird ja alles, alles besser, wenn unsereins in die Jahre kommt ...

Die einen prügeln sich, die anderen lassen prügeln. Womit wir bei einem uralten Problem eines uralten Kriegs zwischen den Generationen wären, beim Verhältnis von Friedensliebe und Lebensalter. Der relative und absolute Männerüberschuß wurde in vormodernen Gesellschaften

seit je über das Kriegführen reguliert: entweder durch Frauenvermehrung, nämlich indem man anderen Stämmen die Frauen raubte. Oder durch Männervernichtung in offener Schlacht, etwas, das den älteren machtvollen Männern die jungen Rivalen vom Hals hielt. Oder durch den freiwilligen Auszug der jungen Krieger, etwa bei den Wikingern, die hernach eine gewisse Radikalität in Lebensführung und Konfliktbewältigung anderen Völkern angedeihen ließen. Heilige Kriege aller Art bedienten sich stets gern jenes idealistischen Fundamentalismus, der für das Jugendalter typisch ist. Ältere Männer, längst schon frei davon, setzen diesen jugendlichen kriegerischen Furor gerne für ihre Zwecke ein.

Verliefen Kriege also anders, wenn nicht junge, sondern alte Männer in die Schlacht ziehen müßten, was, wie viele Leute glauben, dank der modernen Waffentechnik sowieso eher Erfahrung als physische Topform verlangt, weshalb man die »unnützen Greisinnen« gleich noch mit ins Feld schicken sollte? Schon möglich. Denn alterstypisch haben sie anstelle jugendlicher Risikofreude längst jene gewisse Feigheit entwickelt, die man auch Vernunft nennen könnte. Das soll helfen bei der Schadensbegrenzung.

Und schließlich und endlich ist eines richtig: seine geringe Zahl macht den Nachwuchs wieder kostbar. Alte hingegen gibt's wie Sand am Meer. Bevölkerungspolitisch wäre es also nur sinnvoll, die Wehrpflicht erst nach der Verrentung beginnen zu lassen.

5. Das Altenteil

Denn was macht man mit den vielen Alten? Sozialwissenschaftler, meist mittleren Alters, haben damit offenbar ein Problem. Die Jubelpostillen, die das »aktive dritte Leben« predigen und den Senioren Kompetenz und Vitalität attestieren und ihnen vorschwärmen, was man alles noch so machen könnte jenseits des Pensionsalters, schwitzen allesamt eine eigentümliche Angst aus: die Angst vor einer Gesellschaft, in der es eine wachsende Gruppe von Menschen gibt, die, materiell gut ausgestattet, keinerlei Pflichten dem Gemeinwesen gegenüber hat, aber sämtliche Rechte. Es ist das produktive Mittelalter, das die Altenmacht fürchtet und sich bemüht, sie einzubinden: Vorgeblich mit dem schönen Anspruch, der Diskriminierung des Alters zu wehren. Faktisch aber mit dem Wunsch, Alte in die Pflicht nehmen, sie kontrollieren zu können – und sei es lediglich über ihre Eingliederung in allerhand sozialpädagogische Modelle. Während die soziale Phantasie noch vor wenigen Jahren alle Alten in Altersheimen oder auf Pflegestationen wähnte, wo sie auch nicht weiter gefährlich werden konnten, macht die Vorstellungskraft sie

heute zu agilen und wertvollen Mitgliedern der Gesellschaft, die sich mit voller Begeisterung dem sozial nützlichen Ehrenamt widmen, womit sie ebenfalls eingegliedert sind. So wie man die Jugend »von der Straße« bringen, will man die Alten von allerhand sozialschädlichen Umtrieben abhalten – oder gar von politischen Sonderwegen, in denen man bloßes Pensionärsdenken zugange sieht, aber nicht jenes in die Zukunft ausgreifende politische Gestalten, wie es ja typisch ist für unsere Politik hierzulande, nicht wahr?

Wer über die Alten redet und ihr Loblied singt, redet von Macht. Das Mittelalter fürchtet die faktische Vetomehrheit eines Rudels unwürdiger Greise und Greisinnen. Denn nicht das auch noch ständig abnehmende Wählerreservoir der Jungen ist eine ernsthafte Konkurrenz für unsere Stützen der Gesellschaft – dort ist die Wahlenthaltung bis zum 30. Lebensjahr besonders groß –, sondern die Stimmen derjenigen über 60, die brav an die Urnen gehen und deren Wahlbeteiligung um 17 Prozent höher liegt. Ums Jahr 2000, so errechnen unsere Demographen, werden 50 Prozent der Stimmbürger über 50 sein.

Welchen politischen Willen also werden sie repräsentieren? Die heute Alten sind geprägt durch Nazideutschland und den Zweiten Weltkrieg, ihre politischen Bedürfnisse richten sich insbesondere auf die eigene Sicherheit – einer Studie aus dem Jahr 1989 zufolge halten drei Viertel der 55- bis 70jährigen Sicherheit für das Allerwichtigste (was nur knapp die Hälfte der restlichen Wahlbevölkerung so sieht; vgl. *Die Älteren*, S. 61). Ihre politischen Interessen berücksichtigen insbesondere die eigene Lebenssituation, Opfer muten sie eher anderen zu. Bei ihnen lag auch stets ein starkes Wählerpotential der CDU. Ob das Ausdruck altersspezifischer Konformität ist, läßt sich schwer sagen. Wie werden sich jene verhalten, die 1968 sozialisiert wurden?

Vielleicht genauso egoistisch – après nous le déluge –, wie die Jüngeren, zukunftsängstlich, fürchten? Daß die soziale Wahrnehmung in dieser Gesellschaft noch immer von Jugendwahn geprägt und von der Abwertung der älteren Jahrgänge beeinflußt ist, könnte sich noch rächen – und insofern ist an den Befürchtungen der Altenpolitiker etwas dran. Denn wo das Defizienz-Modell des Alters vorherrscht, ergänzt heutzutage durch ebenso infantile Kompetenz-Modelle, wird eines ganz gewiß übersehen: die ungeheure Macht, die Alte heute haben und auch morgen haben werden. Eine Macht, für die sie niemandem verantwortlich sind. Eine Macht, die sie selbst noch gar nicht recht wahrgenommen haben, da sie sich noch immer als Opfer von Ausgrenzung wähnen – was, oberflächlich gesehen, ja sogar stimmt.

Die Werbeindustrie kommt hierzulande erst langsam auf den Trichter: die wahre Konsumentenmacht liegt nicht bei den Jungen und beim frü-

hen Mittelalter bis 45, sie liegt bei denjenigen jenseits der Pensionsgrenze.

Eine amerikanische Studie unterteilt die insgesamt mit beträchtlicher Kaufkraft ausgestatteten Konsumenten der Altersklasse jenseits der 50 in drei Kategorien: ein Drittel Bescheidene, Konservative, Traditionelle, die mit lediglich einem Fünftel an der Konsumkraft dieses Konsumentensegments teilhaben; ein Drittel Normalverbraucher, die an der Konsumkraft auch zu einem Drittel beteiligt sind – und ein gutes Drittel sogenannter Master Consumers, die fast die Hälfte der in der Gruppe der 50jährigen insgesamt vorhandenen Kaufkraft auf den Markt tragen. Und sie sind, solange ihre Ressourcen reichen und sie sich mit dem Sterben und Vererben nicht beeilen, die Hoffnungsträger der Branche.

Marketing-Spezialisten und Werbeleute aber erweisen sich als fixiert auf junge Zielgruppen – auf die um die 35 Jahre alten, mit denen sie im Büro und in den Kneipen zusammenhocken. Dabei hat es sich längst als Vorurteil erwiesen, daß die Konsumenten jenseits der 50 unabänderliche, fest eingefahrene Gewohnheiten hätten, es in ihrem Konsum beim Bewährten beließen und nicht mehr ansprechbar für Neues seien, weshalb jegliche werbliche Müh' um sie verschwendet sei. Die sogenannten »neuen Alten« sehen nicht nur viel fern, sind also für werbliche Maßnahmen besonders leicht erreichbar, sie reisen auch gern, und sie sind keineswegs schon zufriedengestellt, was langlebige Konsumgüter wie Häuser, Autos und Möbel betrifft. Zu wachsenden Teilen gehen sie mit der neuesten Mode und investieren in immer teurere Hobbys.

In diesen Fällen sind es nicht die Alten, die von den Jüngeren durchgefüttert werden müssen, sondern umgekehrt. Ihnen stehen zum Geldausgeben (nicht nur für die Kinder und Enkel) die immensen Vermögen zur Verfügung, die sie in den Jahren des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders aufgehäuft haben: 650 Milliarden DM Geldvermögen, 725 Milliarden DM belastungsfreies Grundvermögen, 350 Milliarden DM aus fälligen Lebensversicherungen – das macht ein Volumen von insgesamt 1,7 Billionen DM.

Dieses Geld wechselt in den nächsten Jahren in jüngere Hände – aber in nur unwesentlich jüngere Hände, denn die Kinder der Aufbaugeneration werden dann auch schon jenseits der 40 oder bereits älter als 50 sein. Die Bedeutung der Älteren als mächtiger Konsumentenkreis wird also nicht abnehmen, sondern zunächst noch weiter wachsen – zumal dieser Dagobert Ducksche Talersegen ausgerechnet den konsumgewohnten Teilnehmern der Kulturrevolution 1968 ff. ins Hemd fallen wird. Und die werden sich erst recht nicht von den Sozialtherapeuten sagen lassen, was sie mit ihrer Freiheit und dem ganzen Schotter anzufangen haben.

Gut möglich, daß mit Blick auf diese mächtige Klientel kein Politiker mehr wagen wird, bittere Einsichten in zukunftsorientierte Taten umzusetzen, die an den Besitzstand dieser Bevölkerungsgruppe rühren könnten. Dann hätte irgendwann die jüngere Generation wirklich das Nachsehen. Aber auch das läge schwerlich an mangelnder Sterbewilligkeit der Älteren als vielmehr an einer Politik, die populistisch-kurzfristig ist – und das, den Gesetzen der Wahlarithmetik folgend, wohl auch sein muß.

So wie der Generationenvertrag bei der Rentenversicherung auf einer politischen Entscheidung beruht, an der man Korrekturen anbringen kann, ist auch der »Krieg zwischen den Generationen« kein biologisches Fatum, sondern Produkt einer Politik der Schlagworte, die hierzulande schon längst politische Entschiedenheit ersetzt.

6. Was lehrt uns das?

Die Lehren aus alledem sind schwer zu ziehen. Mit der veränderten Rangfolge der Altersgruppen hat sich die Gesellschaft bereits heute verändert – wir werden es in den nächsten Jahrzehnten noch drastischer spüren. Obzwar vom »Aussterben« der Deutschen nicht die Rede sein kann, ist die Frage nicht gänzlich abzuweisen, welche Zukunftschancen sich eine Gesellschaft noch gibt, die sich selbst nicht mehr reproduzieren mag.

Das Problem ist nur: diese eher triste Tatsache verdankt sich einer Kette von Entscheidungen, die alle in sich rational sind. Wer nicht von der Arbeitskraft seiner Nachkommen abhängig ist, was die eigene Alterssicherung betrifft, wird eher in Rentenanwartschaften (also in den Arbeitsplatz) als in die Kinderaufzucht investieren. Es ist dies eine historisch neue Freiheit, die sich gerade Frauen nehmen, die erst heute aufgrund des medizinischen Fortschritts in der Lage sind, ihre maximale mittlere Lebenserwartung auch auszuschöpfen, während sie früher in den diversen Kindbetten lange vor ihrer Zeit zu verenden pflegten. Erst wer nicht mehr gebären *muß*, dürfte ermessen können, wie schön es gegebenenfalls sein kann, sich *dafür* entscheiden zu können. Unsere Gesellschaft, so kinderfeindlich sie wirkt, ist im historischen Vergleich ein Paradies für den Nachwuchs.

Rational ist es im Prinzip auch, daß eine Gesellschaft, deren Mitglieder immer länger leben, die eigene Reproduktionsrate senkt. Und rational ist schließlich allemal, daß sich Menschen den Ansprüchen des Arbeitsmarktes gegenüber konform verhalten: wenn der Arbeitsmarkt nur junge Menschen frißt, wird man sich hüten, erst nach der sogenannten »Fami-

lienpause« wieder an sein Tor zu klopfen. Dann gilt die Frau nämlich gemeinhin schon als »zu alt«. Daß diese individuelle »Rationalität« sich der blöden Unbeweglichkeit der Verhältnisse verdankt, ist das wahre Elend einer Diskussion, die über die Ergründung der menschlichen Motivstrukturen gerne den Rahmen übersieht, innerhalb dessen Menschen handeln. Wenn Arbeit im Leben der Menschen der Industrienationen zeitlich und räumlich einen anderen Platz einnähme, sähe die Sache womöglich ganz anders aus. Denn natürlich ist es völlig irrational, Menschen in jungen Jahren mit widersprüchlichen Erwartungen zu überfrachten, um sie im späteren Lebensalter drastisch zu unterfordern. Frauen können nur eine geringe Spanne ihres Lebens gebären – arbeiten aber ihr Leben lang. Was wohl nicht nachgewiesen werden muß.

7. Weiber unter sich

Nachdem nun glücklich allen Altersklassen üble Nachrede zuteil wurde, wollen wir uns zum Schluß dem eigentlich herausragenden Merkmal der alternden Gesellschaft zuwenden: dem Sieg des weiblichen Prinzips. Sind die höheren Gehälter und dickeren Pensionen, die Männer zu Lebzeiten nach Hause tragen, womöglich nur gerechter Ausgleich für eine offenbar unabänderliche biologische Tatsache – daß sie nämlich im Schnitt sechs Jahre früher sterben als unsereins?

Denn dieses Faktum ist ganz und gar, ist vollends ungerecht. Der fromme Wunsch der Weiber, es auf ihre edlere Lebensführung zurückzuführen, ist mittlerweile zurückgewiesen: der frühe Tod der Männer ist genetisches Programm, und die zunehmend liederliche Lebenshaltung der Frauen führt offenkundig nur dazu, daß sie länger siech sind. Die kranken Alten, tut mir leid, sind überwiegend Frauen.

Wir heute 40- bis 50jährigen werden also, haben wir nicht rechtzeitig und rational für einen ca. 7 Jahre jüngeren Mann gesorgt, dann, wenn es soweit ist, mit unsereins allein sein, sämtliche feministischen Streitgespräche noch einmal führen müssen und hoffentlich noch in der Lage sein, selbstkritisch zu überprüfen, ob wir uns wie jene Tortenmutterschiffe aufführen, die wir heute so verächtlich finden, ob wir genauso über »die Jugend« herziehen, wie es unsere Mütter taten, und ob wir ebenfalls dazu neigen, die Hände nur noch zum Applaus der schlimmsten Grobheiten zu regen. Oder ob wir uns, nicht minder ätzend, als radikale Greisinnen der idealistisch-extremen Jugend andienen bzw. als Vorzeige-Alte durch die Talkshows reichen lassen.

Für uns spricht höchstens, daß wir einen weit höheren Bildungsstand haben als noch unsere Mütter, erheblich weniger leidensbereit und ent-

schieden durchsetzungsfreudiger sind. Man kann also vermuten: mit uns erst wird Greisenmacht fürchterlich.

Was die Männer betrifft, so wird uns der Verzicht auf diese possierlichen Kerlchen natürlich sehr unterschiedlich schwerfallen. Doch halt: schon winkt am Horizont der Hoffnungsschimmer – die Verweiblichung der Männer ist nah, was, wie wir annehmen dürfen, auch ihre Leblichkeit verlängern wird. Wissenschaftler melden eine zunehmende Entmännlichung in Tier- und Menschenwelt dank der Unmengen von künstlichen Östrogenen und anderer östrogen wirkender Chemikalien in der Nahrungskette. Das wird auch Männer endlich friedlich machen.

Daß damit die Fortpflanzungsfähigkeit nachhaltig außer Kraft gesetzt wird – ach: nach uns die Sintflut.

Literatur:

Brauchbar, Mathis und Heer, Heinz: *Zukunft Alter. Herausforderung und Wagnis*, München 1993.

Die Älteren. Zur Lebenssituation der 55–70jährigen. Eine Studie der Institute Infratest Sozialforschung, Sinus und Horst Becker, Bonn 1991.

Ehmer, Josef: *Sozialgeschichte des Alters*, Frankfurt am Main 1990.

GfK, Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V. Nürnberg: *Die neuen Alten – Schlagwort der Medien oder marketingrelevante Zielgruppe?*, Nürnberg 1992.

Göckenjan, Gerd: »Zwischen Alterskult und Alterlast – Die definitorische Bewältigung des Alters«, in: *Die Neue Gesellschaft*, Dezember 1989.

Gronemeyer, Reimer: *Die Entfernung vom Wolfsrudel*, Düsseldorf 1989.

Imhof, Arthur E. (Hrsg.): *Leben wir zu lange? Die Zunahme unserer Lebensspanne seit 300 Jahren – und die Folgen*, Köln 1992.

Klose, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Altern der Gesellschaft. Antworten auf den demographischen Wandel*, Köln 1993.

Lehr, Ursula: *Zur Situation der älterwerdenden Frau. Bestandsaufnahme und Perspektiven bis zum Jahre 2000*, München 1987.

Mohl, Hans: *Die Altersexplosion. Droht uns ein Krieg der Generationen?*, Stuttgart 1993.

Statistisches Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1993.

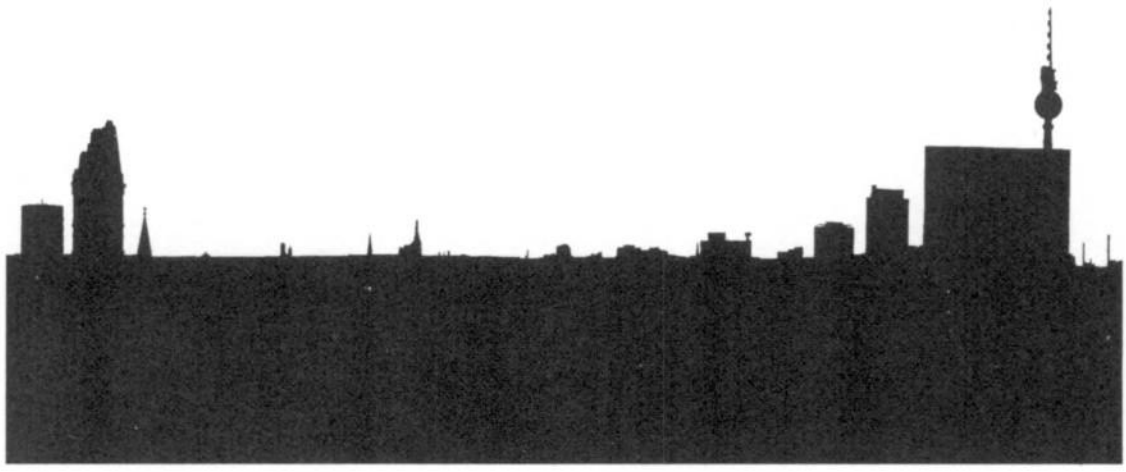
Tews, Hans Peter: *Altersbilder. Über Wandel und Beeinflussung von Vorstellungen vom und Einstellungen zum Alter*, Köln 1991.

ROWOHLT
BERLIN

Helmut Kohl oder der Mantel der Geschichte

Wie ist es dem Amtsinhaber Helmut Kohl, dem Kanzler und Parteiführer – allen Kritikern zum Trotz – gelungen, mehr als ein Jahrzehnt an der Macht zu bleiben? Und was macht seine Faszination beim Wähler aus? Alexander Gauland über das «Prinzip Kohl».

160 Seiten. Gebunden.
DM 28,–/öS 219,–/sFr 29,–



Asmus Petersen
»Schon eure Zahl ist Frevel«

Eine Abrechnung

Kein Volk

Muß eigentlich Volk sein? Muß es diese vielen Leute geben? Mich stören sie gewaltig. Aber sie könnten sich doch nützlich machen?

Berechtigte Fragen. Doch keiner weiß, was tun mit den Volksgenossen. Heißt das, daß wir so weiter mit ihnen leben sollen? Wie denn bloß? Auf keinen Fall so eng, das steht schon mal fest.

Ja, kann man sie denn, nochmal gefragt, wirklich nicht in freundlicher Absicht verringern, auf lange Sicht wenigstens? Wie wär's mit einem Fortpflanzungsverbot? Bloß was sollen sie schon machen den lieben langen Tag? Nicht mal Arbeit haben sie ja mehr. Wir, Freunde, können uns zurückhalten, unsere zarten Liebesregungen jederzeit sublimieren, oh! unser sexuelles Geworfensein auf gebührliche Weise bestehen. Aber die doch nicht. Wer soll das also kontrollieren? Es funktioniert ja schon in China nur mit Mühe, wo man nicht zimperlich ist.

Wie kommen wir verdammtnochmal zu einer Volksverkleinerung? Und damit, was dringend fällig ist, zu einer Reduzierung des Gewöhnlichen in der Welt, jedenfalls in unserer erstmal? Eine phantastische Perspektive ist es ja: Das Volk wäre weg, und endlich brauchte man nicht jeden Satz dreimal zu erklären, weil die Leute weder zuhören noch kapieren. Wir sprächen nur noch untereinander; eine Andeutung genügte, um verstanden zu werden und in eine extrem geistvolle Unterhaltung zu treten.

Wir sind doch klüger geworden. Kann man heute gentechnisch nicht was machen? Hä? Die alte Chromosomensuppe in den Ausguß schütten, eine neue kochen, das Volk listig verändern, mit allerlei genverpanschtem Schnickschnack so zurichten, daß es weiterhin freudig kopuliert oder auch nur dumpf im Zimmer herumspringt, aber es läuft nichts mehr? Super, diese Aussicht, keine Kinder mehr, keine neuen Klöße, die in der Pubertät ihre Ohrfeigengesichter entfalten, mit denen sie dann ewig und drei Tage vor uns herumlaufen, geschmacklich voll daneben, als blamables Teil der Schöpfung.

Klappt das, so rein genmäßig? Ich zweifle. Es bleibt beim alten Volk.

Aber wie sieht es denn aus, dasselbe? Alles eine Soße? Es gibt doch Unterschiede. Sehen wir, liebe Adenauererben, ausnahmsweise einmal – er hat das ja aus gutem Grund vermieden, der Alte –, blicken wir in Gottes Namen mit zusammengekniffenen Augen in den Osten zu unseren Brüdern und Schwestern. Es ging uns, wie es in der Liebe eben geht, der kurzen Ekstase folgt die Tristesse, und wie der Partner aussieht, ist hinterher auch eher peinlich. Aber nun: Was spielt sich in den DDR-Volksköpfen ab? Natürlich wissen wir, daß es zum Wesen der Kommunikation gehört, gestört zu sein. Damit rechnet man auch bei uns im Westen, selbst hier gibt es den einen oder anderen Neurotiker und leicht Verwirrten, aber in der Zone sind eben alle gestört. Ich wundere mich, daß man sich darüber wundert, und setze voraus, daß, nur beispielsweise, alle DDRler auf eine bestimmte Frage dasselbe antworten; würde man bei uns in der BRD drei Leute fragen: Sagen Sie mal, was ist Ihr Eindruck von – na, vom Kölner Dom meinetwegen, bekäme man vermutlich drei sehr unterschiedliche Antworten: »Wunderbar!« oder »Die Kirche hat's ja!« oder »Läßt mich kalt, das Teil!«. Aber die Brüder da drüben, ich hab's erlebt, würden alle dasselbe sagen. Man stellt sich einfach nicht vor, daß in diesen Körpern derart zurechtgestutzte Geister wohnen.

Ein neues Volk

Was nützt das Klagen. Wie kommen wir zu einer Volksverbesserung? Darum geht's. Es hat offenbar wenig Sinn, was unseren kürzlichen Ahnen noch reizvoll erschien, einfach weitere Völker anzuschließen, denn wir sehen es doch, wie wenig Dank ernten wir schon von unseren kommunistischen Landsleuten für unser schönes Geld und freundliches Mitleid! Das war wohl nichts. An einen Austausch gegen andere, bessere Völkerscharen ist auch nicht zu denken, Verwandte hat man ein für allemal am Hals, am meisten die Nörgler, die Faulpelze, die einem den mit Fleiß und Regelmaß erworbenen, bescheidenen Wohlstand neiden, uns als reich schmähen und für alle Ewigkeit Unterstützung verlangen.

Vergiß es, aber warum stellen wir uns dann mit der Einwanderung so an? Eine Blutauffrischung hätten wir dringend nötig. Was soll das Ein- und Aussperren der Asylanten? Grenzenlos ist bekanntlich die Phantasie unserer Politiker, wenn es um ihre persönlichen Vorteile geht, ansonsten reicht sie nur bis zur nächsten Wahl – o Mann, dabei hätten wir genau jetzt die Chance, unseren ziemlich faltig gewordenen Vaterlandskörper zu verschönern, den in den verfressenen Jahrzehnten angegammelten Body zu einer jünger aussehenden Gestalt zu bilden. Warum nicht mit Romas, schönen Menschen, die auch längst nicht alle klauen. Oder wir

lassen jede Menge Polen rein, stolze, begabte Chopins. Einen Schwung unternehmender Inder könnte man einladen und fleißige Geschäftschinesen, auch Ent- oder Wiederbelaubungsspezialisten aus Vietnam, die könnten sich um unsere blätterlosen Bäume kümmern, zusammen mit einer Staffel von US-Flugveteranen, die zu Hause vor dem Museum betteln müssen. Hereinspaziert! Haufenweise Kurden, bis die PKK-Leute hoffnungslos in der Minderheit sind – wirklich, alles wäre zu machen.

Ein so oder ähnlich aufgefrischtes Volk würde mir gefallen. Es käme wieder Leben in unseren kleinbürgerlichen Plenarsaal, es gäbe Überraschungen, die Wahlen wären endlich wieder interessant, und man müßte nicht wie jetzt jedesmal am Wahlabend denken: Es hätte noch viel schlimmer kommen können.

Naiv? Bitte, ließen früher nicht progressive Fürsten verfolgte Minderheiten ins Land? Sollen wir sie aufzählen? Und wir haben es gerade nötig, uns so zugeknöpft zu zeigen, ausgerechnet wir machen mit unserem Reichtum ichsagmalso sämtliche Neger der Welt an und lassen sie nicht ran. Die alten Feudalherren kalkulierten: Diese Fremden bringen handwerkliche Fähigkeiten ins Land. Und lediglich für die Öffentlichkeit fragten sie: Seid Ihr auch recht gottesfürchtig? In unserem Fall kann Gott mit Grundgesetz übersetzt werden, und wer drei Jahre brav ist, wird Deutscher.

Was man so träumt –

Unser Dilemma

Ja also, gehörst du nun zum Volk oder nicht? Allein leben läßt sich wohl nicht. Ohnehin ist man auch ohne klaustrophobische Veranlagung ganz schnell Teil der Masse, von der man nicht umgeben sein möchte. Man steigt in die U-Bahn, hat wie alle eine Karte und seine Individualität aufgegeben, ist passiv und wird gefahren. Wer in einer großen Stadt lebt, ist am ehesten in Gefahr, geschluckt zu werden, und wenn er sich schon verloren sieht, wehrt er sich mit Übergriffen. Verzweifelt schreit ein Heruntergekommener in der New Yorker U-Bahn seine Horrorgeschichte den Leuten im Wagen zu, die nicht ausweichen können; der nächste Schritt ist in meiner Phantasie der Amoklauf mit der Maschinenpistole. Man versteht diesen Kerl aber und schwankt zwischen sauer und Mitleid. Oder die verrückten Radfahrer, die mit Trillerpfeifen auf sich aufmerksam machen, wenn sie durch die Autoschlangen rasen. An beiden Polen lauert der Wahn: Sprachlos in der Masse – und der letzte Versuch, sich zu individuieren. Soweit wollen wir es nicht kommen lassen? Muß man sich damit abfinden, in widersprüchlichen, doppelten Bezügen zu leben, im

Bedürfnis nach Besonderheit, Alleinsein und nach der Sicherheit, die irgendeine Umgebung bietet?

Gräßlicher Gedanke also und dennoch Tatsache: Du gehörst immer zu diesem Volk, erstens. Absentieren geht nur vorübergehend, und der Mittelweg, drittens, funktioniert nur begrenzt, wenn du dir eine kleine Masse suchst, eine Gruppe, in der eine spezielle Dynamik abläuft und du das Gefühl hast, aufgehoben zu sein, wo du dich aber mit ein bißchen Mühe auch unterscheiden kannst.

Volk ist überall

Reden wir vom Volk, geht immer gleich der Ärger los. Wir unterziehen uns dennoch der Beschreibung lästiger Begegnungen mit dem gemeinen Menschen. Gedränge ist ja allerorts, im Verkehr, beim Fußball, im Krieg.

Und die Lichterketten! Schreck laß nach. Das Ausländerthema, wo du dich nicht traust, zu Hause zu bleiben. Unterschwellig bist du wütend über dein vorhersehbares Regredieren inmitten Gleichgesinnter mit geradem Gang, guckst auf der Straße erst mal vorsichtig um dich, aber das Kribbeln läßt du zu, läßt dich in Gefühle treiben, eigentlich graust dir vor den anderen, aber dann machst du doch richtig mit und schämst dich hinterher umso mehr, sagst dir, es gibt keine Entschuldigung, daß du dabei warst (ein echter Aussetzer), wie du dich benommen hast (kumpelig), wie schlimm die anderen waren (alles Lehrer).

Besser ist es zu Haus allein in der Bude im Fernsehsessel, da kann man sich zurücklehnen, wenn die Kamera auf die Zuschauer einer Idiotenshow mit dem berühmten Oberaffen schwenkt, da kann man dauernd »armes Deutschland!« rufen und sich noch ein paar Gläser genehmigen, Bourbon beruhigt.

Ah, jetzt kommen wir ja drauf, nämlich auf das, was zum Schlimmsten beim Volke gehört: die Begegnung mit der einkaufenden Mitbürgerin und dem einkaufenden Mitbürger, die hier auf unangenehme Weise verwandelt sind: Das einzelne Volksglied mutiert zu einem kühlen, kalkulierenden Subjekt, nach Möglichkeit zum Klauer, und so wird es von den ebenso kalten Veranstaltern auch behandelt, und so sehen die Märkte aus. Mir kann keiner erzählen, die Ketten, die ganz auf Beratung und Präsentation verzichten, täten das nur, um billig und viel zu verkaufen – nein, es macht diesen Milliardären einfach Spaß, dem Käuferpack das Fressen und die Klamotten vor die Füße zu schmeißen. Noch mehr würden sie sich amüsieren – sich das vorzustellen, bedarf es keiner großen Phantasie –, wenn sie es in der Hand hätten, das Volk erst ein bißchen fasten zu

lassen und endlich die Türen zu öffnen, um sich daran zu weiden, wie die rippenknochigen Proleten übereinander purzeln und sich die bestrahlten Tomaten und vergifteten Hähnchen aus der Hand reißen. Soweit kommt das.

Wer das Volk liebt oder wer vorgibt, es zu lieben, oder wer die Kanaille eben haßt, findet sicher einen degoutanten Reiz in der Aufstellung einer Typologie des deutschen Einkaufenden. Wir stehen ab von solcher Aufgabe, versagen uns aber ausgewogene Anmerkungen nicht:

Harmlos, wenn auch unangenehm nivellierend, sind die alten Kaufhäuser, obwohl es schon ärgerlich ist, daß in den aufgemotzten Feinkostabteilungen nun jeder Hinz und Kunz herumrennen darf, der keinen Fisch kauft, weil er Gräten hat, der Bordeaux nicht von Burgunder unterscheiden kann. Kritisch wird es eher in den Billigketten, deren schäbige Zudringlichkeit die heute grassierenden Gemütskrankheiten auslöst. Und gefährlich lebt man in den Riesenmärkten für das Gewerbe, weniger daß einem die Pommespaletten aus fünfzig Metern Höhe auf den Kopf fallen, als daß die gigantische Veranstaltung mit dem lückenlosen Angebot aller Lebensmittel, einschließlich derer, von denen man nie gehört hat und die es auch gar nicht gibt, den Sinn für Maß und Proportion verletzt und das Empfinden für die an einer noch so weit entfernten Grenze gebotene Zurückhaltung beleidigt. Das ist eine Art von Kleinigkeit oder Verbrechen, die von den Topmanagern dieser Unternehmen cool veranstaltet wird. Denn eigentlich wird einem hier der Krieg erklärt.

Dazu passen die Gesichter der Wagenschieber in den Waren- und Kartonschluchten. Setze ich mir hier eine Tarnkappe auf, um unter solchem Volk allein zu bleiben, dort eine Gasmaske, und ziehe ich für die Gewerbehallen ein seelisches Kettenhemd an gegen unvorhersehbare Anschläge auf mein Gemüt, kann ich es in den Baumärkten, wo man eigentlich am meisten Zeit brauchte, immer nur Minuten aushalten. Warum? Darum. Schneller als in diesen Pfusch- und Bastelmärkten kann man sich die beste Stimmung nicht verderben. Hier befindet man sich plötzlich in der Drogenszene der handwerklichen Selbstbefriediger. Es schüttelt den Betrachter, wenn er geschockt die groben Visagen dieser Fummelknechte und die Mienen ihrer Flittchen erschaut, allein der Anblick ihrer Pfoten und die angeboren niedrige Motorik weist dieses Gesindel eindeutig als von jeder akzeptablen Norm meilenweit entfernt aus, nicht zuletzt der stumpfen Gier wegen, mit der hier Tapeten- und Teppichkleister, Flansche und Fittings zur Kasse geschoben werden.

Andere Länder, andere Völkerscharen – Überraschendes kann einem begegnen: Möchten Sie vielleicht Chinese sein? Nee? Ich ja, neuerdings, aber nicht in China, nur in ihrer Siebenmillionenstadt: in Hongkong. Da erlebt man Unerwartetes. Morgens, kurz vor neun in einer U-Bahnsta-

tion, vielleicht in Kowloon, die Linie geht unter dem Wasser nach Victoria zu den großen Banken und Handelshäusern. Da staunt man, der Bahnsteig ist gedrängt voll mit sorgfältig Angezogenen und offenbar auch Erzogenen, der Zug rauscht heran, hält kurz, ist voll, alles drängt ohne Drängeln hinein, alle kommen mit – und der ganze Vorgang geschieht unter Schweigen!

Schön, in der U-Bahn schweigt man sich an, hier ist es aber still in kühler Höflichkeit. Wieso? Weil Disziplin großgeschrieben wird, weil es viel Polizei gibt auf den Straßen? Ein Hort der Menschenrechte ist Hongkong sicher nicht (was dir insgeheim gefällt, weil du nicht überfallen wirst). Was es dort aber noch gibt und bei uns schon lange abgestorben ist, ist Respekt; ein Fremdwort hier, eine Haltung bei den Chinafreunden. Selbst wenn sie auch aus der traditionellen Familiensituation kommt und, weil man außerdem zu Haus extrem beengt wohnt, lebensnotwendig ist. Hätten wir behaarten Langnasen doch auch so viel Respekt!

Doch ach, bei uns wirkt es sich schon auf die Seele aus, wenn der Zug gerade unter der Erde fährt. Steigt man unten ein, ist man mühsam unterdrückter Aggressionen gewärtig, gleich kann irgendwer explodieren. Im besten Fall guckt alles in die Luft, Freundliches findet kaum, Höflichkeit überhaupt nicht mehr statt. Trete ich jemand beim Aussteigen, wenn der Zug scharf bremst, versehentlich ganz leicht auf die Ferse, dreht sich der Schädel dieses Tölpels in versiffter Freizeitkleidung um fünfzehn Grad zu mir, das Individuum nimmt meine Entschuldigung nicht wahr, ein dumpfer Ton entweicht der gefleckten Vorderseite seines Kopfes, wo Gott ein Antlitz geplant hatte, und die Gestalt rempelt sich auf platten Turnschuhen zur Rolltreppe.

Andererseits, mischt man sich für längere Zeit unter das Volk der Griechen, findet man nach dem ersten Schock, daß der ziemlich harte Alltag viel besser auszuhalten ist, weil die Brutalitäten des Zusammenlebens in keiner Situation verleugnet werden. So geht es auch. Man weiß, woran man ist. Großes Gedränge im Zigarettenqualm bei jeder Art von Ein- und Aussteigen und vor allen Schaltern, kein Lächeln, Gleichgültigkeit, aber es gibt auch, was bei uns nur alle Schaltjahre zu erleben ist, unaufgeforderte Auskünfte und Hilfe unter Fremden, etwa im Bus. Die alten Ehrbegriffe und Familientraditionen, ich sage es ja, die bei uns spätestens den 68er Bach hinuntergingen, schimmern durch.

Volk ist überall. Wo soll ich hin? In die 1. Klasse. Im Intercity werde ich wenigstens in Ruhe gelassen, muß aber die Businessleute mit den Laptops auf den Hosen aushalten; auch sie sind der Meinung, daß die Welt in ihrem Ausschnitt die ganze ist: »... das war ein top Assett, damit haben wir im Bereich Vertrieb den Breakeven erreicht und bringen jetzt

den Relaunch –« Auch wer die normalste Reise macht, guckt ja um sich, wer da sitzt. Frauenmäßig, männermäßig tut sich nämlich nichts in der 1. Klasse. Wollen wir mal was versuchen bei der nächsten Reise? Also eins runter, in die 2. Klasse. Hier rasen mit Geschrei die 68er-Enkel – es kann sie noch kaum geben, aber es müssen welche sein – den Gang im Großraumwagen rauf und runter, von Göttingen bis Mannheim. Es riecht streng an meinem Platz, am meisten, wenn der Nachbar seine Bildzeitung umblättert. In dieser Situation kann ich dem Spruch der Springerleute: »Früher haben sie gar nichts gelesen, jetzt lesen sie wenigstens Bild!« nicht zustimmen. Ich muß mich umsetzen, »Wegen dem bißchen Müffeln, du?« spottet die Freundin. Wir werden uns trennen müssen. Die hat's nötig, nur die teuersten Deos und manchmal keins, alles eben zu seiner Zeit. Schade, ihre C4-Stellung gefiel mir, endlich brauchte ich mal nicht für alles und jedes zu zahlen. Hier sitzen natürlich die, das habe ich mir nicht klargemacht, die sonst in ihren schlampigen Joggingkledagen dreist durch meinen Ersterklassewagen zum Telefon trampeln, die nach der Landung Beifall klatschen, wenn ihr Jumbo zum zehnten Mal am Tag auf Mallorca angekommen ist. Die Mädchen sind tatsächlich so wie die Laienschauspielerinnen im Schulmädchenreport Nr. 11. Ich gehe zurück – nein, geht nicht, Anke müßte nachzahlen, vielmehr eine ganz neue Karte kaufen, »... weil, ich habe die Bahncard du, da geht das nicht«.

Und der Souverän?

Wer irgendein Volk in der Rolle des Souveräns sehen will, und sei dieser Begriff noch so aufgeweicht, kommt sofort ins Schleudern, er sei denn Jurist. Wie ich aber beim ADAC, diesem gemeinnützigen Industriesatelliten, in einem spannenden Schleuderkurs gelernt habe, kann man mit allerlei Tricks auch bei riskanten Übungen am Ende tatsächlich wieder geradeaus fahren oder es fertigkriegen, aus einer plötzlich zu engen Kurve doch nicht rauszufliegen. Staatsrechtler kriegen jede Kurve. Sie schöpfen aus dem Born ihrer in ganz unvorhersehbaren Gefilden schweifenden Phantasie und bringen es habituell abgehoben zuwege, das Volk zum Souverän zu erklären. Daß die Parteien, in korrupter Arroganz verkommen, es an der Ausübung der Souveränität auf verlogene Weise hindern, wird offenbar, wenn man nur – und dabei ist man fast allein – dem Ticken der Zeitbombe lauscht, die irgendwann das Grundgesetz in die Luft jagen kann: Wir haben nach der Kopulation mit den Ossis die Verfassung abgetrieben, die auszutragen wir seit 1949 verpflichtet waren und immer noch sind. Warum halten wir uns eigentlich über das gemeine Volk auf, wenn seine Vertreter sich über solche moralischen Verpflichtun-

gen kaputtlachen? Man kommt aus dem Staunen nicht heraus. Was man aber sehen kann, ist, daß das Volk als Souverän nicht auftritt. Wie und wer denn auch? Die Gewählten lassen sich nicht mit dem Volk identifizieren, das möchten sie auch gar nicht. Die Medien, Popanz und Großmacht zugleich, drücken erst recht keinen Volkswillen aus, was immer schön deutlich wird, wenn zufällige Passanten zu irgendwas irgendwas ins Mikro sagen sollen. Man fährt hoch: Was ist denn das? Wie sehen die denn aus? Von den erregenden, kitschigen Gesichtern der Werbeeinblendung vor zwei Minuten noch entzückt und durchdrungen, starrt man mit Entsetzen auf Erscheinungen, die Gesichter sein müssen, denn oben sind Haare und unten ist ein Loch, aus dem Ungetrenntes dringt, am genialsten ist noch das »Hab ich keine Meinung zu!«. Da ist es wieder, unser Volk, von dem, ob man's glaubt oder nicht, erwartet wird, daß es herrschen soll.

Wenig zu sehen vom Volkssouverän, auch ich kann mich nur an schon Bekanntes erinnern, nämlich daß im Faschismus der Hitlerjahre so bis 1939 mindestens 90 Prozent der Leute zufrieden, engagiert und begeistert waren. Der Rest wurde gerade umgebracht, soweit er sich nicht tarnte oder emigriert war. Prima Stimmung im Lande! Bis das dicke Ende kommt, fühlt sich das Volk sauwohl unter der Gewaltherrschaft und singt völkische Lieder am Lagerfeuer. Wer das von den Jahrgängen bis etwa 1935 heute bestreitet, lügt.

Kann das wieder passieren? Jedenfalls kann man ganz schön tief sinken; man kann Hitler wählen trotz der sofort bekannten Berichte von Mord und Totschlag und später trotz der durchsickernden Gerüchte von den Vergasungen. Hinnehmen können wir offenbar auch, daß Politiker erst mal gar nichts tun, wenn Mordbrennerei gegen Türken stattfindet.

Wir suchen noch immer pflichtgemäß nach dem Souverän, aber nicht mehr lange. Macht das Volk als Revolutionär eine bessere Figur? Kommt es Souveränem näher? Viele Autoren behaupten das in ihren schönen Büchern. Und erst die Naiven 1789, in frühem Enthusiasmus: »Es gibt keinen anderen Souverän als das Menschengeschlecht!« Im Himmel ist Jahrmarkt. Ist es wirklich so, daß, wenn sich das Volk gegen den Despoten empört, souveräne Züge sichtbar werden, für kurze Zeit, bis alles Neue wieder beim Alten ist? Gescheiterte Aufstände bleiben Aufstände, geglückte sind Revolutionen? Prüft das Volk gewissermaßen die Sachlage, verwirft es den versuchten Umschwung gegebenenfalls, wie bei Spartacus? Ist Souverän, wer über den Ausnahmezustand entscheidet, wie 1918, 1789, 1989? Alles zu konstruiert.

Auch wenn es ein Kunstvolk wäre, ein großartiges, eine über dem jetzigen miesen Schnitt liegende Gemeinschaft Verantwortungsbewußter, dem gemeinen Wohl Verpflichteter: wo käme es zu Wort? Es reicht

nicht, wenn es nur seine Repräsentanten wählen kann, ganz gelegentlich demonstrieren darf, wofür die Grenzen und Kessel auch schon ziemlich eng gezogen sind. Offensichtlich traut die hehre Obrigkeit gar keiner Sorte deutschen Volkes. Darum dürfen wir nicht wie die Schweizer alle Augenblicke an die Urnen rennen. Viel zu gefährlich, so ein Referendum, mindestens störend im alten Mief und in der neuen Kälte. Wo bitteschön drückt dann wer den Willen des Volkes aus? Stellt die Öffentliche Meinung vielleicht ein Forum dar wie die alte athenische Agora? Mitnichten. Ich erlaube mir diese Behauptung ohne Begründung.

Volk ohne Chance

Wir müssen uns was anderes überlegen, Freunde. Sollen wir vielleicht doch zurück zum politischen Alltag der demokratischen Anfänge? Also in ein smogfreies Athen des Jahres 440 vor der Geburt unseres leider nicht politischen Erlösers. Dann müßten wir das Volk ein bißchen aufteilen in Bürger und – tja, andere. Die Idee ist prima, aber die Zahlen von heute machen alles kaputt. Wir sind zu viele, sagten wir es schon? In Athen machten alle Bürger, nämlich 3000, Politik, 600 Delegierte veranstalteten auf dem Marktplatz eine öffentliche Talkshow, 70 000 Sklaven, der Rest der Bevölkerung, keine Bürger eben, blieben zu Hause, die Frauen sowieso, na gut. Uns zählt man heute zu den 70 000, daher kommt uns das Ganze bekannt vor. Trotzdem bleibt es ein verführerischer Gedanke für den Fall, daß man Bürger ist. Noch schöner wäre die Vorstellung – aber in Athen war es ja tatsächlich so –, daß diese Bürger ihr eigenes Wohl bestimmten, indem sie Gesetzgeber und Unterworfene zugleich wären, mit feinem Effekt: Gewalt war dazumal ausgeschlossen innerhalb dieser Polis, wenn sich auch der Meinungskampf gnadenlos austobte und mit Geld und Gastmählern nachgeholfen wurde. Trotzdem: Was zwischen den Bürgern geschah, beruhte auf Diskurs, Überredung. Das Volk, hier haben wir's endlich, ist einmal die den Staat bestimmende Macht, der Souverän. Zweitens hat der Bürger die Pflicht, die öffentlichen Angelegenheiten zu seinen eigenen zu machen. Aber, aber: dazu uns, ihren Eingeborenen, Gelegenheit zu geben, fällt der deutschen Obrigkeit nicht im Traum ein. Wenn es allerdings darum geht, das Volk vom Nachdenken abzuhalten, sind sie aktiv, unsere Regierer, und mühsam nur zügeln sie ihre Verachtung derer, denen sie jeden Tag etwas vorheucheln. Den einen Vorteil hat ja unsere Fernsehwelt: Man sieht die Gesichter der Politiker und damit das Gesicht der Politik. Wie sie sich auf die Lippen beißen! Weshalb die auch so schmal sind.

Woher soll es denn kommen: Die Übung im politischen Diskurs, die

Überlegung, sich einzulassen, eine Weile nachzudenken, der Wille abzuwägen, was das Beste für die Republik ist. Wie sollen wir, wenn den Politikern das Volk egal ist, der grauenhaften Gleichgültigkeit steuern demgegenüber, was vor langer Zeit – aber wir haben's doch noch im Ohr – als Werte bezeichnet wurde?

O du liebe Zeit! Fremde Worte, die reinste politische Lyrik. Liebe Leute, es bleibt uns die Erinnerung an ein Experiment, genannt Demokratie.

Gregor Gysi: Ingolstädter Manifest

Gysis Anliegen ist weitgespannt: »Dieses Manifest wendet sich an alle in Deutschland lebenden Menschen. Es ist ein Angebot zum Gespräch – zum Gespräch über unsere Zukunft ... Immer neue Schritte werden getan, die uns in Ost und West, Arm und Reich, Arbeitslose und Erwerbstätige, Frauen und Männer, Deutsche und hier lebende Migrantinnen und Migranten zu spalten suchen und damit das Schicksal der Weimarer Republik beschwören. Wir dagegen fragen nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, der uns allen neue Möglichkeiten eröffnet.« Gysi fordert auf, nicht nur über die Bedrohungen zu reden, sondern auch von den Chancen und Auswegen. Angesichts politischer Institutionen, die sich mit der Verwaltung des Gegebenen und der Veränderung zuungunsten der Schwächeren und auf Kosten der Zukunft bescheiden, baut er auf die Souveränität der Betroffenen. Parlamentarische Demokratie möchte er ergänzt sehen durch die Dritte Stimme für Sachthemen, die Zweite Kammer für soziale Bewegungen, das erste und letzte Wort der Bürgerinnen und Bürger. Die schmale Broschüre fragt nach der Zukunft von Arbeit, Wirtschaft und Frieden in Europa. Die bisherigen Reaktionen waren kontrovers. Besseres war kaum möglich. Gysis Vorschläge stehen zur Diskussion. Mehr nicht, nicht weniger.

Wenn Sie neugierig geworden sind, bestellen Sie das Manifest beim PDS-Literaturvertrieb, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin und legen Sie bitte 5 DM (in Briefmarken) für die Schutzgebühr (3 DM) und den Versand bei.

Harald Schumann
Europas Souverän

Wer hat die Europawahl gewonnen? So einfach die Frage scheint, so beliebig fielen nach dem westeuropäischen Wahlgang vom 12. Juni dieses Jahres die Antworten aus.

Die »Euro-Skeptiker« seien gestärkt worden, befand die *Süddeutsche Zeitung*. Das »politische Pendel Europas« habe wieder »in Richtung Sozialdemokratie« ausgeschlagen, erkannte der britische *Independent*. »Aufs Ganze gesehen« hätten die Wähler der Europäischen Union »ein hohes Maß an Stabilität« demonstriert, hieß es in der *Frankfurter Allgemeinen*, und die Leser von *El Pais* erfuhren von einem klaren Votum »gegen die Regierenden«.

Einen richtigen Wahlsieger vermochte niemand auszumachen. Und doch gibt es einen. Seine politische Zukunft entschied sich allerdings nicht in den vielen tausend Wahlkabinen zwischen Jütland und der Algarve, sondern in einem weithin unbekannten Bürohochhaus in der Brüsseler Rue de la Loi 170. Dort, im Gebäude des Rates der Europäischen Union, versammelten sich fünf Wochen nach dem großen Wahlspektakel die zwölf EU-Regierungschefs zum Konklave, um aus ihrer Mitte den zukünftigen Chef der (west)europäischen Exekutive zu küren. Zuvor hatten vier sehr verschiedene Kandidaten einen bizarr anmutenden Wahlkampf geführt, der sie nicht ins Bewußtsein der Bürger, wohl aber in die Präsidentenpaläste und Kanzlerämter Westeuropas führte. Da kandidierten ein amtierender und ein abgehalfterter Premierminister (der Belgier Jean-Luc Dahaene und der Niederländer Ruud Lubbers), ein ehrgeiziger britischer EG-Kommissar (Leon Brittan) und sein nicht minder aufstrebender irischer Konkurrent an der Spitze der Welthandelsorganisation GATT (Peter Sutherland). Im ersten Wahlgang fand jedoch keiner von ihnen die ungeteilte Zustimmung des Hohen Rates, zu komplex waren die Proporz-Kriterien, denen der Nachfolger von Jaques Delors als Präsident der »Europäischen Kommission«[1] entsprechen sollte: Im Gegensatz zu seinem Vorgänger sollte er aus einem kleinen Mitgliedsland kommen und einer konservativen Partei angehören. Er durfte für die

Integration Europas stehen, aber nicht die Weisheit nationaler Regierungstätigkeit im transnationalen Wirtschaftseuropa in Frage stellen. Er muß Rezepte gegen den ökonomischen Niedergang vorschlagen, darf aber niemals wider den britisch-niederländischen Gott des freien Welthandels lästern. Gesucht wurde also ein politischer Niemand auf höchstem Rang mit viel Verwaltungserfahrung. Gefunden wurde schließlich Jaques Santer, Ministerpräsident des Zwergstaates Luxemburg, dem seine Kollegen für die nächsten fünf Jahre den »wichtigsten Posten der Welt« (John Major) anvertrauten.

Das diplomatische Ränkespiel stiftete wochenlang Verwirrung im europäischen Medienzirkus, zeitweilig wurden Namen von einem Dutzend Kandidaten gleichzeitig gehandelt. Nur eines war von Anfang an klar: Das Wahlergebnis der ersten Juni-Woche war für die Wahl vom 15. Juli ohne Belang. Die Mehrheit der frischgewählten 567 europäischen Abgeordneten war dem Auserwählten ohnehin sicher.

Der Ablauf und die Prozedur erinnern an den Partei-Feudalismus der untergegangenen KP-Diktaturen: Zunächst dürfen 258 Millionen Wähler, »die im Grunde nicht wissen, wofür sie stimmen« (*Frankfurter Allgemeine*), ein Kreuzchen auf Wahlzetteln aller Art machen. Und wenig später wählen die Regionalfürsten im kleinen Kreis einen neuen Häuptling, der ihre Verteilungskämpfe moderieren, die Zentralbehörden führen und ihre Politik den Bürgern verkaufen soll. Mit Demokratie und Volkssouveränität hat das wenig gemein. Kein Land, dessen Regierungschef auf diese Art bestimmt wird, könnte Mitglied der Europäischen Union werden.

Doch merkwürdig: Kein Proteststurm erhebt sich, keine demokratische Bewegung ruft zum Sturz der Potentaten auf. Selbst das neugewählte Parlament mit weit über 90 Prozent überzeugten Demokraten unter seinen Mitgliedern bleibt stumm. Der Geist der Undemokratie, den das zusammenwachsende Europa über die beteiligten Länder bringt, kann Wähler und politische Eliten offenbar nicht erschrecken.

Anlaß wäre genug. In den Brüsseler EU-Gremien fallen die Grundsatzentscheidungen, von denen das wirtschaftliche Leben und Überleben der nächsten Generation abhängt. Namenlose Regierungsbeamte, von ihren überforderten Ministern nach Europa geschickt, beschließen zudem Jahr für Jahr über die Verteilung von 200 Milliarden Steuermark. Im Schattenreich des EU-Gemeinschaftsstaates macht sich die Exekutive ihre Gesetze selbst, beeinflußbar nur noch von transeuropäisch organisierten Industrieinteressen sowie den heimatlichen Parteioligarchien. Ohne Putsch und Aufruhr treten die Verfassungen der Mitgliedsländer in weiten Teilen außer Kraft, die Gewaltenteilung ist aufgehoben.[2]

Dieser »vorkonstitutionelle Zustand« (H. M. Enzensberger) der Euro-

päischen Union wird gemeinhin mit der verfassungsrechtlichen Stellung des Euro-Parlaments gleichgesetzt. Würden die Straßburger Abgeordneten nur endlich die gleichen Rechte bekommen wie ihre Kollegen in Kopenhagen, Bonn oder Rom, so behaupten vor allem viele Euro-Parlamentarier selbst, dann, ja dann wäre es auch mit der Selbstherrlichkeit der EU-Bürokratie und der Bürgerferne ihrer Gesetze vorbei. Dann endlich würden auch die Bürger erkennen, wie wichtig der Eurowahlgang ist, und nicht mehr, wie jetzt wieder geschehen, ihre Vertreter mit 50 Prozent Wahlenthaltung strafen.

Schön wär's. Doch die Schwäche des Hohen Hauses zu Straßburg ist keine Frage der Rechte seiner Mitglieder. Machtlos sind die Mandatsträger unter dem blauen Sternenbanner schon lange nicht mehr. Im Mächte-Viereck der europäischen Union, mit den Ministerräten der Länderregierungen, der EU-Kommission und dem Luxemburger Europa-Gericht, geht auch schon bisher wenig, wenn das Zwölf-Länder-Parlament nicht zustimmt. Zwar können sich die vereinten Regierungen im Einzelfall und im Detail der Euro-Gesetze über Parlamentsvoten hinwegsetzen. Gleichwohl garantiert die geltende Europa-Verfassung, der zuletzt in Maastricht reformierte EG-Vertrag, dem Parlament alle notwendigen Mittel, um Regierungs- und Kommissionsbeamte sowie Minister gefügig zu machen. Die Auswahl der Kommissare an der Spitze der EU-Zentralbehörde (Kommission), die Verabschiedung des Budgets, der Abschluß von Verträgen und die Neuaufnahme weiterer Länder, all das ist an die mehrheitliche Zustimmung der Euro-Mandatare gebunden.

Eben die steht jedoch fast nie in Frage. Nicht die Macht und die Legitimation fehlt Europas Volksvertretern, sondern der Wille und die Unabhängigkeit, im Interesse ihrer Wähler davon Gebrauch zu machen. Zwar nutzen Straßburger Politiker aller Fraktionen jede Gelegenheit, das »demokratische Defizit«, die EG-übliche Gesetzgebung durch Beamtentreffs hinter verschlossenen Türen, zu beklagen. »Volles Mitentscheidungsrecht« fordern Dutzende von Parlamentsresolutionen, die stets mit breiter Mehrheit angenommen wurden. Doch zugleich lassen die Euro-Abgeordneten den nationalen Regierungen (Rat) und den Kommissaren häufig freie Hand, anstatt im Brüsseler Milliardenspiel die Interessen ihrer Wähler und Steuerzahler zu schützen.

Ihre bislang erbärmlichste Vorstellung gaben die Straßburger Hüter der europäischen Demokratie, als die EU-Beamtenmaschine vor zweieinhalb Jahren das »Monstrum von Maastricht« (*Frankfurter Allgemeine*) gebar, die Vertrags-Erweiterung, mit der aus der »Gemeinschaft« nun die »Union« werden soll. Das Paragraphenwerk kommt im Kern einem Ermächtigungsgesetz gleich, das in der Nachkriegsgeschichte der Demokratie ohne Beispiel ist. In einem für die EU-Bürger nicht mehr

durchschaubaren Prozeß verschafften sich die Regierungsapparate und ihre Premierminister, Kanzler und Präsidenten die Option, bis zum Ende des Jahrzehnts eine europäische Währung und grenzüberschreitende Polizeieinheiten zu schaffen sowie gemeinsame Militäraktionen und eine gemeinsame Außenpolitik zu betreiben.

Während der Verhandlungen kannten die Unionsschmiede aus den Regierungszentralen keine Parlamente mehr, sondern nur noch Ministerräte. Weder aus Straßburg noch aus den nationalen Parlamenten sollten gewählte Abgeordnete den Beamten in ihre ohnehin komplizierten Verhandlungen hineinpfuschen. Gerade die vorgesehenen Eingriffe in den Kernbereich staatlichen Handelns, die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Militär, tarnten die Eurofürsten denn auch als »intergouvernementale Zusammenarbeit« außerhalb des Gefüges der übrigen EG-Institutionen.

Als Rettungsanker demokratischer Kontrolle können nur noch die einzelstaatlichen Parlamente dienen. Im Normalfall, das belegt die bisherige Erfahrung, funktioniert das so gut, daß nationale Vorbehalte jede wirklich europäische Verbrechensbekämpfung oder Außenpolitik verhindern. In der Krise, etwa im Fall eines Kriegsausbruchs in der Ukraine, droht das Maastricht-Konzept jedoch ins genaue Gegenteil umzukippen. Ohne Rücksicht auf irgendwelche Parlamente könnten die Brüsseler Räte ein Euro-Regime errichten, das sich völlig verselbständigt.

Lediglich bei Rahmengesetzen zum Thema Forschung und Umwelt sowie in Fragen des Verbraucherschutzes und der Binnenmarktregelung gestanden die Gründer der europäischen Union ihrem Parlament schließlich ein Vetorecht zu. Ein Vermittlungsausschuß aus Ratsbeamten und Parlamentariern soll im Streitfall den Kompromiß suchen. Das war, gemessen am gleichzeitigen Machtzuwachs für die Räte, kaum mehr als ein Trostpreis für Straßburg. Und genau so verstanden es auch die dortigen Abgeordneten. Der Vertrag sei eine »Verhöhnung der Bürger«, empörte sich Klaus Hänsch, SPD-Spitzenkandidat bei der Europawahl und Anwärter auf das Amt des Parlamentspräsidenten. Die Regierungen betrieben die »Schaffung eines Europas der Technokraten, das sich der Kontrolle durch das Volk entzieht«, wütete der bisherige Sozialistenchef Jean-Pierre Cot. »Ohne Nachbesserung kein positives Gesamturteil«, drohte der deutsche Christdemokrat und spätere Parlamentspräsident Egon Klepsch. Sein Vorgänger auf dem Präsidentenstuhl, der Spanier Enrique Baron-Crespo, kündigte sogar an, einen solchen »politischen Selbstmord« lehne das Parlament sicher ab.

Irritiert reagierten auch die nationalen Parlamente. Das italienische und das belgische Abgeordnetenhaus sicherten den Euro-Kollegen gar zu, ohne grünes Licht aus Straßburg würden sie die Ratifizierung verwei-

gern, und der Vertrag von Maastricht bleibe Papier. Die Vertreter der 340 Millionen EG-Bürger hatten es also in der Hand, den Entwurf zurückzuweisen und einen verständlichen sowie vor allem demokratischen Gründungsvertrag für die Union zu erzwingen. Derlei Beistand war freilich gar nicht notwendig. Sang- und klanglos machten weit über dreihundert Abgeordnete im April 1992 mit einem Druck auf die Ja-Taste ihrer Abstimmungsmaschine die wilden Drohungen von gestern zur bloßen Gebärde und segneten ihren politischen Selbstmord ab.

Die Frage, wer in Straßburg eigentlich welche Interessen vertritt, blieb auf diese Art bislang noch immer unklar. Der wichtigste Grund für die Misere: die Abgeordneten wissen selbst nicht genau, für wen sie dort sind. Den ersten Rang im Gewissen des EP-Mandatsträgers haben zumeist die insgesamt 76 Heimatparteien. Schließlich steht und fällt bislang noch die Karriere der Europolitiker mit dem Wohlwollen ihrer jeweiligen Parteiführung. »Wer gegen Felipe Gonzales stimmt, wird bei keiner Wahl mehr aufgestellt«, beschreibt ein spanischer Sozialist das Existenzproblem vieler überzeugter Europäer im Straßburger Palais de l'Europe. Die simple Mechanik wirkt länder- und fraktionsübergreifend. Das Votum jener Abgeordneten, deren Parteien zu Hause die Regierung und im Rat die eigentlichen europäischen Gesetzgeber stellen, liegt damit meist schon fest. Weil in beiden großen Straßburger Fraktionen, Konservativen und Christdemokraten sowie Sozialisten und Sozialdemokraten, stets Regierungsparteien vertreten sind, dirigieren sie auch das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktionskollegen. Ratsbeschlüsse wie der Maastricht-Vertrag oder auch der Beitritt der vier Efta-Länder finden darum selbst dann eine Parlamentsmehrheit, wenn die Abgeordneten vorher heftig dagegen gestritten haben.

Geht es um symbolträchtige Themen von nationaler Bedeutung oder das Abstauben von EU-Subventionen für die heimische Wirtschaft, steigen häufig sogar noch viele Mitglieder von Oppositionsparteien mit ins Regierungsboot. Gleich, ob es sich um die von Frankreich, Spanien und Portugal verlangte Einfuhrbeschränkung für Dollar-Bananen handelt oder um die von Gesundheitspolitikern hart kritisierte Milliarden-Förderung für den ungenießbaren Tabak aus Italien und Griechenland: Die nationalen Interessen haben – genau wie im Ministerrat – auch im EP häufig Vorrang. Dem klassischen Muster folgte selbst die Stellungnahme zum griechischen Handelsembargo gegen das kleine Mazedonien, mit dem die Athener Regierung offen den Unionsvertrag bricht, der nationale Alleingänge in der Handelspolitik grundsätzlich ausschließt. In den drei großen Fraktionen machten griechische Abgeordnete so lange Druck, bis aus der harschen »Verdammung« der Blockade nur noch ein schlaffes »Bedauern« wurde.

Nicht nur ihre zwischen Partei, Nation und Europa gespaltene Loyalität behindert bei den Euro-Parlamentariern die klare Parteinahme, die ihre Wähler so dringend benötigen würden, um sich im Dschungel der EU-Gesetzgebung zurechtzufinden. Zugleich hat sich das Parlament aufzwingen lassen, daß seine Anträge nur dann berücksichtigt werden, wenn die absolute Mehrheit aller Abgeordneten zugestimmt hat. In einem Vielvölkerparlament, das keine Regierungs- und Oppositionsfraktionen kennt und dessen Mitglieder Wahlkreise über den halben Kontinent betreuen müssen, bedeutet diese Regel das Ende der offenen politischen Auseinandersetzung.

Weil von meist nur rund 400 anwesenden Abgeordneten bisher mindestens 260 (demnächst 284) ein gemeinsames Votum abgeben mußten, diktiert im Straßburger Parlament seit über zehn Jahren eine informelle, aber permanente große Koalition das Geschehen. So reicht es nicht, daß in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) deutsche und niederländische Christdemokraten, spanische Konservative, flämische Linkskatholiken, britische Tories und demnächst vielleicht die Forza Italia eine gemeinsame Position finden. Ohne den Schulterschluß mit der größten Fraktion, den Sozialisten, ist keine Richtlinie und keine Änderung des EU-Budgets durchsetzbar.

Sogar scheinbar sichere Mehrheiten sind Manipulationen unterworfen, die selbst langgediente Abgeordnete nicht mehr durchschauen. Exemplarisch war die Niederlage des Sozialdemokraten Kurt Vittinghoff in seinem Kampf gegen die transeuropäische automobile Abgasfahne. In einer ersten Lesung hatte das Parlament im Herbst 1993 Vittinghoffs Änderungsvorschlägen über strengere Abgasgrenzwerte für Europas Autoflotte mehrheitlich zugestimmt. Dann aber begann die interessierte Industrie die Abgeordneten zu bearbeiten. Volkswagen und BMW drohten den deutschen Parlamentariern mit Arbeitsplatzverlusten, Ford knöpfte sich die Briten, Peugeot die Franzosen vor. Bei der entscheidenden zweiten Lesung im vergangenen Februar fielen die strengeren Normen dann überraschend durch. Das gerade von den Parlamentariern so oft beschworene Europa der Bürger war um einen Fehlschlag reicher.

Aus ihrer Frustration flüchten viele Abgeordnete in Verweigerung und Scheinaktivität. Claudia Roth etwa, Spitzenkandidatin der deutschen Grünen, verhöhnte nach fünf Jahren als hochbezahlte und privilegierte Euro-Abgeordnete ihre Wähler mit dem Spruch, sie wolle sich nicht »zu sehr auf dieses Theater einlassen«. Wer glaube, »er könne hier ein richtiger Abgeordneter sein, der verfällt einer Inszenierung«. Zur Wiederwahl trat sie gleichwohl an. Um dies zu rechtfertigen, betreibt sie wie die Mehrzahl der grünen Abgeordneten außerparlamentarische Aktivitäten mit parlamentarischen (Steuer)Mitteln. Frei nach dem Lenin-Motto »das Parla-

ment als Tribüne nutzen« versorgen die vermeintlichen Kämpfe für »mehr Demokratie in Europa« (Wahlparole) lediglich ihre Basisgruppen mit Informationen und knüpfen weltweite Netzwerke für ihre Klientel.

Die Kollegen anderer Fraktionen halten es nicht viel anders. 29 sogenannte Delegationen reisen in der Welt herum, um Kontakte mit Ländern außerhalb der Europäischen Union zu pflegen. In 60 sogenannten »intergroups« frönen die Parlamentarier fraktionsübergreifend ihren Hobbys wie Tierschutz oder Tourismus. Das Aktionsfeld ist unbegrenzt. Sie reisen zu den Ureinwohnern Brasiliens, begleiten humanitäre Hilfsflüge nach Armenien oder protestierten gemeinsam mit Greenpeace gegen die französischen Atom-Versuche im Pazifik. Der Ire John Hume powert für Nordirland, die Deutsche Doris Pack setzt sich für vergewaltigte Frauen in Bosnien ein, der Belgier Marc Galle kümmert sich um die Kurden in der Türkei. Gemeinsam spornt sie eine Art Scheinriesen-Effekt an, wie ihn der Kinderbuch-Schriftsteller Michael Ende in *Jim Knopf und die wilde 13* erfand. Je weiter die Abgeordneten sich von ihrem Wahlkreis und Brüssel entfernen, desto größer und mächtiger erscheinen sie.

Das wilde Leben kommt die EU-Steuerzahler teuer zu stehen. Ins Gewicht fallen nicht so sehr die Reisekosten, wohl aber die Arbeitsverweigerung der vielen Abgeordneten, die ihren Job nicht machen. Im Rausch ihrer weltweiten Erfahrungen als verhinderte Außenminister vergessen die Volksvertreter zumeist ihre ureigenste Aufgabe: die Kontrolle der Exekutive.

So müßte der 21köpfige Haushaltskontrollausschuß darüber wachen, daß die Beamten der Kommission mit den Geldern aus den vielen Brüsseler Töpfen sorgsam umgehen. Aber nur die wenigsten Ausschußmitglieder arbeiten regelmäßig mit. Den einflußreichen Vorsitz hielt jahrelang ein »totaler Versager«, wie sich ein Parlamentskollege empörte: der französische Gaullist Alain Lammasoure, der sich stets mehr um seine Parteikarriere als um die EU-Gelder kümmerte und es nun zum Pariser Europa-Minister brachte.

Darum blieben ausnahmslos alle EG-Finanzskandale, die der Rechnungshof oder die Presse bisher zu Tage förderte, ohne Folgen für die Verantwortlichen. Zum Beispiel enthüllen die Luxemburger Prüfer jedes Jahr aufs neue, daß zu Unrecht gezahlte Fördergelder in mindestens dreistelliger Millionenhöhe von den Beamten der EU-Kommission nicht oder nicht rechtzeitig zurückgefordert wurden. Zugleich vergeben sie immer wieder Fördergelder für Phantom-Projekte und dulden, daß praktisch alle Regierungen die Vorschrift mißachten, EG-Subventionen nicht als Ersatz für nationale Förderung zu mißbrauchen.

Aber nicht ein einziges Mal machten die Haushaltskontrolleure auch nur den Versuch, die zuständigen EG-Spitzenbeamten und Kommissare

verantwortlich zu machen und zum Rücktritt zu zwingen. Die Ausschußsitzungen verlaufen zuweilen geradezu schmerzhaft peinlich. Als zum Beispiel herauskam, daß die griechische Sozial-Kommissarin Vasso Papandreu der Athener Regierung gestattet hatte, 80 Millionen Mark aus einem Programm zugunsten behinderter Kinder für andere Zwecke zu mißbrauchen, mußte sie zwar vor dem Ausschuß erscheinen. Doch keiner der wenigen anwesenden Abgeordneten hatte sich vorher informiert. Die Kommissarin behauptete, alles sei legal gelaufen, und die Ausschußmitglieder aus Spanien und Griechenland schwadronierten, wie wichtig doch die Gelder des Sozial- und Regionalfonds für die europäische Integration seien.

Nicht nur das teure Mißmanagement der Kommission läßt die Volksvertreter kalt. Offenbar fühlt sich Europas Parlament nicht einmal für die eigenen Funktionäre und deren Umgang mit Steuergeld verantwortlich. Die EP-Verwaltung, so wies der britische Labour-Abgeordnete John Tomlinson detailliert nach, verursachte unter ihrem Generalsekretär Enrico Vinci mehrere hundert Millionen Mark Verlust, als sie schlechte Verträge für den Kauf des neuen Brüsseler Parlamentsgebäudes aushandelte. Mehrfach setzten sich die Eurofunktionäre bewußt über die Finanzvorschriften und die Meinung der eigenen Gutachter und Kontrolleure hinweg. »Die Verwaltung«, resümierte Tomlinson für das Parlamentspräsidium, »hat sich für die Ansichten des Vertragspartners«, ein belgisch-französisches Baukonsortium, »überaus empfänglich gezeigt und mit diesem enger zusammengearbeitet als mit ihrem eigenen Finanzkontrolleur.«

Doch was in jedem Landtag mindestens eine peinliche Befragung der Verantwortlichen erzwingen würde, erzeugte in Straßburg nicht einmal erhöhte Wachsamkeit. Im Gegenteil: Einen Monat nach Tomlinsons vernichtender Kritik unterzeichnete Egon Klepsch im Namen des achtköpfigen überparteilichen Parlamentspräsidiums wieder einen chaotisch ausgehandelten Vertrag, diesmal über den Mietkauf eines neuen Plenargebäudes in Straßburg und wieder gegen den Rat des eigenen Finanzkontrolleurs und das Votum des Haushaltsausschusses.

Hintergrund der abenteuerlich teuren Gebäudepolitik ist der seit Jahren geführte Streit um den Parlamentssitz – das vielleicht dunkelste Kapitel der kurzen Geschichte der EG-Demokratie. Seit Jahrzehnten schon ärgern sich die meisten EP-Mitglieder über den Wanderzirkus, den ihnen die Aufteilung zwischen Straßburger Plenarsitz, Luxemburger Verwaltungssitz und Brüssel als Tagungsort der Ausschüsse beschert. Darum entschlossen sich die Reisemüden vor drei Jahren schließlich, auch in Brüssel einen Plenarsaal für gelegentliche Sitzungen zu erwerben. Doch dem vorgeblich überzeugten Europäer Präsident François Mitter-

rand waren die Interessen der Hauptstadt des Elsaß wichtiger als der Wille der europäischen Volksvertretung. Zunächst erzwang er eine Ratsentscheidung, die – entgegen der vertraglich festgeschriebenen Autonomie des Parlaments – diesem elf Plenarsitzungen im Jahr in Straßburg vorschrieb.

Weil mit der deutschen Einheit die Abgeordnetenzahl erst um 46 und nach der Erweiterung um die Efta-Länder noch einmal um rund 20 steigt, müßte in Straßburg jedoch ein Neubau errichtet werden. Als die Brüssel-Anhänger daher Ende 1993 ihre Kollegen gegen einen weiteren Milliardenbau mobilisierten, führte der Pariser Premier Eduard Balladure das Parlament regelrecht vor: Noch vor der Wahl im Juni, erklärte er den verblüfften Repräsentanten Europas, müsse ein Neubau beschlossen werden, oder die Änderung des EG-Vertrags zur Vergrößerung des Parlaments würde nicht ratifiziert. Die plumpe Erpressung – einmalig in der europäischen Parlamentsgeschichte – gelang. Die Straßburger Ja-Sager fürchteten um die gerade erst mühsam ausgehandelte Arithmetik ihrer Wahllisten. Der mögliche Wegfall der zusätzlichen Mandate war den vielen Inhabern sicherer Listenplätze zu riskant. Brav ließen sie sich daher auf einen windelweichen Kompromiß ein, der dem mit Straßburg-Freunden besetzten Präsidium freie Hand ließ. Die Europäische Union wird um einen teuren Palast reicher.

Ist also das vereinte Europa einfach noch nicht reif für die kontinentale Demokratie? Das Versagen der Straßburger Versammlung legt diesen Schluß nahe. Die Union sei schließlich kein Staat, die Politik überwiegend national orientiert und organisiert, rechtfertigt der jetzt wiedergewählte Sozialdemokrat Klaus Hänsch die Unterwerfung der Euro-Parlamentarier unter das Diktat der Regierungsfürsten und spricht damit sicher für die große Mehrheit seiner Kollegen. Ähnlich argumentierte der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts, als er im Oktober 1993 urteilte, der Vertrag von Maastricht verletze nicht das Demokratiegebot des Grundgesetzes. Die EU sei nur ein »Staatenverbund«, dem ein »europäisches Staatsvolk« fehle, heißt es in der zu Unrecht kaum debattierten Urteilsbegründung. Folglich seien es »zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedsstaaten, die über die nationalen Parlamente« die Politik von EG und EU »demokratisch zu legitimieren haben«.

Verfassungsrichter Dieter Grimm erläuterte in einem Essay für den *Spiegel*, wie die Hüter des Grundgesetzes sich das richtige Verhältnis von europäischer Integration und Demokratie vorstellen. Schon aus Mangel an einer gemeinsamen Sprache werde es »einen breiten öffentlichen Diskurs auf europäischer Ebene noch auf lange Sicht nicht geben«. Mangels wirklich europäischer politischer Kommunikation werde jedes Euro-Parlament immer wieder »in nationale Partikel zerfallen«, und darin liege

auch »der fundamentale Unterschied zur Deutschen Reichsgründung« im vorigen Jahrhundert oder zur Gründung der Vereinigten Staaten. Folglich bleibe vorerst nur ein Ausweg: Die »beschleunigte Kompetenzabwanderung von den Nationalstaaten zur EG« sei »zu bremsen«, die einzelstaatlichen Parlamente bräuchten »stärkeren Einfluß auf die Positionen, die die Regierungen im Ministerrat einnehmen«.

Das klingt plausibel, doch die vorgeschlagene Lösung ist keine. Denn Sprachenvielfalt hin, europäisches Staatsvolk her, Märkte und Mächte sind in West-Europa längst untrennbar miteinander verwoben. Die eigentliche europäische Revolution war die Herstellung des offenen Marktes für Waren und Dienstleistungen aller Art, der die Wirtschaft der beteiligten Länder in einem Maß europäisierte, wie es noch vor zehn Jahren undenkbar erschien. Siegel wie »Made in Germany« sind für vier Fünftel aller gehandelten Industriegüter in Westeuropa nur noch frei erfundene Werbebotschaften, die nichts über den tatsächlichen Produktionsort aussagen. Darum können – nicht wollen – die Regierungen der Unionsländer die Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt-, Handels- und Sozialpolitik nur noch gemeinsam betreiben. Politik, die nicht nur verwalten, sondern auch gestalten will, findet europäisch oder gar nicht mehr statt. Nichts dokumentiert die ungeheure Wucht der wirtschaftlichen Transnationalisierung drastischer als das Streben der skandinavischen Regierungen nach Mitgliedschaft in der EU. Nicht obwohl, sondern weil in Brüssel wirtschaftliche Schicksalsfragen entschieden werden, drängen sie ihre traditionell auf Selbständigkeit bedachten, unwilligen Wähler in den Gemeinschaftsstaat.

Der Diskurs über die gesamteuropäische Politik, den nicht nur die Karlsruher Verfassungsrichter von den Einzelparlamenten einfordern, kann die europäische Debatte und Kontrolle über die alten Grenzen hinweg aber nicht ersetzen. Bleiben House of Commons, de Kamer, Folketing, Assembleia da Republica und ihre Schwesterparlamente die einzigen relevanten Foren, verhindert dies sogar die Aufklärung der Bürger über das Brüsseler System. Die Deutschen werden derart nie ihre Mitverantwortung für das Elend der spanischen Jugend akzeptieren, und Italienern und Franzosen bleibt die Auseinandersetzung mit der osteuropäischen Wirtschaftskatastrophe erspart. Kaum ein Spanier vernimmt den Zorn über die Raubbaumethoden der iberischen Fischfangflotten, und die Holländer erfahren nicht, wie borniert ihre Regierung das Recht der heimischen Spediteure verteidigt, umweltschädliche 40-Tonner quer über den Kontinent zu schicken. Alle zusammen bleiben im unklaren darüber, mit welch unheilvollem Erfolg es der europäisch organisierten Industrie gelingt, die ökologische Wende in allen Wirtschaftssektoren im Ansatz zu ersticken.

Wer in dieser Gemengelage die demokratische Interessenvertretung den nationalen Parlamenten überläßt, bereitet Rechtspopulisten den Weg. Gerade weil die Vertreter des europäischen Souveräns auf der Brüsseler Bühne bloß ihre Abwesenheit inszenieren, können Stimmenfänger wie Umberto Bossi, Jörg Haider oder neuerdings Frankreichs Ex-Monarchist Graf de Villiers die politische Fiktion nähren, mit Renationalisierung der Politik oder gar mit Austritt aus der Union sei etwas zu gewinnen. Nicht etwa über die Inhalte der Brüsseler Gesetzgebung debattierten die Europa-Wahlkämpfer daher in ihren Versammlungen, sondern über das Für und Wider der EU überhaupt. Je schlechter die Euro-Abgeordneten das Volk gegenüber dem Europa der Regierungen vertreten, desto mehr sind sie so gezwungen, Europa gegenüber dem Volk zu vertreten.

Diese Verantwortung gilt es klarzustellen. Für ihr bisheriges Schicksal zwischen mächtiger Aufgabe und ohnmächtiger Erfüllung sind die Euro-Abgeordneten allein selbst verantwortlich. Der Einwand, es gebe keine europäische Öffentlichkeit, die Medien würden sich verweigern, ist schon lange unhaltbar. Die Journaille berichtet stets von dort, wo sie die Macht vermutet und wo entschieden wird. Eine Ahnung von der brachliegenden Potenz des Straßburger Parlaments bekam ganz Europa im März 1994. Schon das Gerücht, die Euro-Abgeordneten könnten dem Beitrittsgesuch der EFTA-Länder ihre Zustimmung verweigern, zog Hunderte von Journalisten nach Straßburg. Die abschließende Debatte und Abstimmung wurde schließlich von zehn Fernsehanstalten live übertragen, die Diskussionsbeiträge europaweit analysiert und kommentiert. Am Tag, an dem das Parlament die europäischen Entscheidungen an sich zieht, würde Straßburg zum neuen Zentrum der EU-Berichterstattung.

Auch die mangelnde Transparenz der Entscheidungen in den Ministerräten und die selbstherrliche Arroganz der Kommissare, die – gemein, gemein – Parlamentsanfragen nicht beantworten und die Fragesteller belügen, könnte das Parlament von der traurigen Gestalt täglich abstellen. Schon eine Minderheit von ein paar Dutzend Mandatsträgern würde genügen, um durch pure Begehung zu erzwingen, daß die gesetzgebenden Versammlungen der Minister und ihrer Beamten künftig öffentlich stattfinden. Kein Minister würde es wagen, die mit bis zu einer halben Million Stimmen pro Kopf gewählten Parlamentarier durch Polizisten abtransportieren zu lassen. Die Kommissare und Generaldirektoren des Brüsseler Verwaltungsapparats, gesteht ein Abgeordneter aus dem Haushaltsausschuß, ließen sich noch leichter zur Raison bringen: »Wenn wir wollen, können wir ihnen ihr Budget so zusammenkürzen, daß sie nicht mal mehr einen Dienstwagen haben«.

Selbst die Auswahl des Kommissionspräsidenten könnten die Vertreter

des heranwachsenden Euro-Volkes ohne Putsch an sich ziehen. Der Vertrag von Maastricht läßt offen, wer zuerst Vorschläge zur Besetzung der Kommission macht. Gefordert ist nur die Zustimmung von Rat und Parlament. Keine Verfassung und kein Parteivorstand könnten den konservativen Block »Europäische Volkspartei« oder die EP-Sozialisten daran hindern, mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf zu ziehen und so die Wähler am Präsidentschaftsrennen zu beteiligen.

Ein europäisches Parlament, das derart über die politische Verfassung Europas nicht nur debattiert, sondern sich und seinen Wählern auch die Macht der Entscheidung erkämpft, mag angesichts der bisherigen Straßburger Versager utopisch erscheinen und ist doch ohne Alternative. Noch genießt die europäische Einigung hohes Ansehen quer durch alle europäischen Völker mit Ausnahme der Briten. Doch die anstehenden Herausforderungen – von der gemeinsamen Währung über den totalen Weltmarkt bis zur Integration des Ostens – werden das bisherige Räte-System überfordern. Mit Mitteln zwischenstaatlicher Diplomatie lassen sich die aufbrechenden Konflikte nicht mehr beilegen. Stillstand und Zerfall warten hinter der nächsten europäischen Ecke, das drohende Politik-Vakuum wird den Apologeten der nationalen Wiedergeburt noch mehr Wähler zutreiben. Spätestens dann werden Europas Demokraten sich die Erkenntnis (wieder)aneignen müssen, daß Demokratie kein Zustand, sondern ein Prozeß ist, der stets aufs neue herbeizuführen ist. Gelingt ihnen dieser Schritt nicht, wird sich die Frage, wer die Europawahl gewonnen hat, bald gar nicht mehr stellen.

Anmerkungen

1 Die gültige Benennung für die Institutionen des integrierten Westeuropa sind mit dem Vertrag von Maastricht arg durcheinandergeraten. Es hat sich zwar durchgesetzt, EG (Europäische Gemeinschaft) einfach durch EU (Europäische Union) zu ersetzen. De jure bestehen jedoch beide Konstruktionen parallel. In der Union sollen die Außen- und Militärpolitik, aber auch Polizei und Justiz europäisch koordiniert werden, die Kommission spielt in diesem Rahmen nur eine untergeordnete Rolle, das Parlament hat keine rechtlich gesicherte Stellung. Daneben werden die Wirtschaftsgemeinschaft, die Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Atomgemeinschaft (Euratom) fortgesetzt, wo das Parlament, nach Themen unterschiedlich, über abgestufte Mitentscheidungsrechte verfügt.

2 Vgl. Harald Schumann, »Selbstentmachtung der Politik. Die programmierte Krise des EG-Systems«, in: *Kursbuch 107* (»Die Unterwanderung Europas«), Berlin 1992.

Kulturhilfe für Bosnien

Die National- und Universitätsbibliothek von Sarajevo ist im August 1992 durch gezielten Beschuß in Brand gesteckt und zerstört worden. Die Bestände, darunter wertvolle Inkunabeln und Dokumente aus den verschiedenen Epochen der bosnischen Geschichte, sind zum größten Teil vernichtet. Das Gebäude – das ehemalige Rathaus und eine der herausragenden Sehenswürdigkeiten Sarajevos – ist vollkommen zerstört. Wie die Bibliothek bis zum Beginn des über zwei Jahre währenden Krieges eine lebendige Begegnungsstätte der Kulturen Bosnien-Herzegovinas war, ist die Ruine heute ein Symbol der vom Untergang bedrohten Vielvölkerrepublik.

Humanitäre Hilfe für Sarajevo wird auf vielfältige Weise geleistet. Doch die Stadt bleibt eingeschlossen und ist faktisch geteilt. Der Kontakt zur Außenwelt ist äußerst schwierig; nur wenige Einheimische können Sarajevo verlassen. Die Bevölkerung hat nicht nur Bedarf an Nahrungsmitteln, Medikamenten und Wiederaufbauhilfe für die zerstörten Häuser; sie verlangt auch dringend nach kulturellen Gütern, damit Sarajevo, eine kulturelle Metropole Europas, lebens- und liebenswert bleibt. Der kulturelle Exodus hat längst begonnen. Er kann nur aufgehalten werden, wenn das geistige und künstlerische Leben nicht zum Erliegen kommt.

Dazu muß eine kulturelle Brücke nach Sarajevo geschlagen werden. Die Aktion »Bücher für Bosnien« hat bereits rund 8000 Bücher für die Bibliothek gesammelt; sie lagern

bei einer Stiftung in Maribor/Slowenien und können, sobald sich die Möglichkeit dafür ergibt, nach Sarajevo transportiert und provisorisch untergebracht werden. Das Projekt, das von der UNESCO gefördert wird, hat weltweite Unterstützung gefunden, von Washington bis St. Petersburg. Ausgewiesene Fachleute aus dem Bibliotheks- und Verlagswesen betreuen die Auswahl, die Katalogisierung und den Transfer der Bücher. Gesucht sind keine wahllosen privaten Bücherspenden, sondern insbesondere die für zentrale Bibliotheken eines Landes benötigte Referenzliteratur: Bibliographien, Gesamtausgaben, Abstracts, Standardliteratur, Lexika aller Art.

An diesem Vorhaben kann sich jeder beteiligen, der auf die kulturellen Hilfsbedürfnisse Sarajevos und anderer kultureller Zentren des ehemaligen Jugoslawien hinweist und dafür wirbt, den kulturellen Brückenschlag auf allen Gebieten des akademischen und künstlerischen Lebens zu organisieren. Verlage, Antiquariate und Sammler werden gebeten, Spendenangebote zu machen und besonders schmerzhafte Lücken zu schließen. Überdies benötigt das Projekt, das ehrenamtlich betrieben wird, finanzielle Unterstützung, nicht zuletzt auch für den geplanten Neubau eines Bibliotheksgebäudes.

Wer das Projekt »Bücher für Bosnien« unterstützen möchte oder Vorschläge machen kann für andere kulturelle Hilfsprojekte (in den Bereichen Theater, bildende Künste, Film und Video, Musik, schulische und Erwachsenenbildung), wende sich an

Dr. Michael Hohmann
Romanfabrik Frankfurt
Uhlandstr. 21
D-60314 Frankfurt/Main

Prof. Dr. Claus Leggewie
»Kultur-Brückenschlag«
Universität Gießen
Karl-Glöckner-Str. 21 E
D-35394 Gießen

Christian Bommarius
Die globale Schimäre

Vom Dilemma des Völkerrechts

»No peace beyond the line.«
(Sir Francis Drake, Freibeuter)

Eines Morgens erfuhr Herr K., die Welt sei eingetreten in die Epoche der universellen Menschenrechte. Er las in der Zeitung, bisher sei alles nur Ouvertüre gewesen, vorsichtige Fingerübung, Brustton ohne Überzeugung. Er las: Solange die Pax atomica den Globus beherrschte, die Völkergemeinschaft – wie Eisenspäne um die Pole des Magneten – sich um die beiden Weltmächte gruppierte, erstarrte der Planet in friedlichem Gleichgewicht. Aber nun, da die Blöcke zersprangen und sich der Menschheit ein bisher unbekanntes Wir-Gefühl bemächtigt, die Ideologien samt Parolen und Waffen im Fundus der Geschichte verschwanden, hebt sich auf der Weltbühne der Vorhang für das nächste, das letzte, das friedlichste Stück: »Universalität der Menschenrechte«. Sie ist die Utopie nach dem Ende aller Utopien. Sie ist der Garant ewigen Friedens, Fundament einer neuen Weltordnung, Rundung der Perspektive...

Herr K. war verwirrt. Offenbar hatte sich die Welt über Nacht verwandelt, ihre Geschichte einen neuen, unbekannten Kurs eingeschlagen, ohne daß er – K. – Anzeichen des bevorstehenden Epochenbruchs wahrgenommen hatte. Als Bankkassierer in einer norddeutschen Kleinstadt mußte er sich zwar nicht verpflichtet fühlen, die Bilanzen der Weltgeschichte à jour zu halten. Er glaubte jedoch Anspruch auf rechtzeitige Unterrichtung zu haben, wenn sich Wandlungen derartigen Ausmaßes, von denen hier die Rede war, ergaben. Kein Anfang ohne Ende, dachte Herr K. Kaum möglich, daß die Menschheit ihr Schlachtenbuch – das sie Geschichte nannte – unmerklich zugeklappt haben könnte und nurmehr in Aufschwungchorälen machte. Herr K. zweifelte. Er besuchte die Bibliotheken.

Mögliche Reaktionen des Lesers auf die Verwirrung des Herrn K. sowie einige Fragen:

a) Die Verwirrung ist Ihnen unverständlich. Da Sie Ihre Informationen nicht aus den Zeitungen, sondern aus den Geschichtsbüchern beziehen, ist Ihnen geläufig, daß die Universalität der Menschenrechte seit 1789 auf

der Tagesordnung der Geschichte steht. Ihres Wissens ist sie auch niemals abgesetzt worden, ihre Verwirklichung betrüblicherweise aber noch nicht vollständig gelungen. (Fragen: Wann haben Sie zuletzt Zeitung gelesen? Können Sie ohne zu zögern 15 außereuropäische Staaten nennen, in denen »die Menschenrechte« Ihrer Ansicht nach verwirklicht sind? Fallen Ihnen spontan 15 Menschenrechte – von mehreren Dutzend – ein?)

b) Sie verstehen die Verwirrung des Herrn K. Die Behauptung der universellen Menschenrechte war nie mehr als die rhetorisch verjauchte Lieblingsphrase westlicher (nördlicher) Politiker – von Epochenwandel keine Spur. Dabei wäre es längst an der Zeit, endlich ernst zu machen: Globale Probleme bedeuten globale Verantwortung, die Differenz von Nähe und Ferne wirkt anachronistisch. (Fragen: Kennen Sie 15 der mehreren Dutzend »unveräußerlichen« Menschenrechte? Da Ihnen alle Menschen gleich nahe stehen: Welche Lösungen fallen Ihnen für die politischen Probleme der Tschetschenen, Zaiditen, Abchasen, Tutsi, Hutu etc. ein? Haben Sie jetzt eventuell das Gefühl, zunächst einmal auf die Weltkarte schauen zu müssen?)

c) Die Gefühle des Herrn K. lassen Sie gleichgültig. Sie haben das Gerede von der Universalität der Menschenrechte längst als faulen Zauber durchschaut (ohne sich je dafür sehr interessiert zu haben). Persönlich wünschen Sie zwar allen Menschen alles Gute, vor allem sich selbst aber eine sichere Rente. (Fragen: Warum lesen Sie diesen Text? Meinen Sie nicht, Ihren Tag sinnvoller mit diversen Freizeitbeschäftigungen ausfüllen zu können?)

Als Herr K. die Bibliothek betrat, befand er sich in einem Dilemma: Wo beginnen? Einerseits verwies der Begriff der Menschenrechte auf eine Ordnung, auf ein System von gewährenden Gesetzen und gebietender Instanz, andererseits erschien ihm, als er die täglichen Nachrichten aus aller Welt bedachte, das Chaos als beherrschendes Prinzip, das den Menschen als »Politik« oder »Tragödie« ins Bewußtsein trat. Wenn aber die Menschenrechte tatsächlich als schicksalhaft und epochemachend begriffen wurden, war zu vermuten, daß die abendländische Kultur in der Abteilung »Aufklärung« Spezialisten für die Prüfung und Entwicklung dieser Idee beschäftigte. So entdeckte Herr K. das Völkerrecht.

Davon hatte er schon früher gehört, mit ihm aber nur die Fernsehbilder von Gipfeltreffen und die Regelung von Formalien – wie die Grußpflicht auf den Weltmeeren – verbunden. Nun versicherten ihm führende Vertreter dieser Disziplin, das Völkerrecht bilde seit Jahrhunderten das Fundament der Welt, überführe das anarchische Nebeneinander der Staaten in geordnete Beziehungen und ermögliche damit das internationale

Gespräch im Frieden wie im Krieg. Spätestens seit sich die Staaten zu Vereinten Nationen zusammengeschlossen hätten – zunächst im Völkerbund, heute in der UNO –, sei seine überragende Bedeutung unbestritten. Sein unvermeidlicher Triumph sei aber erst möglich geworden, seit es sich nicht mehr damit bescheide, die Weltordnung zu sichern, sondern sich nunmehr auch einer Wertordnung verpflichtet fühle – den Menschenrechten. Das sei die Formel der neuen Epoche: Völkerrecht gleich Menschenrecht. Zwar erst jetzt vereint, aber durch eines schon immer verbunden – durch die Idee der Universalität. Herr K. war erneut verwirrt.

Mögliche Reaktionen auf die erneute Verwirrung des Herrn K.; einige Fragen dazu:

a) Sie können die Verwirrung des Herrn K. nicht nachvollziehen. Es ist für Sie ein einleuchtender Gedanke, daß das Weltdorf sich einer einheitlichen Satzung unterwirft, die sich nicht darauf beschränken darf, Streit unter den Bewohnern zu schlichten, sondern auch sittliche Maßstäbe setzt. (Fragen: Glauben Sie, die Shuara-Indianer teilten Ihre Ansichten von universeller Moral? Sind Sie sicher, daß die Bundesrepublik (der Westen/der Norden) der völkerrechtlichen Gemeinschaft mit dem Jemen, dem Irak oder Sao Tomé bedarf?)

b) Die Verwirrung des Herrn K. ist auch die Ihre. Der Anspruch von Menschen- und Völkerrecht auf Universalität ist zwar schön und gut, aber sichtbare Fortschritte bei seiner Verwirklichung können Sie nicht erkennen. Bei der Zeitungslektüre fühlen Sie sich eher an den Ausspruch erinnert, Armen und Reichen sei es gleichermaßen verboten, unter den Brücken zu schlafen. (Fragen: Wo schlafen Sie? Halten Sie es für möglich, daß die Wahrnehmung dieser Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit eine spezifisch europäische Perspektive ist – wie auch der Anspruch der Universalität?)

c) Auch die erneute Verwirrung des Herrn K. ist Ihnen egal. Wenn irgendwo auf der Welt ständig fremde Haufen aufeinanderschlagen, ist das zunächst deren Problem. Sie haben andere – beispielsweise die jüngste Kriminalitätsstatistik, die von zunehmender Bandenkriminalität und rechtsextremen Gewalttaten berichtet. (Fragen: Halten Sie die Bundesrepublik für einen National-Park, in dem die Bewohner der übrigen Welt »Gute Nacht« sagen können? Sie betrachten die Erde eher als touristische Offerte? Ist Ihnen dann bekannt, daß die US-amerikanische Regierung ihre Bürger vor Reisen in 70 Staaten warnt, vorwiegend in Länder der sogenannten Dritten Welt? Könnte das Ihre Urlaubspläne beeinflussen?)

Offensichtlich war es geboten, an dieser Stelle die Pupille zu weiten und das Völkerrecht etwas vertiefter zu betrachten. Zunächst: wo lag seine Herkunft, wie verlief seine Geschichte? Erwartungsgemäß hielt die Wissenschaft auf beide Fragen eine Vielzahl abweichender Antworten bereit, die Herrn K. zumindest jedoch ein vorläufiges Bild erlaubten. Danach ergab sich folgendes: Das Völkerrecht war – wie das Kampfgas, der Idealismus und der Nationalstaat – eine europäische Erfindung. Die Völker als weltumspannende Gemeinschaft, als Glieder einer einheitlichen Weltordnung (una respublica), war ein Gedanke, den das abendländische Ich vom Stoizismus bis zum christlichen Naturrecht dachte; die Universalität also schon immer ein okzidentales Prinzip, aber global wurde es erst, als Christof Columbus im Oktober 1492 vor den Küsten der Bahamas kreuzte. Die Welt kein Orbis, sondern Globus, die Neue Welt nicht mehr nur mythisch geahnt, sondern als freier Raum, als Expansionsgebiet begriffen – das war die erste Bedingung für die Entstehung der Lehre vom universellen Völkerrecht, wie sie die spanischen Jesuiten und Juristen seit Anfang des 16. Jahrhunderts entwarfen. Die zweite war die Entstehung des souveränen Flächenstaates. Sie bedeutet die Säkularisierung des gesamten europäischen Lebens, Überwindung der Religionskriege, neues Selbstverständnis der abendländisch-europäischen Völkerfamilie als Staaten-Gemeinschaft. Die erste formelle Verfassung des europäischen Völkerrechts markiert zugleich das Ende der Bürgerkriege – der Westfälische Frieden 1648.

Ungeheurer Fortschritt, dachte Herr K. Wenn zutraf, was von den Experten behauptet wurde, dann trat hier ein Phänomen zutage, das die Buchhalter der Menschheit – die Historiker – auf der Haben-Seite vermerken mußten. Bis zur Schwelle des 20. Jahrhunderts sei damals die »Hegung« des Krieges gelungen, das Gemetzel wurde Regeln unterworfen, an die Stelle des »gerechten Krieges« – ein Relikt des christlichen Mittelalters – trat das »jus ad bellum« des souveränen Staates, das nicht mehr nach gerechten Gründen, nur nach der förmlichen Kriegserklärung fragte. Kein Zweifel, eine Geschichte, die sich als Entwicklung begriff, hatte hier ein entscheidendes Etappenziel erreicht, zwar noch immer nicht auf dem Weg zum Frieden, jedenfalls aber auf der Marschroute ihrer Krieger, die in die Schlachten zogen. Wohin zogen sie da?

Diese Frage beschäftigte Herrn K. über mehrere Stunden, ohne daß die Vertreter des Rechtsgedankens, die bis dahin bereitwillig, fast euphorisch über jede Geburtswehe des Völkerrechts Auskunft erteilt hatten, in ihren Büchern Antwort gaben. Natürlich setzten sie den Aufschwung der universalen Idee in Beziehung zu Scharmützeln zwischen Fürstenhäusern und bescheinigten ihm für die Neuregelung des europäischen Prisenrechts im 16. Jahrhundert erhebliche Bedeutung. Herr K. aber er-

innerte sich, daß die Schlachten, die die Epoche prägten, an anderer Stelle geschlagen worden waren, in einer Welt, deren Entdeckung die erste Bedingung für die Entstehung des modernen Völkerrechts gewesen war und deren Eroberung dem Zeitalter den Namen gab – in den Kolonien. Ein Recht, dachte Herr K., das auf der Vorstellung von der Gleichheit der Völker basierte und die Welt – zumal nach ihrer Entdeckung – zur »societas humana« erklärte, mußte doch auch in den Kulturen der Erde Bestätigung suchen und Zustimmung erwarten, aus denen ein derart umfassender Gedanke niemals emporgestiegen war. Natürlich wußte Herr K., daß die Eroberung der Neuen Welt blutig verlaufen war, die Massaker der Konquistadoren einige Dutzend Millionen Ureinwohner Amerikas das Leben gekostet hatten. Aber das, befand Herr K., konnte als Abweichung, als Verletzung des Völkerrechts verstanden werden, wenn nur das Recht selbst und mit ihm sein universeller Anspruch in Geltung blieben. Das Schweigen der Experten war ihm unerklärlich.

Der Begriff »amity lines« wird – sofern die Völkerrechtler ihm überhaupt Beachtung schenken – mit »Freundschaftslinien« übersetzt. Sie verliefen im 16. und 17. Jahrhundert geographisch im Süden über dem Wendekreis des Krebses, im Westen über einen im Atlantischen Ozean durch die Kanarischen Inseln oder die Azoren gezogenen Längengrad. Als Herr K. davon erfuhr – eher zufällig, in der Schrift eines verpönten Autors –, schien ihm das Wort auf etwas Verbindendes zu deuten, eine weitere Errungenschaft des entstehenden raumgreifenden Völkerrechts, das sein Hoheitsgebiet unter der Fahne der »Freundschaft« erklärte und nach Süden und Westen expandierte. Aber was expandierte, war Europa, nicht sein Recht – jenseits der Linien war das jus publicum europaeum außer Kraft, die Eroberung der Neuen Welt nach allen Regeln – also ohne alle – erlaubt. Innerhalb der Linien war die abendländische Moral in Geltung, regelte das Völkerrecht das politische Gleichgewicht der Kräfte, verbot der König von Frankreich seinen Seefahrern, »die spanischen und portugiesischen Schiffe, die sie diesseits des ersten Meridians und diesseits des Wendekreises des Krebses antreffen, zu attackieren oder anzuhalten« (Ludwig XIV.). Jenseits der »amity lines« aber galt die Freibeuter-Parole: »No peace beyond the line« (Sir Francis Drake). Die »Americani« dachte der europäische Geist im Raum der vollkommenen – moralischen und rechtlichen – Freiheit, im Naturzustand, in dem der Mensch in seiner Ursprünglichkeit zu besichtigen war und dem Wort »homo homini lupus« das philosophische Cachet verlieh. Herr K. dankte dem Autor – der, was sein Leser nicht wissen konnte, von Kollegen gerne abgeschrieben, aber nur selten zitiert wurde – für die Auskunft. Er empfand, er habe eine wichtige Antwort erhalten – nur wußte er noch nicht, auf welche Frage.

Mögliche Reaktionen auf die Empfindung des Herrn K.; wiederum einige Fragen dazu:

a) Sie haben zur Antwort die passende Frage: Ist die Welt seit damals nicht ein schönes Stück weitergekommen? Dies ist doch der Fortschritt der letzten Jahre, daß die Menschen- und Völkerrechte nicht mehr nur von den »nördlichen« Staaten behauptet werden, sondern universell verbürgt und – zumindest im Prinzip – überall anerkannt sind. Sie verweisen nur auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, die ohne Gegenstimmen, allerdings bei Stimmenthaltung der kommunistischen Staaten, Südafrikas und Saudi-Arabiens von der Völkergemeinschaft abgegeben wurde. (Fragen: Ist Ihnen bekannt, daß rund vier Fünftel der Weltbevölkerung die Menschenrechte bestenfalls aus dem Fernsehen kennen? Falls Sie einen Atlas zur Hand haben: Wenn Sie berücksichtigen, daß das Elend vor allem in den Metropolen Lateinamerikas und in den Flüchtlingslagern, den Slums und den Hungerzonen Afrikas zu Hause ist, halten Sie dann den Wendekreis des Krebses nur für ein Kuriosum der Kartographie, das vor 300 Jahren politische Bedeutung gehabt haben mag, im Zeitalter der Universalität aber nicht mehr als ein Strich auf der Karte ist? Wie beurteilen Sie folgende Situation: Vom sicheren Ufer ruft ein Spaziergänger einem Ertrinkenden zu, er habe Anspruch auf einen Rettungsring, dieser stehe nach Ansicht aller billig und gerecht Denkenden jedem Ertrinkenden zu – leider sei weit und breit kein Rettungsring zu sehen?)

b) Auch Ihnen ist sofort die passende Frage eingefallen: Ist nicht die blutige Eroberung des Südens, seine gewaltsame, rechtlose Unterwerfung die historische Parallele zum Nord-Süd-Gefälle und der Ausbeutung der Dritten Welt durch die reichen Industrienationen in heutiger Zeit? Kaltblütiger Zynismus war schon immer das geistige Fundament des Abendlands, das das Tragen der Kutte weltweit als Mode pries, weil es selbst darunter eine Rüstung trug. (Fragen: Sind Sie sich bewußt, daß das »schlechte Gewissen« dieselben Wurzeln hat wie das neuzeitliche Naturrecht? Nur einmal angenommen, Ihre Wahrnehmung von der Ausbeutung der Dritten Welt entpuppte sich als Schimäre, Sie wären einer Legende aufgesessen, die Sie jahrelang so wunderbar schlecht schlafen ließ – hätte dies Konsequenzen für Ihr Weltbild, insbesondere was die »Verantwortung« des Nordens für die »Durchsetzung« der Menschenrechte im Süden betrifft?)

c) Die von Herrn K. gefundene Antwort ist für Sie belanglos, Sie wüßten auch gar nicht, auf welche Frage sie gegeben werden könnte. Die blutige Kolonisierung der Neuen Welt ist hinreichend bekannt und wird – soweit Sie sehen – von niemand bestritten. Das Nord-Süd-Gefälle kann sie jedenfalls nicht erklären, dessen Problem beschränkt sich auf den an-

thropologischen Merksatz: Die Armen wollen herauf, die Reichen nicht herunter. (Fragen: In welcher Kultur ist jener anthropologische Merksatz Ihrer Ansicht nach entstanden – in den Favelas von São Paulo oder – beispielsweise – in einer beheizten Vier-Zimmer-Wohnung mit Blick auf den Park (von London, Paris, Berlin oder Baden-Baden)? Für den Fall, daß Sie nur eine Zwei-Zimmer-Wohnung ohne Parkblick bewohnen sollten: warum hat Ihnen der Merksatz sofort eingeleuchtet und Ihre Behaglichkeit gepolstert?)

Die Exklusivität eines Völkerrechts mit universellem Anspruch war ein Gedanke, der Herrn K. interessierte. Von einer Geisteswelt, die noch mit der Frage rang, ob den Wilden Anerkennung als menschliche Geschöpfe zuzusprechen sei, war es vielleicht etwas viel verlangt, die Idee der völkerrechtlichen Gleichheit auch in Tenochtitlan und Palenque als Glyphen in den Stein zu ritzen. Das schien begreiflich, solange sich das Abendland als »christlich« definierte, die Konquistadoren den Missionsauftrag raunten, bevor sie den Heiden auf die Köpfe schlugen und das Völkerrecht sich nicht als Friedensordnung, sondern als Regelwerk zum Krieg verstand. Selbst Hugo Grotius (1583-1645), irrtümlich als Begründer des modernen Völkerrechts gefeiert, wollte mit seiner Schrift *De jure belli et pacis libri tres* – Herr K. bemerkte die Reihenfolge – nicht den Weltfrieden ins Werk setzen, sondern das europäische Kriegsrecht reformieren: »Ich sah in der christlichen Welt eine entartete Kriegführung, deren sich selbst barbarische Völkerschaften geschämt hätten.«

Wie aber war es, nachdem Gott die Schlachtfelder verlassen hatte und die europäischen Staaten nicht mehr als »christliche«, sondern als »zivilisierte« ihre Verträge mit dem Weltgeist paraphierten? Der Blick des Herrn K. fiel auf die Protokolle der Kongo-Konferenz von 1885, der letzten gemeinsamen imperialistischen Veranstaltung der abendländischen Mächte. Der weiße Mann dreht noch einmal am Rad der Geschichte, die mehr als 1500 Jahre das Kreuz trug, jetzt ist sie motorisiert und steht an glatten Geschützrohren. Der belgische König, Gründer der internationalen Kongo-Gesellschaft, bewegt die Lippen: »Der Zivilisation den einzigen Teil der Erdkugel öffnen, in den sie noch nicht gedrungen ist, die Finsternis durchstoßen, die ganze Bevölkerungen umhüllt, das ist, ich wage es zu sagen, ein Kreuzzug, der dieses Jahrhunderts des Fortschritts würdig ist.« Da war es, das abendländische Leitmotiv, das auf dem Weg nach Jerusalem die Templer pfiffen und die Vorarbeiter auf dem Sklavenmarkt von Brazzaville – immer den Kreuzzug auf der Zunge und Schwert oder Knute in der Hand. Auch hier, bei der Verteilung des letzten Winkels, erklingt noch einmal das europäische Konzert, das der Welt zum Tanz aufspielt, denn die Welt existiert nur, sofern das

Abendland sie dem barbarischen Dunkel entriß, als geschichtliche Welt nur, sofern sie sich die »Aufmerksamkeit des Universalgeschichtsschreibers« (Friedrich Schiller) verdiente, als zivilisierte Welt nur, sofern die europäische Zivilisation Kultur-Rückstände beseitigt hatte. Als Völkerrechtsgemeinschaft existiert die Welt aber bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts nur in Europa selbst. Lediglich zwei außerkontinentale Staaten durften auf der Kongo-Konferenz ihre Stimme erheben: die Vereinigten Staaten, Idealfall der Kolonisierung und inzwischen auf dem Weg zur Weltmacht, und die Hohe Pforte, das Osmanische Reich – afrikanische Besitzungen machten die Moslems offenbar völkerrechtsfähig.

Es lag wohl in der Natur der Sache, dachte Herr K., daß dem Völkerrecht die Umrundung der Erde erst gelang, nachdem der Krieg schon wieder heimgekehrt war. Im November 1920, zwei Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, trat in Genf der Völkerbund zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Ein Meilenstein in der Menschheitsgeschichte, las Herr K., zwar anfangs nur 42 Mitglieder – die USA traten nie ein –, doch die Welt erstmals zusammengeschlossen im Friedensbund, das universelle Völkerrecht aus der europäischen Exklusivität befreit und global in Wirkung. Herr K. erfuhr, die in Jahrhunderten leidlich erreichte Hegung des Krieges – die ihren schönsten Ausdruck in den Haager Konventionen 1899 und 1907 gefunden hatte – sei in den Giftgasschwaden von Verdun und Ypern zusammengebrochen, die Reaktion auf den Weltkrieg die Sehnsucht nach dem Weltfrieden gewesen. Die Friedensidee sei zwar nicht neu – erinnert sei nur an den Vertrag des ägyptischen Königs Ramses II. mit dem König der Hethiter Chattusil 1279 vor unserer Zeitrechnung –, in Europa habe es mannigfache, allerdings nie zu verbindlichem Völkerrecht gereifte Vorschläge für eine abendländische Friedensordnung gegeben – hier dürfe der Verweis auf den Großen Plan des Herzogs von Sully aus dem Jahr 1640 nicht fehlen –, als geradezu revolutionär aber müsse die Bildung eines Völkerbundes betrachtet werden, der die Stiftung des globalen Friedens als politisches und moralisches Ziel ins Auge faßte. Dies sei, beiläufig bemerkt, eine europäische Idee, erstmals gedacht von Immanuel Kant, der schon 1794 den »Völkerbund« beschrieben und gefordert hatte. Wie beschrieben, was gefordert, fragte Herr K. Die Völker der Welt vereint in einer Föderation gleichberechtigter Staaten, in der »jeder, auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung, sondern allein von diesem großen Völkerbunde, von einer vereinigten Macht und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte«. Durch welchen Geist aber, erkundigte sich Herr K., sollten diese Gemeinschaft und deren Entschlossenheit zum »ewigen Frieden« inspiriert werden? Durch den Handelsgeist, antwortete der

Philosoph, »der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volkes bemächtigt«.

Mögliche Reaktionen auf die Fragen des Herrn K. und die Antworten Kants; nochmals einige Fragen dazu:

a) Sie fühlen sich in Ihrer Einschätzung vollauf bestätigt. Frieden und Freiheit der Völker können nur bestehen, wenn sie zu einer weltumspannenden Gemeinschaft zusammenfinden – die Vereinten Nationen bilden die Grundlage, zuweilen etwas brüchig, aber insgesamt stabil. (Fragen: Ist Ihnen entgangen, daß Kant zwar von »Völkerbund« redet, aber eine Staatengemeinschaft meint? Ist Ihnen klar, daß das gesamte Völkerrecht von Anfang an nicht an die Existenz von Völkern, sondern von souveränen Staaten anknüpfte? Wenn Sie nun einen Blick auf die politische Weltkarte werfen und die zahllosen Bürgerkriege im »Süden« und »Osten« mit dem Zusammenbruch aller staatlichen Strukturen gleichsetzen – kommen Ihnen da mögliche Konsequenzen für das Funktionieren des Völkerrechts in den betroffenen Regionen in den Sinn? Anders gefragt: Können Sie sich vorstellen, daß die Vereinten Nationen weniger die Grundlage der Völkergemeinschaft bilden, vielmehr die Existenz nach innen befriedeter Staaten zur Voraussetzung haben?)

b) Ihnen sind die Äußerungen Kants zu optimistisch. Wenn Sie die Ausbeutung der Dritten Welt durch den Norden bedenken, können Sie nicht entdecken, daß der Handelsgeist den Frieden in den armen Weltregionen begünstigt hätte. (Fragen: Messen Sie der Tatsache eine Bedeutung zu, daß der Anteil Afrikas an den Weltexporten nur 1,3 Prozent, der Anteil Lateinamerikas nur 4,3 Prozent beträgt? Machen Sie dafür die Weltbank [den Internationalen Währungsfonds, die Multis, den nördlichen Protektionismus etc.] verantwortlich, oder halten Sie es für denkbar, daß in zahlreichen Staaten der Dritten Welt Regierungen als Plünderungsmaschinen funktionieren, die durch Korruption in Bewegung gehalten werden? Ist Ihnen die Ansicht afrikanischer Politiker geläufig, nur eines sei schlimmer als von Multis ausgebeutet zu werden – nicht von ihnen ausgebeutet zu werden? Vom antikolonialistischen Standpunkt aus gesehen: Wie fühlen Sie sich, wenn Sie die Bevölkerungen ganzer Erdteile für unmündig und »den Norden« [die alten Kolonialmächte] für verantwortlich, also zum Vormund erklären?)

c) Die Beziehung von Frieden und Handelsgeist leuchtet Ihnen ein. Aber auch der Handelsgeist weht, wo er will – in die Dritte Welt hat er offenbar noch nicht gefunden. Nicht Ihr Problem, solange der Urlaub in Thailand klargeht und die Kaffeepreise stimmen. (Fragen: Wie bewerten Sie folgenden Text: »Er äußerte sich recht verzweifelt über die Zukunft Deutschlands und schloß mit der Bemerkung, Amerika müßte Deutsch-

land helfen, sich wieder zu erholen. Wir waren darüber einigermaßen überrascht und fragten ihn, warum; warum bildete er sich ein, Amerika würde Deutschland bei irgend etwas helfen? Er gab zu, daß wir vielleicht einen Grund hätten, Deutschland zu hassen, aber sie vertrauten auf unsere allseits bekannte humanitäre Gesinnung. ›Nuts‹, sagte der Sergeant, der Deutsch sprach. Verrückt.« Wie erklären Sie sich, daß die Erwartung wirtschaftlicher Hilfe – geäußert von einem deutschen Bürgermeister im April 1945 – keineswegs »verrückt« war, sondern alsbald bestätigt wurde? Erkennen Sie eine Beziehung zwischen Handelsgeist und Humanität? Was verstehen Sie unter Humanität?)

Herr K. zweifelte. Der Völkerbund, dachte er, mag eine gute Idee gewesen sein, aber ist er entscheidend darüber hinausgelangt? Ganz recht, versicherten die Experten, die erste Weltfriedensorganisation ist gescheitert, ihr Versagen bestand nicht zuletzt darin, daß sie den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern konnte. Verwüstung und Verbrechen seien schlimmer gewesen als jemals zuvor. Dann aber Besinnung und Durchbruch. Erstmals habe die Menschheit die blutige Botschaft des Krieges begriffen und nun entschlossen unter einer Parole zusammengefunden: Krieg dem Krieg. Die Universalität nicht mehr nur gedacht, jetzt wirklich ins Werk gesetzt. Gewaltverzicht (»Friedensliebe«) nicht mehr nur Formel, sondern tragendes Prinzip (allein in der Charta der UN werde mehr als 30mal der Begriff »Frieden« verwendet). Vor allem aber die Menschenrechte – sie gaben den Vereinten Nationen, was dem Völkerbund fehlte, verbindliche Ethik von Pol zu Pol, nicht mehr nur Losungswort, sondern universelles moralisches Gebot.

An dieser Stelle brach Herr K. die Lektüre ab. Wie es weiterging, hatte er am Morgen in der Zeitung gelesen. Der Autor des Artikels erklärte mit Bedauern, der Kalte Krieg habe die Vereinten Nationen mehr als 45 Jahre an der Entfaltung ihrer friedenstiftenden Arbeit gehindert; allein bis 1981 hätten 159 Kriege stattgefunden, viele von ihnen »stellvertretend« für die Weltmächte geführt. Dies sei nur rückblickend erwähnt, aber nun, Herrn K. fielen die Worte wieder ein, da die Blöcke zersprangen und sich der Menschheit ein unbekanntes Wir-Gefühl bemächtigte ... Der Autor verriet auch, wann der endgültige Durchbruch gelungen sei: am 5. April 1991. Damals – während des Golf-Kriegs – habe der UN-Sicherheitsrat zum Schutz der Kurden eine Resolution gefaßt, die erstmals massive Verletzungen der Menschenrechte als »Gefahr für den Weltfrieden« gegeißelt und das Interventionsverbot bei inneren Angelegenheiten eines Staates in ein Einmischungsgebot verwandelt habe. Dies nun also die historische Wende, von der ein Kreuzzug ausgehen müsse, um der Universalität der Menschenrechte notfalls mit Waffengewalt Geltung zu verschaffen.

Mögliche Reaktionen auf die Forderung des Autors; letzte Fragen:

a) Ein Kreuzzug für die Menschenrechte ist eine Idee, mit der Sie sich anfreunden können. Sofern ein gerechter Krieg überhaupt denkbar ist, dann doch wohl unter der Fahne »World peace through human rights«. Anders sind schwere Verletzungen der Menschenrechte kaum zu verhindern. (Fragen: Welche schweren Menschenrechtsverletzungen fallen Ihnen ein? Sofern Sie an Jugoslawien denken – warum denken Sie nicht an Ruanda? Sofern Sie an Ruanda denken – warum denken Sie nicht an den Irak, der unmittelbar nach Verkündung der oben zitierten Resolution zwar von den Kurden im Norden abließ, dafür aber im Süden an 250 000 Schiiten einen Genozid beging? Sie haben es nicht gewußt, weil das Fernsehen keine Bilder zeigte? Erwägen Sie, das Timing Ihrer Kreuzzüge nach dem Fernsehprogramm zu gestalten? Sofern Sie der Ansicht sind, die eine Milliarde Menschen, die heute in Lagern und Slums leben, seien schweren Menschenrechtsverletzungen unterworfen – welche Strategie müßte ein Kreuzzug haben? Für den Fall, daß Sie das Einmischungsgebot bejahen: Kennen Sie das chinesische Wort »Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht herunter«?)

b) Sie plädieren eher für die Durchsetzung der Menschenrechte am Verhandlungstisch. Hunger, Slums und Lager könnten damit zwar nicht beseitigt, gelegentlich jedoch beträchtliche Erleichterungen erzielt werden. Sie verweisen nur auf die Demokratisierung in einigen afrikanischen Staaten, die unter westlichem (nördlichem) Druck zustande gekommen sei. (Fragen: Ist Ihnen bekannt, daß es in 16 Staaten der Dritten Welt keine Zeitungen gibt? Halten Sie weltweit rund eine Milliarde Analphabeten bei Ihren Betrachtungen für eine relevante Größe? Ist Ihnen klar, daß Sie mit Ihren Erwägungen die Idee von der Universalität für einen großen Teil der Menschenrechte aufgeben?)

c) Das Nord-Süd-Problem verkürzt sich für Sie ohnehin auf die Frage, ob Sie im Weihnachtsgottesdienst fünf oder zehn Mark in den Klingelbeutel werfen. Selbst wenn wahr sein sollte, daß sich die Teilung der Welt nur durch Teilen überwinden ließe, bliebe richtig, daß Sie an Teilen gar nicht erst denken. (Fragen: Warum besuchen Sie den Gottesdienst? Was hat Sie veranlaßt, diesen Text bis hierher zu lesen?)

Herr K. verließ die Bibliothek. Er zog Bilanz. Zunächst die Durchbrüche, die Fortschritte und Epochensprünge, von denen die Geschichte des Völkerrechts so reichlich gesegnet war – sie erschienen ihm wie ein Echo auf die Schmerzensschreie, die die Geschichte der Menschheit erfüllten. Oder ein Palliativ, dachte Herr K., nach jeder Katastrophe von Menschenhand den Überlebenden verabreicht, die Dosis stetig erhöht mit

jeder Verfeinerung der Kriegstechnik nach deren Erprobung im Gemetzel. Sofern in einigen Regionen die Befriedung überhaupt gelungen war – wie seit einigen Jahrzehnten im westlichen Europa –, so offensichtlich nur, weil den Bewohnern, die noch der Toten zweier beispielloser Bluträusche gedachten, die Anbetung des Kriegsgotts nicht mehr lukrativ erschien und sie nun Merkur – den Gott des Handels – wählten. So weit also trug die Botschaft aus Königsberg.

Was nun die Universalität der Menschenrechte betraf, deren Durchsetzung die internationale Politik zum obersten moralischen Gebot erklärte, so war Herr K. zu keinem Urteil imstande. Nicht, daß ihm die Menschenrechte als überlegenes moralisches Prinzip nicht eingeleuchtet hätten, er glaubte unbedingt daran – nur schienen sie dank ihrem Anspruch auf Universalität mit etwas in Berührung zu kommen, das sie unmittelbar in kalten Zynismus verwandelte. Was das war? Herr K. erinnerte sich an eine Geschichte Swifts: Ein Baumeister hatte ein Haus so vollkommen nach allen Gesetzen des Gleichgewichts errichtet, daß es sofort zusammenstürzte, als sich ein Sperling darauf setzte. Das Haus, dachte Herr K., war die Idee der universellen Menschenrechte, der Sperling – die Wirklichkeit.

Quellen und Nachweise

Eine umfangreiche Darstellung des »Universellen Völkerrechts« geben in ihrem gleichnamigen Werk Alfred Verdross/Bruno Simma (Berlin 1984). Über die »Epochen der Völkerrechtsgeschichte« unterrichtet Wilhelm G. Grewe (Baden-Baden 1984). Die Angaben über die »Freundschaftslinien« stammen aus Carl Schmitts Buch *Der Nomos der Erde* (Berlin 1950/1988), daraus auch das Zitat von der Kongo-Konferenz. Die Bemerkungen über die »Americani« und den Naturzustand des Menschen stehen im 13. Kapitel des *Leviathan* von Thomas Hobbes. Das Zitat von Friedrich Schiller ist in der »Sammlung Historischer Memoires« am Anfang der »Universalhistorischen Übersicht der vornehmsten an den Kreuzzügen teilnehmenden Nationen ...« zu finden. Die Äußerungen Kants sind seinen Schriften über die *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* und *Zum ewigen Frieden* entnommen. Die Bemerkungen des deutschen Bürgermeisters veröffentlichte die amerikanische Journalistin Martha Gellhorn in ihrem Buch *The Face of War* (London 1959), entnommen wurden sie der Reportagen-Sammlung *Europa in Trümmern* (Frankfurt am Main 1990). Wichtige Anregungen und Informationen lieferten Siegfried Kohlhammer zur Frage *Auf Kosten der Dritten Welt?* (Göttingen 1993), Hans Magnus Enzensberger mit seinen *Aussichten auf den Bürgerkrieg* (Frankfurt am Main 1993), Ernst-Otto Czempiel über *Weltpolitik im Umbruch* (München 1993) und Jean-Christophe Rufin über *Das Reich und die neuen Barbaren* (Berlin 1992).

Anmerkungen der Redaktion

György Dalos, geb. 1943, Schrifsteller und Übersetzer; lebt in Budapest und Wien. Soeben erschien sein neuer Roman *Der Versteckspieler* (Frankfurt am Main 1994).

Michael Jeismann, geb. 1958, ist Redakteur im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Demnächst erscheint von ihm: *Obsessionen. Zur Geschichte der beherrschenden Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter* (Frankfurt am Main).

Thomas Schmid, geb. 1945, Publizist; letzte größere Veröffentlichung: *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie* (zusammen mit Daniel Cohn-Bendit), Hamburg 1992.

Sibylle Tönnies, geb. 1944, ist Professorin an der Hochschule Bremen im Fachbereich Sozialwesen. 1992 erschien von ihr: *Der Dimorphismus der Wahrheit. Universalismus und Relativismus in der Rechtsphilosophie.*

Ulrich Enzensberger, geb. 1944, Journalist, Übersetzer, Schriftsteller; lebt in Berlin.

Jonas Maron, geb. 1969 in Berlin, studierte Fotografie in Leipzig und Essen; lebt in Berlin.

Volker Ronge, geb. 1943, Professor für Soziologie an der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal; zuvor u. a. Geschäftsführer bei Infratest, München.

Udo Tietz, geb. 1953, studierte Mathematik, Maschinenbau und Philosophie; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin im Fachbereich Theoretische Philosophie.

Frank Sieren, geb. 1967, Journalist, lebt in Berlin-Friedrichshain. Zuletzt erschien von ihm (zus. mit Ludwig Koehne): *Günter Schabowski. Das Politbüro. Eine Befragung*, Reinbek bei Hamburg, 1990.

Cora Stephan, geb. 1951, Essayistin und Hörfunkjournalistin; lebt in Frankfurt am Main. Zuletzt erschien von ihr: *Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte* (Berlin 1993).

Asmus Petersen, geb. 1928, lebt in Hannover als Schriftsteller und Maler.

Harald Schumann, geb. 1957, Journalist für Wirtschafts-, Umwelt- und EG-Themen; gehört der Berliner *Spiegel*-Redaktion an.

Christian Bommarius, geb. 1958, Journalist, lebt in Karlsruhe.

Kursbuch 118 **Exzentriker** erscheint am 1. Dezember 1994

Kursbuch 119 **Verteidigung des Körpers** erscheint am 1. März 1995

Vorschauen auf diese Nummern enthält der Beihefter in dieser Ausgabe zwischen den Seiten 32 und 33.

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung **Chefredakteur: Peter Glotz**

Thema 7/94: Arbeit, Arbeit, Arbeit?

Gespräch mit **André Gorz:** Die Lohnarbeitsgesellschaft ist nicht zu retten
Johano Strasser: Die Krise als Chance
Alexandra Wagner/Claudia Weinkopf: Zweiter Arbeitsmarkt
Rainer Hübner/Bernd Ulrich: Arbeitslosigkeit als plurale Lebensform
Peter Glotz/Uwe Thomas: Märkte des 21. Jahrhunderts
Gespräch mit Walter Riester: Gesellschaft ohne Arbeit?

Weitere Beiträge

Remo Bodei: Historische Erinnerung und europäische Identität
Daniela Castner: Über George Tabori

Thema 8/94: Vom Umgang mit der PDS

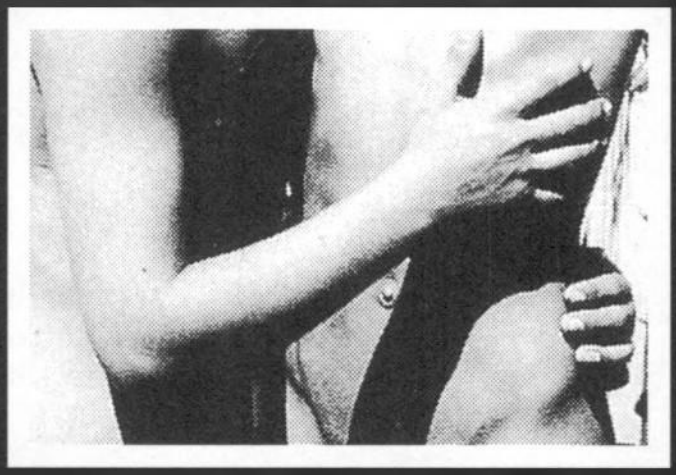
Patrick Moreau: Gefahr von links? · **Wolfgang Thierse:** Der besondere Wechsel in Magdeburg · **Tilman Fichter:** Kein Auslaufmodell · **Stephan Eck:** Totalitarismus und die DDR

Weitere Beiträge

Kai Ehlers: Rußland nach Gaidar · **Johano Strasser:** Zur Lage der serbischen Opposition · Gespräche mit **Franca Magnani** und **Bogdan Bogdanović** · **Rolf Wiggershaus:** Friedrich Pollock, der letzte Unbekannte der Frankfurter Schule · **Judith Klein:** Zum modernen Heroismus im Werk de Saint-Exupérys

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Einzelheft DM 14,80/ÖS 116,–/SFr. 15,80. Jahresabonnement DM 99,–/ ÖS 780,–/SFr. 100,80 frei Haus. Abonnements und ältere Probehefte bei: Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139, 53175 Bonn

PASOLINI



PETROLIO

Das Hauptwerk

Der heftig umstrittene Roman
Pier Paolo Pasolinis aus dem Nachlaß:
Das furiose Portrait einer obszönen,
machtgierigen und ichbesessenen
Gesellschaft.

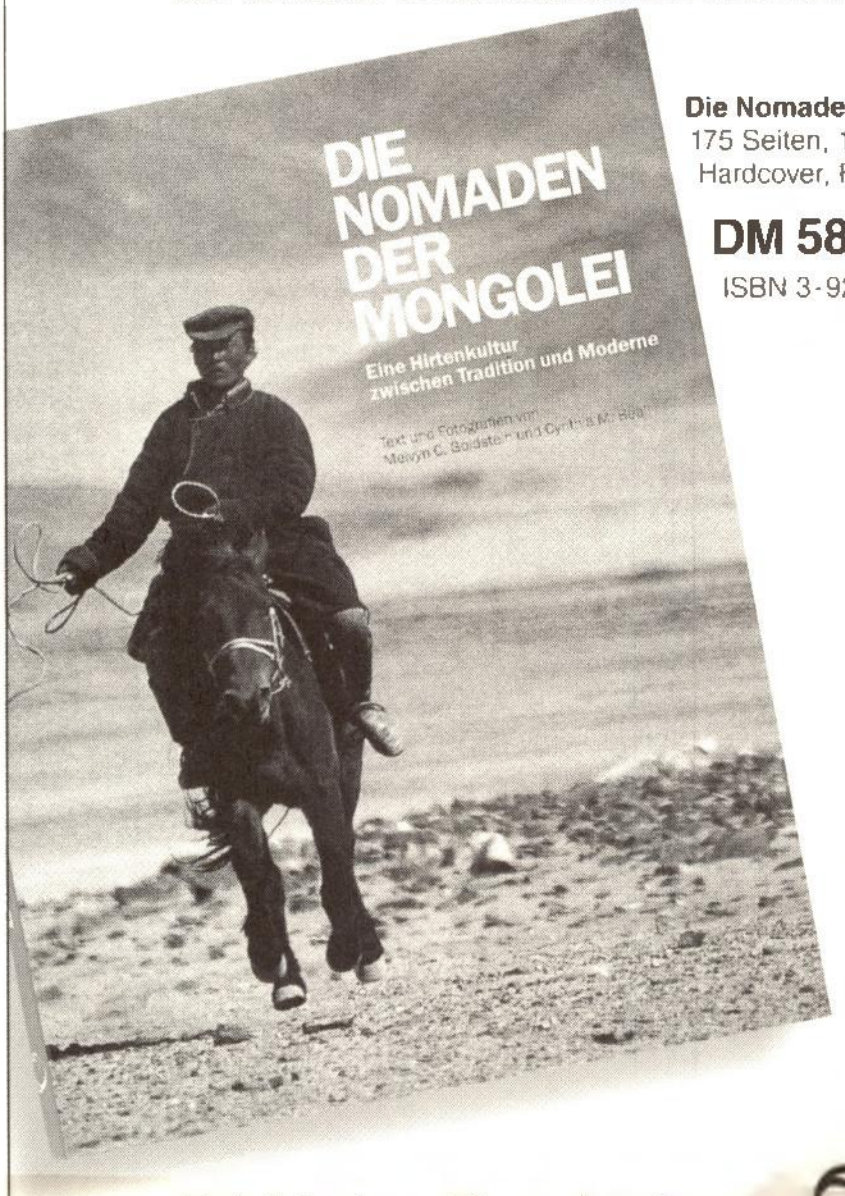
Aus dem Italienischen von Moshe Kahn.
Schwarzes Leinen. 720 Seiten, DM 58.–

Wagenbach

94-600

Ein Hirtenvolk zwischen Tradition und Moderne

Melvyn C. Goldstein und Cynthia M. Beall gehörten zu den ersten Anthropologen, die das einst verbotene Land bereisten und dort Feldforschung betreiben durften. Das Ergebnis ist ein faszinierendes Buch, das tiefe Einblicke in fremde Lebenswelten vermittelt und zugleich den Charakter eines historischen Dokuments hat.



Die Nomaden der Mongolei
175 Seiten, 184 Abbildungen
Hardcover, Format 290 x 220

DM 58,–

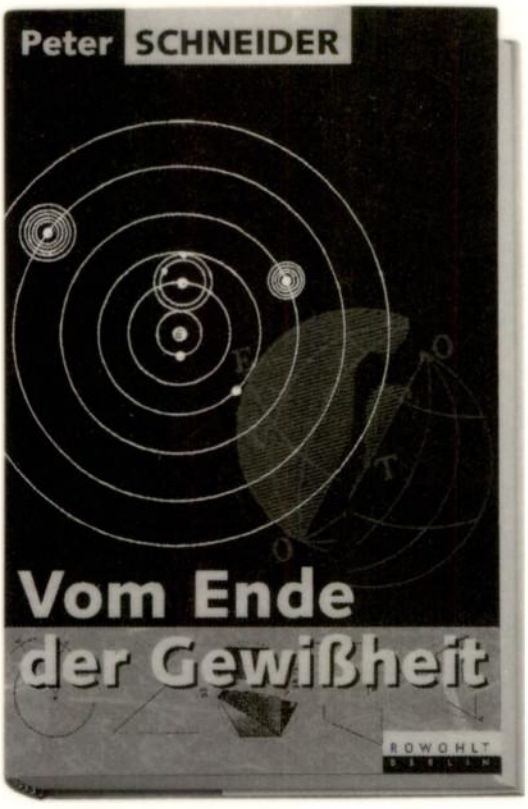
ISBN 3-922619-33-9

In jeder Buchhandlung erhältlich

DA Verlag Das Andere
Nürnberg

ROWOHLT
BERLIN

Wenn die Wirklichkeit die Ideen verrät



Die deutsche Demokratie steht vor den größten Herausforderungen in der Nachkriegsgeschichte – und die Intellektuellen, linke wie rechte, klammern sich an die alten Weltbilder. Eine essayistische Reise durch die Ruinenlandschaft überholter Denkweisen.

128 Seiten. Gebunden.
DM 28,–/öS 219,–/sFr 29,–